

Die Gestaltung des Finanzhaushaltes eines vereinigten Kantons Basel

(Betrachtungen auf Grund der Finanzstruktur von 1948)

Inaugural-Dissertation

Zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

vorgelegt von

Stöcklin Hans

Bürger von Benken (Baselland)

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag der Herren Prof. Dr. E. Salin und V. F. Wagner

Basel, den 9. Dezember 1952.

Prof. Dr. E. Salin
Dekan

Eine Buchhandelsausgabe erscheint unter dem gleichen Titel im Eigenverlag
des Verfassers (Bottmingen 1953).

I B M - Repro - Druck
Graph. Werkstätte E. Keller, Basel 1953.

Die Gestaltung des Finanzhaushaltes eines vereinigten Kantons Basel

(Betrachtungen auf Grund der Finanzstruktur von 1948)

Inaugural-Dissertation

**Zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften
der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel**

vorgelegt von

Stöcklin Hans

Bürger von Benken (Baselland)

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät
auf Antrag der Herren Prof. Dr. E. Salin und V. F. Wagner

Basel, den 9. Dezember 1952.

Prof. Dr. E. Salin

Dekan



Eine Buchhandelsausgabe erscheint unter dem gleichen Titel im Eigenverlag
des Verfassers (Bottmingen 1953).

I B M - Repro - Druck
Graph. Werkstätte E. Keller, Basel 1953.

Vorwort

Wenn in den beiden Basel eine Wiedervereinigung nahe bevorsteht, so wird durch alle Organe der beiden Basel in kurzer Zeit eine grosse Vorbe-reitungsarbeit geleistet werden müssen. Eines der zentralsten Probleme wird die Gestaltung der Finanzhaushalte eines vereinigten Kantons und seiner Gemeinden sein. Es sind hier mannigfaltige Entschlüsse zu fassen. Sie können nur auf Grund genauer Kenntnis der Verhältnisse in Stadt und Land gut getroffen werden.

Möge die vorliegende Arbeit allen, die vor oder nach den endgültigen Volksbeschlüssen über die Wiedervereinigung an einem Kanton Basel mit-bauen, Anregung sein.

Sowohl Wiedervereinigungsfreunde als auch -gegner zeigten während der Bearbeitung des Themas grosses Interesse, was mich sehr freute. Dankbar darf ich erwähnen, dass mir die Beamten beider Direktionen des Innern, in Liestal und in Basel, gerne die Unterlagen über die Gemeinde-haushalte zur sachgemässen Verwendung anvertrauten und mich in jeder Beziehung unterstützten. Herr Prof. Dr. E. Salin, unter dessen Leitung die Arbeit entstanden ist, hat bei seiner äusserst prompten Durchsicht des Entwurfes sowohl seine Toleranz gegenüber einzelnen anderen Ansichten als auch sein Auge für Mängel und Schwächen erneut bewiesen. Allen gebührt mein verbindlichster Dank.

Bottmingen, im Januar 1953.

Der Verfasser.

Inhaltsübersicht

Seite

Einleitung

1

I.

Die Struktur der Finanzwirtschaften der beiden Basel

5

A. DIE AUSGABEN (Reihenfolge der Wichtigkeit)

9

1. Vermögensvermehrung	11
2. Krankenfürsorge und Krankenversicherung	12
3. Verwaltungsvermögen. Mehrung, Unterhalt und Verwaltung	13
4. Volksschule	18
5. Wohnbauschubventionen, Wohnungswesen	23
6. Polizei	25
7. Altersfürsorge und Altersversicherung	28
8. Mittelschulen	31
9. Hochschule, Archive, Museen, Bibliotheken*	34
10. Nettozinslast	35
11. Armenpflege	43
12. Strassen, Brücken	46
13. Steuerbezugskosten, Kassaverwaltung, Finanzdirektion	47
14. Berufsschulen und Berufskurse	49
15. Tiefbau. Allgemeine Ausgaben	50
16. Beiträge an Private im Dienste der Kunst	51
17. Kindergärten	52
18. Kirche	53
19. Förderung der Landwirtschaft	53
Die restlichen Staatsaufgaben	54
Zusammenfassung	55

B. DIE EINNAHMEN (Reihenfolge der Wichtigkeit)

57

1. a) Einkommenssteuer	59
b) Ertragssteuer	70
c) Vermögenssteuer	77
d) Kapitalsteuer	92
e) Liegenschaftsgewinnsteuer	99
2. Erträge gemeinwirtschaftlicher Betriebe	101
3. Anteil an der eidg. Wehrsteuer	107
4. Erbschafts- und Schenkungssteuer	109
5. Handänderungssteuer	112
6. Billetsteuer	113
7. Salzmonopol	114
8. Anteile an der eidg. Stempel- und Couponsteuer und am eidg. Alkoholmonopol	116
Die restlichen Einnahmequellen	116

II.

Die Integration der Aufgaben und Ausgaben, der Einnahmequellen und Einnahmen.

120

A. AUFGABEN UND AUSGABEN

120

1. Vermögensvermehrung	120
2. Krankenfürsorge und Krankenversicherung	121
3. Verwaltungsvermögen. Mehrung, Unterhalt, Verwaltung	122
4. Primar-, Sekundar- und Fortbildungsschulen	123
5. Wohnbauschubventionen, Wohnungswesen	123
6. Polizei	124
7. Altersfürsorge und -versicherung	124
8. Mittelschulen	125
9. Hochschule, Archive, Museen, Bibliotheken	126
10. Nettozinslast	127
11. Armenpflege	128
12. Strassen, Brücken	128
13. Steuerbezugskosten, Kassaverwaltung, Finanzdirektion	130
14. Berufsschulen und -kurse	131
15. Tiefbau. Allgemeine Ausgaben	132
16. An Private im Dienste der Kunst	132
17. Kindergärten	133
18. Kirche	133
19. Förderung der Landwirtschaft	134
Zusammenfassung	

B. EINNAHMEQUELLEN UND EINNAHMEN

137

1. Hauptsteuern	138
a) Einkommenssteuer	140
b) Ertragssteuer	142
c) Vermögenssteuer	144
d) Kapitalsteuer	146
e) Liegenschaftsgewinnsteuer	148
2. Erträge gemeinwirtschaftlicher Betriebe	150
3. Anteil an der eidg. Wehrsteuer	152
4. Erbschafts- und Schenkungssteuer	152
5. Handänderungssteuer	153
6. Billetsteuer	154
7. Salzmonopol	154
8. Anteile an der eidg. Stempel- und Couponsteuer und am eidg. Alkoholmonopol	155
Restliche Einnahmequellen	155

C. ZUSAMMENFASSUNG

157

1. Ueberblick	157
2. Revision	159

	Seite
III. Die Grundsätze der Integration	175
Anhang	187
ANMERKUNGEN	187
STATISTIK	
1. Die Beanspruchung der Steuern und steuerähnlichen Mittel durch die einzelnen Staatsaufgaben 1948	200
2. Der Finanzhaushalt von Baselland und Baselstadt 1948	202
3. Gliederung nach Personalausgaben, Sachausgaben und Beiträgen	210
4. Der Bestand des Verwaltungspersonals	212
5. Die Besoldungsverhältnisse	214
6. Steuereinnahmen und entsprechende Ausgaben in drei Ländern	216
7. Steuermittel und ihre Beanspruchung in drei Ländern	222
8. Durchschnittseinkommen der Wehrsteuerzahler	223
9. Anzahl der Wehrsteuerzahler in %	223
10. Durchschnittsvermögen je Wehrsteuerzahler	224
11. Vermögensniveau und gewogene mittlere Abweichung davon	225
12. Verteilung des Einkommens der natürlichen Personen	226
13. Verteilung des Vermögens der natürlichen Personen	226
14. Vermögensverteilung der juristischen Personen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts	227
LITERATUR UND QUELLEN	229

Einleitung

Am 15. März 1832 entzog der grosse Rat von Basel 46 Gemeinden der Landschaft die öffentliche Verwaltung, - eine Massnahme, die durchaus erfolgversprechend war. Leicht wäre es möglich gewesen, dass die 46 Gemeinden unter der Verantwortung der Tagsatzung, oder nur unter ihrer eigenen Verantwortung stehend, nach einiger Zeit gerne wieder die stadtbaslerische Verwaltung begrüsst hätten.

Die entscheidende Wendung führte die Massnahme tatsächlich herbei, aber in ganz anderem Sinne. Die 46 Gemeinden verstanden es, ein neues Staatswesen zu gründen, dem sich in kurzer Zeit auch die andern 28 linksrheinischen Landgemeinden anschlossen.

Wenn sich die heutige Generation, die vierte nach derjenigen, die sich in jahrelangem, zum Teil blutigem Streit getrennt hat, heute ernsthaft die Frage vorlegt, ob es nicht gut wäre, sich wieder in einem Staatswesen zusammenzufinden, so ist es keinesfalls deshalb, weil die einzelnen Teile - jedes der beiden neuen Gemeinwesen für sich, manchmal auch in Verbindung miteinander - ihre Probleme nicht zu meistern verstanden hätten. Sicher haben die Stadtbasler ohne die wohlbegründeten oder nur vermeintlichen Rechte und Pflichten gegenüber Gut und Leuten der Landschaft sehr gut leben können und vermöchten es auch weiterhin; bestimmt haben es die Landschaftler verstanden, ihr Gemeinwesen so einzurichten und immer wieder zu erneuern, dass auch für die Zukunft keinerlei Grenzen verschoben werden müssten. Beide haben sich in den vergangenen 120 Jahren bewährt. In der gleichen Zeitspanne sind aber auch die tiefern Ursachen verschwunden, die zu dem erbitterten Kampfe und zur Trennung als einziger wirksamer Befriedigungsmassnahme geführt haben. Das Land war zu einem Selbstbewusstsein erwacht, das alle überflüssigen und unnötigen Bindungen lösen musste, um in der Entwicklung dieses Selbstbewusstseins nicht gestört zu sein. Diese Entwicklung ist im wesentlichen heute abgeschlossen; eine Wiedervereinigung wäre ein Zusammenfinden zu gemeinsamer Arbeit und nur in der Weise eine Wiederherstellung der Ueber- und Unterordnung als es das Wesen jedes demokratischen Staates ausmacht, die Ueber- und Unterordnung nach der Zahl. Darin, ob sich die Landbevölkerung, gut 100'000 an der Zahl, mit der Stadtbevölkerung von fast 200'000 Seelen zur Arbeit für das Wohl aller zusammen finden würde oder ob die Grenzen der Ueber- und Unterordnung nach der Zahl in fast allen Entscheidungen doch ähnlich verlaufen würden wie die heutigen Kantonsgrenzen, darin scheiden sich die Geister auf dem Lande. Wäre das Verhältnis der Anzahl der Bevölkerung des Gebietes von Baselstadt so geblieben, wie es vor 100 Jahren war, dann hiesse die heutige Generation des Landgebietes ohne Zweifel den Zuwachs durch die Bevölkerung der Stadt willkommen, bedeutete es doch nur die Aufnahme einer mittleren Stadt mit nur 63'000 Einwohnern.

Ob eine Wiedervereinigung für das Ganze Vor- oder Nachteile bringt, hängt vor allem davon ab, ob das neue Gemeinwesen, ob die Verfassung,

die Gesetze, die Behörden und der Geist, der Bürger und Behörden leitet, so sein werden, dass sich möglichst alle Einwohner darin wohl fühlen können, also weitgehend davon, wie es beschaffen sein wird.

Ein neu zu bildendes Gemeinwesen, das zudem noch auf der Tradition zweier vorhergehender aufbauen könnte, hat es leicht neue Möglichkeiten zu benützen, die an andern Orten noch unerschöpft schlummern. Es kann hier an die Aufgabe der Erhaltung der Vollbeschäftigung gedacht werden. Sie obliegt in der Schweiz den Kantonen, weil diese für alles sorgen können, das sich nicht ausdrücklich der Bundesstaat vorbehält. Es kann daran gedacht werden, wie weit nicht der Ort und die Art der Arbeit eines Bürgers ebenso oder besser als der Wohnort geeignet wären zur Bildung der Zellen, deren ein Staat bedarf. Es kann auch daran gedacht werden, wie technische Erfindungen, zum Beispiel die Telephonie, noch nicht voll ausgenutzt sind, die Meinungs- und Willensbildung der Bürger zu erleichtern, Meinungen und Willen der Bürger besser zu erfassen oder den Verkehr zwischen Behörden und Bürgern wieder persönlicher zu gestalten.

Für einen kleinen Ausschnitt aus dem sehr vielfältigen Gestaltungsbereich eines neu zu bildenden Gemeinwesens, nämlich für die finanzwirtschaftliche Gestaltung, soll hier Vorarbeit geleistet werden. Unter Beachtung der allgemeinen Grundsätze der Finanzwirtschaft, der im folgenden dargestellten speziellen Tatsachen, welche für das baslerische Gebiet und voraussichtlich für eine längere Dauer (wenn auch nicht immer unverändert) gelten, sowie der stets wechselnden wirtschaftlichen Daten, sollte es möglich sein, die juristischen Gesetze, welche die Einnahmen und Ausgaben des Staates betreffen, so zu gestalten, dass sich möglichst alle darin wohl fühlen. Wichtigste spezielle Tatsache ist die Struktur der Finanzwirtschaften der beiden Halbkantone. Die Darstellung und der Vergleich ist deshalb ein gewichtiges Element dieser Arbeit.

Die Vereinigung der beiden Finanzwirtschaften kann nicht schlagartig erfolgen. Auch bei sehr speditiver Arbeit von Volk und Behörden wird die Gestaltung des neuen Gemeinwesens eine gewisse Zeit beanspruchen. Der Weg und die Stufen, welche die Vereinigung der beiden Finanzwirtschaften zu durchlaufen haben wird, lassen sich am besten in Anlehnung an die Vorschläge des "Verbandes zur Wiedervereinigung der beiden Basel" über das Vorgehen andeuten. Es ergeben sich etwa folgende Phasen:

1. Abstimmung in den beiden Halbkantonen über ein Initiativbegehren für die Wiedervereinigung. Diese Stufe ist bereits erreicht. In Baselland wurde am 23. Februar 1936 ein Verfassungsrat, in Baselstadt am gleichen Tage der grosse Rat mit einer entsprechenden Revision der Kantonsverfassungen beauftragt. In beiden Halbkantonen wurde am 2. Oktober 1938 vom Volk die Einleitung der Wiedervereinigung beschlossen und die Verfassungsbestimmungen über den Vollzug angenommen, in Baselstadt bei einer Stimmbeteiligung von 38% mit 14'639 Ja gegen 4'377 Nein, in Baselland bei einer Stimmbeteiligung von 78% mit 11'080 Ja gegen 10'278 Nein. Es dürfte jedoch ratsam sein, das Volk neuerdings zu befragen. Bei einer deutlichen Mehrheit auch in Baselland werden Organe und Souverän der Eidgenossenschaft gewiss ihre Zustimmung zu den notwendigen Verfassungsrevisionen geben.
2. Genehmigung der Aenderungen der Kantonsverfassungen durch die Bun-

desversammlung und eventuell Revision des Bundesverfassungsartikels, der die Gliederung der Eidgenossenschaft festhält.

3. Wahl eines gemeinsamen Verfassungsrates der beiden Basel, der die neue Verfassung ausarbeitet.
4. In Abstimmungen haben beide Halbkantone über den Entwurf des Verfassungsrates zu befinden.

Mit der Annahme in beiden Gebieten entsteht der neue Kanton; die Gesetze und die Verwaltungsfunktionen bleiben in beiden Gebieten vorläufig die alten.

5. In gemeinsamer Wahl werden gesetzgebende, rechtsprechende und ausführende Behörden gewählt. Diese arbeiten insbesondere die neuen Gesetze aus. Mit der Aufnahme dieser Tätigkeit entstehen die ersten finanziellen Verpflichtungen. Einnahmequellen besitzt der neue Kanton jedoch noch nicht, bis die entsprechenden Gesetze (Steuergesetz usw.) in Kraft treten. Die neue Staatskasse bezieht deshalb ihre Mittel von den beiden alten, wobei die Beiträge in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen. Es wird sich um relativ geringe Beträge handeln, denn die finanziellen Verpflichtungen auf Grund der alten Gesetze sind alle noch von den Kassen der ehemaligen Halbkantone zu erfüllen.
6. Mit dem Inkrafttreten des neuen Steuergesetzes tritt der umgekehrte Sachverhalt ein. Die neue Staatskasse empfängt die Einnahmen und hat wiederum in einem bestimmten Verhältnis nun beiden alten je nach dem Bedarf für den Vollzug der noch nicht vereinheitlichten Gesetze die Mittel zu liefern. Mit dem Inkrafttreten der neuen Gesetze ist jeweils auch der Uebergang von Sachkapital verbunden.
7. Die Zusammenlegung des Vermögens wird dann beendet, wenn die Gesetze und die Verwaltungsfunktionen, welche noch für die ehemaligen getrennten Gebiete in Kraft stehen, ein gewisses Mass unterschreiten und sich an Bedeutung dem Nichts nähern.

Von den Sachen und Rechten der beiden Halbkantone soll der neue Kanton nach seinem Belieben auswählen können. Was er nicht benötigt, überlässt er gegen Verrechnung oder Bezahlung Dritten. Ein Rechtsanspruch, der zu beachten ist, besteht jedoch zu Gunsten der Einwohnergemeinde Baselstadt und umfasst die Sachen, welche in besondern Verzeichnissen festgehalten sind. Die Bewertung der Sachen und Rechte wird wahrscheinlich am besten durch eine Behörde des neuen Kantons nach einheitlichen Grundsätzen vorgenommen. Sie kann sowohl von der Rechtsperson, welche eine Sache oder ein Recht abzutreten hat, als auch von der Rechtsperson, welche die Sache oder das Recht erwirbt, vor einem Schiedsgericht angefochten werden.

An den saldierten Geldwert des gewünschten Vermögens des neuen Staatswesens haben die beiden Halbkantone in einem gewissen Verhältnis beizutragen. Aktiv- bzw. Passivüberschüsse werden unter die Gemeinden der beiden Gebiete verteilt.

Zu jedem Zeitpunkt, in dem eine Wiedervereinigung vollzogen werden soll, harren in jedem der beiden Halbkantone gewisse Probleme einer Lösung. Insofern als diese die Finanzwirtschaft betreffen, sind sie mitbestimmend für die Gestaltung des Haushalts eines vereinigten Kantons. Zumeist werden aber solche Probleme relativ kleine Ausschnitte des Ganzen

betreffen. Immer wird es notwendig sein, zunächst die Grundzüge des Haushaltes eines vereinigten Kantons festzulegen. Diesen Grundzügen gelten unsere Bemühungen. Für sie dürfen wir etwas voraussetzen, das den Ueberlegungen eine grosse Bestimmtheit - allerdings auch eine Bedingtheit - verleiht: Die Finanzwirtschaften, so wie sie die Souveräne der beiden Halbkantone in zahlreichen Entscheidungen bis unmittelbar vor einer Wiedervereinigung gestaltet haben, sind Ausdruck der Wünsche der beiden Souveräne für die Gestaltung der Finanzwirtschaft eines wiedervereinigten Kantons.

I. Die Struktur der Finanzwirtschaften der beiden Basel

Ein schweizerischer Kanton^{a)} hat für alles zu sorgen. Nur was das Schweizervolk an Aufgaben der Bundesverwaltung übertragen hat, ist ausgenommen. Die Mittel zur Lösung seiner Aufgaben kann er sich nach Belieben verschaffen. Lediglich das Erheben von Zöllen ist ausgeschlossen.

Eine Uebersicht über die Tätigkeit der beiden Basel und die Art ihrer Mittelgewinnung, so wie sie gegenwärtig sich darbieten, lässt sich am besten an Hand einer vergleichbaren Zusammenstellung der Aufwendungen für die verschiedenen Zwecke und der Erträge aus den verschiedenen Quellen gewinnen. Die Zusammenstellung "Der Finanzhaushalt von Baselland und Baselstadt" und "Die Beanspruchung der Steuern und steuerähnlichen Mittel durch die einzelnen Staatsaufgaben" im Anhang sind Verzeichnisse über die kantonale Tätigkeit und über die kantonale Mittelgewinnung^{b)}. Um ein Maximum an Vergleichsmöglichkeiten bei einem Minimum von Vergleichsschwierigkeiten zu bieten, ist in bezug auf die Abgrenzung und die Gliederung der Tätigkeitsgebiete und der Einnahmequellen sowie in bezug auf die Messung (Anwendung von Verrechnungsprinzipien!) Einheitlichkeit angestrebt worden. Unabhängig von der Gliederung der Verwaltungsdepartemente in den beiden Staaten und ihren Gemeinden sind die einzelnen Ausgaben und Einnahmen geordnet worden nach ihrem Zweck bzw. nach Ihrer Beziehung zu einem Zweck:

- 1 Sanität
Erhaltung und Förderung der Gesundheit
- 2 Justiz
Wahrung der Rechtssicherheit
- 3 Polizei
Gewährleistung von Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Sittlichkeit
- 4 Militär
Abwehr möglicher Bosheiten anderer Volksgemeinschaften
- 5 Erziehung, Kultur
Bildung des Geistes der Jugend, Förderung des Geistes
- 6 Kirche
Vermittlung der Worte und Taten Gottes

a) Hier und im folgenden wollen wir zwischen Kanton und Staat unterscheiden. So wie in der Umgangssprache Basellands wollen wir Staat als Gegenstück zum Begriff der Gemeinde verwenden. Wenn wir das Ganze meinen, Staat und Gemeinde, verwenden wir das Wort Kanton.

b) Um möglichst wirklichkeitsnahe zu sein, wird nur das Jahr 1948 zu Grunde gelegt. Das Gewicht der einzelnen Aufgabe ändert natürlich von Jahr zu Jahr. Neue Aufgaben tauchen auf, andere verschwinden endgültig oder vorübergehend. Das Jahr 1948 ist ein Jahr des guten Geschäftsganges. Die Fürsorgeausgaben sind relativ gering, in der Bautätigkeit hielten sich Kantone und Gemeinden zurück, anderseits finden sich noch beträchtliche Ausgaben für die Wohnbausbüfventionierung, die Kriegswirtschaftsamter, sowie - in Baselstadt - solche des Arbeitsrappenfonds, welche nicht mehr allzu lange notwendig scheinen.

- 7 Fürsorge, Volkswirtschaft
Beistand den wirtschaftlich Schwachen, Förderung und Regelung von Produktion und Konsumation
- 8 Vermögen im Gemeingebrauch
Erhaltung und Mehrung des Vermögens im Gemeingebrauch und der Ordnung in der Siedlung
- 9 Löschwesen, Feuerpolizei; Wasserversorgung
Verhütung von Schadenfeuer, Abwehr von Elementarschaden; Gewinnung und Verteilung von Wasser mit Trinkwassereigenschaften
- 10 Finanzwesen
Gewinnung der Steuern und steuerähnlicher Mittel und Erhaltung der Ordnung in der Mittelverwendung
- 11 Allgemeines
Nicht auf die einzelnen Zweckgruppen verteiltes
- 12 Vermögensänderungen
Mehring oder Minderung des Finanzvermögens.

In dieser Weise zusammengefasst und nach der Grösse der Beanspruchung bzw. der Lieferung von Steuermitteln geordnet, ergibt sich der folgende Aufbau in der Tätigkeit und der Mittelgewinnung unserer beiden Kantone:

(Zweckgruppen 5, 7, 9 werden getrennt in "Erziehung" und "Kultur", "Fürsorge" und "Volkswirtschaft", "Löschwesen, Feuerpolizei" und "Wasserversorgung", Zweckgruppen 10 und 11 miteinander präsentiert.)

	Baselland	Baselstadt
	33, 0	100, 5
Erziehung	7, 5	22, 8 Erziehung
Vermögen im Gemeingebrauch	3, 8	12, 8 Sanität
Volkswirtschaft	3, 6	12, 4 Fürsorge
Fürsorge	3, 3	8, 1 Volkswirtschaft
Sanität	1, 8	7, 3 Polizei
Justiz	1, 2	6, 2 Vermögen im Gemeingebrauch
Kirche	0, 8	4, 5 Justiz
Polizei	0, 2	1, 8 Kultur
Wasserversorgung	0, 2	0, 01 Kirche
Militär	0, 1	-0, 1 Militär a)
Kultur	0, 1	-0, 1 Löschwesen, Feuerpolizei a)
a) Löschwesen, Feuerpolizei	-0, 1	-1, 0 Wasserversorgung a)
Finanzwesen, Allgemeines b)	7, 4	15, 6 Finanzwesen, Allgemeines
Vermögenszunahme	3, 1	10, 2 Vermögenszunahme
	(Mio. Fr.)	

a) Aufgaben, welchen grosse Einnahmen zugeordnet werden können und welche deshalb zum Teil für unsere Kantone einträglich sind.

b) Veranlagter Steuerertrag der baselstädtischen Wehroferzahler: 45,668 Mio. Fr. (45,668 : 5 = 9,15 Mio. Fr.)

Erträge gemeinw. Betriebe	0, 6	1, 5	Anteile an indirekten eidgen. Steuern und st. ähnl. Mitteln
Anteile an indirekten eidg. Steuern u. st. ähnl. Mitteln	0, 8	6, 9	Anteile an eidg. Kriegssteuern
Anteile an eidg. Kriegssteuern	1, 8	8, 7	Erträge gemeinw. Betriebe
Versch. kantonale Quellen	1, 9	9, 4	Versch. kantonale Quellen
Eink.- Verm.- Ertrags- Kap. Liegenschaftsgewinnsteuer	27, 6	74, 0	Eink.- Verm.- Kap.- Ertragssteuer
	32, 7	100, 5	

Wir erkennen am Aufbau der obigen Rangordnungen manche Ähnlichkeit, aber auch manche Verschiedenheit.

Ähnlich ist in beiden Staatswesen die Stellung des Erziehungswesens unter den Aufgaben und diejenige der Hauptsteuern unter den Einnahmequellen. In beiden Kantonen beansprucht das Erziehungswesen fast $\frac{1}{5}$ der Steuermittel, in beiden liefern die Hauptsteuerquellen (Einkommens-, Vermögens-, Ertrags-, Kapital- und Liegenschaftsgewinnsteuer) einen sehr grossen Anteil der Steuer- und steuerähnlichen Mittel.

Verschieden ist die Gesamtbeanspruchung von Steuermitteln, nicht nur absolut, sondern vor allem auch gemessen an der Grösse der Bevölkerungskollektive; verschieden ist auch die Stellung der weiteren einzelnen Aufgabengebiete und der weiteren einzelnen Einnahmequellen.

Es ist bemerkenswert, dass Baselstadt in allen Zweckgruppen pro Kopf der Bevölkerung mehr aufwendet als Baselland, ausgenommen für den Unterhalt und die Mehrung des Vermögens im Gemeingebrauch und für die Unterstützung der Kirchen (von den an dieser Stelle unwichtigen Zweckgruppen Militär, Löschwesen, Feuerpolizei und Wasserversorgung wollen wir absehen).

Erfordernis von Steuern und steuerähnlicher Mittel pro Kopf der Bevölkerung^{a)}

	Baselland	Baselstadt (Fr.)
Erziehung	72. 80	120. 10
Fürsorge	31. 60	65. 50
Sanität	17. 40	67. 50
Volkswirtschaft	35. 10	42. 60
Vermögen im Gemeingebrauch	36. 60	32. 70
Polizei	2. 30	38. 40
Justiz	11. 70	23. 90
Kultur	- 82	9. 70
Kirche	7. 90	0. 05
Militär	1. 05	- 0. 54
Löschwesen und Feuerpolizei	- 1. 05	- 0. 73
	218. 32	401. 72

a) Mittlere Bevölkerung 1948 in Baselland 103'200, in Baselstadt 189'400.

b) Vermögensvermehrung hier und im folgenden hat immer die Bedeutung von Mehrung des Finanzvermögens.

	Uebertrag:	218. 32	401. 72
Wasserversorgung		1. 62	- 5. 19
Allgemeines (auch Finanzwesen)		71. 60	82. 10
Vermögensvermehrung a)		30. --	54. --
Insgesamt (rund)		320. --	530. --

Baselstadt besitzt ein wesentlich höheres Durchschnittseinkommen als Baselland. Trotzdem bezieht der Staat Baselstadt einen höheren Prozentsatz dieses Einkommens seiner Einwohner in Form von Steuern und steuerähnlichen Einkünften, nämlich 15,5 % gegenüber 12,4 % in Baselland (Staat und Gemeinden) a). Es ist dies eine recht bemerkenswerte Tatsache, könnte man doch leicht vermuten, die Finanzwirtschaft eines Gemeinwesens mit reichen Bürgern könne sich eher mit einem geringern Anteil am Einkommen seiner Bürger begnügen. Selbst bei einem geringern Anteil kann ja die Finanzwirtschaft bezogen auf einen Einwohner über mehr Mittel verfügen. Das, was wir für Baselland und Baselstadt feststellten, finden wir nicht nur hier: es kommt sehr oft vor, wenn wir es auch nicht als Regel ansprechen dürfen. 1) Die Erklärung ist vermutlich eine einfache: Beides, hohes Durchschnittseinkommen und, bezogen auf dieses, hohe Staatsausgaben sind Folgen einer weitgehenden Arbeitsteilung.

Es ist aber nicht so, dass Baselstadt für jeden einzelnen Zweck relativ mehr aufwendet als Baselland. Sehr oft ist dies der Fall; manche Einnahmen und Ausgaben stehen aber ungefähr im Verhältnis der beiden Bevölkerungszahlen zueinander. Die einzelnen Einnahmen und Ausgaben dieser beiden Kategorien wollen wir hier nicht ausführlich aufzählen, wohl aber diejenigen, welche nicht dazu gehören:

Baselstadt wendet relativ bedeutend mehr Steuermittel auf als Baselland

für	Baselland	Baselstadt
	(Mio. Fr.)	
Hochschule, Archive, Museen, Bibliotheken	0, 03	7, 0
Nettozinlast	0, 3	5, 7
Spitalbetriebsbeiträge, Krankenfürsorge- und -versicherung	1, 1	10, 3
Polizeikorps	0, 8	7, 3
Schulfürsorge, Altersfürsorge, kant. Altersversicherung	0, 1	4, 1
Kultur, (Kunst, Theater)	0, 05	1, 8

Trotz der allgemeinen Tendenz, welche wir soeben kennen lernten, gibt es aber auch das Gegenteil:

a) Diese Prozentsätze beziehen sich einerseits auf die obigen Angaben über die Erträge der Steuern und der steuerähnlichen Quellen vom Jahre 1948, anderseits auf ein geschätztes Einkommen der Einwohnerschaft von Baselstadt von 650 Mio. Fr., der Einwohnerschaft von Baselland von 264 Mio. Fr. für das Jahr 1947. Diese Schätzungen kamen wie folgt zustande: Einkommen der Wehrst uerpflichtigen im Durchschnitt der Jahre 1945/46 gemäss der Statistik der eidg. Steuerverwaltung (Schweiz. statistische Quellenwerke Heft 221) 538 Mio. Fr. bzw. 214 Mio. Fr. Geschätztes Einkommen der nicht wehrsteuerpflichtigen Einkommensbezüger 34 Mio. Fr. bzw. 18 Mio. Fr. Aus den Summen werden gemäss der durchschnittlichen Verdienststeuerung (Vgl. Statistik der allgemeinen Lohn- und Gehaltserhebung) von 1945/46 auf 1947 von 13,6 % die beiden Einkommen für 1947 berechnet.

b) Bezogen auf die Bevölkerung.

Baselland wendet relativ ^{a)} bedeutend mehr Steuermittel auf als Baselstadt

für	Baselland	Baselstadt
	(Mio. Fr.)	
Unterstützung der Kirche	0,8	0,009
Förderung der Landwirtschaft	0,7	0,08
Strassenneu- und -ausbau	1,4	0,9
Strassenunterhalt und -reinigung	2,8	3,1

Wenn die Gesamtausgaben unserer beiden Kantone so verschieden hoch sind, so muss es auch Einnahmequellen geben, welche in Baselstadt nicht nur um geringes stärker fließen als in Baselland. Tatsächlich finden wir solche:

Baselstadt bezieht relativ ^{a)} bedeutend mehr als Baselland in Form von

	Baselland	Baselstadt
	(Mio. Fr.)	
Abgeliefertem Ertrag des Elektrizitätswerkes	-	6,0
Reinigungs- und Beleuchtungssteuer	-	1,2
Kantonale Stempelsteuer	-	0,17
Billetsteuer	0,04	1,0
Erbschafts- und Schenkungssteuer	0,34	3,1
Anteil an eidg. Steuern	1,7	6,9
Einkommens-, Vermögens-, Ertrags-, Kapital-, Liegenschaftsgewinnsteuern	27,6	74,0

Auch bei der letzten Regel gibt es eine Ausnahme:

Baselland bezieht relativ ^{a)} bedeutend mehr als Baselstadt in Form von

	Baselland	Baselstadt
	(Mio. Fr.)	
Motorfahrzeugsteuer	1,0	1,4

Wie die unterschiedlichen Ausgaben bedingt sind und weshalb die einzelnen Steuerquellen in den beiden Halbkantonen so verschieden fließen, dieses gilt es nun zu untersuchen.

A. Die Ausgaben

Der Organisator der Staatswirtschaft eines vereinigten Kantons hat nicht nur allgemeine abstrakte Richtlinien zu berücksichtigen; es ist äusserst wichtig für ihn das bestehende Konkrete in Betracht zu ziehen. Die Staats- und Gemeinderechnungen sind ihm Material zu dieser zweiten Seite seiner Arbeit.

Wichtig für ihn ist es, immer gleiches mit gleichem in Beziehung zu setzen. Es wird dies ermöglicht durch gleichartige Rechnungsführung oder

durch nachträgliche Umgestaltung der gegebenen Rechnungen in die Art unserer Zusammenstellung "Der Finanzhaushalt von Baselland und Baselstadt" (s. Anhang). Aeusserst wichtig für ihn ist es, seine Probleme vom Einzelnen her anpacken zu können. Sowenig wie der Zimmermann seine Dachkonstruktion, kann er die Organisation der Staatswirtschaft aus "sperrigen, untransportablen" Teilen aufbauen. Man kann nicht, um ein Beispiel zu nennen, das Erziehungswesen eines neuen Staatswesens organisieren, ohne zunächst beispielsweise die Volksschule organisiert zu haben.

Entsprechend gehen wir in unserer Analyse vor: Wir teilen die Gesamttätigkeit unserer beiden Staatswesen auf und schälen aus den einzelnen Aufgaben die wichtigsten heraus, um sie - jede einzeln - kennen zu lernen. Wir werden gleich feststellen, dass es gar nicht so viele Einzelaufgaben sind, die das Wesen der Staatstätigkeit ausmachen und, dass das, was übrig bleibt, ein recht unbedeutendes "Drum und Dran" ist.

Die Gliederung ist in unserer Zusammenstellung "Die Beanspruchung der Steuern und steuerähnlichen Mittel durch die einzelnen Staatsaufgaben" im Anhang schon vorbereitet. ²⁾ Hier können wir die Teile sehr leicht in der Form gewinnen, in welcher sie uns "handlich" erscheinen (in gewissen Fällen ist es eine ganze Zweckgruppe, oft die Gliederung 1. Ordnung, manchmal auch 2. oder 3. Ordnung, in gewissen Fällen nehmen wir auch Zusammenfassungen vor):

Aufgaben von Baselland und Baselstadt
in der Rangfolge ihrer Wichtigkeit (gemessen an der Grösse der
Beanspruchung von Steuer- und steuerähnlichen Mitteln in bei-
den Kantonen zusammen)

	(Mio. Fr.)
1. Vermögensvermehrung	13,4
2. Krankenfürsorge und Krankenversicherung	11,3
3. Verwaltungsvermögen. Unterhalt und Mehrung	9,5
4. Primar-, Sekundar-, Fortbildungsschule	9,0
5. Wohnbausubventionen, Wohnungswesen	8,5
6. Polizeikorps	8,1
7. Altersfürsorge und -Versicherung	7,5
8. Mittelschulen	7,2
9. Hochschule, Archive, Museen, Bibliotheken	7,0
10. Nettozinslast	6,0
11. Armenpflege	5,4
12. Strassen, Brücken	4,9
13. Steuerbezugskosten, Kassaverwaltung, Finanzdirektion	3,6
14. Berufsschulen und Kurse	2,7
15. Tiefbau. Allgemeine Ausgaben	1,8
16. An Private im Dienste der Kunst	1,8
17. Kindergärten	1,5
18. Kirche	0,8
19. Förderung der Landwirtschaft	0,7
	110,7
Restliche Aufgaben	22,9
	133,6

Dies sind die wichtigsten Aufgaben, wie sie die beiden Staatswirtschaften erfüllen. Sie seien, jede für sich, in der Reihenfolge der Wichtigkeit für beide Kantone näher erläutert.

1. Vermögensvermehrung

Eine Besonderheit des Jahres 1948 ist es, wenn an erster Stelle der Verwendungsarten der Steuermittel die Vermögensvermehrung steht. 1947 und 1948 sind für die schweizerische Volkswirtschaft gesegnete Jahre. Die Arbeitskräfte sind voll beschäftigt; 1948 zeichnet sich die Stabilisierung des Preisniveaus ab; die Realeinkommen erreichen einen noch nie dagewesenen Stand. Dies bedeutet für unsere Fiskal, dass die gewohnten Steuerquellen reichlich fliessen. Zudem ist in Baselland 1948 mit dem Zuschlagsteuergesetz eine neue Quelle geschaffen worden. (In Baselstadt, das in seiner Rechnung nicht die entstandenen Steuerschulden einsetzt, sondern die Steuereingänge, ergibt sich ein sehr hoher Ertrag der Einkommenssteuer, weil infolge verspäteter Veranlagung 1948 noch ungewöhnlich viel an Steuern vom Vorjahre hinzukommt. Ebenfalls einmalig, aber auf eine formelle Aenderung in der Rechnungsführung zurückzuführen, ist die Aufhebung der stillen Steuerreserven in der Staatsrechnung von Baselland.)

Erhöhte Einnahmen veranlassen erhöhte Ausgaben. Dies ist bei allen Wirtschaftssubjekten so. Immerhin erreicht in unserm Falle die Ausgabensteigerung lange nicht die Einnahmeerhöhung. Dies ist die Besonderheit des Jahres 1948, wenn man es mit den vorangehenden vergleicht. Relativ niedrig sind die Ausgaben vor allem, weil sich unsere beiden Kantone und die Grosszahl der Gemeinden auch 1948, wie in den vorhergehenden Jahren seit Kriegsende, freiwillig oder auf Weisung der übergeordneten Behörden mancher Investitionen enthielten, welche ohne genügende Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge vorgenommen worden wären. Der Aufwand für den Unterhalt und die Mehrung des Vermögens im Gemeingebrauch und des Verwaltungsvermögens ist deshalb gering. Dass die Ausgabenerhöhung so mässig ausfiel, ist auch der ständigen Lockerung und schliesslichen Aufhebung kriegswirtschaftlicher Massnahmen Mitte 1948 zuzuschreiben.

Dies sind die Gründe, weshalb an der Spitze aller Verwendungszwecke der Steuern und steuerähnlichen Einnahmen die Vermögensvermehrung steht. Es ist dies natürlich ein recht seltenes Ereignis. Diese Spartätigkeit öffentlich-rechtlicher Körperschaften - sie erstreckt sich über die ganze Schweiz - hat beigetragen, dass die Schweiz trotz Vollbeschäftigung ein stabiles Preisniveau und zugleich eine aktive Handelsbilanz haben konnte. Da im Jahre 1948 die Kreditgewährung an die wiederaufbauenden übrigen europäischen Länder sehr im Interesse unseres Kontinentes lag, so darf man behaupten, dass sich unsere beiden Gemeinwesen mit einer Sparquote von mehr als 10% ihrer Steuereinnahmen als gesamtwirtschaftlich nützliche Glieder erwiesen haben.

Die Ermittlung der Grösse des Sparbetrages für die einzelnen Bestandteile unserer Gemeinwesen konnte, so wie die Unterlagen beschaffen sind, nur behelfsmässig erfolgen. Sie erfasst als positive Beträge:

1. Alles, was in den Staats- und Gemeinde-, sowie den ergänzenden Rechnungen unter den Ausgaben als Einlagen in Fonds, Rückstellungen,

Amortisationen, welche nicht einem Wertverzehr entsprechen, und Erwerb, sowie Bau von Immobilien des Finanzvermögens figuriert.

2. Die Mehreinnahmen, wie sie die offiziellen Staats- und Gemeindefinanzrechnungen ausweisen, sowie die Summen der Mehreinnahmen der ergänzenden Rechnungen.

Als negative Beträge enthält sie:

1. Alles, was unter den Einnahmen der verschiedenen Rechnungen die Form der Entnahme aus Fonds, der Entnahme aus Rückstellungen und der Veräusserung von Immobilien besitzt.

2. Die Mehrausgaben, so wie sie die offiziellen Staats- oder Gemeindefinanzrechnungen ausweisen, wie die Summe der Mehrausgaben der einzelnen ergänzenden Rechnungen.

Unberücksichtigt bleiben insbesondere Ausgaben für bauliche Veränderungen am Vermögen im Gemeingebrauch oder am Verwaltungsvermögen, sowie Mobiliarinventaränderungen. (Unter bestimmten Umständen und unter andern Gesichtspunkten können diese auch als Vermögensmehrung oder als Sparbetrag betrachtet werden.)

Nicht alle Glieder unserer Gemeinwesen sind per Saldo am grossen Sparbetrag des Jahres 1948 beteiligt. Sehr zeitgemäss verhielten sich

der Staat Baselstadt	(10,07 Mio. Fr.)
die Gemeinden Riehen und Bettingen	(0,17 " ")
der Staat Baselland	(3,44 " ")

nicht aber

die basellandschaftlichen Gemeinden,

welche nach dem Ergebnis unserer Rechnungen und Schätzungen einen Betrag von 0,31 Mio. Fr. entsparten.

2. Krankenfürsorge und Krankenversicherung.

An erster Stelle in der Grössenordnung der Nettoausgaben von Baselstadt stehen diejenigen für Krankenfürsorge und -versicherung. An das Bürgerspital, das Frauenspital, die Irrenanstalt Friedmatt, das Kinderspital, die Augenheilanstalt, das Hilfsspital und das Säuglingsheim leistet der Staat verschiedenartige Beiträge: Defizitübernahmen, Teuerungszulagen und Pensionskassenbeiträge für das Personal, Gebührenzuweisungen. Daneben unterhält das Baudepartement die Gebäulichkeiten und erneuert die Mobilien eines Teils der obigen Spitäler. Ohne diese Aufwendungen des Baudepartementes, ohne die Ausgaben des Erziehungsdepartementes für die Kliniken verschiedener Spitäler und ohne die Beiträge an die basler Tuberkuloseheilstätten zu rechnen, geniessen die Patienten der Basler Spitäler Erleichterungen im Werte von 7,7 Mio. Fr. Diese staatlichen Leistungen entlasten hauptsächlich die Drittklasspatienten, also vorwiegend Menschen niedriger oder mittlerer Einkommensschichten. Es liegt deshalb hiermit eine Form der Umschichtung von Einkommen vor.

Als eine solche ist auch die zweite Kategorie der Ausgaben für Krankenfürsorge und Krankenversicherung, die ganze oder teilweise Prämienübernahme für die Mitglieder der "Oeffentlichen Krankenkasse", welche

gewisse Einkommensgrenzen nicht erreichen.

Der Staat bezahlt 1948

für	17'630	Mitglieder	die volle Prämie von	ca.	Fr. 77. 70
"	12'021	"	3/4 der Prämie, d. h.	ca.	" 58. 29
"	16'101	"	1/2 " " "	ca.	" 38. 86
"	10'841	"	1/4 " " "	ca.	" 19. 43 a)

Im ganzen werden also auf diese Weise an 56'593 Leute (fast einen Drittel der Gesamtbevölkerung!) 2,3 Mio. Fr. verteilt. Der Krankentransportdienst, die dritte Kategorie, erfordert etwas über 200'000 Fr.

Höchst bescheiden nehmen sich im Vergleich dazu die Beträge aus, welche Baselland für die gleichen Zwecke verwendet:

1. Beiträge an die Betriebskosten von Kranken-, Pfrund-, Heil- und Pflegeanstalt von 0,63 Mio. Fr., Beiträge an die Spitalkosten von Patienten aus dem untern Kantonsteil, welche in grosszügiger Weise zu sehr günstigen Bedingungen in den Spitälern Basels gepflegt werden, von 0,24 Mio. Fr. Baselland ist mit Baselstadt durch zwei Vereinbarungen bezüglich des Spitalwesens verbunden. Eine erste von 1924 regelt die Notaufnahme mittel- loser Landschaftler (der Staat Baselland gewährleistet unter gewissen Bedingungen die Bezahlung der Spitalkosten), eine zweite, aus dem Jahre 1948, berechtigt die Patienten 3. Klasse aus Baselland in den Basler Spitälern zu Fr. 10.50 pro Tag (Bürgerspital, Frauenspital, Hilfsspital, Augenheilanstalt) bzw. zu höchstens Fr. 7.50 pro Tag (Kinderspital) gepflegt zu werden. Der Staat Baselland verpflichtet sich an die Basler Spitäler einen Kostenbeitrag von Fr. 5.50 (Bürger- und Frauenspital), bzw.
 " " 5.-- (Augenheilanstalt) , "
 " " 4.-- (Hilfsspital) , "
 " " 2.50 (Kinderspital) zu leisten.

Noch sind 1948 die Belastungen des öffentlichen Haushalts für die Spitalpflege sehr gering. Das Pflegepersonal erbringt grösste Leistungen bei bescheidener Entlohnung. Die Gebäulichkeiten belasten die Betriebsrechnung relativ wenig (sie wurden zu Zeiten günstiger Baukosten erstellt). Deshalb und aus verschiedenen weniger bedeutsamen Gründen ist es möglich, dass die basellandschaftlichen Spitäler trotzdem die Patienten zu sehr günstigen Bedingungen aufnehmen können. Es zeichnet sich aber das Ende dieser Periode ab. Neue Gebäulichkeiten in Liestal und im untern Kantons- teil sollen die Anwendung wirksamerer Heilmethoden erleichtern und die Basler Spitäler entlasten.

2. Eine Subvention an die Krankenkassen von Fr. -. 20 pro Mitglied wird für 62'581 Mitglieder^{b)} (gut 2/3 der Bevölkerung) entrichtet und erfordert 0,01 Mio. Fr.

3. Für das Führen des Krankenwagens wird an die Krankenanstalt eine Entschädigung von Fr. 6'400 ausgerichtet.

Im ganzen erreichen die Ausgaben für Krankenfürsorge und -Versicherung in Baselland nur 1,07 Mio. Fr.

3. **Verwaltungsvermögen.** Mehrung, Unterhalt und Verwaltung.

Was ist mit Mehrung, Unterhalt und Verwaltung des Verwaltungs-

a) Berechnet nach Angaben des statistischen Jahrbuches von Baselstadt Jg. 1948 S. 238, 239.

b) Amtsbericht von Baselland für das Jahr 1948 S. 247.

vermögens gemeint? Das Verwaltungsvermögen wird gebildet durch die Immobilien und ihre beweglichen Einrichtungen, welche die Verwaltungsorgane zur Ausübung ihrer Tätigkeit gebrauchen. Annäherungsweise handelt es sich also um die Hochbauten und ihre Ausstattung. Zu unterscheiden davon ist das Vermögen im Gemeingebrauch, d.h. solche Mobilien und Immobilien, welche jedermann gewidmet sind, und das Finanzvermögen, d.h. solches, das rein privaten Zwecken gewidmet ist, wenn es auch zum Eigentum des Gemeinwesens gehört und zu seinen Gunsten Ertrag abwirft. Mit Verwaltung ist hier sehr einfach und konkret Versicherung und Heizung der Verwaltungsobjekte gemeint. In bezug auf die Reinigung der Verwaltungsräumlichkeiten konnte keine einheitliche Lösung erzielt werden; unser Begriff bleibt in dieser Beziehung zweideutig. Es ist dies zu verschmerzen, vor allem deshalb, weil die statistische Zusammenfassung der Aufwendungen für Mehrung, Unterhalt und Verwaltung des Verwaltungsvermögens nicht Selbstzweck, sondern Vorstufe zu einer statistischen Verteilung auf die einzelnen Branchen staatlicher Tätigkeit ist (beispielsweise gemäss dem Raumbedarf im Durchschnitt jeder Branche, nach der Ausstattung, ihrer mittleren Lebensdauer usw.).

So wie die Rechnungsführung unserer Gemeinwesen ist, war es ausgeschlossen, die Bruttoausgaben und -einnahmen je für die Mehrung, den Unterhalt und die Verwaltung herauszuschälen. Ja, es war nicht einmal möglich, Bruttoausgaben und -einnahmen, welche in unserm Sinne solche des Verwaltungsvermögens sind, direkt zu ermitteln. Wir müssen deshalb hier auf die getrennte Angabe dessen, was Mehrung, was Unterhalt oder Verwaltung ist, verzichten und zur Bestimmung der Beanspruchung von Steuermitteln durch das Verwaltungsvermögen einen indirekten Weg einschlagen, indem teilweise vorübergehend auch Finanzvermögen als Objekt unserer Einnahmen und Ausgaben zugelassen bleibt.

Das, was uns die Rechnungsführung von Staaten und Gemeinden Basels liefert (allerdings nicht immer unterteilt), ist folgendes:³⁾

Bruttoausgaben

- für (1) Erwerb, Neu- und Umbauten von Verwaltungsliegenschaften;
(2) Gebäudeunterhalt,
(3) Mobiliar, Heizung,
(4) allgemeines für Liegenschaften des Verwaltungs- und Finanzvermögens;

Bruttoeinnahmen, welche mit den Ausgaben in Beziehung stehen.

Die Beanspruchung von Steuermitteln ist gleich der Differenz zwischen Bruttoausgaben und Bruttoeinnahmen.

Vor allem sind es die Objekte des Finanzvermögens, welche Einnahmen erbringen. Weil wir annehmen dürfen, dass diese Einnahmen ungefähr dem entsprechen, was das Finanzvermögen an Unterhalt und Verwaltung erfordert, dürfen wir die Beanspruchung von Steuermitteln als eine solche für das Verwaltungsvermögen bezeichnen.

Wenn oben (S. 11) die Ausgaben für Mehrung, Unterhalt und Verwaltung des Verwaltungsvermögens in beiden Kantonen als relativ gering bezeichnet wurden, so gilt dies in bezug auf das Bauvolumen, welches der Souverän sowie seine Staats- und Gemeindeorgane beschlossen hätten, wenn nicht

die Rücksichtnahme auf die Vollbeschäftigung des Baugewerbes, die Beschleunigung des Wohnungsbaues und die Sicherung der Vollbeschäftigung in die Zukunft hinein erforderlich gewesen wäre. Nicht in beiden Kantonen ist aber in bezug auf frühere Aufwendungen diejenige von 1948 als gering zu bezeichnen.

Sehr gering ist sie in Baselstadt: a)

Ausgaben für Bau und Unterhalt	1936-39	1945-48	1948
		in 1000 Fr.	
Von Verwaltungsgebäuden b)	3'505	1'145	202
Von Universitätsgebäuden	6'679	1'204	323
Von Schulhäusern	5'597	5'907	1'747
Zusammen (je 4 Jahre)	15'771	8'255	
Pro Jahr	3'943	2'064	2'272

Zürcher Baukostenindex (Durchschnitt 1936-39 = 100)

100	187	202
-----	-----	-----

Hier wird im Jahresdurchschnitt 1945-48 nur für Schulhäuser soviel ausgegeben wie in den Jahren zwischen Abwertung und zweitem Weltkrieg. Für die übrigen beiden Gebäudekategorien wurde in den Nachkriegsjahren nur ungefähr der dritte bzw. der fünfte Teil aufgewendet im Vergleich zu den Vorkriegsjahren. Wie klein das baselstädtische Bauvolumen ist, erfasst man erst, wenn man unter Berücksichtigung des Baukostenindex das Bauvolumen realiter misst: Einem Bauvolumen von 3'943'000 Fr. im Durchschnitt der Jahre 1936-39 steht in den Jahren 1945-48 ein Bauvolumen gegenüber, das vergleichbar nur 1'120'000 Fr. misst. Nach den gleichen Masstäben ergibt sich für das Jahr 1948 ein Bauvolumen von 1'144'000 Fr.

Anders in Baselland. Hier gibt der Staat in den ersten Nachkriegsjahren bedeutend mehr aus als in den letzten Vorkriegsjahren:

Ausgaben für c)	1936-39	1945-48	1948
		in 1000 Fr.	
Neubauten und Erwerb von Liegen- schaften	61	702	352
Umbauten	11	33	12
Unterhalt	311	746	263
Zusammen (je 4 Jahre)	383	1'481	
Pro Jahr	96	370	627

Zürcher Baukostenindex (Durchschnitt 1936-39 = 100)

100	187	202
-----	-----	-----

a) Angaben des statistischen Jahrbuches von Baselstadt Jg. 1948 S. 212 Nr. 6, 21, 23.

b) Der Verwaltung im engern Sinne dienende Gebäulichkeiten einschliesslich Gerichtsgebäude

c) Daten der Staatsrechnungen von Baselland 1936-1939 und 1945-1948. Es handelt sich um Nettoausgaben.

Diese Zahlen geben ein deutliches Bild eines recht unrühmlichen Verhaltens. Von einer antizyklischen Ausgabenpolitik ist nichts wahrzunehmen. Im Gegenteil, der Staat Baselland gibt in einer Periode der Vollbeschäftigung bedeutend mehr für den Unterhalt und die Mehrung seines Verwaltungsvermögens aus als in der vorangegangenen Periode der Unterbeschäftigung. Die grösstmässigen Verhältnisse sind derart, dass wir den Staat Baselland zu denjenigen Wirtschaftssubjekten zählen müssen, welche auf die wirtschaftlichen Wechsellagen vor und nach dem zweiten Weltkrieg, gekennzeichnet durch Arbeitslosigkeit und Deflationstendenz einerseits, durch Vollbeschäftigung, Inflationstendenz und Wohnungsmangel anderseits, verschärfend eingewirkt haben. Wir können die Argumente der Rechtfertigung dieses Verhaltens sehr wohl verstehen. Welches der Wirtschaftssubjekte, die zusammen durch ihr Gesamtgewicht diese Wechsellagen mit all ihren negativen Folgen verursachen, hätte aber nicht zahlreiche Argumente für sein Verhalten?

Ein Blick auf die Staatsausgaben für Hochbauzwecke lässt erkennen - und die Ansichten der Zeit bestätigen dies -, dass Baselland, als die Krise der Dreissigerjahre begann, genügend Verwaltungsgebäude und diese in bestem Zustande hatte, war doch in den Jahren zuvor Beträchtliches dafür aufgewendet worden. In der Krise bestand also hier kein Anlass zu Aufwendungen, sondern auf diesem Gebiet bot sich Gelegenheit zum "Sparen". Mancher Verwaltungsmann mochte noch stolz auf eine solche "Sparpolitik" mindestens auf einem Gebiete staatlicher Tätigkeit gewesen sein; mancher hat vielleicht eingesehen, dass sparen zu dieser Zeit vorbereiten zum Zerstören ist, aber es war ja kein Ende der Depression abzusehen und, wer weiss, so hat mancher in diesen Jahren gedacht, ob nicht Grosszügigkeit ein paar Jahre später noch viel mehr am Platze wäre. Nach dem, was sich ereignete, wurde dann die noch nicht angewandte Grosszügigkeit zwangsläufig für anderes beansprucht. Für das Verwaltungsvermögen konnte nun nur noch das Notwendigste aufgewendet werden. Wegen der fälschlichen Zurückhaltung in der Krisenzeit der Dreissigerjahre war dieses Notwendigste gar nicht gering und bedeutete in der Kriegs- und Nachkriegszeit sowohl staatswirtschaftlich als auch volkswirtschaftlich eine recht unerwünschte Belastung. Diese Behauptungen sind so schwerwiegend, dass sie nicht ganz unerhärtert bleiben sollen. Es seien deshalb im einzelnen die Ausgaben für das Hochbauwesen des Staates Baselland angeführt: a)

Ausgaben in 1000 Fr. für					Baukostenindex
Jahr	Erwerb von Liegensch.	Neubauten	Umbauten	Unterhalt	1936-39 = 100
1931	89	66	98	122	109
1932	-	94	207	103	105
1933	25	97	-	71	101
1934	-	-	-	53	99
1935	-	-	6	76	97

Jahr	Erwerb von Liegensch.	Neubauten	Umbauten	Unterhalt	Baukostenindex 1936-39 = 100
1936	-	-	11	94	95
1937	-	-	-	64	101
1938	61	-	-	56	102
1939	-	-	-	97	103
1940	25	-	-	136	116
1941	73	-	-	149	133
1942	10	-	-	101	150
1943	-	-	-	91	156
1944	-	-	-	132	162
1945	-	-	11	174	168
1946	-	-	4	167	181
1947	-	39	6	142	200
1948	264	88	12	263	202

Wie verhält es sich mit den Ausgaben für den Unterhalt und die Mehrung des Verwaltungsvermögens der basellandschaftlichen Gemeinden? 1948 wurden für alle Gemeinden neue Rechnungsgrundsätze eingeführt. Ein Vergleich mit früher ist deshalb erschwert und nur annäherungsweise möglich. Weisskopf^{a)} bezeichnet das Jahr 1937 in Bezug auf die Ausgaben für Ankauf, Erstellung und Unterhalt von Gemeindeliegenschaften als normal. Sie betrugen in diesem Jahre 448'000 Fr. Im letzten Jahr gleichartiger Rechnungsführung, 1947, verwendeten die Gemeinden für diesen Zweck 2'735'000 Fr. Unsere Schätzung für 1948 ergab 2,1 Mio. Fr. Aller Vermutung nach bestehen also - auch unter Berücksichtigung der gestiegenen Baukosten und Bodenpreise - bei den basellandschaftlichen Gemeinden ähnliche grössermässige Verhältnisse im Vergleich zur Vorkriegsdepressionsperiode wie beim Staat Baselland.

Wir können die Zeit zwischen 1931 und 1948 als einen vollständigen Konjunkturzyklus betrachten (die Kriegsjahre mit ihren ökonomischen Besonderheiten lassen sich dabei wegdenken). Die ausgewählten Ausschnitte aus diesem Zyklus repräsentieren das konjunkturgerechte Verhalten Baselsstadts einerseits, das konjunkturverschärfende Verhalten Basellands anderseits.

Welches sind nun aber die normalen Ausgaben für den Unterhalt und die Mehrung des Verwaltungsvermögens in unsern beiden Kantonen? Die Verhältnisse liegen derart, dass es wahrscheinlich nicht allzu fehlerhaft ist, wenn wir uns an das arithmetische Mittel zwischen den Ausgaben in den beiden repräsentativen Ausschnitten 1936-39 und 1945-48 (bei den basellandschaftlichen Gemeinden sind es die Jahre 1935 und 1937 bzw. 1947 und 1948) halten und dieses Mittel mit den Ausgaben von 1948 vergleichen.

Unter Berücksichtigung der veränderten Baukosten erhalten wir folgendes Bild:

a) E. Weisskopf: Der Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden im Kanton Baselland S. 77. Weinfelden 1942.

Aufwendungen für Mehrung und Unterhalt der Verwaltungsimmobilien zu Baukosten von 1948 (Mio. Fr.)

	Ausschnitt aus		Mittel	1948
	Depression	Hochkonjunktur		
Staat Baselstadt	7,97	2,24	5,1	2,272
Staat Baselland	0,194	0,400	0,30	0,627
Basellandschaftl. Gem.	1,59	2,41	2,0	2,1

Die Schlüsse, welche wir hieraus ziehen können, sind die folgenden drei: 1. Der Staat Baselstadt wendet 1948 zwischen 2 und 3 Mio. Fr. weniger für Mehrung und Unterhalt von Verwaltungsimmobilien auf, als wir annehmen dürfen, dass er aufwendete, wenn er nicht von den in den Dreissigerjahren geschaffenen Werten zehren könnte und wenn er nicht Rücksicht auf die Konjunkturlage nähme. 2. Der Staat Baselland wendet umgekehrt im Jahre 1948 für die Mehrung und den Unterhalt seiner Verwaltungsimmobilien rund 300'000 Fr. mehr auf, als nach bestem Ermessen notwendig wäre, wenn nicht die Folgen der vorangegangenen Sparperiode zu tragen wären. 3. Von den Ausgaben der basellandschaftlichen Gemeinden für das Verwaltungsvermögen pro 1948 können wir annehmen, dass sie den normalen Rahmen im gleichen Sinne, aber lange nicht so stark gesprengt haben wie der Staat Baselland.

Die Ausgaben für Kauf, Bau und Unterhalt von Verwaltungsimmobilien sind nur ein Bestandteil der Ausgaben für das Verwaltungsvermögen in unserm Sinne. Es ist der stark veränderliche Bestandteil. Vom Rest dürfen wir annehmen, dass er 1948 so ist, wie er unter gleichen Geldwertverhältnissen seit geraumer Zeit war und wie er in geraumer Zeit noch sein wird. Unter Berücksichtigung dieses Restes (bei den basellandschaftlichen Gemeinden war er schon oben berücksichtigt) und unter der Voraussetzung von Geldwertverhältnissen, wie sie 1948 herrschten, können wir als normale Ausgaben für das Verwaltungsvermögen die folgenden abschätzen:

Staat Baselstadt: rund 9 Mio. Fr. jährlich,

Staat Baselland: rund 0,8 Mio. Fr. jährlich,

Basellandschaftliche Gemeinden: rund 2,0 Mio. Fr. jährlich.

4. Volksschule.

Es wäre auch möglich gewesen, dass wir in unserer Rangfolge der Staatsausgaben das Schulwesen als Ganzes oder mindestens Primar-, Sekundar- und Mittelschulen zusammen betrachtet hätten. In diesem Falle hätten wir es an erster Stelle besprechen müssen, denn die Ausgaben für die Volks- und Mittelschulen überflügeln alle andern bei weitem. Betrachten wir unsere beiden Gemeinwesen als ein Ganzes und schliessen die Ausgaben für Schulmaterialien, Hausverwaltung und Unterhalt der Schulgebäude ein, so ergibt sich, dass rund ein Sechstel der Steuern und der steuerähnlichen Mittel für die Volks- und Mittelschulen verwendet wird. Wir können also die Erziehung und Ausbildung der Jugend als die Hauptaufgabe unserer beiden Kantone (wie übrigens auch der andern Glieder des schweizerischen Bundesstaates) bezeichnen.

Wenn wir das Schulwesen trennen in Volks- und Mittelschule, so tun wir dies deshalb, weil der Organisator eines wiedervereinigten Kantons in seinen Überlegungen diese Trennung zweckmässigerweise vornimmt.

Die Nettoaussgaben für die Volksschule betragen 9 Mio. Fr., wenn diejenigen für die Schulhäuser, die Hausverwaltung, den schulärztlichen Dienst und die Schulmaterialien nicht eingerechnet werden. Zu rund 99% sind es Ausgaben für die Besoldung und die Nebenleistungen für die Lehrkräfte. Die Ausgaben hierfür in einem unserer beiden Kantone hängen hauptsächlich ab von der Schülerzahl, der durchschnittlichen Klassengrösse und den Ansätzen für die Besoldungen und die Nebenleistungen der Lehrkräfte. 1948 verhalten sich diese bestimmenden Faktoren wie folgt:

	Baselland	Baselstadt
Schülerzahl	8'729	10'228
Schülerzahl pro Lehrkraft als Mass der durchschnittl. Unterrichtsklassengrösse	30,0	32,6
Anzahl Lehrkräfte (ohne Handarbeitslehrerinnen)	289	314
Besoldungsansätze		
a) Verheirateter Lehrer, Grundgehalt	4'800-5'800	6'200
	je nach Ort	
Dienstalterszulagen, jährlich	150	175
	nach dem 25. Altersjahr	nach der Anstellung
höchstens	2'100	2'800
Teuerungszulagen	54% + 120-420	39,5% + 1'200
	je nach Grundgehalt und Alterszulage	mindestens 55%
Kinderzulage	180	150
b) Lehrerin		
Grundgehalt	4'400-5'000	5'000
Dienstalterszulagen, jährlich	150	150
"	2'100	2'250
höchstens		
Teuerungszulagen	54%	39,5% + 1'000
		mindestens 53%
Nebenleistungen	<u>Baselland</u>	<u>Baselstadt</u>
Prämienbeiträge an die Personalversicherungskasse		Zuschüsse in die Pensionskasse
		Prämienbeiträge in die Witwen- und Waisenkasse
Teuerungszulagen für Pensionierte		
Arbeitgeberverpflichtungen der A. H. V.		
Dienstaltersgeschenke		Jubiläumsgeschenke
Ortszulagen (an gewissen Orten)		
Entschädigungen für besondere Kurse		
Gesamtschulzulage.		

Im Verhältnis zu der Einwohnerzahl ist die Anzahl der Volksschüler in Baselstadt sehr gering im Vergleich zu derjenigen von Baselland. Dies hat verschiedene Gründe: 1. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl besitzt Baselstadt bedeutend weniger Jugendliche im schulpflichtigen Alter. 2. Die baselandschaftlichen Mittelschüler verlassen die Volksschule erst nach 5, die baselstädtischen - dagegen schon nach 4 Jahren. In Baselland umfassen die ersten 5 Klassen der Primarschule fast alle Kinder der entsprechenden Jahrgänge, nur die ärztlich von der Schulpflicht befreiten, die wenigen, welche Anstalts- oder Privatschulen besuchen und eine gewisse Anzahl aus der 5. Schulstufe, welche die gehobenen Mittelschulen Basels besucht, fehlen. In Baselstadt sind es nur 4 Jahrgänge, welche fast vollzählig die öffentliche Volksschule besuchen, der 5. ist nicht einmal mehr halbvertreten. 3. Ein grösserer Teil von Schülern verlässt in Basel die Volksschule, um in die Mittelschulen einzutreten als dies in Baselland der Fall ist.

Schulbildung in Baselstadt und Baselland

Alters-jahre	Baselstädtische Schüler									
4	öffentliche Kindergärten				Private Kindergärten				Rest	
5	70 %				5 %				25%	
6	Sonder- klassen	Primarschule						Privat- schulen		
7										
8										
9		3%	91%				5%		1%	
10		Sekundar- schule	Real- schule		Gymna- sien					
11										
12										
13	3%	33%	40%		18%				4%	2%
14										
	Gewerbe- schule	Frauen- arbeits- schule	Schule des KV			Handels- schulen				
15	25%	10%	10%	8%	Lehrer- seminar	12%	11%	3%	21%	
16	30%	10%	15%	3%		9%	10%	3%	20%	
17	30%	10%	15%	2%		2%	9%		30%	
18	25%	10%	10%			2%	2%	9%	42%	
19	10%	7%	3%		2%	1%	3%	Hoch- schulen	66%	
20	2%	5%			1%				11%	81%

Bei den Prozentsätzen handelt es sich um Schätzungen auf Grund der Volkszählung 1941, der Geburtenstatistik, der schulstatistischen Angaben der statistischen Jahrbücher von Baselstadt 1947-1949 und der Amtsberichte von Baselland 1948 und 1949. Sie betreffen die Kinder und Jugendlichen, welche ebenso wie ihre Eltern in Baselstadt bzw. in Baselland wohnen und als Ersatz derjenigen jungen Leute, welche ausserhalb ihres elterlichen baslerischen Halbkantons wohnen, ungefähr gleich viele Jugendliche, welche ohne ihre Eltern in Baselstadt bzw. Baselland wohnen, Insbesondere Lehrlinge aus Baselland, welche ihre Lehre bei einem baselstädtischen Lehrmeister absolvieren, sind als basellandschaftliche Schüler in unsere Schätzungen einbezogen.

In runden Zahlen geben die Prozentsätze an, wieviele der Jugendlichen im Alter von ungefähr 4, 5, ... u.s.s.w. Jahren eine bestimmte Lern- oder Produktionsschule besucht.

Basellandschaftliche Schüler besuchen sowohl basellandschaftliche als auch baselstädtische Schulen. Diese wurden auseinandergehalten. Einzig für die Schulen des Kaufmännischen Vereins (KV) in Basel und in Liestal fehlt eine getrennte Angabe.

Alters- jahre	Basellandschaftliche Schüler										
	Basellandschaftliche				4)	Baselstädtische					Rest
4	öffentliche Kindergärten										
5	30%										70%
6	Anstalts- schulen	Primar- schule						Privat- schulen			
7											
8	1%	97%						1%		1%	
9											
10						Real- schule	Gym- nasien				
11		89%								2%	2%
		Primar- Sekundar- schule	Real- schule								
12		59%	30%				6%	2%	2%	2%	
13	1%	44%	45%				6%	2%	2%	2%	
14		45%	44%				6%	2%	2%	2%	
	Gewer- be- schule	Haus- wirtsch. Schule		Schule des KV	Gewer- be- schule	Handels- schulen					
15	12%	30%		15%	7%	5%	1%	3%	3%	1%	23%
16	17%	10%	Fort- bild- schule		12%	15%	Lehrer- seminar	3%	3%	1%	39%
17	17%	5%	5%	Landw. schule	12%	15%		1%	2%		43%
18	15%	2%	4%	1%	7%	10%		1%	2%	Hoch- schule	58%
19	6%			1%	2%		1%		1%	2%	87%
20	1%			1%			1%			3%	94%

Das Ergebnis dieser Tatsachen tritt uns darin entgegen, dass trotz fast doppelt so grosser Einwohnerzahl die Anzahl der Volksschüler von Baselstadt nur wenig über 10'000, diejenige von Baselland nur wenig unter 10'000 beträgt.

In Bezug auf die Schülerzahl pro Lehrer können wir zwischen Basel-

land und Baselstadt keinen grossen Unterschied feststellen. In Baselstadt ist es natürlich relativ leicht, die Klassengrössen nicht allzu stark voneinander abweichen zu lassen. In Baselland dagegen ist die Lehrerschaft in jeder Gemeinde so beschränkt, dass es schon grosser Abweichungen von einer gewissen gewünschten Klassengrösse bedarf, um einen Lehrer mehr anzustellen oder einen solchen zu entlassen. Das basellandschaftliche Schulgesetz bestimmt beispielsweise nur, dass in einer ein- bis vierklassigen Schule ein weiterer Lehrer angestellt werden soll, wenn die Schülerzahl während vier aufeinanderfolgenden Jahren mehr als 55 beträgt. Andererseits kam es zum Beispiel in Liedertswil, der kleinsten Gemeinde des Kantons, schon vor, dass der dortige Lehrer nur zwei Schüler zu betreuen hatte. Diesen Verhältnissen entsprechend ist die Anzahl der Volksschullehrer im Stadt- und Landkanton sehr ähnlich. Es sind deren etwas mehr als 300 in Baselstadt und etwas weniger als 300 in Baselland.

Aus der Untersuchung über die Besoldungsverhältnisse und die Nebenleistungen bei den Volksschullehrern ergibt sich, dass in der Regel (Ausnahmen vorbehalten) sowohl die Grundgehälter als auch die Dienstalterszulagen, die Teuerungszulagen (im Verhältnis zu Grundgehalt und Dienstalterszulagen) wie auch die Nebenleistungen in Baselstadt etwas höher sind als in Baselland. Pro Lehrkraft wird der Staatshaushalt von Baselstadt mit 16'400, der basellandschaftliche Staatshaushalt und die Haushalte der Gemeinden zusammen mit 13'200 Fr. beansprucht.

Die Aufwendungen für die Besoldung und die Nebenleistungen der Primar- und Sekundarschullehrer von Baselstadt trägt der Staat ganz, auch für die Schulen in Riehen und Bettingen. Anders in Baselland, hier übernimmt von den 13'200 Fr. des durchschnittlichen Aufwandes pro Lehrkraft der Staat 6'870 Fr., die Gemeinden, deren Angestellte die Lehrer sind, 6'560 Fr. Dieses Verhältnis von nahezu 1:1 ist das Ergebnis einer Regelung, welche in bezug auf die Beteiligung von Staat und Gemeinden an den einzelnen Elementen der Bezüge eines Volksschullehrers nicht immer Gleichheit festlegt, im ganzen aber doch zur ungefähren Gleichheit führt.

In beiden Kantonen ist die Schülerzahl in unserem Beobachtungsjahr bezogen auf die Anzahl der Bevölkerung gering. Sie hat 1948 soeben ein Minimum überwunden und wird aller Wahrscheinlichkeit nach im Laufe von etwa acht Jahren ein etwas höheres Niveau erreichen und dann einhalten. Wenn die Anzahl der Volksschüler auch nicht mehr einen Stand erreichen wird, wie er vor dem ersten Weltkrieg war, so bedeutet die zu erwartende Erhöhung doch eine entsprechende Erhöhung der Lehrerschaft, allerdings wahrscheinlich mit einer gewissen Verzögerung und in etwas geringerem Masse. - Was die Besoldungen der Volksschullehrer anbetrifft, so befinden sie sich im Gefüge der Einkommensgrössen der verschiedenen Berufskategorien gegenwärtig am richtigen Platz; auf dieser Komponente heraus sind also kaum Veränderungen zu erwarten. Im ganzen haben wir demnach in den 50-ger Jahren ein nicht allzu grosses aber doch spürbares Steigen der Ausgaben für die Volksschullehrer zu erwarten, das sich unabhängig von der Veränderung der Bevölkerungszahl einstellen wird. Was nachher geschieht, hängt vor allem von der Veränderung der Bevölkerung in unserm Gebiet ab.

5. Wohnbausubventionen, Wohnungswesen.

Etwas relativ eng Zeitbedingtes ist diese Art der Beanspruchung der Staatseinnahmequellen. Die Förderung des Wohnungsbaues durch Ausrichtung von Wohnbausubventionen und die übrigen Massnahmen zum Ausgleich der Spannungen auf dem Wohnungsmarkt sind eine Notwendigkeit auf Grund der Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit. Der Mietpreisstop, die bedeutsamste Massnahme der Preiskontrolle, verhinderte das Entstehen von Einkommen ohne Arbeitsleistung und damit eine ungerechte Belastung sehr vieler Arbeitseinkommensbezüger zugunsten ihrer Vermieter. Die Baukosten stiegen aber im Verlaufe der Kriegs- und Nachkriegszeit fortlaufend auf einen Stand, der 1948 202% desjenigen von 1936-39 erreichte.

Wir können Alt- und Neuwohnungen als zwei sehr ähnliche Güter betrachten. Das erste wird zwangsläufig zu einem niedrigen Preis angeboten. Die Nachfrage übersteigt das Angebot beträchtlich. Auf dem zweiten Markte ist der Preis frei. Angebot und Nachfrage sind im Gleichgewicht, der Preis ist aber bedeutend höher als der erste. Die Wohnbausubventionen ermöglichen es, eine solche Zahl von Nachfragern vom ersten auf den zweiten Markt zu bringen, dass auch dort mindestens annäherungsweise ein Gleichgewicht zustande kommt. Sie bewirken eine Vergrösserung der Beschäftigung und der Ausdehnung des Baugewerbes. Besonders anfänglich war diese zweite Wirkung sehr erwünscht.

Finanzwirtschaftlich gesehen leistet das Kollektiv der Steuerzahler mit den Wohnbausubventionen denjenigen, welche gezwungen sind, eine neue Wohnung zu erstellen oder zu beziehen, oder welche freiwillig durch den Bezug einer neuen Wohnung die Altwohnungsnachfrage entlasten, einen Beitrag, welcher ihre ökonomische Lage der Vorzugsstellung der Altwohnungsmieter annähert.

In unserer Zusammenstellung "Der Finanzhaushalt von Baselland und Baselstadt" ist entgegen verschiedener Buchungspraktiken in den offiziellen Rechnungen in einheitlicher Weise die Ausrichtung der Wohnbausubventionen festgehalten worden. Sie erreichen in Baselstadt 5,48 Mio. Fr., beim Staat Baselland 1,87 Mio. Fr. und bei den basellandschaftlichen Gemeinden 0,62 Mio. Fr.

Die vier Jahre nach dem zweiten Weltkrieg haben bewiesen, dass verheerende Deflationerscheinungen in grossem Stile - etwa in der Art derjenigen nach dem ersten Weltkrieg - nicht zu befürchten sind. Allgemein wird erwartet, dass ein gegenwärtig gebautes Haus mit einem solchen der Zukunft preislich konkurrieren können wird. Die Preisspannungen zwischen Vorkriegs- und Neuwohnungsmarkt werden in dem Masse von Jahr zu Jahr geringer werden, als an den Altwohnungen Unterhaltsarbeiten zu Nachkriegspreisen notwendig werden. Dies dürften die wirtschaftlichen Hauptgründe sein, dass voraussichtlich in absehbarer Zeit die Zahl derjenigen, welche trotz preislicher Differenzen eine neue Wohnung einer alten vorziehen, genügend gross werden wird. Hinzu kommt, dass, allgemein menschlich gesehen, aus dem Ungleichgewicht zwischen Altwohnungsangebot und -nachfrage leicht zahlreiche verschiedene Bedrücktheiten entstehen und Anlass bilden, sich auf einen teureren dafür gleichgewichtigen Wohnungsmarkt zu begeben. Aus all diesen Gründen ist schon 1948 zu erkennen, dass

auch ohne Subventionen die Wohnbautätigkeit bald derart sein wird, dass der Beschäftigungsgrad und der Umfang des Baugewerbes nicht mehr zusätzlich gesteigert werden sollten.

Die Bedeutung der Wohnbauschubventionen für die Volkswirtschaften und als Belastung der Staatshaushalte geht aus den Zahlen über die subventionierten Wohnungen und die ausbezahlten (in Baselstadt) bzw. zugesicherten (in Baselland) a) Subventionen hervor:

Baselland				Baselstadt	
Jahr	Wohnungen	Subventionen Staat	(Mio. Fr.) Gemeinden	Wohnungen	Subventionen
1942	36	0,050	0,050	-	-
1943	151	0,253	0,25	484	0,150
1944	107	0,197	0,170	1003	4,578
1945	249	0,684	0,461	647	6,298
1946	450	1,827	1,013	1257	5,681
1947	553	2,20	1,20	1099	4,012
1948	326	1,664	0,321	1293	5,481

Wir entnehmen diesen Zahlen insbesondere, dass in den Jahren 1946-1948 in Baselland für rund 2% der Bevölkerung bzw. in Baselstadt für rund 3% der Bevölkerung Wohnraum mit Hilfe von Subventionen gebaut wurde. Für alle unsere Gemeinwesen wird eine ganz bedeutende Summe frei, wenn sich die Wohnbauschubventionen nicht mehr als notwendiger erweisen. Natürlich bringt jede Wirtschaftslage ihre speziellen Aufgaben mit sich, welche zweckmässigerweise im kommunalen oder kantonalen Verbande gelöst werden. Unter "frei werden" ist daher hier eher "verfügbar werden" für eine andere Aufgabe wirtschaftlicher Art gemeint als "überflüssig werden" schlechthin.

Die spezielle Lage auf dem Wohnungsmarkt erfordert besonders in Baselstadt neben den Wohnbauschubventionen eine weitere Beanspruchung von Steuermitteln. Es sind zu nennen: Die Einrichtung von Notwohnungen b) (diese sind nicht nur relativ billig für den Mieter; sie bilden auch einen gewissen Schutz davor, dass zuviele neue Wohnungen erstellt werden), der staatliche Wohnungsnachweis (eine Massnahme, welche eine sehr gute Marktübersicht gewährleistet), Beiträge an Wohnungsauslagen kinderreicher Familien (Fürsorge- und wirtschaftliche Massnahme zugleich), die staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten (sie dient der Linderung menschlicher Bedrücktheiten, welche ihre Ursache im ungleichgewichtigen

a) Die Angabe der ausbezahlten Subventionen in beiden Gemeinwesen ist nicht möglich, weil sie in Baselland seit dem 1. April 1948 nicht mehr mit dem Fortschreiten der Bauarbeiten zugunsten des Bauherrn ausbezahlt werden. Sie besitzen hier von diesem Tage an hauptsächlich die Form von Darlehen, welche während 10 Jahren verzinst und getilgt werden. Nur der Gemeindeanteil und der Anteil, den der Staat an die Gemeindeschubvention leistet, werden in der üblichen Weise ausbezahlt.

Schon vor 1948 liegt zwischen der Zusicherung und der Ausbezahlung eine relativ grosse mittlere Zeitdifferenz. Angaben nach den Amtsberichten von Baselland, den Amtsberichten und den Staatsrechnungen von Baselstadt. Die Angaben mit nur zwei Stellen nach dem Komma sind eigene Schätzungen.

b) Lediglich die Beanspruchung von Steuermitteln für den Kauf von Militärbaracken ging in die Kategorie "Wohnbauschubventionierung, Wohnungswesen" unserer Zusammenstellung über den Finanzhaushalt der beiden Kantone ein. Die übrigen noch grösseren Ausgaben wurden als vermögensmehrend aufgefasst und figurieren in der Kategorie "Erstellung von Gebäuden des Finanzvermögens".

Wohnungsmarkt haben). Selbst zusammengefasst sind aber alle diese Massnahmen neben den Wohnbauschubventionen nicht von allzu grosser Bedeutung. Es ist zu hoffen, dass die Mittel, welche sie beanspruchen (rund 500'000 Fr.), ebenfalls bald für anderes frei werden.

6. Polizei.

Für beide Kantone zusammen stehen die Ausgaben für das Polizeiwesen mit 8,1 Mio. Fr. an sechster Stelle. Sehr gross sind aber die Unterschiede auf diesem Gebiete in unsern beiden Kantonen. Sie sind am besten an den Ausgaben für das Polizeikorps ersichtlich. Für die Besoldung, Entschädigung, Wohnung, Montierung und Instruktion des kantonalen Polizeikorps wendet Baselland im Jahr 1948 770'000 Fr. auf, während es in Baselstadt fast das zehnfache, nämlich 7'315'000 Fr. sind. Bei einem Vergleich zwischen den Polizeiausgaben der beiden Kantone muss allerdings in Betracht gezogen werden, dass die baselstädtische Polizei bedeutend mehr Aufgaben erfüllt als die basellandschaftliche kantonale Polizei. Im Kanton Baselland gibt es neben der kantonalen Polizei eine Ortspolizei, welche Sache der Gemeinden ist. Daneben erfüllen die Gemeindekanzleien - oder wo keine solchen vorhanden sind, die Gemeindepräsidenten - solche Funktionen, die in Basel der Polizei obliegen. Wenn wir hoch greifen, so können wir die Aufwendungen für derartige polizeiliche Funktionen der Gemeindeverwaltung mit rund 1 Mio. Fr. einschätzen; dies ist ungefähr die Hälfte aller Aufwendungen für die Gemeindeverwaltung im Kanton Baselland. Den Ausgaben von Baselstadt für das Polizeikorps von 7,3 Mio. Fr. sind also Ausgaben in Baselland von ungefähr 1,8 Mio. Fr. vergleichbar.

Weshalb erfordert die baselstädtische Polizei so viel mehr an Aufwendungen als die entsprechenden basellandschaftlichen Organe? Um Anhaltspunkte zu gewinnen, halten wir uns zunächst an die folgenden drei Daten:

1. Besoldungsansätze für das Polizeikorps,
2. Bestand des Polizeikorps,
3. Bedingungen zur Erhaltung der Polizeigüter, Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Sittlichkeit.

1. Beim Polizeikorps besteht eine Ausnahme von der Regel, nach der die basellandschaftlichen Beamten und Angestellten des Staates etwas niedriger besoldet sind als ihre baselstädtischen Kollegen:

Ein verheirateter Polizeimann erhält	in Baselland	Fr.	in Baselstadt
Grundgehalt	4500		4600
Dienstalterszulagen bis	1500		1900
Teuerungszulagen	54% + 360-420 je nach Alters- zulage	39,5% + 1200	
Kinderzulage	180		150
In natura	Freie Wohnung Uniformierung		Uniformierung

Bewertet man die Uniformierung mit 300 Fr., die freie Wohnung mit

1200 Fr., so kostet ein verheirateter Polizeimann mit maximaler Dienstalterszulage und zwei Kindern den Staat

Baselland	Fr.	Baselstadt
11'260		10'900

Der Unterschied ist nicht gross. Aehnliche, eher noch etwas kleinere Differenzen ergeben sich für die weniger besetzten Kategorien von Mitgliedern des Polizeikorps. Im ganzen kann aber festgehalten werden, dass das Polizeikorps von Baselland etwas höher entlohnt wird als dasjenige von Baselstadt.

2. Der Bestand der beiden Polizeikorps ist 1948 folgender:

a)	Baselland	Baselstadt
Offiziere	2	5
Unteroffiziere	19	42
Detektivkorporale		35
Detektive		53
Soldaten und Gefreite	44	341
Rekruten	4	
Total Mann	69	476

Hier haben wir den gesuchten Grund schon gefunden: Das baselstädtische Polizeikorps ist um ein mehrfaches stärker als das basellandschaftliche; dies nicht nur absolut, sondern auch relativ, kommen doch in Baselstadt auf einen Polizisten nur 400 Einwohner, in Baselland dagegen 1500. Allerdings ist zu bedenken, dass wir einen recht brüchigen Vergleich anstellen. Um diesen zu verbessern, können wir das baselstädtische Polizeikorps gewissermassen in ein städtisches und ein staatliches trennen und dabei das Verhältnis anwenden, das wir in Baselland schätzungsweise ermittelt haben: 4/9 staatliche Polizei, 5/9 polizeiliche Funktionen der Ortspolizei und der Gemeindeverwaltung. Auf diese Weise erhielten wir ein dem basellandschaftlichen Polizeikorps von 69 Mann entsprechendes baselstädtisches staatliches Polizeikorps von 212 Mann. Es käme so ein Polizist auf 890 Einwohner in Baselstadt, im Vergleich zu einem Polizisten auf 1500 Einwohner in Baselland. Wir kommen auf diese Weise zum Schluss, dass Baselstadt im Vergleich zur Grösse seiner Bevölkerung annähernd doppelt so viele Polizisten beschäftigt als Baselland.

3. Sind objektive Gründe vorhanden, dass ein städtisches Gebiet von der Art Baselsstadts soviel mehr Polizei benötigt als ein ländliches industrialisiertes von der Art Basellands?

Die modernen westlichen Staaten garantieren ihren Bürgern gleiche Rechte, wo sie sich auch gerade bewegen oder niederlassen. Nicht nur für die eigenen Bürger innerhalb eines Landes besteht dieses Prinzip der Freizügigkeit ohne Beeinträchtigung der Rechte; weitgehend besteht es mindestens im Westen sogar über die Landesgrenzen hinaus. Sobald als Folge dieser Garantien und einer in der gleichen Richtung wirkenden wirtschaftlichen Entwicklung sich aber die Menschen fortwährend derart mischen und

konzentrieren, verlieren die einzelnen Menschen die Kenntnisse übereinander, und es wird eine rationelle Kontrolle über sie notwendig. Diese muss umso mehr ausgebaut sein, je rascher die Misch- und Konzentrationsprozesse verlaufen. Zweifellos ist diese gegenseitige Kontrolle in einer Stadt wie Basel bedeutend geringer als in jeder Dorfgemeinschaft Basellands. Gleichzeitig bestehen aber zwischen den Menschen der Stadt bedeutend mehr und bedeutend engere Beziehungen wirtschaftlicher Art als zwischen den Menschen des Landes. Wenn die Anzahl der "Handlungen zwischen Partnern" eines typischen Stadteinwohners bedeutend grösser ist als diejenige eines typischen Landbewohners, so ergibt sich bei gleicher Gefahr zu Fehlhandlungen krimineller Art eine grössere Anzahl solcher Fehlhandlungen. Sofern die Statistik der Verurteilten nicht täuscht, so bestätigt sie diese Tatsache in unsern beiden Kantonen: a)

Jahr	Baselland	Baselstadt	Jahr	Baselland	Baselstadt
	Verurteilte			Verurteilte	
1938	270	583	1944	268	904
1939	259	462	1945	322	928
1940	226	400	1946	336	993
1941	213	422	1947	291	953
1942	258	878	1948	360	1052
1943	289	864	1949	373	916

Ausser in den ersten drei Kriegsjahren ist die Anzahl der Verurteilten in Baselstadt immer mehr als doppelt so gross als die entsprechende Anzahl in Baselland, während die Bevölkerung nicht ganz doppelt so gross ist.

Ein weiteres Wirkungsfeld, das in der Stadt notwendigerweise etwas mehr polizeiliche Kräfte in Anspruch nimmt, sind die Verkehrsaufgaben.

Hinzu kommt nun die spezielle Lage Basels an der Dreiländerecke. Ebenso wenig wie bei den Verkehrsaufgaben sollte auch hier aber die zusätzliche Beanspruchung von Polizeipersonal nicht überschätzt werden. Es darf nicht vergessen werden, dass die Landesgrenze für die Aufgabenerfüllung der Polizei nicht nur Erschwerungen sondern auch gewisse Erleichterungen bedeutet.

Vergleichen wir den Bestand der stadtbaslerischen Polizei mit den Polizeibeständen einiger anderer grosser Schweizerstädte (städtische Polizei sowie fiktiver Anteil an der Kantonspolizei, wie er bei proportionaler Verteilung gemäss der Kantonsbevölkerung auf jede Stadt entfällt), so ergibt sich, dass er zwar (bezogen auf die Bevölkerung) hoch, aber noch nicht der höchste ist.

Wenn wir vorhin verschiedene Gründe festhielten, welche eine relativ starke Polizei in einer Stadt wie Basel notwendig erscheinen lassen, so dürfen wir auch Faktoren nicht unerwähnt lassen, welche gegenteilig wirken: In der Stadt verdienen zahlreiche Personen ihr Brot damit, dass sie andere beaufsichtigen. Der Sekuritaswächter ist nur das auffallendste Beispiel hierfür; bedeutsamer sind die Aufsichtsfunktionen beispielsweise der Buchhalter, Personalchefs, usw. An und für sich ist die Kleinheit des Raumes ein bedeutender Vorteil zur Wahrung von Ruhe, Ordnung, Sicherheit und Sittlichkeit für viele Menschen mit relativ wenig polizeilichen

Kräften.

Viele, namentlich junge Menschen der Stadt hegen grösstes Interesse beim Erleben der Fahndung nach Verbrechen und Vergehen in literarischer (Kriminalroman) oder anderer Form (z.B. Kriminalfilm). Deutet dies nicht auf ein Brachliegen innerer Kräfte? Sind es nicht die entsprechenden Kräfte, welche der Landmensch realer dazu verwendet, seine Mitmenschen notfalls für Recht und Gerechtigkeit zu gewinnen? Gewiss liegen hier Möglichkeiten - die Mitwirkung der Bürger bei der Fahndung in geeigneter Weise wäre nur Grundstein, von grösserer Bedeutung dürfte die Wirkung inbezug auf Verbrechenverhütung sein - die ganz überraschende Resultate hinsichtlich des Bestandes des baselstädtischen Polizeikorps zeitigen könnten. Resultate, die sich vielleicht nicht in sehr kurzer Zeit realisieren lassen, ist doch die Verminderung öffentlichen Personals jederzeit - auch bei Vollbeschäftigung - eine recht delikate Angelegenheit. Beim Bevölkerungswachstum Basels würde aber schon eine Nichtvergrösserung des Polizeikorps genügen. Erfreulicherweise wurde seit den Vorkriegsjahren bis 1948 das baselstädtische Polizeikorps kaum vergrössert. Es handelte sich also lediglich um eine Fortsetzung der gegenwärtigen Personalpolitik über eine genügende Zeitdauer hin.

Die übrigen Ausgaben, welche in unserer Zusammenstellung unter Polizeiwesen figurieren, tragen den Charakter der Ergänzung.

7. Altersfürsorge und -versicherung.

Mit der Altersfürsorge und den Leistungen an die Alters- und Hinterlassenenversicherung treffen wir bereits auf die zweite Art von Fürsorgeleistungen des Staates und der Gemeinden, stand doch an zweiter Stelle der Ausgaben diejenige für Krankenfürsorge und -versicherung.

Mit 4,1 Mio. Fr. erfordern die beiden Kantonsanteile gemäss Art. 105 des eidgenössischen Alters- und Hinterbliebenenversicherungsgesetzes den Löwenanteil der Leistungen für die Alten. Die schweizerischen Kantone haben in den ersten 20 Jahren des Bestehens der AHV, d.h. bis und mit 1967 jährlich 53,3 Mio. Fr. an die eidgenössische Altersversicherung zu leisten. Die Beiträge der einzelnen Kantone an diese 53,3 Mio. werden unter Berücksichtigung zweier Fakten berechnet:

1. Die Rentensumme, welche in den Kanton fliessen würde, wenn er bezogen auf die Anzahl der Erwerbstätigen einen durchschnittlichen Bestand von Rentenbezügern hätte; •
2. der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kantons.

Nach den Zahlenangaben in der "Ergänzungsbotschaft des Bundesrates zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Finanzierung der AHV mit öffentlichen Mitteln vom 24. September 1946" entfielen auf Baselland 5792 Rentner (65-jährige und ältere Personen), auf Baselstadt 11'263, wenn die 260'523 Rentner im ganzen Lande im Verhältnis zu den Erwerbstätigen (20-65-jährige Männer + $\frac{1}{3}$ der 20-65-jährigen Frauen) gleichmässig verteilt wären. Als durchschnittliche Rentenbeträge werden für das erste Jahr der Versicherung je Bezüger in Baselland 489.-, in Baselstadt 633.-, in der ganzen Schweiz 503.- Fr. erwartet. Baselland und Baselstadt haben also an die 53,3 Mio. Fr. gemäss ihrem Anteil an der angenommenen Rentensumme (131 Mio. Fr.) von 2,831 Mio. Fr. bzw. 7,128 Mio. Fr. oder etwa

2,16% bzw. 5,44% beizutragen. Die Verteilung der 53,3 Mio. Fr. auf die einzelnen Kantone nach der finanziellen Leistungsfähigkeit (Wehrsteueraufkommen) ergäbe für beide Basel höhere Anteile, nämlich 2,38% bzw. 8,78%. Die finanzielle Leistungsfähigkeit wird aber nur im Sinne einer Reduktion berücksichtigt; sie spielt deshalb in Baselland und Baselstadt keine Rolle.

Die tatsächlichen Beiträge von Baselland und Baselstadt waren 1948 1,16 bzw. 2,92 Mio. Fr. Sie werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach in den kommenden 20 Jahren kaum stark verändern. Zusammen mit den Mitteln aus dem Bundeshaushalt sind die kantonalen Beiträge notwendig, weil die Altersversicherung für Menschen mit niedrigem durchschnittlichem Einkommen im Falle mittlerer Beanspruchung der Rentenberechtigung bedeutend mehr Renten auszurichten hat, als diese durch Beiträge und Zinsen der AHV eingebracht haben. So wie die Versicherung gestaltet ist, hat der Versicherungsträger mit aller Wahrscheinlichkeit für diejenigen, welche im Laufe ihres Lebens vom zwanzigsten Altersjahr an weniger als ein Durchschnittseinkommen von ungefähr 7000 Fr. erzielen, zuzuschüssen, während alle Versicherungsnehmer, welche ein höheres Durchschnittseinkommen erzielen, unter durchschnittlichen Umständen nicht alles zurück erwarten dürfen, was sie in Form von Beiträgen und Zinsen dem Versicherungsgeber zugutehielten. Je höher ihr Durchschnittseinkommen ist, umso mehr leisten sie an die weniger begüterten Mitmenschen. Jemand mit einem Durchschnittseinkommen von 14'000 Fr., der ein Alter von 75 Jahren erreicht und seine Ehefrau ein solches von 80 Jahren, wird im Momente des Todes der Ehefrau dem Versicherungsträger ein Kapital von rund 42'000 Fr. überlassen (Annahmen: Einkommen annähernd gleichmässig auf die Altersjahre von 20-65 verteilt, Verzinsung des Kapitals des Versicherungsträgers zu 3%.) Diejenigen, welche aber in den Jahren zwischen 20 und 65 ein durchschnittliches Einkommen von weniger als 7000 Fr. erzielen werden, sind vermutlich bei gleichbleibendem Geldwert und trotz laufender Erhöhung der Produktivität derart in der Mehrzahl, dass die Summe der relativ kleinen Differenzen zwischen ihren Einkommen^{a)} und 7000 trotzdem grösser ist als die Summe der Differenzen zwischen 7000 und den relativ seltenen Einkommen darüber. Aus diesen Umständen heraus sind unsere kantonalen Beiträge zu verstehen.

Die relative Grösse und die Verteilung der Arbeitseinkommen in den verschiedenen Kantonen sind derart ungleich, dass durch die AHV ein Geldstrom in Bewegung gesetzt wird, der - unter Abstraktion der Zeit - von Gebieten hohen Durchschnittseinkommens nach solchen niedrigen Durchschnittseinkommen fliesst. Betrachten wir in erster Linie den Beitrag des Bundes, in zweiter Linie die Beiträge der Kantone und erst in dritter Linie die Beiträge der Versicherten mit hohen Einkommen an diesen Geldstrom angeschlossen, so werden vermutlich gewisse Kantone nicht nur durch ihr Aufkommen an Bundeseinnahmen, sondern auch durch ihre kantonalen Beiträge nicht nur die Altersversicherung in ihrem Kanton sondern in bedürftigen Kantonen finanzieren. Gerade im Falle von Baselstadt ist hieran zuden-

a) Mit Einkommen ist hier das Arbeitseinkommen gemeint, denn nur dieses kommt im allgemeinen mit dem Tod des Ernährers in Wegfall und nur dieses ist deshalb - mit unbedeutenden Ausnahmen - Grundlage zur Beitragsberechnung. Im weitem wurde von den vorübergehenden Sonderverhältnissen für die Uebergangs- und Teilrenten bei weniger als 20-jähriger Beitragsdauer hier keine Notiz genommen.

ken, während Baselland vermutlich etwas mehr an den Bundesbeitrag beisteuert, als es von Bern zugunsten seiner Einwohner als AHV-Zuschuss wieder bezieht. Dieses ist ein zweiter Gesichtspunkt zum Verständnis unserer beiden kantonalen Beiträge.

Ein dritter ergibt sich aus der Tatsache, dass die AHV mindestens in den ersten Jahren ihres Bestehens die Bedeutung eines grossen volkswirtschaftlichen Sparprozesses besitzt. Es ist also nicht zu vergessen, dass auch die kantonalen Beiträge teilweise in diesem Sinne zum kollektiven Sparen verwendet werden.

Im Kanton Baselland trägt der Staat den Beitrag an die Finanzierung der AHV nicht allein. Gemäss dem Einführungsgesetz der Alters- und Hinterlassenenversicherung haben die Gemeinden einen Viertel (§ 16) zu übernehmen, wobei dieser Viertel zu zwei Teilen nach der Steuerkraft und zu einem Teil nach der Bevölkerungszahl auf die einzelnen Gemeinden verteilt wird (§ 18). In der Regel tragen die Einwohnergemeindekassen die Hälfte, die Armenkasse die andere Hälfte des Gemeindebeitrages (§ 16). Soviel zur eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung.

Die übrigen Leistungen von Gemeinden und Staat Baselland zugunsten der Alten sind ganz unbedeutend. In Baselstadt dagegen erfordert die Altersfürsorge fast ebensoviel wie die AHV, nämlich 2,6 Mio. Fr. Die Zentralstelle des Departementes des Innern für Alters- und Hinterlassenenfürsorge verteilte im Jahre 1948 an 5219 Personen Fürsorgergenten von 660. - Fr. (zum Teil nicht für das ganze Jahr), im ganzen für 2,6 Mio. Fr. Dabei ist diese staatliche Fürsorgetätigkeit nur eine Ergänzung zur baselstädtischen kantonalen Altersversicherung.

Diese ist wie die Krankenversicherung obligatorisch für Leute, welche ein gewisses Einkommen nicht erreichen. Der Staat leistet folgende Prämienbeiträge: Wenn das Einkommen, welches um 1200 Fr. für den ersten - und um 500 Fr. für jeden weiteren Angehörigen vermindert wurde,

bei männlichen bei ledigen weiblichen

Versicherten			
2100 Fr.	1700 Fr.	nicht erreicht,	4/4
2500 "	2000 "		3/4
2900 "	2300 "		2/4
3100 "	2600 "		1/4

der Prämie.

Die allgemeine Steigerung der Nominallohne seit 1942 brachte es mit sich, dass seit diesem Jahre immer weniger Prämienbeiträge geleistet werden mussten. Stufenweise senkten sich so die Aufwendungen für die staatliche Alters- und Hinterlassenenversicherung von rund 2 Mio. Fr. bis 1948 auf 1,2 Mio. Fr.

Die AHV und die kantonale Altersversicherung zusammen gewähren gerade das Minimum an Leistung, dass jemand in ökonomischer Sicherheit in den Ruhestand treten kann, wenn er genügend, aber nicht soviel verdient hat, dass es noch zum Sparen reichte. Ein Basler Ehepaar zum Beispiel, dessen Ernährer während mehr als 20 Jahren der eidgenössischen Altersversicherung und während 45 Jahren der kantonalen Altersversicherung angehörte und einen Durchschnittslohn von 5000 Fr. jährlich bezog, verfügt über eine Rente von 3100 Fr. Man kann sagen, dass jemand, welcher wäh-

rend seiner Arbeitsjahre, als er vielleicht noch Kinder zu ernähren hatte, mit 5000 Fr. auskam, im Ruhestand mit 3100 Fr. in bar gerade über genügend Einkommen verfügt. Die minimale Altersrente für jemanden, der nur sehr beschränkt arbeitsfähig war und deshalb in nur sehr geringem Masse verdiente, beträgt zusammen aus beiden Quellen 1090 Fr.

8. Mittelschulen.

Wie bei der Primar- und Sekundarschule so sind auch bei der Mittelschule die Ausgaben fast ganz bestimmt, wenn wir die Lehrerzahl und die Besoldungsverhältnisse kennen. Die Lehrerzahl wiederum ist eine Abhängige der Schülerzahl und der durchschnittlichen Klassengrösse.

Wie gross bei der Mittelschule die Unterschiede in diesen Daten zwischen Baselland und Baselstadt sind, das zeigen die folgenden statistischen Angaben.

a)	Baselland	Baselstadt
Schülerzahl	1635	6655
Schülerzahl pro Lehrkraft	19, 5	
Durchschnittliche Klassengrösse		27, 1
Lehrkräfte	84	
Anzahl Klassen		246

Wie ist dieser grosse Unterschied in der Schülerzahl bedingt? Die baselstädtischen Mittelschulen werden von einer beträchtlichen Anzahl auswärtiger Schüler besucht. 1948 wohnen 796 der 6655 Mittelschüler in einem andern schweizerischen Kanton als Baselstadt. 30 Mittelschüler wohnen im Ausland. Die meisten der 796 auswärtigen Schweizerschüler sind Landschäftler. 4) Wir haben zu unserm Vergleich bei Baselstadt alle auswärtigen Schüler wegzudenken, bei Baselland die Landschäftler, welche Basler Mittelschulen besuchen, hinzuzudenken. Zum zweiten umfassen die baselstädtischen Mittelschulen eine sehr viel grössere Anzahl von Schulstufen als die basellandschaftlichen -. Im Kanton Baselland stand im Jahre 1948 zum ersten Mal das neue Schulgesetz in Kraft. Die Gemeinden haben aber nach dem neuen Gesetz fünf Jahre Zeit, ihre ehemaligen Sekundarschulen oder die ehemaligen Bezirksschulen, welche sie vom Staate übernommen haben, dem neuen Gesetze anzupassen. Hinsichtlich der Schulstufen herrschten 1948 im wesentlichen noch die Verhältnisse wie vor dem neuen Schulgesetz (die Bezirksschulen begannen mit dem 7. Schuljahr und umfassten 2 obligatorische und eine fakultative Stufe. Ein Teil der Sekundarschulen wurde ebenso geführt, ein anderer Teil begann mit dem 6. Schuljahr und endigte mit dem 8.). Im grossen ganzen setzen sich also die 1635 Mittelschüler Basellands aus 3 Altersstufen zusammen. Ganz anders in Baselstadt. Hier beginnen die Mittelschulen alle mit dem 5. Schuljahr. Die Realschulen umfassen bis zu 7 Schulstufen, die Gymnasien deren 8, ausgenommen eine Abteilung des Mädchengymnasiums. Die Handelsschulen schliessen an das 8. Schuljahr an und umfassen je nach Handelsfach, - Diplom- oder Maturitätsabteilung - 2 bzw. 4 Schulstufen. Es ergibt sich also, dass

a) Angaben für Baselland aus dem statistischen Jahrbuch der Schweiz Jg. 1949, für Baselstadt aus dem kantonalen statistischen Jahrbuch Jg. 1947.

in Baselstadt die Mittelschulen 4-8 Stufen umfassen. Ebenso wie in Baselland endigt aber auch in Baselstadt die Schulpflicht mit dem 8. Schuljahr. Hier wie dort sind deshalb die Schülerzahlen der Stufen, welche keine obligatorischen mehr sind, verglichen mit den ersten 8, kleiner.

Auswärtige Schüler und grosse Schulstufenzahl sind aber nicht die einzigen Faktoren, welche die hohe Anzahl der Mittelschüler Baselsstadts bedingen. Es kommt ein dritter hinzu: In Baselstadt besuchen relativ viele Schüler die Mittelschule, relativ wenige verbleiben in der Volksschule. Die in Baselstadt wohnhaften Kinder verteilen sich in der 5. Stufe wie folgt auf die einzelnen Schulen:

Sonderklassen Stufe V	47
Sekundarschule Mittelstufe I	521
Realschule Mittelstufe I	912 a)
Gymnasien Mittelstufe I	378 a)
Privatschulen Mittelstufe I	100 a)
Von der Schulpflicht befreite	40 a)
Zusammen	<u>1998</u>

Wir können also feststellen, dass rund 64% der Kinder von Baselstadt die Mittelschule zu absolvieren beginnen (nicht alle beenden die Schulpflicht in der Mittelschule!). Auch die Ziffer für Baselland ist sehr hoch, erreicht aber doch niemals einen solchen Stand. Wir können für 1948 schätzungsweise folgende Verteilung in bezug auf die 7. Schulstufe aufzeigen: b)

Primar- und Sekundarschulen c) 7. Stufe	600
Realschulen Basellands 2. Stufe	605
Mittelschulen Baselsstadts 3. Stufe	75
Anstaltsschulen und Privatschulen 7. Stufe	40
Von der Schulpflicht befreite	25
Zusammen	<u>1345</u>

Es ergibt sich also, wenn unsere Schätzungen richtig sind, dass in Baselland ungefähr 51% der Kinder in eine Mittelschule eintreten.

Noch mehr als in der Volksschule macht sich bei der Realschule Basellands die Tatsache geltend, dass in einem Gebiet, dessen Zentrum von den Schülern noch täglich aufgesucht werden kann, oft sehr wenig Schüler wohnen, sodass die Klassen im Durchschnitt sehr klein werden. Die Lehrerzahl, welche an den basellandschaftlichen Realschulen unterrichtet, ist deshalb im Vergleich zu derjenigen von Baselstadt gross. In beiden Kantonen ist sie aber als relativ klein zu bezeichnen, wenn man sie in Beziehung setzt zu derjenigen, welche in einigen Jahren erforderlich sein wird, um die merklich grösseren Jahrgänge der Kriegs- und Nachkriegszeit zu unterrichten; 1948 sind es ja die zahlenmässig schwachen Jahrgänge 1930-1937, welche hauptsächlich die Mittelschule besuchen.

a) 922 Realschüler abzüglich schätzungsweise 10 auswärtige, 468 Gymnasiasten abzüglich schätzungsweise 90 auswärtige, 129 Privatschüler abzüglich schätzungsweise 29 auswärtige. Alle Angaben aus dem statistischen Jahrbuch von Baselstadt Jg. 1947. Die Anzahl der von der Schulpflicht befreiten Kinder ist geschätzt.

b) Angaben und Schätzungen nach den Amtsberichten pro 1942 und 1948 von Baselland, sowie nach dem statistischen Jahrbuch von Baselstadt Jg. 1947.

c) Ungefähr die Hälfte der Gemeinden haben für die 6.-8. Stufe den obligatorischen Französischunterricht eingeführt und nennen diese Volksschulstufen gemäss dem Schulgesetz von 1946 Sekundarschule.

Inbezug auf die Besoldungsverhältnisse bestehen zwischen Baselland und Baselstadt ähnliche Unterschiede, wie wir sie schon bei den Volksschullehrern feststellten. Die Grundgehälter und Dienstalterszulagen sind in der Stadt entsprechend dem etwas teureren Lebensunterhalte grösser. Hinzu kommt, dass es in Baselstadt die Kategorie der besonders gut besoldeten Oberlehrer der Gymnasien gibt, während in Baselland etwas entsprechendes fehlt.

Besoldungsansätze	Baselland	Baselstadt
a) Verheirateter Lehrer der Realschule oder der ersten vier Klassen der Gymnasien		
Grundgehalt	6000 - 7000 je nach Ort	7'200
Dienstalterszulagen jährlich	150 nach dem 25. Altersjahr	185 nach der Anstellung
höchstens	2'100	3'000
Teuerungszulage	54% + 0-240 je nach Grund- gehalt und Alterszulage	39,5% + 1'200 mindestens 55%
Kinderzulage	180	150
b) Verheirateter Lehrer der vier obern Klassen der Gymnasien		
Grundgehalt		8'400
Dienstalterszulagen jährlich		180 nach der Anstellung
höchstens		3'200
Teuerungszulagen		39,5% + 1'200 mindestens 55%
Kinderzulage		150
Nebenleistungen		
Die Mittelschullehrer erhalten in beiden Kantonen die gleichen Nebenleistungen wie die Volksschullehrer.		

Ohne die Nebenleistungen mitzurechnen, belastet ein Mittelschullehrer Basellands den Staat und die Gemeinden mit 14'374 Fr. unter der Annahme, dass er verheiratet ist und zwei Kinder hat. Unter den gleichen Bedingungen belastet ein Realschullehrer Baselstadts den Staatshaushalt mit 16'110 Fr. und ein Lehrer der oberen Gymnasialklassen mit 18'280 Fr.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass Baselstadt für seine Mittelschulen aus seinen Steuermitteln mit 5,5 Mio. Fr. einen Betrag aufwendet, der denjenigen von Baselland, - 1,7 Mio. Fr. -, um bedeutend mehr überschreitet, als wir es auf Grund der Unterschiede in der Bevölkerungszahl erwarten müssten. Der Drang in die Mittelschulen ist in Baselstadt noch grösser als auf dem Lande, die baselstädtischen Mittelschulen vermitteln teils einen sehr langen, die basellandschaftlichen nur einen sehr

kurzen Bildungsgang. Pro Schüler sind vor allem die obern Schulstufen relativ teuer, denn die Klassen sind klein, die Lehrer dagegen hoch besoldet. Eingerechnet in die Nettoausgaben für die Mittelschulen in Baselland ist der Staatsbeitrag an Baselstadt, soweit er nicht durch die Elternbeiträge gedeckt ist.

9. Hochschule, Archive, Museen, Bibliotheken.

Vom Standpunkt des Bildungssuchenden aus betrachtet ist es äusserst grossartig, was der Staat Baselstadt ihm gratis oder gegen bescheidenes Entgelt mit der Universität, den Archiven, Museen und wissenschaftlichen Bibliotheken zur Verfügung stellt. Fast soviel wie Baselland für seingeesamtes Erziehungswesen und mehr als für die eigenen Primar- oder Mittelschulen wendet Baselstadt für die wissenschaftliche Bildung auf. Mit der Kranken- und Altersfürsorge und -versicherung leistet Baselstadt dem ökonomisch schwachen Teil seiner Bevölkerung Dienste, welche an erste Stelle gehören; mit den Ausgaben für die Mittel- und Hochschule leistet aber Baselstadt gleich an zweiter Stelle Dienste, welche vorwiegend solchen Leuten zukommen, die zu den ökonomisch starken gehören oder doch bald zu diesen gehören können. a)

Die Universität von Basel hat mehr ordentliche und ausserordentliche Professoren in ihren Diensten als irgend eine der übrigen sechs Schweizer Universitäten. (Verglichen mit den andern Universitäten beschäftigt sie jedoch relativ wenig Privatdozenten und Lektoren.) Die Universitätsbibliothek ist die grösste öffentliche Büchersammlung der Schweiz. In vier Museen werden Gegenstände hohen Wertes erhalten und gemehrt. Das schweizerische Wirtschaftsarchiv trägt diesen Namen, weil es gedruckte und handschriftliche Dokumente über die schweizerische Volkswirtschaft sammelt und nicht etwa deshalb, weil der Bund die Kosten hierfür trägt. b)

Rund die Hälfte der Aufwendungen für die Universität sind solche für medizinische Forschung und Ausbildung der Aerzte. Gegen 2 Mio. Fr. sind der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät, etwa 900'000 Fr. der philosophisch-historischen Fakultät, etwa 400'000 Fr. der juristischen und etwa 200'000 Fr. der theologischen Fakultät zuzurechnen. Nicht einbezogen sind dabei die Aufwendungen des Baudepartementes für den Unterhalt und die Mehrung der Immobilien, sowie für die Heizung, in der Grössenordnung von 700'000 Fr.

Die Nutzniesser dieser grossen Aufwendungen sind 1948 2133 Studierende und etwa 500 Hörer. Die Statistik gibt uns keine Auskunft darüber, welche Studenten nicht studieren könnten oder woher das Einkommen oder das Vermögen käme, wenn an Stelle der baselstädtischen Steuerzahler die Studierenden oder ihre Eltern oder Gönner die finanzielle Last der Universität zur Hauptsache tragen müssten. Auf Grund der Statistiken über die Heimat der Studierenden und derjenigen über die Heimat und den Wohnort der Eltern der Neuimmatrikulierten c) lässt sich eine Verteilung im obigen Sinne für die 2133 Studierenden abschätzen:

- a) Damit soll nicht gesagt sein, dass die Studierenden und die Benützer von Museen und Bibliotheken immer und überall den ökonomisch stärkeren Schichten zugerechnet werden müssten. Für die Schweiz und die Mitte des 20. Jahrhunderts trifft es wohl doch zu.
- b) Ausser den baselstädtischen öffentlichen Mitteln stehen ihm allerdings jährlich von Privaten und Firmen aus der ganzen Schweiz gestiftete Beiträge zur Verfügung.
- c) Statistisches Jahrbuch von Baselstadt Jg. 1948.

Kanton Baselstadt	950
Kanton Baselland	200
Uebrige Schweiz	550
Ausland	430
	<u>2130</u>

Es sind also mehr als 1000, die in unserm Sinne als Angehörige anderer Kantone oder gar des Auslandes zu betrachten sind. Dagegen dürfte die Anzahl der Angehörigen Baselstadts, welche Nutzniesser der Ausgaben anderer Städte für ihre Universitäten sind, nur in der Grössenordnung von 200 liegen.

Indirekt leisten natürlich alle Studierenden einen gewissen Beitrag an das Aufkommen der Basler Steuerzahler; dies gilt hauptsächlich für diejenigen auswärtigen Studierenden, welche in Basel wohnen. Sehr klein ist er jedoch bei denjenigen, welche nicht in Basel wohnen. Dies sind vor allem Landschäftler und Studierende aus der ausländischen Nachbarschaft Basels.

Die Universität ist aber nicht reine Lehranstalt. Neben der Lehr- und Lerntätigkeit der Professoren und Studierenden wird Forschungs- und Entwicklungsarbeit geleistet, welche unmittelbar, d. h. nicht durch einen an der Universität Gebildeten als Träger den verschiedensten produktiven Tätigkeiten einer Volkswirtschaft zugute kommt. Nutzniesser der Ergebnisse dieser Forschungs- und Entwicklungsarbeit und der im Austausch mit andern Universitäten erlangten, ist, nicht allein, aber doch in erster Linie, die Volkswirtschaft Basels und der Umgebung.

10. Nettozinslast.

Mit rund 6 Mio. Fr. steht die Nettozinslast unserer Haushalte überraschend weit vorne. So wie bei den vorhin behandelten Hochschuleausgaben, haben wir es auch hier fast ausschliesslich mit einer Angelegenheit Baselstadts zu tun. Der Staat Baselland hat per Saldo überhaupt kein Fremdkapital zu verzinsen und die basellandschaftlichen Gemeinden, welche sich im einzelnen allerdings ganz verschieden ausnehmen, haben im ganzen eine Nettozinslast von lediglich 270'000 Fr. zu tragen, während der Staat Baselstadt von seinen Steuermitteln 5,8 Mio. Fr. mehr an seine Gläubiger abzuliefern hat, als er von seinen Schuldner erhält. Auch diese Ausgabe kommt vorwiegend der Bevölkerungsschicht zugute, welche wir die besitzende nennen. Wir haben uns hier die Tatsache vor Augen zu halten, dass beispielsweise in Baselstadt nach den Ergebnissen der Wehropferstatistik von 1945 und ergänzenden Schätzungen 80% allen Vermögens sich in den Händen von nur 9,4% der Steuerpflichtigen befindet^{a)}. Aus der gleichen Statistik wissen wir, dass noch stärker als die andern Vermögensteile das Wert-schriftenvermögen bei den reichsten Leuten konzentriert ist. Es darf also füglich behauptet werden - obschon dies nicht jedermann gerne wahrnimmt -, dass weitaus der grösste Teil der staatlichen Zinszahlungen einer Schicht von nur 10% der Bevölkerung zukommt. Selbstverständlich könnte diese Schicht ihre Kapitalien auch andern Schuldner zur Verfügung stellen.

^{a)} Vgl. die spätern Ausführungen über die Verteilung des Vermögens, wo sich auch Angaben über das Zustandekommen der ergänzenden Schätzungen finden.

Das Ausscheiden des Fiskus als Nachfrager nach Leihkapitalien oder gar das Auftreten als Anbieter hätte aber gewiss eine Tendenz zur Senkung des Zinsfusses zur Folge. Es kann hieran die Bedeutung grosser öffentlicher Schulden zugunsten der besitzenden Schicht und zu Lasten aller, welche aus dem Ertrag ihrer Arbeit allein leben müssen, ermessens werden.

Halten wir die Aktiven und Passiven unserer beiden Staaten in einer einheitlichen Form fest! Es ist dies in der folgenden Aufstellung geschehen. In der Bewertung der einzelnen Vermögensobjekte wurde gegenüber den offiziellen Vermögensrechnungen nichts verändert. Wenn in der Eingliederung einzelner Objekte (z. B. als Kreditor oder als Reserve) Änderungen vorgenommen wurden, so wurde zur Kennzeichnung solcher Änderungen die Seite der offiziellen Staatsrechnung vermerkt, auf der sich das betreffende Objekt verzeichnet findet. Es soll dies die Verbindung zwischen unserer einheitlichen Form und den zugrundeliegenden offiziellen Staatsrechnungen gewährleisten.

Leider ist es ohne ausgedehnte Spezialuntersuchungen nicht möglich, eine entsprechende Aufstellung für die Gemeinden zu bieten.

Das Vermögen der Staaten Baselland und Baselstadt per 31. Dezember 1948 a)
(1000 Fr.)

Aktiven	BL	BS	BL	BS	Passiven	BL	BS	BL	BS
Kassa, Postcheck			35	5'483	Barkautionen			-	726
Banken	17 651 38				Kontokorrentschulden, Kreditoren (Vgl. S. 30/31)	158 181 698			
Obligationen, Sparhefte			706	5'769	(Vgl. S. 33f)	46 73 14 9			
Hypotheken, Darlehen	8 2		10	2'330	(Vgl. S. 30/31)	575		1'754	13'599
Aktien			478	3'074					
Anteilscheine			5	952	Feste Schulden			30'000	299'000
Anlagen, Beteiligungen			30'000	100'587	Guthaben von Verwaltungen eidg. kantonale	1'518 1'794		3'312	4'384
Debitoren, versch. Guthaben, Vorschüsse an Verwaltungen, transitorische Aktiven	13'221 651 8 38 9	4'620 558 446			Spätere Fälligkeiten (Vgl. S. 33)	323 1'458 1'471 3'981		1'781	170
Aktives Forderungsvermögen			43'758	137'511	Transitorische Passiven			5'452	3'559
Finanzgrundstücke, Areal, Korrekptionskonti		19'005 28'505 1'567			Passives Forderungsvermögen			42'299	321'438
Finanzgebäude, Wohnhäuserkonti			407	49'077	Reserven	625 21 215 37 40 95 44 58 386 160			
Verwaltungsliegenschaften			1'235	8'212	(Vgl. S. 33f)				
Vorräte, Betriebsvermögen der Anstalten und Regiebetriebe			2'457	26'308	(Vgl. S. 30/31)	3'910		5'571	16'434
Gebuchtes Sachvermögen			499	1'958					
Zu amortisierende Aktiven			4'598	85'555					
Passivsaldo				7'673					
Total			48'356	337'872	Aktivsaldo			486	
					Total			48'356	337'872

a) Angaben aus Staatsrechnung des Kantons Baselland pro 1948 S. 48-56 und aus Staatsrechnung des Kantons Baselstadt pro 1948 S. 245-287.

Die in den offiziellen Vermögensrechnungen bewerteten Sachgüter, ihre Angaben über Reserven und ihre Aktiv- und Passivsaldi haben wir nur aufgenommen, um das für uns wichtige Forderungsvermögen im gewohnten ganzen Rahmen zu zeigen.

Das für uns wichtige Bild über das aktive und passive Forderungsvermögen ist noch nicht ganz so, wie wir es haben wollen. Es bedarf noch einer Ergänzung und einer Abänderung.

Wenn wir uns in unserer Betrachtung über das Vermögen an die gleichen Grenzlinien halten wollen, welche wir in den Betrachtungen über die Einnahmen und Ausgaben unserer Staatswesen wählten, so haben wir die Angaben der Staatsrechnungen im engeren Sinne durch die aktiven und passiven Forderungsvermögensobjekte folgender Institutionen zu ergänzen^{a)}

Aktiven	(1000 Fr.)		Passiven	BL	BS
	BL	BS			
Kant. Feuerpolizeikasse	1'304			832	
Kantonale Jagdkasse	38			-	
Arbeitsrapen		17'612			-
Total	1'342	17'612		832	-

Ein gutes Bild ergibt sich erst, wenn wir für alle seine Bestandteile Vergleichbarkeit voraussetzen können. Die Aktivposten Kassa und Postcheck bis und mit Anlagen und Beteiligungen sind bei den beiden Kantonen sehr gut vergleichbar. Zu den Bankguthaben Basellands wurden auch die Aktiven des Kontos "Liegenschaften des Staates Baselland" der bld. Kantonalbank gezählt. Die Bewertung von Aktien und Anteilscheinen gleicht sich in den beiden Kantonen sehr. Bei den Debitoren, verschiedenen Guthaben, Vorschüssen an Verwaltungen und transitorischen Aktiven hingegen bestehen zwei grosse Verschiedenheiten:

1. Baselland nimmt die Bestände seiner Aktiven und Passiven auf, so wie sie am 6. Mai des dem Rechnungsjahr folgenden Jahres waren. Um nun die Grösse des Vermögens, wie es am 31. Dezember des Rechnungsjahres war, zu errechnen, werden die Ausgaben vom 1. Januar bis 6. Mai für die Staatsrechnung des Vorjahres und die Einnahmen für die Rechnung des laufenden Jahres in die Passiven und die Einnahmen vom 1. Januar bis 6. Mai für Rechnung des Vorjahres sowie die Ausgaben für Rechnung des laufenden Jahres in die Aktiven eingestellt. Die Rechnung des Kantons Baselland über das Forderungsvermögen ist somit aufgebläht; um sie derjenigen von Baselstadt vergleichbar zu machen, haben wir an Stelle der obigen vier Posten lediglich deren Saldo einzustellen. Die Verminderung der transitorischen Aktiven und Passiven beträgt somit je 5'128'000 Fr.

2. Baselstadt bilanziert ausstehende Steuern nicht. Um die Rechnungen vergleichbar zu machen, haben wir deshalb auch in Baselland die Aktiven um den Betrag der ausstehenden Steuern (3'891'000 Fr. Staatssteuern und 2'000 Fr. Liegenschaftsgewinnsteuern) zu vermindern.

Auf diese Weise ergibt sich folgende vergleichbare Rechnung über das Forderungsvermögen:

a) Vgl. Staatsrechnung von Baselland pro 1948 S. 78 und 122, Staatsrechnung von Baselstadt pro 1948 S. 378.

(in 1000 Fr.)

Aktiven	BL	BS	Passiven	BL	BS
Kassa, Postcheck	35	5'483	Barkautionen	-	726
Banken	706	5'769	Kontokorrentschul-		
Obligationen	-	13'692	den, Kreditoren	1'754	13'599
Sparhefte	9	-			
Hypotheken, Darlehen	10	2'330			
Anteilscheine	5	952			
Aktien	478	3'074			
Anlagen, Beteiligun-			Feste Schulden	30'000	299'000
gen	30'000	100'587	Guthaben von		
Debitoren, verschie-			Verwaltungen	3'312	4'384
dene Guthaben, Vor-			Spätere Fälligkeiten	1'781	170
schüsse an Verwal-			Transitorische		
tungen, Transitori-			Passiven		
sche Aktiven					
12'515			5'452		
. /. 5'128			. /. 5'128	324	3'559
. /. 3'891					
. /. 2	3'494	5'624			
Ergänzung					
Kant. Feuerpolizei-					
kasse	1'304			832	
Kant. Jagdkasse	38			-	
Arbeitsrapen		17'612			-
Aktives Forderungs-			Passives Forderungs-		
vermögen	36'079	155'123	vermögen	38'003	321'438

Charakteristisch ist in Baselland die Gleichheit zwischen der festen Staatsschuld und dem Aktivum Anlagen und Beteiligungen. Sieht man näher zu, so erkennt man, dass es sich nicht nur um Gleichheit sondern überhaupt um Identität handelt. Die basellandschaftliche Kantonalbank lässt nämlich die Zinsen für die 30 Mio. Fr. Anlagekapital direkt den Geldgebern zukommen und der Staat Baselland ist nur Garant inbezug auf dieses Kapital. Charakteristisch für Baselstadt ist die Differenz zwischen dem Aktivum Anlagen und Beteiligungen und den festen Schulden von nahezu 200 Mio. Fr. Die 99 Mio. Fr. Anlagen und Beteiligungen repräsentieren nicht den vollen Wert der baselstädtischen Anlagen und Beteiligungen; aber es ist genau der Betrag, welcher durch die verschiedenen Unternehmungen verzinst wird. Beim grossen Rest der festen Schuld von 200 Mio. Fr. handelt es sich um die Summe der Beträge, welche für öffentliche Zwecke aufgenommen und ausgegeben worden sind, ohne dass heute im einzelnen ihnen entsprechende

Vermögenswerte - trotzdem diese vorhanden sind - herausgeschält werden könnten.

Unter den Passiven des Staates Baselland befinden sich manche, welche keine Verzinsung erfordern; trotz dem Schuldenüberschuss von 1,9 Mio. Fr. erzielt der Staat Baselland einen Ueberschuss der aktiven Zinsen über die passiven von 23'000 Fr. Entsprechend seinem grossen Schuldenüberschuss von 166,3 Mio. Fr. hat dagegen Baselstadt aus seinen Steuermitteln 5,8 Mio. Fr. zuzuschieszen, um den Zinsverpflichtungen gerecht zu werden.

Die baselstädtischen Gemeinden, besonders Riehen, sind nicht nur Wohngebiete reicher Leute; sie verfügen auch selbst über ein Forderungsvermögen, das 34'000 Fr. an Zinsen einbringt. Gemessen am "heissen Stein" Basels ist dies natürlich nicht mehr als "ein kalter Tropf".

Etwas anders ist die Lage in den basellandschaftlichen Gemeinden. Gesamthaft ist bei ihnen ein Ueberschuss der passiven Forderungen über die aktiven festzustellen. Gesamthaft haben sie auch zu ihren Aktivzinsen aus den Steuermitteln zuzuschieszen, um den Zinsverpflichtungen nachzukommen. Ende 1948 betrug der Ueberschuss der passiven Forderungen über die aktiven bei der Gesamtheit der basellandschaftlichen Gemeinden:

	(in 1000 Fr.)	Aktiv- überschuss (+)	Passiv- überschuss (-)
Einwohnergemeinden			7'458 a)
Wasserversorgung			2'406 a)
Kanalisation			2'751 a)
Andere Regiebetriebe (entsprechend der Bilanzierung der bs. Regiebetriebe und der bld. Kantonalbank soll auch hier der Anspruch auf das Eigen- kapital (nach Abzug der Dotationskapitalien) nicht bilanziert werden)			
Fondsrechnungen		849 a)	
Armenkassen		ca. 6'800 b)	
Fondsrechnungen, welche dem Armenwesen zugehören		ca. 600 b)	
Ueberschuss der passiven Forderungen über die aktiven		ca. 4'366	
Summe		<u>(12'615)</u>	<u>(12'615)</u>

Wie verteilt sich diese Nettoverschuldung auf die einzelnen Gemeinden? Sehr auffallend ist die Tatsache, dass die Nettoverschuldung der basellandschaftlichen Gemeinden zu mehr als 90% eine solche der Gemeinden der Bezirke Liestal und Arlesheim ist. Hier wiederum sind es die grossen Gemeinden, welche besonders verschuldet sind. Von der Regel, dass die Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern je eine Nettoverschuldung von mehr als einer Million Fr. aufzuweisen haben, machen nur Münchenstein

a) Gemäss Zusammenstellung über die Vermögensausweise der Gemeinden per 31. 12. 1948 durch den Verfasser.

b) Geschätzt nach dem Nettozinsertrag.

und Binningen eine Ausnahme. Der Ueberschuss der passiven Forderungen beträgt aber auch in diesen Gemeinden 600'000 bzw. 400'000 Fr. In den sieben Grossgemeinden (mit mehr als 5000 Einwohnern) konzentrieren sich etwa 40% der Einwohner aber (mit 8,828 Mio. Fr.) etwa 75% der Nettoverschuldung der Gemeinden Basellands. Pro Einwohner ist die Verschuldung (der Einwohnergemeinde inkl. Wasserversorgung, Kanalisation und Fondsrechnungen) am grössten in Pratteln (339 Fr. pro Einwohner), in einer kleinen Oberbaselbietergemeinde (280 Fr. pro Einw.), in MuttENZ (248 Fr.) und Allschwil (246 Fr.). Es gibt aber in Baselland auch Gemeinden - namentlich kleine - mit ansehnlichen aktiven Forderungssaldi (240 Fr., 196 Fr., 114 Fr. pro Einwohner). a)

Forderungsvermögen der basellandschaftlichen Gemeinden nach Bezirken
(1000 Fr.)

	Arlesheim	Liestal	Sissach	Waldenburg	Kanton
Einwohnergemeinden	4852	2413	+ 28	220	7457
Wasserversorgung	742	701	537	426	2406
Kanalisation	1570	1082	99	-	2751
Fondsrechnungen	+381	+163	+135	+170	+849
Total (ohne Armenrechnung)	<u>6782</u>	<u>4034</u>	<u>473</u>	<u>477</u>	<u>11765</u>

Die Zinslast, welche die basellandschaftlichen Gemeinden zu tragen haben, verteilt sich ungefähr gleich wie der Ueberschuss passiver Forderungen. Hier konnten nun auch die Armenrechnungen berücksichtigt werden.

Nettozinslast der basellandschaftlichen Gemeinden nach Bezirken a)
(1000 Fr.)

	Arlesheim	Liestal	Sissach	Waldenburg	Kanton
Einwohnergemeinden	192,9	61,6	12,2	3,4	270,1
Wasserversorgung	48,4	22,4	19,5	16,2	106,5
Kanalisation	59,1	30,8	2,9	-	92,8
Fondsrechnungen	+7,5	+3,5	+4,0	+6,1	+21,1
Armenrechnung	+43,5	+54,5	+64,6	+34,0	+196,6
Fonds d. Armenrechnung	+3,6	+7,1	+6,1	+0,5	+17,3
Total	<u>245</u>	<u>50</u>	<u>+40</u>	<u>+20</u>	<u>235</u>

(+) = Ueberschuss der aktiven Forderungen bzw. Zinsen

() = Ueberschuss der passiven Forderungen bzw. Zinsen

a) Eine vom Verfasser erstellte entsprechende Statistik nach Gemeinden liegt bei der Abt. Gemeinwesen der Direktion des Innern in Liestal und wird dort, wenn ein öffentliches Interesse nachgewiesen wird, zur Verfügung gestellt.

Fast den gleichen Betrag, welchen die Verzinsung der Wasserversorgungs- und Kanalisationsschulden kostet, bringt der Ertrag des Forderungsvermögens den Armenkassen wieder ein, nämlich rund 197'000 Fr.

Zahlreiche, ja sogar die Mehrheit der Gemeinden hat keine Zinslast zu tragen. Sie können mit Zinseinnahmen rechnen, welche bis zu 5'000 Fr. jährlich erreichen. Es sind dies ausschliesslich Gemeinden der Bezirke Liestal, Sissach und Waldenburg. Im Bezirk Arlesheim haben alle Gemeinden Zinsleistungen zu erbringen; im Bezirk Liestal nur die Gemeinden ohne landwirtschaftlichen Charakter, im Bezirk Sissach nur Gelterkinden und einige Orte mit relativ teuren Wasserversorgungsanlagen. Teure Wasserversorgungsanlagen geben auch in vier Gemeinden des Bezirks Waldenburg den Ausschlag und bewirken, dass sie gemessen an den regionalen Verhältnissen relativ schlecht dastehen.

Wie bedeutsam der Ertrag des Vermögens sein kann, soll am Beispiel einer kleinen Baselbietergemeinde gezeigt werden. Der Ertrag des Forderungsvermögens dieser Gemeinde überschreitet die Hälfte der Steuereinnahmen. Bei gleichen Vermögensverhältnissen je Einwohner, hätte die Stadt Basel jährlich 5 - 6 Mio. Fr. Zinsen mehr einzukassieren als solche zu leisten wären. Die grösste Gemeinde eines vereinigten Kantons Basel müsste also beinahe neidisch auf eine der kleinsten blicken.

Wie sehr aber auch die grossen Gemeinden des gegenwärtigen Kantons Baselland sich im Reichtum von mancher kleinen unterscheiden, zeigt das Beispiel Allschwil. Dabei hat Allschwil relativ nicht, wohl aber absolut die grössten Zinsverpflichtungen. Diese Gemeinde hat wie der Kanton Baselstadt rund 5,7% seiner Steuermittel für die Verzinsung der Schulden zu verwenden. An den Extremen haben wir hiermit etwas festgestellt, das tendenzmässig für die Gesamtheit der basellandschaftlichen Gemeinden gilt: Im allgemeinen besitzen sie per Saldo und pro Kopf umso mehr aktives (ertragbringendes) Forderungsvermögen, je kleiner sie sind, und umso mehr passives (zu verzinsendes) Forderungsvermögen, je grösser sie sind.

Wie ist dies zu erklären? Aeusserst charakteristisch für die basellandschaftlichen Gemeinden ist die Korrelation zwischen der Einwohnerzahl und dem Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen an der Gesamtheit der Berufstätigen. Diese hat ihren Grund darin, dass die Landwirte und ihre Angehörigen gleichmässig auf die einzelnen Gemeinden des Kantons verteilt sind (geringe Streuung der Quotienten aus Anzahl der in der Landwirtschaft Tätigen und Gemeindefläche in Verbindung mit einer relativ geringen Streuung der flächenmässigen Ausdehnung der Gemeinden). Gemeinden mit mehr Einwohnern als die ihrem Areal entsprechende landwirtschaftliche Bevölkerung sind deshalb notwendigerweise Gemeinden mit Tendenz zu niedrigem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung. So ist die Tatsache, welche natürlich nicht nur im Kanton Baselland beobachtet werden kann, zu erklären. Dem Landwirt sind Schulden äusserst unsympathisch. Wegen der Erbgewohnheiten ist mancher Landwirt

gezwungen, selbst Schulden zu machen. Regelmässig ist es sein Ziel, sie möglichst rasch wieder abzutragen. Wenn der Landwirt seine privatwirtschaftlichen Grundsätze als Bürger anwendet - und dies tut er - so ergibt sich nur schwer ein Anlass, seiner Gemeinde die Aufnahme von Schulden zu bewilligen. Dies ist ein Grund aber nicht der einzige.

Die Ursache der Beziehung zwischen Gemeindegrösse und Forderungsvermögen bzw. Zinslast ist vielmehr doppelter Natur: Einerseits ist es der landwirtschaftliche oder nichtlandwirtschaftliche Charakter, andererseits aber die Kleinheit oder Grösse der Gemeinde direkt. Wir erkennen die zweite Wurzel am besten, wenn wir uns fragen, was im Speziellen zur Verschuldung geführt hat. Die Antwort ist hier verschieden, je nachdem ob wir an den Kanton Baselstadt oder an die basellandschaftlichen Gemeinden denken. In Baselstadt ist es nichts anderes als ein fortwährendes Vorangehen der Staatsaufgaben. Der Stadtbasler orientiert sich eher an den Zielen, der Landschaftler eher an den Mitteln staatlicher oder gemeindlicher Tätigkeit. Ausgabefreudigkeit wollen wir das erste Verhalten nennen. Die basellandschaftlichen Gemeinden dagegen sind gesetzlich verpflichtet, prinzipiell ihr Budget im Gleichgewicht zu halten, wenn nicht die über sie Aufsicht führende Staatsgewalt Ausnahmen erlaubt. Dies geschieht vor allem dann, wenn Gemeinden beabsichtigen, ihr Verwaltungs- oder ihr Vermögen im Gemeingebrauch zu ergänzen. Erstellung und Erneuerung von Schulhäusern, Wasserversorgungs-, Kanalisationsanlagen und Strassen sind die hauptsächlichsten Anlässe für die Gemeinden, mit dem Gesuch hierfür Fremdkapital beanspruchen zu dürfen, an die Direktion des Innern in Liestal zu gelangen. Sie schreibt die Grenzen der Schuldhöhe und die Rückzahlungsbedingungen vor.

Es gilt also, wenn auch nicht absolut zwingend, dass die basellandschaftlichen Gemeinden umso mehr verschuldet sind, je teurer sie derartige Anlagen zu erstellen hatten und je weniger lang der Zeitpunkt der Erstellung zurückliegt. Deshalb sind es vor allem die Gemeinden mit grossem Wachstum, welche grosse Zinsleistungen zu erbringen haben, denn sie mussten in den letzten 50 Jahren Schulhäuser erstellen, ausgedehnte Wasser- und Kanalisationsleitungen legen und manche Strassen bauen, für die erst in Jahrzehnten die Privatbeiträge eingegangen sein werden. In unserm Gebiet und in unserer Zeit sind Entwicklung und Grösse der Gemeinden fast untrennbar verbunden a). So wird es verständlich, dass von der 273'000 Fr. betragenden Nettozinslast aller basellandschaftlichen Gemeinden 260'000 Fr. von den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern zu tragen sind. Sehr bemerkenswert ist es aber, dass in keiner Gemeinde der Zinsendienst pro Kopf auch nur annäherungsweise so viel Steuermittel beansprucht wie in Baselstadt. Hier sind es 30 Fr., in den meistverschuldeten basellandschaftlichen Gemeinden nur um die 8 Fr. pro Einwohner.

a) Es gibt in Baselland keine einzige Gemeinde mit über 2000 Einwohnern, deren Einwohnerzahl in den letzten 100 Jahren nicht mindestens auf das Doppelte gestiegen wäre.

11. Armenpflege.

Sie erfordert in unsern beiden Kantonen zusammen im Vollbeschäftigungs- und "Geburtsjahr" der eidgenössischen Altersversicherung 1948 5,4 Mio. Fr. Es sind dies etwa 4 % der kantonalen und kommunalen Steuermittel und steuerähnlichen Einnahmen, welche ihrerseits 15 % des Einkommens der Bevölkerung der beiden Kantone ausmachen a). Die Ausgaben für die Armen in Baselstadt (4,32 Mio. Fr.) würden ausreichen 1500 Personen, diejenigen von Baselland (1,98 Mio. Fr.), 660 Personen mit einem Einkommen von 3'000 Fr. zu versehen, in beiden Kantonen also ein Kollektiv, das im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ähnliche Grösse hat. Der Kanton Baselstadt bringt grosse Opfer dadurch, dass er sich dem Konkordat betreffend wohnörtliche Armenunterstützung angeschlossen hat. Gering sind die Ausgaben der andern Konkordatskantone für Basler Bürger, weil relativ wenig - und vor allem wenig arme - Basler Bürger ausserhalb des Kantons wohnen. Mit 2'024'000 Fr. erreichen die Ausgaben für ausserkantonale Einwohner Basels aber fast den Betrag, der für die Basler Bürger notwendig ist.

Trotzdem im Kanton Baselland verhältnismässig bedeutend mehr Nichtlandschäftler wohnen als im Kanton Baselstadt Nichtbasler, herrschen doch ganz andere Verhältnisse. Baselland benötigt für die eigenen Kantonsbürger 1,4 Mio. Fr. und für ausserkantonale Einwohner nur 208'000 Fr. an Unterstützungsgeldern.

Die Beanspruchung der Steuermittel wird in beiden Kantonen etwas verkleinert dadurch, dass mehr oder weniger freiwillig von dritter Seite Mittel eingehen. In Baselland sind es Beiträge von Bürgergemeinden und Anteile an Einnahmen der Bürgerkassen von 151'000 Fr., sowie Schenkungen und Kirchenopfer von 25'000 Fr., in Baselstadt Beiträge bürgerlicher Stiftungen von 568'000 Fr. und Legate von 83'000 Fr. Hingegen sind die Armensteuern, welche die basellandschaftlichen Bürgergemeinden erheben mit 1,4 Mio. Fr. bei unsern Betrachtungen unter den allgemeinen Steuermitteln gezählt (Tab. 2, Nr. 10. 1) und die Erträge der Wertschriftenvermögen zugunsten des Armenwesens, 91'000 Fr. in Baselstadt bzw. 200'000 Fr. in Baselland, figurieren unter den übrigen Erträgen von Forderungen (Tab. 2, Nr. 11. 6).

In Baselland ist die Armenpflege hauptsächlich eine Angelegenheit der Bürgergemeinden. Solche bestehen in allen politischen Gemeinden mit Ausnahme von Birsfelden. Biel und Benken bilden zusammen nur eine Bürgergemeinde und Olsberg ist Bürgergemeinde, obwohl es politisch zu Arisdorf gehört. Hat jemand Armenunterstützung nötig, so kann er sich in jedem Falle bei der Armenpflege seines Wohnortes melden. Diese steht ihm mindestens mit Rat bei. Entstehen Kosten, so werden diese wie folgt verteilt b):

a) Steuern und steuerähnliche Einnahmen 1948: 133,21 Mio. Fr.
geschätztes Einkommen im Jahr 1947 (Vgl. 6) 914 Mio. Fr.

b) Vgl. Gesetz betreffend die Armenfürsorge vom 27. 3. 1939. Insbesondere §§ 10, 19, 25, 28.

Verteilung der finanziellen Belastung für Armenunterstützung in Baselland

	Basellandschaftliche Wohn- gemeinde	Heimat- gemeinde	Staat Baselland	Heimat- kanton bzw. -g.de
1. Armengenössiger in BL wohnhaft (ausg. Birsfelden)				
a) Bürger der Wohngem.	1			
b) Bürger von Baselland	1/2	1/2		
c) Konkordatsfall je nach Wohnsitzdauer und Armensteuerfuss	a) 1/4 bis 3/4 mal b) 1/4 bis 3/4		1/4 bis 3/4 mal 1/4 bis 3/4	3/4 bis 1/4
b) Nichtkonkordatsfall bei Krankheit od. Tod sonstige Gründe	b) 1/4 bis 3/4		1/4 bis 3/4	1
2. Armengenössiger in Birs- felden wohnhaft				
a) Bürger von Baselland	1/20	1/2	9/20	
b) Nichtkantonsbürger je nach Heimatkanton und Wohnsitzdauer	1/10 mal 1/4 bis 1		9/10 mal 1/4 bis 1	1/4 bis 1 Wohn- kanton bzw. -g.de
3. Bürger von BL, ausser Kanton armengenössig				
a) Konkordatsfall je nach Wohnsitzdauer			1/4 bis 3/4	1/4 bis 3/4
b) Nichtkonkordatsfall			1	

a) Gemäss §2 und §5 des Konkordates über die wohnörtliche Unterstützung vom 11. 1. 1937 gelten für Bürger von Konkordatskantonen je nach Wohndauer folgende Ansätze der Beiträge an die Unterstützungskosten

(Wohndauer) Jahre	Wohnkanton	Heimatkanton
0 - 4	-	1
4 - 10	1/4	3/4
10 - 20	1/2	1/2
20 und mehr	3/4	1/4

b) Gemäss §28 des kant. Armenfürsorgegesetzes trägt

je nach Armensteuerfuss auf dem Einkommen	die Wohngemeinde	der Staat
0 - 0,2 %	3/4	1/4
0,2 - 0,4 %	1/2	1/2
0,4 % und mehr	1/4	3/4

Die finanzielle Belastung, welche den Gemeinden als Wohn- oder Heimatgemeinde zukommt, trägt die Armenkasse. Ihre hauptsächlichste Einnahmequelle ist meist die Armensteuer. Diese wird erhoben vom in der Gemeinde liegenden Grundbesitz, vom Einkommen und Vermögen der im Kanton wohnenden Gemeindebürger, sowie vom Vermögen und, mit halben Ansätzen, vom Einkommen der in der Gemeinde wohnenden Nichtkantonsbürger.

1940 gibt es noch 12 Gemeinden (von den 75, welche berechtigt wären), die keine Armensteuer erheben. Es sind durchwegs kleinere Gemeinden der Bezirke Liestal und Sissach. Die Haupteinnahmequelle ihrer Armenkassen ist meist der Ertrag des Forderungsvermögens; bei einigen sind es auch grosse Beiträge der Bürgergemeindekassen (Waldreichtum!) oder beträchtliche Einbürgerungsgebühren.

Die basellandschaftliche Verteilung der Nettoausgaben für Unterstützungen zwischen Gemeinden und Staat bringt den Gemeinden die Hauptlast. Sie tragen 1948 1'110'000 Fr., der Staat Baselland 495'000 Fr.; es handelt sich also um eine Teilung von 2 : 1.

In den Gemeinden sind die Verwaltungskosten mit rund 140'000 Fr. relativ niedrig, beim kantonalen Armensekretariat im Vergleich dazu sehr hoch (110'000 Fr.). Manche Leistungen erbringen die Mitglieder der Armenpflegen eben ohne Bezahlung im Dienste der Bedürftigen oder oft auch aus Freude an der entsprechenden Tätigkeit. Wenn alle Leistungen eines derartig dezentralisierten Verwaltungsapparates bezahlt werden müssten, so wäre es eine sehr teure Angelegenheit. Wie teuer es kommt, wenn infolge der Zentralisation die menschlichen gefühlsmässigen Bindungen verloren gehen, ersieht man aus den Verwaltungskosten der baselstädtischen Armenpflege. Bei Unterstützungsleistungen von 4,15 Mio. Fr. ^{a)} betragen die Verwaltungskosten der allgemeinen und der bürgerlichen Armenfürsorge rund 1,1 Mio. Fr.

Eine Analyse der Ausgaben für Armenunterstützungen seit ca. 1930 lässt erkennen, dass wir uns 1948 in einer Periode befinden, welche wir als eine sehr günstige bezeichnen können. In beiden Kantonen sind die Armenunterstützungsausgaben bei der Geldentwertung von 1939 bis 1948 ungefähr gleich geblieben. Zunächst war es die Besserung der Beschäftigungslage, nachher die Lohn- und Verdienstersatzordnung, danach die Massnahmen des Bundes, welche in der AHV von 1948 gipfelten, die trotz der Geldentwertung bewirkten, dass die Unterstützungsausgaben für die Armen auch nominell nicht wesentlich stiegen, und dass sie in Baselstadt, wo zusätzlich noch Aenderungen in der kantonalen Altersfürsorge und -versicherung eintraten, 1947 und 1948 sogar nominell wesentlich tiefer liegen als 1939.

Wenn sich die Beschäftigungslage auf einem Stande halten wird, wie er 1948 war, besteht die Hoffnung, dass die Armenausgaben in unsern beiden Kantonen auch in Zukunft nur im Rahmen des Bevölkerungswachstums steigen werden. Sobald jedoch wieder Arbeitslosigkeit eintreten sollte - dies lehrt uns die Entwicklung von 1930 - 1939 - ergäben sich in vielerlei Form vermehrte Ansprüche an die Armenbehörden.

a) Vgl. statistisches Jahrbuch von Baselstadt Jg. 1948 S. 262, 264 und Jg. 1947 S. 261.

12. Strassen, Brücken.

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts ist eine Zeit der Neubelebung der Strassen. Mit geringen Rückschlägen weitete sich der Strom der zu transportierenden Güter und die Anzahl der reisenden Menschen immer mehr aus. Die Eisenbahnanlagen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts brachten direkt und vor allem indirekt eine grosse Vermehrung der Transportmengen; sie bewältigten selbst jedoch auch einen grossen Teil. Benzinmotor und Pneubereifung bewirkten zunächst, dass der Zubringerdienst zur Bahn und der lokale Verkehr (mit eigenen oder fremden Transportmitteln) vom Pferdefuhrwerk langsam auf den Kurs-, Last-, oder Lieferwagen übergang und dass derjenige, der Dienste an stets wechselnden Orten zu leisten hat, sich des raschen und pro Kilometer nicht viel teuern, dafür aber zeitlich und örtlich fast ungebundenen eigenen Personenautos bediente. Die Verbesserung und Verbilligung der Fahrzeuge und ihres Betriebes (Dieselmotor, Reduktion der Hubvolumen, Grosserienbau usw.), sowie die Erhöhung des Lebensstandards bringen es mit sich, dass darüber hinaus der Besitz einer individuellen motorisierten Personentransportmöglichkeit allgemeines Bedürfnis wird wie etwa der Besitz individuellen oder familiären Wohnraumes. Vor allem die Entwicklung im letzten Sinne, welche Mitte der Zwanziger-Jahre spürbar wurde, ist noch lange nicht abgeschlossen.

Direkt durch diese fast ununterbrochene Vermehrung des Motorfahrzeugbestandes ist das Bedürfnis nach verbesserten Strassenverbindungen zwischen Städten und Dörfern bedingt. Die Strassen sollen bei grosser Verkehrsdichte und geringen Unfallrisiken sehr hohe Geschwindigkeiten erlauben. Indirekt ist der Zusammenhang zwischen der Vermehrung des Motorfahrzeugbestandes und dem Bedürfnis nach (neuen) Strassen, indem die Möglichkeit, schnelle Strassenfahrzeuge benützen zu können, die Streuung der Wohnstätten ausserordentlich befördert hat. Mit Ausnahme der Kriegsjahre stehen namentlich in der Stadt und in der nächsten Zone um sie herum die Ausgaben für Strassenneuanlagen in Verbindung mit dieser Erscheinung. Erst in den letzten Jahren sind Massnahmen getroffen worden, damit diese Streuung das vernünftige Mass nicht überschreite. Die Ausdehnung des Strassennetzes wird dadurch etwas verlangsamt. Trotzdem ist auch diese Entwicklung nicht abgeschlossen.

Ebenfalls mitten in der Entstehung befindet sich das landwirtschaftliche Wegnetz. Neben der Einführung des motorisierten Fahrzeuges ist hier vor allem die Einführung der landwirtschaftlichen Bodenbearbeitungs-, Pflanzenpflege- und Erntemaschinen die Ursache. Die Anlage der ausgesprochenen Feldwege ist jedoch meist Sache der Feldregulierungsaktionen, und sie belastet vor allem die Eigentümer der anstossenden Grundstücke. Der Unterhalt aber ist Gemeindeangelegenheit.

Für die Neuanlage von Strassen und Brücken sowie ihre Verbesserungen wurde 1948 ein der Beschäftigungslage entsprechender Betrag ausgegeben. In beiden Kantonen herrschte auf diesem Gebiete langfristiger Investition die richtige Zurückhaltung. Trotz der Teuerung der Baukosten wurden auch nicht annähernd die Beträge aufgewendet, welche in den Dreissigerjahren die Regel waren. Die Ausgaben für den Unterhalt veränderten sich von Jahr zu Jahr ungefähr im Rahmen der Teuerung. Das wird für sie auch in

Zukunft so bleiben. Als Unterhaltsarbeiten gelten ja, von kleinern Ausnahmen abgesehen, solche, die durch feste Angestellte (welche nur ungern vermehrt oder vermindert werden) zur Ausführung gelangen.

Die Beanspruchung von Steuermitteln für den Unterhalt, die Verbesserung und die Mehrung der Strassen und Brücken betrug:

1948 1,9 Mio. Fr. in Baselstadt

und 2,9 Mio. Fr. in Baselland.

Hierin ist insbesondere nicht inbegriffen, was die Hauptstrassenbenützer den beiden Kantonen in Form von Motorfahrzeugsteuern und dem Anteil am Benzinzollertrag zuhalten:

1948 2,1 Mio. Fr. in Baselstadt

und 1,3 Mio. Fr. in Baselland.

Recht bedeutend ist die Beanspruchung der kommunalen Mittel für das Strassenwesen. Die basellandschaftlichen Gemeinden erhalten vom Kanton nur ungefähr das als Strassen- und Kanalisationsbeitrag der Gemeindehilfe, was sie als Anteile für Verbesserungen an staatlichen Strassen auf Grund des geschätzten Verkehrsinteresses und ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit wieder an den Staat abzuführen haben. Praktisch haben sie also für ihre Gemeindestrassen allein aufzukommen. Das Volumen ihrer Ausgaben ist bedeutend höher als dasjenige des Staates. Die Gemeinden wendeten 1948 2,4 Mio. Fr., der Staat 1,8 Mio. Fr. (Privatanteile sind hier abgezogen, nicht aber der Ertrag der Motorfahrzeugsteuer und der Anteil am Benzinzollertrag) speziell für die Strassen auf. Es mag sein, dass in nächster Zeit, wenn die staatlichen Investitionen ein Vollmass erreichen, sie dasjenige der Gemeinden überschreiten werden. Der Staat kann sich aber auf die eher anschwellenden Quellen der Motorfahrzeugsteuern und Treibstoffzollanteile stützen.

Die Erträge der Motorfahrzeugsteuern belaufen sich in unsern beiden Kantonen (inkl. Zuschläge), jedoch ohne Gebühren für Fahrzeug- und Führerausweise) pro 1948 auf 1'358'000 Fr. in Baselstadt
und auf 999'000 Fr. in Baselland.

Der Bestand an Motorfahrzeugen ist Ende September 1948 der folgende:

9'505 Einheiten in Baselstadt,

4'992 Einheiten in Baselland. a)

Die Ansätze der Motorfahrzeugsteuer sind aber in Baselland bedeutend höher als in Baselstadt; darauf ist es zurückzuführen, wenn Baselland bei einem Motorfahrzeugbestand von der Hälfte des baselstädtischen Motorfahrzeugsteuern in einem Umfang einnimmt, der 3/4 desjenigen von Baselstadt fast erreicht. Eine Mehrbelastung der in Baselland stationierten Motorfahrzeuge ist durchaus verständlich, entfällt doch in Baselland auf ein Motorfahrzeug bedeutend mehr Strassenfläche als in Baselstadt.

13. Steuerbezugskosten, Kassaverwaltung, Finanzdirektion.

Bisher hatten wir es vorwiegend mit solchen Ausgaben zu tun, welche als Geldleistung (z. B. Wohnbausubventionen) oder als Sachleistung (z. B. Strassen) oder als Beamtenleistung (z. B. Schule) dem Publikum zugute

a) Statistisches Jahrbuch der Schweiz Jg. 1948 S. 202.

kommen. Mit den Steuerbezugskosten, den Ausgaben für die Kassaverwaltung und die Finanzdirektion, welche in unsern beiden Kantonen zusammen 3,5 Mio. Fr. erfordern, wird nichts anderes erreicht als Ordnung in der Beschaffung, der Bereithaltung und der Verwendung der Geldmittel, deren der Staat oder die Gemeinden bedürfen.

Bei Einnahmen an Steuern und steuerähnlichen Mitteln von 100,5 Mio. Fr. benötigt der Kanton Baselstadt 2,128 Mio. Fr., bei Einnahmen an Steuern und steuerähnlichen Mitteln von 33,7 Mio. Fr. benötigt der Kanton Baselland schätzungsweise 1,34 Mio. Fr. zur Erhaltung der Ordnung in Bezug und Gebrauch dieser Geldmittel. Der letzte Betrag kann nur als Schätzung genannt werden, weil es unmöglich ist, die Kosten des Bezugs der Gemeindesteuern zu errechnen. Erfahrungsgemäss nimmt er und das Rechnungswesen einen grossen Teil der Zeit des Gemeindeverwaltungspersonals in Anspruch. Mit $\frac{1}{4}$ dürfte der Anteil eher zu gering als zu hoch geschätzt sein. Sei dem, wie ihm wolle, an der Tatsache, dass der Kanton Baselland bedeutend mehr für den Bezug der Steuern und die Ordnung in ihrer Verwendung ausgibt als der Kanton Baselstadt gemessen am Ertrag der Steuern, ist nicht zu rütteln. Hier sind es gut 2%, dort aber mehr als 4%. Pro potentiell Steuerpflichtigen sind es in Baselstadt

(2'128'000 Fr. : 101'500 pot. Steuerpflichtigen =) 21 Fr.

(1'335'000 Fr. : 49'500 pot. Steuerpflichtigen =) 27 Fr. in Baselland, dies obwohl die basellandschaftlichen Beamten billiger arbeiten als ihre baselstädtischen Kollegen und obwohl in kommunalen Steuertaxations-, Steuerrekurs- und Rechnungsprüfungskommissionen nicht voll bezahlte Arbeit geleistet wird. Bei der basellandschaftlichen Art des Steuerbezugs ist also erheblich mehr Arbeitsleistung notwendig. Es ist dies vor allem eine direkte Folge der sehr weitgehenden Gemeindeautonomie in finanziellen Angelegenheiten. Diese ist ein notwendiges Glied der Gemeindeautonomie überhaupt. Wenn sie beschnitten wird, so werden sehr leicht positive Werte, welche mit der Gemeindeautonomie verbunden sind, gefährdet. Die relativ grosse Zahl der Steuerzahler (Steuerpflichtige, welche tatsächlich Steuern zu bezahlen haben), die doppelte Kontrolle der Selbstdeklarationen, dreifach verschiedene Rechnungsstellung (für Staatssteuer, Gemeindesteuer Armensteuer neben der Militär- und der Wehrsteuer) wirkt sich bei der Einkommens- und Vermögenssteuer aus. Eine Doppelspurigkeit findet sich natürlich auch in der Kassenverwaltung; sie ist wohl teuer, aber bei kommunaler Selbständigkeit unvermeidbar. Im übrigen darf die Differenz zwischen den Ausgaben für den Steuerbezug und die Kassenverwaltung in unsern beiden Kantonen auch dahin erklärt werden, dass die Kosten pro Arbeitsvorgang (an Steuererklärungen, Rechnungen, Belegen, usw.) bei vermehrter Anzahl der Elemente niedriger sind, wenn sie auf das Stück umgerechnet werden. Dies eröffnet für eine vollzogene Wiedervereinigung sehr angenehme Sparmöglichkeiten.

Wie der Beamtenstab im Dienst der Ordnung im Bezug und der Verwendung der Steuermittel 1948 aussieht, soll die kleine Aufstellung zeigen: a)

a) Die Angaben für den Staat Baselland wurden durch Zählung aus dem Amtskalender von Baselland pro 1949 gewonnen, diejenigen für die basellandschaftlichen Gemeinden sind Schätzungen auf Grund der Kenntnis der konkreten Verhältnisse. Angaben für Baselstadt aus dem kant. stat. Jahrbuch Jg. 1948.

Staat Baselland		BL Gemeinden	Staat Baselstadt	
Finanzdirektion (ohne Direktor)	2	Arbeitsleistungen der 74 Gemeinde- verwaltungen bzw. -kassiere von schätzungsweise 35 Vollbeschäftigten	Departements- sekretariat	6
Staatskassenver- waltung	14		Staatskassen- verwaltung	11
Salzfaktorat	1		Finanzkontrolle	14
Steuerverwaltung (Staats-, Wehr- Erbschaftssteuer, Handänderungsgebühr, Katasterschätzungen, Verrechnungssteuer)			Steuerverwaltung	91
Steuerrekurskommission	2			
	53			122
(Finanzbedarf ca. 840'000 Fr.)		ca. 500'000 Fr.	ca. 2'190'000 Fr.)	

14. Berufsschulen und -kurse.

Unter den 13 bisher behandelten Aufgaben waren drei Sparten des Schulwesens. Die vierte, das Berufsschulwesen, beansprucht in unsern beiden Kantonen 2,7 Mio. Fr.

In Baselstadt betreibt der Kanton für die Lehrlinge und Berufstätigen folgende Schulen und Kurse: Allgemeine Gewerbeschule, Frauenarbeitschule, Lehrerbildungs- und Fortbildungskurse, Handelswissenschaftliche Kurse. Sie erfordern 2,1 Mio. Fr. jährlich und bieten die Berufsarbeit ergänzende handwerkliche Ausbildung, gewisse Erweiterungen der Volksschulbildung und gewisse Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse bei sehr geringer finanzieller Belastung der Schüler oder ihrer Arbeitgeber und ohne allzu starke zeitliche Inanspruchnahme der Schüler. Nicht eingerechnet sind dabei Beiträge an die Schule des Kaufmännischen Vereins und verschiedene kleinere Beiträge an Private im Dienste der Berufsbildung von zusammen 280'000 Fr.

Trotzdem in Baselland 1948 die Ausgaben für das berufliche Bildungswesen einmalig etwas aufgebläht erscheinen, weil in diesem Jahr die Wertberichtigung und einmalige Anschaffungen für den neuen Gutsbetrieb der landwirtschaftlichen Schule "Galms" vorgenommen wurden, nehmen sie sich mit 0,64 Mio. Fr. recht bescheiden aus. Normalerweise steht die landwirtschaftliche Schule und ihr Gutsbetrieb mit einem Anspruch an Steuermitteln von rund 60'000 Fr. jährlich (1948 sind es 135'000 Fr.) erst an dritter Stelle der verschiedenen Arten beruflicher Bildungstätigkeit. Am meisten erfordern die gewerblichen Berufsschulen und die Berufswahl- und Vorlehrklassen und zwar vom Staat rund 260'000 Fr., von den basellandschaftlichen Gemeinden 80'000 Fr. An zweiter Stelle findet sich wie in Basel das berufliche Bildungswesen speziell für Frauen. Ebenso wie bei den ge-

werblichen Schulanstalten teilen sich auch hier Staat und Gemeinden in die finanzielle Last (Staat 59'000, Gemeinden 59'000 Fr.) Bildungs- und Weiterbildungskurse für verschiedene Berufe ergänzen die Massnahmen zur Förderung beruflicher Tüchtigkeit und erfahren auch in Baselland staatliche Unterstützung. Zu erwähnen sind die Weiterbildungskurse für Beamte und der kantonale Beitrag an die Lehrerseminarkurse in Baselstadt von 13'600 Fr. Wie in Baselstadt figuriert die Unterstützung der Schulen des Kaufmännischen Vereins in Liestal und Basel (25'000 bzw. 5'000 Fr.) unter den Beiträgen an Private im Dienste der Berufsbildung. 4)

Wie die Schule überhaupt, so ist die Berufsschule die erste Form des Zusammenwirkens der in gleicher Weise Tätigen und von grosser Bedeutung für die spätere Wettbewerbs- und Gemeinschaftsgesinnung (das eine schliesst das andere nicht aus) im Leben im allgemeinen und im Wirtschaftsleben im besondern. Für einen grossen Teil der Lehrlinge bedeutet die Berufsschule eine Voraussetzung zur Gewinnung von Uebersicht über die Mannigfaltigkeit der Dienste eines bestimmten Berufes. In Zeiten der technischen Entwicklung hat der Lehrling in der Schule Gelegenheit, einigermaßen vollständig die neuesten Arbeitsmethoden wenigstens theoretisch kennen zu lernen (von Bedeutung ist hier auch der Gedankenaustausch der Lehrlinge vor und nach dem Unterricht).

Von welcher Wichtigkeit die Berufsschulen für unsere Jugend sind, geht am besten aus unserer Zusammenstellung über die Schulbildung (vergl. S. 20, 21) hervor. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen aus Baselland und Baselstadt besuchen Berufsschulen während mehreren Jahren. In Baselland sind es deshalb kaum weniger als in Baselstadt, weil die Hauswirtschaftliche Schule durch die Mädchen zwischen der Schulentlassung und dem 18. Altersjahr besucht werden muss. Sehr viele Lehrlinge aus der Landschaft erfahren Berufsbildung an den gewerblichen oder kaufmännischen Schulen Basels, weil sie dort ihre Lehre absolvieren; manche aber, besonders aus der nähern Umgebung, geniessen den Unterricht der Basler Berufsschulen, obschon sie bei einem Lehrmeister in Baselland arbeiten. Der Beitrag, den Baselland gemäss dem Schulabkommen an Baselstadt jährlich leistet, ist u. a. als Entgelt für die Aufnahme der letztern Kategorie von Schülern gedacht.

15. Tiefbau. Allgemeine Ausgaben.

Es ist eine Eigenheit des Rechnungswesens der öffentlichen Körperschaften, dass nicht immer eine vollständige Zurechnung der Aufwendungen auf die einzelnen Früchte körperschaftlicher Tätigkeit vorgenommen wird. Dies hat seine guten Gründe und Vorteile. Vielfach nämlich werden diese "Früchte" gratis verteilt und es wäre überflüssig für Geber und Nehmer zu bestimmen was sie genau wert sind. In gewissen Fällen sind die Produkte eines bestimmten Sachmittel- oder Beamtenapparates sehr zahlreich und verschiedenartig; zeitlich wechseln sie oft rasch. Mit Recht wird dann oft in der öffentlichen Rechnungsablage auf eine Zurechnung verzichtet und nur die Aufwendungen für den bestimmten Sachmittel- und Beamtenapparat angegeben.

Mit derartigen Angaben haben wir es bei den allgemeinen Ausgaben

des Tiefbaus zu tun. Sie erfordern in Baselstadt 1,4, in Baselland 0,4 Mio. Fr. Damit werden vor allem die Tiefbauzeichner und -techniker, sowie ihre Verbindungsleute zum Bauherrn, dem Volk, einerseits, und zu den ausführenden Arbeitern oder Unternehmern anderseits, bezahlt. In Baselstadt handelt es sich dabei um 65, beim Staat Baselland um 13 Beamte und Angestellte. In den basellandschaftlichen Gemeinden werden Projekte, Katasteranlagen, Bauleitungen usw. meist an Privatfirmen vergeben; hier fehlen entsprechende Beamte. Je nach Erfordernis widmen die staatlichen Beamten und Angestellten für die allgemeinen Dienste des Tiefbaus den laufenden oder den künftigen Arbeiten an der Erdoberfläche oder unmittelbar darunter ihre Zeit, sei es zur Verbesserung der Transportmöglichkeiten auf dem Lande oder zu Wasser, sei es zur Nutzung oder Schadensverhütung von Wasser und Abwasser. Die Grösse der Ausgaben eines Staateswesens hierfür hängt ab vom Umfang der Arbeiten, welche ihm zufallen. Diese wiederum stehen in einem engen Zusammenhang mit der Bevölkerungsvermehrung (bzw. Haushaltsvermehrung), der Industrialisierung und der Intensivierung der Landwirtschaft. Ebenso wie beim Strassenwesen, so stehen wir in beiden Kantonen mitten in der Entwicklung beim Kanalisations- und Wasserbauwesen. Bei den Kanalisationsanlagen handelt es sich vor allem darum, sie daraufhin einzurichten, dass die Abwasser erst wieder in vollständig gereinigtem Zustande den Flüssen und Bächen übergeben werden. Abwasserreinigungsanlagen sind für die Stadt Basel und für verschiedene Talschaften des Baselbiets vorgesehen. Bei den Wasserbauten handelt es sich nicht mehr um Korrekturen mit Ausbaggerung und Ausbau geradliniger Betten, sondern um Steigerungen der Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens (beispielsweise durch Drainageanlagen, welche nicht nur Wasser abführen, sondern auch speichern und bei Trockenheit wieder abgeben können), und um eine sehr gute Beschattung der Gewässer durch Bepflanzung der Ufer mit geeigneten Bäumen und Sträuchern.

16. Beiträge an Private im Dienste der Kunst.

Sehr viel wendet die Stadt Basel für ihre Institutionen im Dienste der Kunst auf. 1948 sind es

948'000 Fr. zugunsten des Basler Stadttheaters,

491'000 Fr. zugunsten der Basler Orchestergesellschaft,

209'000 Fr. für die Musikschule und das Konservatorium,

60'000 Fr. an die sogenannte Kunstförderung,

30'000 Fr. an den Basler Kunstverein, um nur die allergrössten

Beiträge zu nennen. Von den baselstädtischen Beiträgen für die Kunst könnten 173 Künstler Einkommen von durchschnittlich 10'000 Fr. beziehen, und zwar 95 Theaterleute, 72 Musiker, 2 bildende Künstler und 1 Vertreter der Dichtkunst. Ganz bescheiden nehmen sich dagegen die entsprechenden Ausgaben der basellandschaftlichen Gemeinden und diejenigen des Staates Baselland aus: 37'600 Fr. wenden die basellandschaftlichen Gemeinden als Beiträge hauptsächlich an Musik- und Gesangsvereine auf. Oft sind es Beiträge an festliche Veranstaltungen; ins Gewicht fallen auch diejenigen für Uniformierungen der Dorfmusikvereine. Der Staat Baselland endlich wen-

det nur 8'600 Fr. für die Kunst auf. Hauptsächlich führt er damit eine Kunstkreditaktion.

17. Kindergärten.

Es gibt viele Gründe, welche nicht nur in städtischen oder halbstädtischen Orten Kindergärten als eine Notwendigkeit erscheinen lassen. Nur sehr wenige Väter in Stadt und Land können ihre 2-7 jährigen Kinder mit an ihre Arbeitsstätte nehmen. Es ist dies eine Folge einerseits des Bestehens von Betrieben mit grösserer Arbeiter- oder Angestelltenzahl, anderseits der Mechanisierung von Industrie, Handwerk und Landwirtschaft. Die heutige Wirtschaft bietet den Müttern Nahrung, Kleidung, Wasser, Heizung, Beleuchtung, Kochmöglichkeiten für ihre Familien in einer Form, welche sie nicht mehr zwingt, im Dienste der Ernährung, der Bekleidung und der Wohnlichkeit den ganzen Tag zu Hause tätig zu sein. Besonders wenn der Verdienst des Vaters nicht allzu gross und die Familie nur klein ist, benützt die Frau mit Recht die Gelegenheit und begibt sich ihrerseits an einen Platz in der arbeitsteiligen modernen Wirtschaft - und damit ausserhalb ihres Hauses. Seit der Jahrhundertwende ist die Kinderzahl pro Ehe sehr stark zurückgegangen. Die Erziehung in der Gesellschaft der Geschwister zu Hause ist in den meisten Familien nicht mehr möglich. Die Gesellschaft der Altersgenossen im Kindergarten wird deshalb umsomehr zu einer Notwendigkeit, je kleiner die Kinderzahl einer Familie ist. Es ist offensichtlich, dass diese Gründe in städtischen Verhältnissen dominieren. Gross ist deshalb dort die Anzahl der Kinder, welche eine Kleinkinderschule besuchen. 70% der baselstädtischen Kinder im Alter von ungefähr 4-7 Jahren besuchen die staatlichen Kindergärten. Hinzu kommen noch 5% Kinder, welche in privaten Kindergärten betreut werden. Für eine Institution, welche freiwillig benützt werden kann oder nicht, ist dies eine ausserordentliche Quote (man vergleiche beispielsweise damit die Stimmbeteiligung in Kantonen mit fakultativem Urnengang). Erheblich geringer ist der Prozentsatz der Kinder, welche einen Kindergarten besuchen in denjenigen Gemeinden Basellands, die überhaupt einen solchen besitzen. Für den ganzen Kanton dürfte er sich auf etwa 30% stellen, weil es noch zahlreiche, wenn auch kleinere, bäuerliche Gemeinden gibt, wo ein Kindergarten noch keine Notwendigkeit ist.

Ein Unterschied bei den Kindergärten Basellands und Baselstadts besteht insofern, als es in Baselland keine staatlichen Kindergärten gibt. Hier werden die Kindergärten durch Frauervereine und durch die Gemeinden betrieben. An alle, welche den Erfordernissen eines staatlichen Reglementes genügen, leistet der Staat einen finanziellen Beitrag. Im übrigen werden die Kindergärtnerinnen durch die Gemeinde oder die Vereine bezahlt. Oft haben die Eltern auch bescheidene Schulgelder zu entrichten. Auf diese Weise wird die sehr unterschiedliche Inanspruchnahme öffentlicher Mittel durch die Kindergärten in Stadt und Land verständlich. 1,35 Mio. Fr. leistet der Staat Baselstadt aus seinen Steuermitteln, 42'000 sind es beim Staat Baselland, 139'000 Fr. bei den basellandschaftlichen Gemeinden.

18. Kirche.

Bei unserer Unterteilung der Staatsaufgaben sind es (wenn die Vermögensvermehrung nicht gezählt wird) 16 verschiedene Zwecke, für welche in unsern beiden Staatswesen zusammen mehr als Millionenbeträge an Steuermitteln aufgewendet werden. Was darunter ist, macht im einzelnen einen so unbedeutenden Anteil der Steuermittel aus, - weniger als 1% -, dass wir davon absehen können, alles besonders zu behandeln. Zwei Ausnahmen seien gestattet: In Baselland gibt es zwei Aufgabengebiete, die, jedes für sich, mehr als 1% der Steuermittel beanspruchen und deshalb, wenn auch nur für einen unserer Volksteile, doch von erheblicher Bedeutung sind. Es handelt sich um die Ausgaben für die Kirche, sowie um diejenigen zur Förderung der Landwirtschaft.

Der Finanzbedarf der basellandschaftlichen Kirchen wurde im Jahre 1948 durch viererlei verschiedene Quellen gedeckt: Durch Beiträge der Gemeinden an die Kirchgemeinden (oft sind es mehrere Gemeinden, welche eine Kirchgemeinde bilden), durch Beiträge aus der Staatskasse, durch den Zinsertrag des Kirchen- und Schulgutes und im Falle der katholischen Kirchgemeinden durch Besteuerung ihrer Angehörigen. Von diesen vier Hauptquellen fallen für uns lediglich die beiden ersten in Betracht. Der Staat und die politischen Gemeinden leisteten 1948, wie schon seit geraumer Zeit, weitaus die meisten Mittel zur Deckung der Bedürfnisse der 54 reformierten (42), römisch-katholischen (11) und christ-katholischen (1) Pfarrer Basellands, der Sigriste und des Unterhaltes und der Mehrung der Kirchengebäude und Pfarrhäuser. Rund 474'000 davon tragen die Gemeinden, rund 341'000 der Staat. Insbesondere die kommunalen Ausgaben für kirchliche Zwecke sind ganz beträchtlich, machen sie doch gegen 4% der Gemeindesteuereinnahmen (inkl. Steueranteile) aus. Besonders gross sind sie in den kleinern Gemeinden des obern Baselbiets, die, obwohl sie zu zweit, dritt oder viert zu einer Kirchgemeinde zusammengeschlossen sind, relativ wenig Glieder umfassen. 10 - 20% der Steuereinnahmen werden hier oft für kirchliche Zwecke aufgewendet; in einzelnen Gemeinden sind es sogar mehr als 20%. Es sei dies lediglich festgestellt. Der Verfasser neigt eher zur Ansicht, dass dies erfreulich ist, als zur gegenteiligen.

Im Kanton Baselstadt dagegen ist die Kirche vom Staat vollständig getrennt. Haupteinnahmequellen der reformierten und katholischen Kirchgemeinden sind ihre Kirchensteuern. Lediglich für die Seelsorge in einigen staatlichen Anstalten werden vom Staat Beiträge in geringer Höhe an die Kirchen ausgerichtet.

19. Förderung der Landwirtschaft.

Es gibt Gründe anzunehmen, dass der Finanzbedarf von 0,68 Mio. Fr. für die Förderung der Landwirtschaft im Jahre 1948 gar nicht besonders hoch war, trotzdem dies auf den ersten Blick angenommen werden könnte. Die Staatsrechnung von Baselland und von Baselstadt sowie die basellandschaftlichen Gemeinderechnungen pro 1948 sind nämlich durch die Hilfe gegen die Futternot, welche 1947 eingetreten war, stark belastet. Andererseits aber wurde 1948 richtigerweise wenig für die privatwirtschaftlich unren-

tablen, volkswirtschaftlich langfristig lohnenden Investitionen ausgegeben, welche sich als Förderung der Landwirtschaft darstellen. Die Staatsrechnung von Baselland enthält als Rückstellung für spätere Förderung der Landwirtschaft den Betrag von 78'000 Fr. (welcher in unserer Zusammenstellung als Vermögensvermehrung und nicht als Ausgabe zugunsten der Landwirtschaft gewertet wurde). Die geringe Belastung in der Staatsrechnung 1948 von Baselland ist sogar vielfach noch dadurch bedingt, dass die Abrechnung über Unternehmen der Kriegszeit erst in diesem Jahre erfolgte.

In welcher Weise die basellandschaftliche Landwirtschaft gefördert wird, zeigt die Aufstellung über die Richtung der Ausgaben und die Beanspruchung von Steuermitteln des Bundes, des Staates und der basellandschaftlichen Gemeinden (teilweise sind es Schätzungen):

	in 1000 Fr.		
	Bund	Staat	Gemeinden
1. Hilfe gegen die Futternot (Dürrehilfe 1947)	152	183	50
2. Beiträge an Feldregulierungen Feldwege, Entwässerungen	155	42	19
3. Entschädigungen an Zuchttierhalter, Prämien an Zuchtthierhalter	14	32	53
4. Beiträge an Viehversicherungskassen	19	32	50
5. Entschädigung der Bannwarte			
6. Beiträge für Waldrodungen	26	22	
7. Beiträge an Hagelversicherungsprämien	13	24	
8. Beiträge an Stallsanierungen, Siedlungsbauten, Dienstbotenwohnungen	15	14	
9. Entschuldung der Landwirtschaft (Bauernhilfe)		24	
10. Bekämpfung des Kartoffelkäfers		15	5
Verschiedenes	5	82	30
Im Ganzen	409	470	207

Baselstadt wendet im Verhältnis zum Umfang dieses Wirtschaftszweiges innerhalb seiner Grenzen sehr viel für die Landwirtschaft auf (64'000 Fr.). 24'000 Fr. kostet die Dürrehilfeaktion den Bund und den Staat zusammen; im übrigen ist das Obligatorium der Hagelversicherung und die Uebnahme von 50% der Hagelversicherungsprämien (in Baselland ist sie freiwillig und die Subvention beträgt nur 16%, bzw. 33% für Wein) ausschlaggebend. Es werden hierfür vom Staate 26'000 Fr. benötigt.

Die restlichen Staatsaufgaben.

Die oben besprochenen Staatsaufgaben beanspruchen zusammen 110,8 Mio. Fr. von insgesamt 133,6 Mio. Fr. der Steuern und der steuerähnlichen Mittel. Es ist unserer Zusammenstellung "Der Finanzhaushalt von Baselland und Baselstadt" im Anhang zu entnehmen, aus was für Teilen sich der Rest von 22,8 Mio. Fr. zusammensetzt und wie er sich auf Staats- und Gemeindehaushalte verteilt.

Zusammenfassung.

Wenn Eingriffe in eine bestimmte Ausgabenstruktur eines Staatswesens notwendig werden, so müssen diese verschieden sein, je nachdem, ob es sich darum handelt, die Ausgaben für die Verwaltungsbeamten, diejenigen für den Sachmittelapparat im Dienste der Verwaltung oder im Gemeingebrauch oder diejenigen für Leistungen an Bürger und juristische Personen ohne entsprechende Gegenleistung an die Gebietskörperschaft, zu verändern. Eine Wiedervereinigung stellt einen sehr umfassenden derartigen Eingriff dar. Es ist gut, wenn sich der Organisator einer Wiedervereinigung der grössenmässigen Verhältnisse der in diese drei Formen gegliederten Ausgaben auf Schritt und Tritt bewusst ist. Im Anhang findet sich deshalb diese Gliederung für jeden einzelnen Ausgabezweck.

Die kurzen Bezeichnungen Personalausgaben bzw. -Einnahmen, Sachausgaben bzw. -Einnahmen, Beiträge sind dabei im obigen Sinne verwendet:

Personalausgaben (a) bzw. -einnahmen (e)

als Ausgaben für die Verwaltungsbeamten und Einnahmen, welche diesen Ausgaben zuzuordnen sind,

Sachausgaben (a) bzw. -einnahmen (e)

als Ausgaben für den Sachmittelapparat im Dienste der Verwaltung oder im Gemeingebrauch und Einnahmen, welche diesen Ausgaben zuzuordnen sind,

Beiträge (a) bzw. (e)

als Leistungen in Geld oder Ausgaben für Sachleistungen an Bürger (auch juristische Personen) ohne entsprechende Gegenleistung der Bürger an die Gebietskörperschaft und Einnahmen, welche diesen Ausgaben zuzuordnen sind.

Die Begriffe, nach welchen wir unterteilen, sind nicht solche, welche eine Ganzheit notwendigerweise exakt spalten, sondern es sind Pole, denen wir mit praktischem Sinn zuordnen können; manchmal in guten Treuen auf zweierlei Art. In gewissen Fällen gab es nur einen sehr losen Zusammenhang zwischen den Einnahmen und Ausgaben. Es wurden dann die Einnahmen einfach proportional den Ausgaben aufgeteilt.

Auf Grund der Zahlentabellen im Anhang ist es dem Leser möglich, in zahlreichen speziellen Fragen selbständig zu urteilen. Wir können uns deshalb auf das allgemeine beschränken: In beiden unserer Kantone beansprucht das von Staat und Gemeinden angestellte Personal die meisten Mittel. An zweiter Stelle stehen ebenfalls in beiden Kantonen die Leistungen an Private in Form von Geld oder einkommensmehrenden Gütern, nicht aber als Entgelt für dargebrachte Leistungen. Am wenigsten Mittel beanspruchen in beiden Kantonen der Unterhalt und die Mehrung des Sachmittelapparates im Dienste der Verwaltung oder des Gemeingebruchs. In beiden Kantonen ist also die Reihenfolge in der Beanspruchung der Steuermittel die gleiche: Personalausgaben, Beiträge, Sachausgaben. Aber diese einzel-

nen Ausgabeformen haben unter sich in den beiden Kantonen nicht die gleiche grössenmässige Bedeutung. Baselstadt sticht hervor durch relativ hohe Beiträge: Die Fürsorgeleistungen für das Alter, die Armen, die Jugend und andere Bevölkerungssteile, die Wohnbauschubventionen und Arbeitsrappenbeiträge, sowie äusserst grosse Beiträge an Institutionen im Dienste der Krankenpflege, der Krankenversicherung, der Kunst (inkl. Theater) und der Wissenschaft überragen alle einzeln die entsprechenden Leistungen im Kanton Baselland bei weitem. Der Betrag, in dem für solche Beiträge Steuermittel beansprucht werden, ist deshalb der vierfache desjenigen von Baselland. Hingegen stehen die Steuermittel, welche für das Personal benötigt werden, genau im Verhältnis der Steuermittel selbst, nämlich 1:3. Dieses ist allerdings noch immer nicht dasjenige der Bevölkerungszahlen. Diese verhalten sich bekanntlich in der Mitte des 20. Jahrhunderts ungefähr wie 1:2. Tatsächlich zeigen die Statistiken auch, dass der Kanton Baselstadt wesentlich mehr als doppelt soviel Beamte und Angestellte beschäftigt als der Staat und die Gemeinden Basellands zusammen (vgl. Die Zusammenstellung "Der Bestand des Verwaltungspersonals in Baselland und Baselstadt Ende 1948" im Anhang). Dies gilt nicht nur für die Staatsapparate (wie wir sie zum Vergleich einander gegenüberstellen) als Ganzes, sondern auch für die einzelnen Elemente, d. h. die einzelnen Aufgabengruppen, mit Ausnahme des Finanzwesens und des Allgemeinen. Unter der letztern Kategorie sind in Baselland die zahlreichen hauptamtlichen Gemeindeverwaltungsbeamten und -Angestellten enthalten, welche sich nicht auf eine bestimmte Aufgabe im Sinne unseres Schemas spezialisiert haben, sondern die sich nacheinander fast jeder einzelnen der genannten Aufgaben mehr oder weniger lang widmen. Beim Finanzwesen, dem fiktiv im Kanton Baselland noch ungefähr ein Viertel der Gemeindeverwaltungsbeamten und -Angestellten zugeteilt werden müssten, spiegeln sich die relativ hohe Anzahl der Steuerzahler (kleine Minima der Steuerfaktoren), die zweifachen Veranlagungsgrundsätze und die zweifachen Steuertarife (Staats - Gemeindesteuer) und sehr wahrscheinlich das Gesetz der abnehmenden Stückkosten wieder. Hinzu kommt, dass in Baselstadt die meisten Kategorien von Beamten und Angestellten etwas grössere Entlöhnungen (inkl. Nebenleistungen) beziehen als die entsprechenden Kategorien in Baselland (vgl. hierzu die Zusammenstellung "Die Besoldungsverhältnisse der Staatsangestellten in Baselland und Baselstadt im Jahre 1948"). Eine Ausnahme bildet nur das Polizeikorps, welches unter der Berücksichtigung der freien Wohnung in Baselland etwas besser bezahlt wird als in Baselstadt.

Relativ niedrig in Baselstadt und relativ hoch in Baselland sind hingegen diejenigen Ausgaben, welche wir mit Sachausgaben bezeichnen. Um die Dienstleistungen hervorbringen zu können, benötigt das staatliche Personal eine bestimmte Ausrüstung von sachlichen Gütern, welche laufend gereinigt, unterhalten, ersetzt und erneuert werden müssen. Vor allem ist hier an die den speziellen Verwaltungsleistungen angepassten Hochbauten zu denken (Schulhäuser, Büroräumlichkeiten, Polizeiposten usw.) In geringerem Umfang werden auch Mobilien als Gebrauchs- und Verbrauchsgüter benötigt (z. B. Büromöbel, Papier). Daneben beansprucht der Verwaltungsapparat in beachtenswertem Umfang fremde Dienstleistungen (Tele-

phon, Post, usw.). Die Ausgaben dieser Art stehen 1948 in unsern beiden Kantonen nicht im grössenmässigen Verhältnis der Personalbestände, nicht einmal im Verhältnis der Steuermittel, sondern sie verhalten sich nur wie 1 : 2. Es ist dies eine Folge der konjunkturgerechten Baupolitik von Baselstadt. Sogar nur im Verhältnis von 1 : 1,5 steht die zweite Kategorie der Sachausgaben, nämlich derjenigen für das Vermögen im Gemeingebrauch. Dies entspricht den natürlichen Verhältnissen, dem relativ grossen Bestand an Vermögen im Gemeingebrauch (Strassen-, Kanalisations-, Wasserbauten, usw.) in Baselland verglichen mit dem Bestand in Baselstadt. Auch hier kommen noch Unterschiede in der Verteilung der Ausgaben auf lange Frist (gemäss den Konjunkturzyklen) hinzu. Die dritte Kategorie dagegen, der Ueberschuss der Zinsausgaben über Zinseinnahmen und Immobilienerträge erfordert in Baselstadt 5,5 Mio. Fr., in Baselland dagegen nur 0,2 Mio. Fr. an Steuermitteln. Im ganzen ergibt sich aus diesen drei Komponenten für die Sachausgaben das Verhältnis von 1 : 2,5.

In was für einem Zeitpunkt wir auch praktisch im Hinblick auf die Wiedervereinigung die augenblicklichen Verhältnisse der Finanzhaushalte unserer beiden Kantone festzuhalten haben, immer wird es vorteilhaft sein, eine Anzahl (von ungefähr 20) der bedeutsamsten Staatsaufgaben herauszugreifen um für sie Sein und Werden zu bestimmen. Die Staatsaufgaben, welche für das Jahr 1948 in unserer Auswahl figurieren, werden lange Zeit in der Mehrzahl ihre grosse Bedeutung behalten; im einzelnen jedoch werden sich die Verhältnisse stets wandeln.

B. Die Einnahmen

Wie werden in unsern beiden Kantonen die Mittel gewonnen, welche zur Erfüllung der Aufgaben beansprucht werden? - Auch hier erkennen wir die Strukturen und ihre Unterschiede am besten an den Listen der grössenmässigen Bedeutung der Einnahmequellen und einer nähern Betrachtung ihrer wichtigsten Vertreter.

Bei den Betrachtungen über die Staatsaufgaben haben wir zur Messung der grössenmässigen Verhältnisse von den Ausgaben für einen bestimmten Zweck die Beträge abgezogen, welche von über- oder untergeordneten Körperschaften, diesem bestimmten Zwecke gewidmet, eingingen; desgleichen haben wir alle Leistungen verrechnet, welche als Entgelt für eine bestimmte staatliche Tätigkeit anzusprechen waren. Dem entspricht es, wenn wir nun nur diejenigen Einnahmen in Betracht ziehen, welche nicht einem bestimmten Zwecke zugeordnet werden können. Wir nennen sie Steuern und steuerähnliche Mittel. Wir haben die verschiedenen konkreten Einnahmen unserer Gemeinwesen geprüft und diejenigen, welche sich in unserer Zusammenstellung "Der Finanzhaushalt von Baselland und Baselstadt" unter Finanzwesen aufgezeichnet finden, sowie die baselstädtische Reinigungs- und Beleuchtungssteuer als Steuern und steuerähnliche Mittel

gelten lassen. Nach der grössenmässigen Bedeutung geordnet, ergibt sich folgende Liste:

(1000 Fr.)		(1000 Fr.)	
Baselland		Baselstadt	
1. Eink.-Verm.-Ertr.-Kap- steuer	26'931	Eink.-Verm.-Ertr.-Kap- steuer	73'955
2. Wehrsteuer	1'670	Erträge gemeinw. Betriebe	8'730
3. Liegenschaftsgewinnsteuer	627	Wehrsteuer	6'403
4. Erträge gemeinw. Betriebe	600	Erbsch.- u. Schenkungssteuer	3'142
5. Handänderungssteuer	543	Handänderungssteuer	1'409
6. Quellen mit weniger als 500'000 Fr. Ertrag	371	Billetsteuer	1'034
		Quellen mit weniger als 1 Mio. Fr. Ertrag	5'790
Zusammen	<u>32'747</u>		<u>100'463</u>

Diese Liste zeigt im wesentlichen, dass in beiden Basel die gleichen Einnahmequellen im Vordergrunde stehen. Von überragender Bedeutung sind die Einkommens-, Vermögens-, Ertrags- und Kapitalsteuer. In Baselland fliessen aus diesen vier Quellen 82%, in Baselstadt 74% der notwendigen Mittel. In den Ablieferungen der gemeinwirtschaftlichen Betriebe, und zwar des Elektrizitätswerkes, der Kantonalbank und der Materiallagerplätze Dreispitz, verfügt Baselstadt über Einnahmen, deren Bedeutung am besten daraus hervorgeht, dass sie in der obigen Liste im zweiten Rang stehen. Baselland kennt diese Art von Einnahmen auch, aber die Gewinnablieferung der Kantonalbank nimmt lange nicht den Umfang an. An zweitwichtigster, in Baselstadt an dritter Stelle stehen die Anteile an der eidgenössischen (auf Notrecht fussenden) Wehrsteuer. Die Anteile an den direkten eidgenössischen Kriegssteuern (Wehrsteuer, Wehropfer, Kriegsgewinnsteuer) stellten anfänglich die einzigen zusätzlichen kantonalen Mittel dar, welche im Staatshaushalt die Teuerung auszugleichen hatten. Erst sukzessive flossen die traditionellen kantonalen Steuerquellen infolge der Zunahme des nominellen Volkseinkommens ergiebiger. In den spätern Nachkriegsjahren werden dann auf diesen beiden Pfeilern die Einnahmeüberschüsse möglich. Die übrigen drei Steuerarten, Erbschafts- und Schenkungssteuer, Billetsteuer und Handänderungsgebühr sind von mittlerer Ergiebigkeit. Die Liegenschaftsgewinnsteuer, welche in Baselland die dritte Stelle innehält, darf und soll eigentlich bei einem Vergleich mit Baselstadt den Einkommens- und Vermögenssteuern angegliedert werden, wird doch in Baselstadt der Liegenschaftsgewinn wie das übrige Einkommen besteuert. - Recht zahlreich sind in beiden Kantonen an diese Haupteinnahmequellen noch kleinere angereicht. Weder einzeln noch zusammen sind sie aber von grosser Bedeutung. Wir wollen uns damit begnügen, sie und ihre Erträge in der Zusammenstellung über den Finanzhaushalt der beiden Halbkantone genannt zu haben, unter Ausnahme derjenigen, welche in beiden Kantonen zusammen annähernd 1 Mio. Fr. und mehr ergeben. Die bedeutenden Einnahmequellen dagegen seien einzeln, so wie sie in den beiden Kantonen gestaltet sind,

besprochen, und zwar wiederum in der Reihenfolge der Wichtigkeit für beide Kantone zusammen:

	(Mio. Fr.)
1 a) Einkommenssteuer	
b) Ertragssteuer	
c) Vermögenssteuer	101,5
d) Kapitalsteuer	
e) Liegenschaftsgewinnsteuer	
2 Erträge gemeinwirtschaftlicher Betriebe	9,3
3 Wehrsteuer	8,1
4 Erbschafts- und Schenkungssteuer	3,5
5 Handänderungssteuer	2,0
6 Billetsteuer	1,1
7 Salzmonopol	1,0
8 Anteile an der eidg. Stempel- und Couponsteuer und am eidg. Alkoholmonopol	0,9
	(128,6)
Steuern mit weniger als 1 Mio. Fr. Ertrag	4,6
Steuern und steuerähnliche Mittel	<u>133,2</u>

1. a) Einkommenssteuer.

Der Ertrag einer Steuergattung in einem bestimmten Gebiet hängt ab von der objektiven Grösse und der objektiven Verteilung der Steuergrundlage sowie von der Ausgestaltung der Steuer insbesondere hinsichtlich der Veranlagungsgrundsätze und des Tarifs. Wenn wir die Erträge der Einkommenssteuern in Baselstadt und Baselland verstehen wollen, oder wenn wir mit ihnen planen sollen, so haben wir kennen zu lernen:

1. Die Grösse des Volkseinkommens dieser beiden Gebiete oder ähnliche, einheitlich gemessene Grössen;
2. die Verteilung der Volkseinkommen oder der ähnlichen Grössen auf die einzelnen Steuersubjekte;
3. die Grundsätze der Veranlagung des steuerbaren Einkommens und ihre Unterschiede;
4. die sogenannten Sozialabzüge als Differenzen zwischen den veranlagten und den steuerbaren Einkommen;
5. die gesetzlichen Steuertarife und allfällige Zuschläge;
6. die Grundsätze der Steuerausscheidung für die Einkommenssteuer.

1. Die Grösse der Volkseinkommen unserer beiden Gebiete kennen wir nicht. In der Einkommensveranlagung zur Wehrsteuer finden wir aber einen für unsere Zwecke sehr guten Ersatz. Für alle Kantone der Schweiz bieten uns die Publikationen des eidgenössischen statistischen Amtes die Ergebnisse der Veranlagung von Einkommen und Vermögen der wehrsteuer- bzw. wehropferpflichtigen Personen in einheitlicher Weise. Leider deckt sich der Moment der Aufnahme dieser Statistik nicht mit unserm Stichjahr 1948,

sondern er liegt drei Jahre vorher, am 1. Januar 1945 und erfasst die Einkommen, welche in den Jahren 1943 und 1944 bezogen wurden. (Die Veranlagungsgrundsätze der Wehrsteuer werden weiter unten zusammen mit den Einkommensveranlagungsgrundsätzen der kantonalen Steuern näher besprochen.) Dies ist aber nicht allzu schlimm. Obwohl beispielsweise der Index der Stundenlöhne von Mitte 1944 bis Mitte 1948 um 34% gestiegen ist, haben wir Gründe anzunehmen, dass die Veränderungen bei den Beziehungen, welche uns interessieren in den drei Jahren nicht erheblich waren.

Die Einwohnerschaft Baselstadts betrug 1945 175'100, diejenige Basellands 96'600 Seelen a). Aus diesen Zahlen können wir auf Grund der Verhältnisse, welche die Volkszählung vom Dezember 1941 aufzeigte, die Anzahl der potentiell Steuerpflichtigen für beide Kantone ableiten. Potentiell steuerpflichtig sind nämlich alle Männer mit Ausnahme der jugendlichen und alle Frauen mit Ausnahme der jugendlichen und derjenigen, welche mit ihrem Ehegatten zusammenleben b). Wir erhalten so die geschätzte Anzahl der potentiell Steuerpflichtigen von Baselstadt für 1945: 94'000, von Baselland: 46'400. Die Zahl ist in Baselstadt im Vergleich zur Bevölkerung sehr gross, weil dort, wie auch in den andern Städten, die Anzahl der Jugendlichen relativ klein ist. Von diesen potentiell Steuerpflichtigen hatten in Baselstadt 64'041, in Baselland 30'311 ein solches Einkommen, dass sie tatsächlich Wehrsteuer zu bezahlen hatten. Wir nennen diese letztern die Steuerzahler. Auch die Zahl der Steuerzahler ist in Baselstadt, bezogen auf die Zahl der potentiell Steuerpflichtigen, etwas grösser als in Baselland. Weshalb, das werden wir bald sehen. Das gesamte Einkommen, nach den Veranlagungsgrundsätzen des Wehrsteuerrechtes errechnet, welches diese 64'041 Steuerzahler von Baselstadt im Jahre 1944 bezogen, ist 480,139 Mio. Fr., dasjenige der 30'311 basellandschaftlichen Steuerzahler 187,318 Mio. Fr. c). Der baselstädtische Steuerzahler - dieses wollen wir uns vorläufig merken - verfügte also im Durchschnitt über ein Einkommen von 7'500, der basellandschaftliche dagegen nur über ein solches von 6'200 Fr.

Für manche der folgenden Ueberlegungen wird es nützlich sein, wenn wir nicht nur Angaben besitzen über das Einkommen der Wehrsteuerzahler, sondern wenn wir in ungefähren Beträgen das Einkommen aller Leute, welche in unsern beiden Gebieten wohnen, kennen. Wir haben zu den bekannten Einkommensgrössen je eine nicht allzu bedeutsame Ergänzung anzubringen⁵⁾. Sie beträgt 33,0 Mio. Fr. von rund 30'000 Steuerpflichtigen in Baselstadt und 18,2 Mio. Fr. von rund 16'100 Steuerpflichtigen in Baselland. Das

a) Statistisches Jahrbuch der Schweiz Jg. 1945.

b) Wir rechnen mit folgenden Angaben aus "Ergebnisse der Volkszählung 1941" (Statistische Quellenwerke der Schweiz Band 150):

	Baselstadt	Baselland
Jugendliche (0 - 19 Jährige)	38'247	28'525
Verheiratete Frauen	40'355	20'617
(Nichtsteuerpflichtige 1941)	(78'602)	(49'142)
Gesamtbevölkerung 1941	169'661	94'459
(Potentiell Steuerpflichtige 1941)	(91'059)	(45'317)
(Gesamtbevölkerung 1945)	(175'100)	(96'600)
(Potentiell Steuerpflichtige 1945)	(94'000)	(46'400)
(Annahme gleicher Verhältnisse wie 1941)		

c) Ergebnisse der eidg. Wehrsteuer 3. Periode und des eidg. Wehropfer 1945. Hefte 188 und 211 der statistischen Quellenwerke der Schweiz. Bern 1946.

Einkommen der rund 94'000 Steuerpflichtigen Baselstadts kann also mit 513,1 Mio. Fr., dasjenige der rund 46'400 Steuerpflichtigen Basellands mit rund 205,5 Mio. Fr. angenommen werden. Es ist dies jeweils das nach den Veranlagungsgrundsätzen des Wehrsteuerrechtes bestimmte Einkommen der beiden Volksgemeinschaften überhaupt; denn das Einkommen der Jugendlichen und der Ehefrauen ist in der Mehrheit der Fälle demjenigen eines Steuerpflichtigen zugerechnet worden.

Das Durchschnittseinkommen je Wehrsteuerzahler ist in Baselstadt bedeutend (gut 20%) höher als in Baselland. Noch grösser ist der Unterschied im Durchschnittseinkommen je Steuerpflichtiger, und das Durchschnittseinkommen je Einwohner ist mit 2'960 Fr. in Baselstadt um fast 40% höher als dasjenige von Baselland (2'120 Fr.).

Wodurch ist das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Landschaft Basel bedingt? Die Antwort auf diese Frage ergibt sich am besten, wenn wir Vergleiche inbezug auf die Einkommensgrösse mit den übrigen schweizerischen Kantonen anstellen.

Der Kanton Baselstadt ist derjenige Kanton mit dem höchsten Durchschnittseinkommen je potentiell Steuerpflichtigen. Diese Tatsache ist leicht erklärlich, indem überall in Baselstadt, mit Ausnahme des unbedeutenden Bettingen, städtische Verhältnisse herrschen. In Städten ist aber das Durchschnittseinkommen, oder wie wir dieses von nun an ebenfalls nennen wollen, wenn es sich auf das Kollektiv der Steuerpflichtigen bezieht, das Einkommensniveau, allgemein höher als in ländlichen oder halbstädtischen. Vergleichen wir das Einkommensniveau des Kantons Baselstadt mit demjenigen der grössern Schweizerstädte, so ergibt sich auch hier, dass Basel an der Spitze steht, und dies nicht wegen der Anwesenheit einiger weniger Bezüger von riesigen Einkommen, sondern, wie andere Masse über die Grösse und vor allem über die Verteilung des Einkommens zeigen, trotz einer nicht extrem (im Vergleich zu andern Städten!) ungleichmässigen Einkommensverteilung. In Zürich beispielsweise verfügen die Wehrsteuerzahler aller Berufskategorien mit niedrigen Einkommensdurchschnitten, wie Arbeiter, Angestellte (ohne leitende Angestellte und Direktoren), Selbständige des Gastgewerbes und des Verkehrs, sowie Selbständige der Landwirtschaft, im Mittel über niedrigere Einkommen als in Baselstadt; in Bern stellen sich nur die Selbständigen des Gastgewerbes und Verkehrs, sowie die Landwirte besser. In der Stadt Genf sind die Einkommen aller dieser Berufskategorien geringer als in Basel. (Vgl. Zusammenstellung "Durchschnittseinkommen der Wehrsteuerzahler" im Anhang.)

Die basellandschaftlichen und die mittleren schweizerischen Einkommensgrössenverhältnisse gleichen einander sehr stark. Das Gemisch städtischer und ländlicher Lebensformen, industrieller und landwirtschaftlicher Produktionsrichtung ist eben in Baselland dem allgemein schweizerischen sehr ähnlich.

Beginnen wir mit der offensichtlichen Komponente, dem Einfluss der Landwirtschaft: Die selbständigen Landwirte von Baselland bezogen im Durchschnitt ein geringeres Einkommen als die Unselbständigen von Baselstadt. 45% der Selbständigerwerbenden von Baselland sind Landwirte; dies ist der Grund, dass die Selbständigerwerbenden im Mittel ein sehr geringes Einkommen beziehen, obschon die Selbständigen der andern Wirtschafts-

zweige ihren Konkurrenten, welche in Basel wohnen, kaum nachstehen. In Baselland ist das Einkommen der Arbeiter im Mittel um 600 Fr. niedriger als in Baselstadt. Wiederum zu einem guten Teil rührt dieser Unterschied davon her, dass in Baselland eine Art der Arbeiterschaft mit sehr geringer Entlohnung zur Geltung kommt, während sie in Baselstadt kaum existiert, nämlich die Landarbeiter. Für Selbständige und Unselbständige der Landwirtschaft gilt eben, dass sie nur etwas mehr als halb soviel verdienen als die übrigen Selbständig- oder Unselbständigerwerbenden. Wohlverstanden beruht diese Feststellung auf Grundlagen des Jahres 1944, zufälligerweise also dem Jahre der grössten Isolierung der Schweiz und der geringsten Einfuhr von Lebensmitteln. Es erübrigt sich näher auszuführen, dass in andern Jahren die Stellung der Landwirtschaft noch ungünstiger ist. Haben wir anzunehmen, dass es sich beim Einkommensunterschied zwischen Landwirtschaft und Gewerbe, der in einer Steuerstatistik zu Tage tritt, im Grunde zu einem wesentlichen Teil nur um einen Unterschied der freiwilligen oder erzwungenen Steuerehrlichkeit handle? In Baselland kaum! Die Veranlagung des Einkommens für Landwirte geschieht hier so, dass von leicht kontrollierbaren Daten ausgegangen wird (Anbauflächen der einzelnen Kulturen, Obstbaum- und Tierbestand usw.) und daraus nach vorgeschriebenen - nicht zu niedrigen - Sätzen (zum Teil sind sie regional verschieden, zum Teil auch individuell etwas variierbar) der Ertrag bestimmt wird. Der Abzug für die Kosten wird - ausser demjenigen für selbst steuerpflichtige Arbeitskräfte und für Fremdkapital (mit verzeichnetem Gläubiger) - ebenfalls standardmässig vorgenommen.

Benützen wir das grössere Durchschnittseinkommen der Wehrsteuerzahler von Baselstadt als Basis, so ergibt sich im ganzen ein Einkommensgefälle zum Kanton Baselland von 18%. Ungefähr 3 dieser 18% sind auf das Bestehen des landwirtschaftlichen Wirtschaftssektors im Landkanton zurückzuführen.

Sowohl bei den Selbständigen als auch bei den Unselbständigen, welche nicht der Landwirtschaft angehören, finden wir das restliche Gefälle von 15%, wenn wir je eine dieser Gruppen als Ganzes betrachten. Im einzelnen ergeben sich aber interessante Abweichungen: Die Selbständigerwerbenden der Industrie und des Handwerks, sowie diejenigen des Handels, hatten ein Einkommen zu veranlagern, das für die Angehörigen dieser Berufe Basellands etwa 15% unter dem Niveau ihrer baselstädtischen Kollegen lag. Bei den Selbständigen des Gastgewerbes und des Verkehrs finden wir ein Gefälle von 23%. Lediglich die fünf auf dem Lande wohnenden Selbständigen der Bank- und Versicherungsbranche verfügen über Einkommen, welche - entgegen der allgemeinen Tendenz - im Mittel fast doppelt so mächtig fliessen als die ganz und gar nicht bescheidenen Einkommensströme der Basler Angehörigen dieser Branche. Wir dürfen annehmen, dass wir es hier mit einer kleinen Auswahl besonders reicher Leute zu tun haben, welche wirtschaftlich voll und ganz Basel angehören, jedoch auf dem Lande wohnen. So ist es einfach eine Bestätigung der Tatsache, dass eher die reichern Angehörigen einer wirtschaftlich Basel zugehörenden Schicht ihren Wohnort von der Stadt aufs Land verlegen. Die Verhältnisse, welche wir bei den Unselbständigen finden, erhärten diese Regel: In der sozialen Schicht der Direktoren gibt es kein Gefälle von Baselstadt nach Baselland,

sondern das Gegenteil, sowohl die leitenden als auch die Schicht der übrigen Angestellten beziehen in Baselland ungefähr gleiche Einkommen wie in Baselstadt. In den letzten beiden Fällen dürfen wir annehmen, dass wir es mit Resultanten zweier entgegengesetzt wirkender Komponenten zu tun haben: derjenigen des positiven Einkommensgefälles aller Angestellten, welche wirtschaftlich und wohnortsmässig dem gleichen Kanton angehören, und der gegengerichteten für die Angestellten, welche nur auf dem Lande wohnen.

2/5 bis die Hälfte aller Wehrsteuerzahler sind Arbeiter. Vergleicht man das Mittel ihrer Einkommen, so stellt man ein Gefälle von der Stadt aufs Land von 11% fest. Zu einem Teil ist es dadurch bedingt, dass für einen Grossteil der Arbeiter Basellands der Wohn- und Arbeitsort nicht identisch ist. Nach dem Wehrsteuerrecht sind Fahrtauslagen vom Wohn- zum Arbeitsort abziehbar, wenn der Wohnsitz nicht an den Arbeitsort verlegt werden kann. Dies war aber 1944 sehr oft der Fall, sodass in diesen Abzügen eine Ursache des festgestellten Gefälles liegt. Eine wichtigere ist aber in dem Umstand zu suchen, dass auf dem Lande gewerbliche und industrielle Arbeitgeber damit rechnen können, mit genügend Arbeitskräften versorgt zu werden, wenn sie Löhne bezahlen, welche diejenigen von Basel um die Fahrtkosten dorthin unterschreiten. Für den Arbeiter lohnt es sich trotzdem an seinem Wohnort oder möglichst nahe an seinem Wohnort zu arbeiten, weil er immer noch die Fahrtzeit einspart. Ausserdem sind die überall gering entlohnte Landarbeiterschicht einerseits, die teils unter gesundheitsgefährdenden Einflüssen verdienten, relativ hohen Einkommen der chemischen Industrie in Baselstadt anderseits, Teilursachen des festgestellten Gefälles.

Das Durchschnittseinkommen in Baselland, so können wir abschliessend feststellen, ist je Einwohner um etwa 28% niedriger als in Baselstadt. In Baselland gruppieren sich im Mittel mehr Einwohner um einen Einkommensbezüger (nach Steuerrecht). Die zahlenmässig starken Kategorien von Einkommensbezügern verfügen in Baselland über etwas weniger Mittel als in Baselstadt. Die Arten von Erwerbstätigen, die sich durch relativ geringe Einkommen auszeichnen, sind in Baselland stärker vertreten als in Baselstadt. (Vgl. Zusammenstellung "Relative Anzahl der Wehrsteuerzahler" im Anhang.)

2. Die Verteilung der Einkommen auf die verschiedenen Steuersubjekte ist für eine progressive Einkommenssteuer von ebenso grosser Bedeutung wie die Grösse des Einkommens einer Volksgemeinschaft. Je gleichmässiger ein bestimmtes Einkommen auf die zahlreichen Steuersubjekte verteilt ist, umso geringer ist der Ertrag einer progressiven Einkommenssteuer.

Der Ertrag einer Einkommenssteuer mit den Veranlagungsgrundsätzen der Wehrsteuer und dem Tarif der stadtbaslerischen Einkommenssteuer (unter Berücksichtigung der Zuschläge, aber ohne Berücksichtigung der Sozialabzüge) bei der Grösse und Verteilung des Gesamteinkommens von 1944 wäre 29,8 Mio. Fr. Wäre dieses Gesamteinkommen der natürlichen Personen Baselstadts so verteilt, wie in Baselland, so erreichte der Ertrag unserer Steuer nur 24,7 Mio. Fr. Ein sehr bedeutender Unterschied! Dies als Beispiel der Bedeutung der Einkommensverteilung für den Ertrag

einer progressiven Einkommenssteuer. - Wohlverstanden, eine ungleiche Einkommensverteilung bringt höhere Steuererträge, deswegen darf aber keineswegs geschlossen werden, sie sei für irgend ein Gebiet wünschenswert. Zum Teil beruht sie ja auf der Tatsache des legalen Diebstahls, den wir Ausbeutung nennen.

Die Beschreibung der Einkommensverteilung ist nicht ganz einfach. Es ist wahrscheinlich am besten, sie verschiedenfach vorzunehmen:

1% der Steuerpflichtigen (940 Leute) verfügen in Baselstadt über 12,5%, in Baselland (464 Leute) über 11,5% des Gesamteinkommens. Die 10% der Steuerpflichtigen mit den grössern Einkommen verfügen über 37,0% des Gesamteinkommens von Baselstadt und über 36,8% des Gesamteinkommens von Baselland. 80% des Einkommens verteilt sich in Baselstadt auf 46,0% der Steuerpflichtigen, auf 47,5% in Baselland. Uebersichtlich zusammengestellt und mit Vergleichsmöglichkeiten versehen ergibt sich folgendes Bild:

	Kanton		Schweiz	Stadt Zürich
	BS	BL		
1% der Steuerpflichtigen verfügt über % des Einkommens	12,5	11,5	12,1	17,2
10% der Steuerpflichtigen verfügen über % des Einkommens	37,0	36,8	37,2	41,0
80% des Einkommens verteilt sich auf % der Steuerpflichtigen	46,0	47,5	47,0	43,0

Derjenige Steuerpflichtige, der in Baselstadt von sich sagen kann, dass er der mittlere der "geringeren" sei, verfügt über ein Einkommen von 1682.-, in Baselland über ein solches von 1580.- Fr. Derjenige, der von sich sagen kann: "Ich bin der normale Einkommensbezüger, ich gehöre weder zu der reichern Hälfte der Leute, noch zu der ärmern, ebensoviele Leute verfügen über ein grösseres Einkommen als ich, als es Leute gibt, welche sich mit einem geringeren begnügen müssen", veranlagte am 1. Jan. 1945 in Baselstadt sein Einkommen (Ø 43/44 mit 3967.-, in Baselland dagegen nur mit 3169.- Fr. Derjenige Steuerpflichtige, der von sich sagen kann, dass er der mittlere der "bessern" sei, deklarierte 6542.- in Baselstadt, 5508.- Fr. in Baselland. Wiederum sollen für diese Parameter in übersichtlicher Darstellung Vergleichsmöglichkeiten geboten werden. Streuungsmasse finden sich auf den beiden letzten Zeilen.

	Kanton		Schweiz	Stadt		
	BS	BL		Zürich	Bern	Genf
1. Quartilwert	1682	1580	1120	1420	1860	1730
2. Quartilwert	3967	3169	2372	3497	3860	3514
3. Quartilwert	6542	5508	4038	6099	6645	5830
Einkommensniveau	5250	4270	3720	5100	5240	4580
Eink. desjenigen, der gerade noch zu den reichsten 10% gehört	9374	7896	7569	8989	9585	8522
desjenigen, der gerade noch zum reichsten % gehört	33350	22260	21160	29898	29908	24927
relativer halb. Quartilabstand	61,3%	62,0%	80,5%	67,0%	62,0%	58,4%
Konzentrationsindex	3,19	2,80	2,81	3,50	3,07	2,79

Das Ergebnis dieser Untersuchung über die Einkommensverteilung ist folgendes: Die Streuungsmasse widersprechen sich teilweise in ihren Aussagen. Die bessere Auskunft erteilt sicher der Konzentrationsindex. Es ergibt sich daraus, dass die Verteilung des Einkommens in Baselland bedeutend gleichmässiger ist als in Baselstadt. Die Konzentration in Baselland entspricht derjenigen in der Schweiz als Ganzem. In Baselland können wir aber einen bedeutend höheren 1. und 2. Quartilwert feststellen als wir ihn in der Schweiz im allgemeinen finden. Dies ist sehr erfreulich. Der Unterschied zwischen den 1. Quartilwerten Basellands und Baselstadts ist relativ viel kleiner als der Unterschied zwischen den Einkommensniveaus der beiden Kantone. Es sind dies beides Zeichen, dass in Baselland die Schicht der Armen besonders schwach ist. Baselstadt zeichnet sich durch eine besonders grosse und reiche Oberschicht von Einkommensbezüglern aus. Diese Oberschicht ist in allen Städten von Bedeutung reicher als im Landesdurchschnitt, in Baselstadt aber ganz besonders.

Der Ertrag einer progressiven Einkommenssteuer mit den Veranlagungsgrundsätzen der Wehrsteuer und dem Tarif der stadt-baslerischen Einkommenssteuer (unter Berücksichtigung der Zuschläge aber ohne Berücksichtigung der Sozialabzüge) ist pro Steuerpflichtiger in Baselstadt 318. -, in Baselland dagegen nur 216. - Fr. Sowohl das niedrigere Einkommensniveau als die gleichmässiger Einkommensverteilung im Kanton Baselland sind die Ursachen dieses sehr beachtlichen Unterschiedes in der Einträglichkeit einer gleichen Steuer. Wagen wir den Versuch, die Wirkungen dieser beiden Ursachen auseinanderzuhalten, so kommen wir zum Schluss, dass das Steuerertragsgefälle zwischen Baselstadt und Baselland von 31,8% mit schätzungsweise 13,2% durch den Unterschied in der Verteilung, mit schätzungsweise 18,6% durch den Unterschied im Einkommensniveau bedingt ist.

Selbstverständlich sind die einzelnen Zahlenwerte, insbesondere das Einkommensniveau und die Einkommen der verschiedenen mittleren Einkommensbezüglern raschem Wandel unterworfen. Geldentwertung und Reallohnsteigerung veränderten sie schon zwischen 1944 und 1948 in grossem Masstab; trotzdem dürfen wir annehmen, dass die Beziehungen ungefähr gleich geblieben sind und dass, wenn nicht unvorhergesehenes eintritt, lange die Tendenz bestehen wird, dass Baselstadt ein wesentlich höheres Einkommensniveau und eine grössere Konzentration des Einkommens haben wird als die Landschaft. Immer weniger wird das Gewicht der Landwirtschaft auf dem Lande die Ursache dieser Unterschiede sein, immer mehr ist es die zentrale Lage (Handel!) Basels, innerhalb eines ausgedehnten Gebietes (von Laufen bis Schopfheim, von Gelterkinden bis Blotzheim) mit industrieller Produktion.

Es gibt aber auch eine Bewegung, welche eine entgegengesetzte Wirkung hat und welche sehr gut in einiger Zeit die Oberhand gewinnen könnte. Zunächst könnte sie eine Milderung, später sogar eine Aufhebung oder Umkehrung der Unterschiede im Einkommensniveau und in der Einkommenskonzentration in Stadt und Land hervorrufen: Die Wohnzone der in Basel erwerbenden Leute (vor allem auch der begüterten) erweitert sich schrittweise über die stadtbaslerischen Kantons Grenzen hinweg.

3. Wenn bis jetzt von Einkommen geschrieben wurde, so war damit derjenige Betrag gemeint, der sich nach der Selbsteinschätzung und der Kontrolle durch die Steuerverwaltung im Durchschnitt der reinen Einkommen der Jahre 1943 und 1944 in den Wehrsteuerdeklarationen vom 1. Januar 1945 ergab. Die besondern Veranlagungsgrundsätze der Wehrsteuer sind: Bezüger von Einkommen aus selbständiger Berufsausübung dürfen Verluste aus zwei früheren Jahren vom Einkommen 1943-44 in Abzug bringen, sofern sie nicht schon in der vorhergehenden Deklaration verrechnet werden konnten. Differenzen zwischen dem Vermögenssteuerwert gewisser Objekte und einem allfälligen Markt- oder Veräusserungspreis gelten als Einkommen. Unterhaltskosten für Gebäude und Grundstücke können in der effektiven Höhe aber nur sofern sie nicht wertsteigernd wirkten, abgezogen werden. Im allgemeinen dürfen 1,5% des Assekuranzwertes abgezogen werden. Die Auslagen für die Fahrt vom Wohnort zum Arbeitsort dürfen nur abgezogen werden, wenn der Wohnort nicht an den Arbeitsort verlegt werden kann. Das Erwerbseinkommen der minderjährigen Kinder, welche mit dem Steuerpflichtigen in häuslicher Gemeinschaft leben, ist mitzuveranlagen; für 18 und 19-jährige Kinder nur mit dem Fr. 500 übersteigenden Betrag. Eine Selbstdекlaration einzureichen hat jede natürliche Person im Alter von mehr als 20 Jahren, sowie diejenigen unter 20 Jahren, welche nicht in häuslicher Gemeinschaft mit ihren Eltern leben, mit Ausnahme der mit ihrem Gatten lebenden Ehefrauen. Jeder Steuerpflichtige hat sich in dem Kanton zu veranlagen, in dem er am 1. Januar 1945 wohnte.

Es war sehr vorteilhaft, dass wir für unsere Arbeit die Wehrsteuerstatistik benützen konnten, obschon in beiden Kantonen Steuerstatistiken existieren. Wollen wir aber daraus die Schlüsse ziehen, welche für die kantonalen Einkommenssteuern wichtig sind, so müssen wir auch die Besonderheiten der kantonalen Einkommenssteuern und ihrer Veranlagungsgrundsätze kennen. Als Besonderheit gilt alles, was in bezug auf Vorschriften über die Veranlagung bestimmter Einkommensteile oder bestimmter Subjekte abweicht von den Vorschriften der andern beiden Steuerhoheiten.

Es ist dies in Baselland: Differenzen zwischen dem Veräusserungspreis von Wertschriften und der Vermögenssteuerveranlagung dieser Objekte gelten als Einkommen, ebenso Liegenschaftsgewinne bis zu Fr. 500.-. Ist eine Differenz negativ, so fällt sie nur soweit in Betracht, als der Vermögensertrag des Steuerpflichtigen zur Verrechnung ausreicht. Auswärts arbeitende Unselbständigerwerbende können bis zu 300.- Fr. Erwerbsunkosten (für Fahrt usw.) in Abzug bringen. Die Erwerbseinkommen von Kindern unter 20 Jahren sind nicht mitzuveranlagen, wenn diese nicht im elterlichen Betrieb mitarbeiten. 18-20 jährige sind selbst steuerpflichtig, falls sie Erwerbseinkommen beziehen. Veranlagungen einzureichen haben alle Personen im Alter von über 20 Jahren, mit Ausnahme von Ehefrauen und Personen zwischen 18 und 20 mit Erwerbseinkommen, das nicht aus dem elterlichen Betriebe kommt, welche am ersten Tage des Steuerjahres im Kanton wohnen, welche während der Steuerperiode zuziehen, und alle auswärts wohnenden Personen, welche im Kanton Liegenschaften, Geschäftsbetriebe oder Geschäftsbeteiligungen besitzen.

Die basellandschaftlichen Gemeinden benützen im allgemeinen gleiche Veranlagungsgrundsätze wie der Staat. Einzelne geringfügige Abweichungen

in gewissen Gemeinden beweisen auch hier die Möglichkeiten der Gemeindeautonomie. Für die Armensteuer gilt jeweils die Staatssteuerveranlagung des Vorjahres. a)

Die Besonderheiten der baselstädtischen Einkommenssteuer sind folgende: Das Einkommen aller im Haushalt der Eltern lebenden minderjährigen Kinder ist zusammen mit demjenigen der Eltern zu veranlagern. Die ersten 300.- Fr. des Erwerbseinkommens dieser Kinder dürfen bei der Veranlagung weggelassen werden. Kapitalgewinne sind zu veranlagern, gleichgültig ob sie anlässlich einer Veräusserung, einer Steuererklärung oder einer Erbschaft in Erscheinung treten. Kapitalverluste dürfen nur abgezogen werden, wenn sie bei einer Veräusserung oder einer Erbschaft auftreten. Grundstücke und Wertpapiere werden hier gleich behandelt.

Die beiden baselstädtischen Landgemeinden benützen zur Veranlagung ihrer eigenen Gemeindeeinkommenssteuern gleiche Grundsätze wie der Staat.

4. Bei allen drei Einkommenssteuern, welche hier zur Untersuchung vorliegen, ist nicht das reine Einkommen zur Berechnung der Steuer massgebend, sondern ein Betrag, der meist etwas kleiner ist als dieses. Vom reinen Einkommen dürfen abgezogen werden:

Bei der Wehrsteuer (3. Periode) Fr. 500.- für jedes Kind unter 18 Jahren und für jede unterstützungsbedürftige Person, mit Ausnahme der Ehefrau, für deren Unterhalt der Steuerpflichtige aufkommt; Prämien für persönliche Versicherungen bis zu Fr. 500.-, sofern das Einkommen nach Vornahme der Kinderabzüge kleiner als Fr. 10'000.- ist.

Bei der basellandschaftlichen kantonalen Einkommenssteuer sind nur Abzüge für Kinder unter 18 Jahren und erwerbsunfähige Familienangehörige, für die der Steuerpflichtige in vollem Umfang aufkommt, möglich, und zwar

Fr. 500.-	bei einem reinen Einkommen	bis 6'000 Fr.,
Fr. 400.-	" " "	" von 6 - 10'000 Fr.,
Fr. 300.-	" " "	" von 10 - 12'000 Fr.

Prämien für persönliche Versicherungen können bis zu Fr. 300.- abgezogen werden. Die Abzüge bei der Staatssteuer gelten auch für die Armensteuer. b)

Die basellandschaftlichen Gemeinden lassen teils die Abzüge zu, wie sie das kantonale Steuerrecht kennt, teils sind nur geringere, teils aber auch grössere möglich.

Baselstadt gewährt einen persönlichen Abzug für Alleinstehende von Fr. 200.-, einen solchen für Verheiratete von Fr. 500.- und Abzüge je Kind oder je Unterstützten von Fr. 500.- (Kinder bis zu 24 Jahren, welche in Berufsausbildung begriffen sind, berechtigten ebenfalls zur Vornahme des Kinderabzuges). Versicherungsprämien können bis zu Fr. 300.- abgezogen werden.

Hier liegen also ganz beträchtliche Unterschiede, welche vor allem beim Vergleich der verschiedenen Steuerstatistiken über das Einkommen zu beachten sind.

a) Vgl. §42 Abs. 10 des Gesetzes über die Armenfürsorge und §93 der Instruktion betr. Geschäftsführung der Armenpflegen.

b) Vgl. §93 der Instruktion betr. Geschäftsführung der Armenpflegen.

5. Die Kenntnis der Steuertarife ist für uns hauptsächlich notwendig, damit wir von dem Ertrag einer bestimmten Steuer (beispielsweise der Wehrsteuer) oder der Grösse und Verteilung des Einkommens auf den Ertrag einer bestimmten andern Einkommenssteuer (z. B. mit einem frei gewählten Tarif) im gleichen Gebiete schliessen können.

a) Tarif der Wehrsteuer (3. Periode)

Für Verheiratete, Verwitwete und Geschiedene			für Ledige	
- 3'000	befreit		- 2'000	befreit
3'000 - 3'500	0,4 %		2'000 - 2'500	0,4 %
3'500 - 4'000	0,5 %		2'500 - 3'500	0,55 %
4'000 - 4'500	0,625 %		3'500 - 4'000	0,825 %
4'500 - 5'000	0,75 %		4'000 -	1,05 %
5'000	0,9 %		+ 1'000	+ 0,225 %
+ 1'000	+ 0,15 %		- 9'000	1,95 %
- 26'000	3,9 %		9'000	2,01 %
26'000	4,02 %		+ 1'000	+ 0,15 %
+ 1'000	+ 0,12/0,105		- 61'000	9,75 %
- 78'000	9,75 %		über 61'000	9,75 %
über 78'000	9,75 %			

Die Steuer ist jeweils vom untern Grenzbetrag einer Klasse (zu 500 Fr. bis 10'000 Fr. Einkommen, zu 1'000 Fr. darüber) zu berechnen.

b) Tarif der basellandschaftlichen kantonale Einkommenssteuer.

Befreit sind Ledige (sowie verwitwete und geschiedene Personen ohne Unterstüpfungspflichten) mit weniger als 1'000 Fr. steuerbarem Einkommen, Verheiratete (sowie Verwitwete und Geschiedene) mit weniger als 1500 Fr. steuerbarem Einkommen, Witwen mit minderjährigen Kindern ohne ausreichendes Einkommen.

steuerbares Einkommen	Satz	
1'000 - 2'000	0,5 %	
2'000 - 3'000	0,7 %	
3'000 - 4'000	1 %	
4'000 - 5'000	1,2 %	
5'000 - 20'000	1,4-5,6 %	(Erhöhung nach je 1000 um 0,3 %)
20'000 - 30'000	5,9-6,5 %	(Erhöhung nach je 5000 um 0,3 %)
über - 30'000	6,5 %	(

Zuschlagssteuer von 6 % der 20'000 Fr. übersteigenden Einkommensteile.

c) Tarife der basellandschaftlichen Gemeinden.

Die basellandschaftlichen Gemeinden erheben ihre Einkommenssteuern nach Sätzen, welche jährlich durch die Gemeindeversammlung beschlossen werden. Die Steuerbefreiung ist oft wie bei der kantonalen Steuer geregelt. Die Steuersätze liegen je nach Gemeinde zwischen 1% und 3% meist bei etwa 2%. Nur wenige Gemeinden erheben sog. Vorausleistungen oder Kopfsteuern. Einzelne Gemeinden haben trotz Verbot unter der Bezeichnung Steuerreduktion eine progressive Einkommenssteuer eingeführt.

Ebenfalls jährlich durch die Gemeindeversammlung beschlossen werden die Sätze der Armensteuer. Sie liegen meist zwischen 0% und 1%. Bürger anderer Kantone bezahlen nur die Hälfte der Armen-Einkommenssteuer.

d) Tarif der baselstädtischen Einkommenssteuern.

Die vollständige Wiedergabe der baselstädtischen Einkommenssteuertarife des Staates (für Einwohner der Stadt und für solche der Landgemeinden) und der Gemeinden würde zu weit führen. Auszugsweise seien die Steuersätze für einige steuerbare Einkommen angeführt.

Befreit sind alleinstehende Personen mit weniger als 2'000, Personen mit Unterhaltspflichten mit weniger als 3'500 Fr. steuerbarem Einkommen.

Steuerbares Einkommen	Staatliche Einkommenssteuer				Gemeindeeink. steuer	
	Stadt Basel		Landgemeinden		Riehen	
	(S t e u e r p f l i c h t i g e r)					
	(ohne)	(mit)	(ohne)	(mit)	(ohne)	(mit)
	(U n t e r h a l t s p f l i c h t e n)					
2'100	0,55	-	0,3	-	0,20	-
3'000	1,54	-	0,84	-	0,55	-
4'000	2,09	1,627	1,14	0,912	0,90	0,70
5'000	2,64		1,44		1,10	
6'000	3,19		1,74		1,30	
7'000	3,63		1,98		1,45	
8'000	4,185	3,96	2,358	2,16	1,60	
9'000	4,612	4,505	2,662	2,555	1,80	
10'000	5,203	5,085	3,053	2,935	1,95	
15'000	7,464		4,514		2,75	
20'000	9,823		6,023		3,45	
30'000	13,918		8,868		4,35	
50'000	17,437		11,237		5,0	
100'000 und mehr	19,531		13,281		5,25	

Der Einfachheit halber wurde der Tarif der Gemeindeeinkommenssteuer von Riehen oben angefügt.

Unter dem Namen Personalsteuer erhebt Bettingen eine Steuer für Einkommen über Fr. 800, welche in runden Beträgen ca. 1% vom Einkommen ausmacht.

6. Welches sind die Prinzipien der Steuerausscheidung?

Bei der Wehrsteuer hat sich jeder Steuerpflichtige in dem Kanton mit seinem ganzen Einkommen zu veranlagern, in dem er Wohnsitz hat. Dieser Kanton bezieht zunächst seine ganze Steuer. Nach einem Abkommen der kantonalen Finanzdirektoren, welches zum Ziele hat bei einem Minimum an Rechenarbeit die Steuererträge demjenigen Kanton zuzuführen, welcher im Falle einer kantonalen Einkommenssteuer Inhaber der Steuerhoheit wäre, werden die Erträge von Steuerobjekten aus andern Kantonen diesen rückerstattet.

Bei den kantonalen Einkommenssteuern hat der Steuerpflichtige wohl

sein ganzes Einkommen zu deklarieren (damit der Steuersatz bestimmt werden kann), die Steuer aber jenem Kanton zu bezahlen, der die Hoheit über einen Teil seines Einkommens besitzt. Steuerpflichtig in einem gewissen Kanton sind also auch eine grosse Anzahl von Einwohnern anderer Kantone und umgekehrt eine grosse Anzahl eigener Einwohner nur für einen Teil des Einkommens. Der Wohnsitzkanton eines Steuerpflichtigen hat die Hoheit über das ganze Einkommen, ausgenommen desjenigen, das aus folgenden Quellen fliesst:

Grundsätze der Steuerausscheidung a)

Quelle	Hoheitskanton
Unbewegliches Vermögen	Belegenheitskanton
Unbewegliches Betriebsvermögen	Betriebsstättekanton
Geschäftsvermögen	Betriebsstättekanton
Beteiligung als unbeschränkt haftender Gesellschafter an Kollektiv- oder Kommanditgesellschaften oder als Kommanditär	Kanton, an dem sich der Sitz der Verwaltung der Gesellschaft befindet. Ausnahme: angemessenes Arbeitsentgelt (Wohnsitzkanton)
Selbstständige Arbeit (freier Beruf mit festem Mittelpunkt)	Betriebsstättekanton
Einkommen, das nach Abkommen oder internationalem Recht	ausländischer Steuerhoheit untersteht.

Zwischen den basellandschaftlichen Gemeinden sowie zwischen den baselstädtischen Gemeinden und dem Staat Basel gelten für die Gemeindeeinkommenssteuer ebenfalls die obigen Prinzipien der Steuerausscheidung.

Bei der Armensteuer der basellandschaftlichen Gemeinden dagegen hat über alle Landschäftler Bürger die Heimatgemeinde die Steuerhoheit, welche sonst der Wohngemeinde zusteht.

b) Ertragssteuer.

Wenn wir nun an zweiter Stelle die zweitmächtigste Steuerquelle behandeln, nämlich die Besteuerung des Ertrages der juristischen Personen, so haben wir zu bedenken, dass es sich beim Ertrag einer juristischen Person nicht um einen Zusatz zum Einkommen der natürlichen Personen handelt, sondern um einen besondern Teil dieses Einkommens. Der Teil des Einkommens der natürlichen Personen, welcher zugleich Ertrag juristischer Personen ist, kann von einem Gemeinwesen zu einem andern mehr oder minder gross sein. Als zweites haben wir zu beachten, dass bei gegebener Ertragsgrösse aller steuerpflichtigen juristischen Personen für die Ergiebigkeit der Ertragsbesteuerung ebenfalls eine Art Verteilung des Gesamtertrages eine Rolle spielt, und zwar ist es die Verteilung auf die verschiedenen Formen der juristischen Personen und - je nach Ausgestaltung der Besteuerung - diejenige nach Renditestufen oder Ertragsklassen.

Die Statistik der Wehrsteuer 1945 ist nicht die bestmögliche Unterlage für die Grösse und Verteilung des Gesamtertrages der juristischen

a) Eidg. Steuerverwaltung: Die Steuern der Schweiz. Basel 1950. I. Teil. Allgem. Uebersichten. Nr. 3 S. 7 ff.

Personen. Die Bemessungsgrundlage ist wie beim Einkommen der natürlichen Personen der Durchschnitt der Jahre 1943/44. Von Nachteil ist vor allem, dass bei der Wehrsteuer Baselstadt oder Baselland alle juristischen Personen zugeteilt sind, welche hier oder dort ihren Hauptsitz haben. Der kantonalen Steuerhoheit unterliegen die juristischen Personen aber nur für die Erträge, welche in dem betreffenden Kanton erzielt werden. Andererseits unterliegen ihr zusätzlich zahlreiche juristische Personen, welche in einem unserer Kantone Filialbetriebe, Geschäftsniederlassungen, Liegenschaften usw. besitzen.

1. Immerhin in Ermangelung eines Bessern wählen wir trotzdem als Mass für den Gesamtertrag der juristischen Personen die Angaben der Wehrsteuerstatistik: a)

Baselstadt 58'250'000 Fr. (11,8% des Einkommens der nat. Pers.)

Baselland 10'608'000 Fr. (5,4% des Einkommens der nat. Pers.)

und vergleichsweise

Schweiz 542'021'000 Fr. (6,7% des Einkommens der nat. Pers.)

Baselstadt zeichnet sich durch einen sehr grossen Gesamtertrag der juristischen Personen aus. Es wird im folgenden näher darauf eingetreten werden. Hier genügt es, wenn wir bemerken, dass Baselstadt gemäss den Grundsätzen der Wehrsteuer mehr als $\frac{1}{10}$ der Reinerträge aller schweizerischer juristischer Personen als die seinigem betrachten kann, während in Baselland die Erträge seiner juristischen Personen (gemessen am Gesamteinkommen der natürlichen Personen, also am ökonomischen Gewicht dieses Kantons) nur durchschnittlich sind.

2. Diese Gesamterträge, welche, wie wir noch sehen werden, für alle drei Steuerhoheiten fast gleich veranlagt werden müssten, gehören den verschiedenen Gesellschaftsformen wie folgt zu: a)

	Baselstadt		Baselland		Schweiz	
	Anzahl	Ertrag 1000 Fr.	Anzahl	Ertrag 1000 Fr.	Anzahl	Ertrag 1000 Fr.
Aktiengesellschaften, Kommandit-A.G., G.m.b.H.	1202	52'743	240	8'893	15293	478'921
(davon Holding- und Beteiligungsges.)	(96)	(3'599)	(20)	(1'977)	(1145)	(61'313)
Genossenschaften	141	3'798	186	1'349	9649	48'484
Vereine, Stiftungen	851	1'709	366	366	16460	14'616
Insgesamt	2194	58'250	792	10'608	41402	542'021

Bemerkenswert ist die relativ grosse Bedeutung der Erträge der Holding- und Beteiligungsgesellschaften sowie der Genossenschaften, wenn mit den besonders in Baselstadt überragenden Erträgen der Aktiengesellschaften verglichen wird. Leicht ergeben sich für die ersteren aus der Kenntnis der Besteuerungspraxis, für die zweiten auf Grund der weiteren Angaben der Wehrsteuerstatistik die Gründe: Anziehung von Domizilgesellschaften durch Steuerabkommen, grosse Anzahl landwirtschaftlicher Genossenschaften und hohe Erträge der beiden grossen basellandschaftlichen

-a) Ergebnisse der eidg. Wehrsteuer 3. Periode und des eidg. Wehropfers 1945. Statistische Quellenwerke der Schweiz. Hefte 188, 211 S. 22-24, Heft 192 S. 20-23.

Elektrizitätsgenossenschaften. Die starke Konzentration der Erträge juristischer Personen auf die Aktiengesellschaften in Baselstadt ist eine weitere Wurzel derjenigen, welche die grosse Ergiebigkeit der dortigen Ertragsbesteuerung erklären (Aktiengesellschaften werden besonders stark besteuert).

Nicht minder bedeutsam ist die Verteilung der Gesamterträge nach den verschiedenen Renditestufen bei den Kapitalgesellschaften und nach den verschiedenen Ertragsklassen bei den übrigen juristischen Personen.

Kapitalgesellschaften nach Renditestufen a)

Renditestufen	Baselstadt			Baselland			Schweiz		
	Anzahl	Ertrag 1000 Fr.	%o	Anzahl	Ertrag 1000 Fr.	%o	Anzahl	Ertrag 1000 Fr.	%o
0	386	-	-	55	-	-	5025	-	-
0 - 1	98	525	10	20	53	6	887	2'087	4
1 - 2	70	383	7	6	15	2	864	3'985	8
2 - 4	128	12'324	234	21	682	77	1885	60'600	127
4 - 6	152	5'862	111	34	1'490	167	1806	87'780	183
6 - 8	98	11'966	227	25	838	94	1302	80'705	169
8 - 10	73	1'580	30	11	750	84	833	58'931	123
10 - 12	46	9'574	182	15	562	63	638	41'848	87
12 - 14	33	1'441	27	8	1'607	181	408	27'421	57
14 - 16	26	867	16	8	882	99	311	35'596	74
16 - 20	29	6'778	128	9	383	43	402	28'969	61
20 - 50	46	971	18	23	1'026	115	730	34'100	71
50 und mehr	17	472	9	5	605	68	202	16'899	35
	1202	52'773	1000	240	8'893	1000	15293	478'921	1000

Wir stellen fest, dass Baselstadt wohl sehr viele Kapitalgesellschaften mit einem grossen Gesamtertrag besitzt, dass aber die Verteilung des Ertrages auf Gesellschaften mit niedriger und solche mit hoher Rendite bedeutend gleichmässiger ist als in der übrigen Schweiz oder als gar in Baselland, wo wir eine sehr ungleichmässige Verteilung vorfinden. Damit finden wir in unsern beiden Kantonen Verhältnisse vor, welche für die Ergiebigkeit einer bestimmten Ertragssteuer wiederum im Sinne eines gewissen Ausgleichs wirken. Wenn man bedenkt, dass beispielsweise gemäss dem baselstädtischen Ertragssteuertarif der Kanton am Ertrag der Gesellschaften mit mehr als 22% Rendite mit einem Anteil von $\frac{1}{5}$ partizipiert, so wird es verständlich, was es bedeutet, wenn der Ertrag der Gesellschaften mit äusserst grosser Rendite (über 20%) in Baselland absolut - nicht nur relativ - grösser ist als derjenige in Baselstadt.

Natürlich werden wir versuchen, die Ursachen zu erhellen, welche diese recht eigenartigen Verhältnisse (sie liegen in einem gewissen Sinne umgekehrt als bei den natürlichen Personen) bewirken. In der Statistik über das Vermögen und die Durchschnittsrendite der Kapital-

a) Ergebnisse der eidg. Wehrsteuer und des eidg. Wehroffers 1945. Hefte 188, 211 S. 22, Heft 192 S. 20, 38.

gesellschaften der einzelnen Branchen finden wir gewichtige Hinweise: a)

Branchen	Baselstadt		Baselland		Schweiz	
	Ver- mögen 1000 Fr.	Ren- dite Ø %	Ver- mögen 1000 Fr.	Ren- dite Ø %	Ver- mögen 1000 Fr.	Ren- dite Ø %
Industrie	562'261	5,86	101'627	5,45	4'596'508	6,40
Handel	103'380	5,00	11'541	5,03	661'692	6,36
Bank, Versicherung	165'640	5,03	15'219	3,20	1'310'785	4,45
Holding, Beteiligung	195'869	1,84	17'163	11,52	1'415'655	4,33
Gastgewerbe	1'514	4,29	190	2,10	44'729	3,06
Verkehr	33'857	5,13	4'925	4,91	116'489	6,86
Immobilien-gesellsch.	14'155	5,39	1'018	5,40	311'152	3,60
Andere Gesellschaften	1'821	4,45	24	4,17	47'595	4,90
Alle Branchen	1'078'497	4,90	151'707	5,86	8'504'605	5,64
(ohne Holding, Beteilig.)		(5,58)		(5,14)		(5,90)

Ausschlaggebend sind die Holding- und Beteiligungsgesellschaften und zwar sowohl für die relativ niedrige Durchschnittsrendite (und relativ gleichmässige Verteilung des Ertrages auf die Renditestufen) in Baselstadt als auch für die relativ hohe Durchschnittsrendite (und relativ ungleiche Verteilung des Ertrages auf die Renditestufen) in Baselland. In Baselstadt sind die grössten Holding- und Beteiligungsgesellschaften 1943 und 1944 ertraglos, weil ihre Aktiven vielfach aus Beteiligungen an deutschen Unternehmen bestehen, deren Erträge nicht transferiert werden können und deren Wert durch die für Deutschland immer schlechter werdende Kriegslage sich vermindert. Durch das bedeutende Gewicht der Holding- und Beteiligungsgesellschaften wirkt sich dies wesentlich auf das Ganze aus. Gerade das Gegenteil ist in Baselland der Fall. Die grösste Beteiligungsgesellschaft, die Mefina S. A. Binningen, verfügte während des ganzen Krieges über einen hohen Reingewinn^{b)}. Sowohl in Baselland als auch in Baselstadt haben wir es offensichtlich mit vorübergehenden Erscheinungen zu tun. Die globalen Ergebnisse der Veranlagung vom 1. Januar 1947 bestätigen die Verhältnisse, welche auch 1945 vorliegen, wenn wir die Holding- und Beteiligungsgesellschaften ausschalten: Etwas geringere Rentabilität der Industrie und der Gesamtheit aller Branchen verglichen mit der übrigen Schweiz in Baselstadt und noch geringere in Baselland.

Halten wir fest, dass der Ertrag der Wehrsteuer (mit Steuersätzen von 3/4 der Rendite und einem Maximum von 12%) auf Grund der Unterschiede in der Renditestruktur in Baselstadt 5,95%, in Baselland 7,93%, in der Schweiz 7,93% vom Reinertrag der Kapitalgesellschaften ausmacht.

Gegenüber den Kapitalgesellschaften sind die Reinerträge der Genossenschaften recht unbedeutend. Die Besteuerung der Genossenschaften ist gegenwärtig recht verschieden und häufigen Wandlungen unterworfen. Die

a) Ergebnisse der eidg. Wehrsteuer und des eidg. Wehropfers 1945. Hefte 188, 211 S. 22, Heft 192 S. 21
b) Finanzjahrbuch der Schweiz Jg. 1944. Bern 1946. S. 334.

Wehrsteuer belastet alle Genossenschaften mit einer proportionalen Steuer. Baselland und Baselstadt setzen die Erwerbsgenossenschaften den Aktiengesellschaften gleich und besteuern nach der Ertragsintensität. Nur die Selbsthilfegenossenschaften geniessen das "Privileg" der proportionalen Besteuerung (in Baselstadt) oder der nach der Grösse des Reinertrages progressiven Besteuerung (in Baselland).

Für die steuerliche Behandlung der Genossenschaften in einem wiedereingetragenen Kanton ist es wichtig, die Genossenschaften in anschaulicher Form zu kennen.

Genossenschaften nach Reinertragsstufen a)

Rendite- stufen 1000 Fr.	Baselstadt			Baselland			Schweiz		
	Anzahl	Ertrag 1000 Fr.	%o	Anzahl	Ertrag 1000 Fr.	%o	Anzahl	Ertrag 1000 Fr.	%o
0	45	-	-	14	-	-	2743	-	-
0 - 1	18	8	2	68	34	25	2680	1'124	23
1 - 5	38	93	25	86	184	137	2840	6'310	130
5 - 10	13	94	25	13	84	62	694	4'748	98
10 - 20	14	179	47	1	10	8	381	5'116	106
20 und mehr	13	3'424	901	4	1'037	768	314	31'186	643
	141	3'798	1000	186	1'349	1000	9649	48'484	1000

Wir entnehmen dieser Aufstellung insbesondere, dass sich in der Schweiz im allgemeinen und in Baselland und, sehr extrem, in Baselstadt im besondern der Gesamtertrag der Genossenschaften sich auf einige wenige konzentriert. In Baselstadt ist der Ertrag aller Genossenschaften zu 9/10 ein solcher von nur 13 juristischen Personen; in Baselland dürften es etwa 50 sein, welche 9/10 des Ertrages auf sich vereinigen. In der Gliederung der Genossenschaften nach Branchen können wir erkennen, welche Genossenschaften in unsern beiden Kantonen die Spitzenstellung einnehmen:

Wehrsteuerpflichtige Genossenschaften a)

Branche	Baselstadt		Baselland		Schweiz	
	Anzahl	Ertrag	Anzahl	Ertrag	Anzahl	Ertrag
Landwirtschaftl. Genossenschaften	1	4	111	225	3717	11'492
Konsumgenossensch.	3	1'727	3	9	634	8'271
Finanzgenossensch.	1	768	12	42	851	12'293
Bau- und Terrainggen.	42	195	6	30	536	3'045
Elektrizitätsgen.	-	-	33	1'035	412	1'892
Versicherungsgen.	8	255	3	1	105	3'428
Andere Genossenschaften	41	849	4	7	654	8'063
Alle Branchen	96	3'798	172	1'349	6909	48'484

a) Ergebnisse der eidg. Wehrsteuer und des eidg. Wehropfers 1945. Hefte 188, 211 S. 23, Heft 192 S. 23.

In Baselstadt dominieren die Konsumgenossenschaften, in Baselland stehen die Elektrizitätsgenossenschaften ganz eindeutig im Vordergrund, während es in der ganzen Schweiz die Finanz-, die landwirtschaftlichen -, die Konsum- und nicht näher bezeichnete Genossenschaften sind, welche zusammen wichtige Stellungen einnehmen.

Von ganz untergeordneter Bedeutung für den Fiskus ist die Ertragsbesteuerung der Vereine, Stiftungen und der übrigen juristischen Personen. Es gibt in unsern beiden Kantonen Vereine und Stiftungen in grosser Zahl (vergl. die Anzahl der wehropferpflichtigen Vereine und Stiftungen), aber nur wenige sind Wehrsteuerzahler. Alle andern, welche das Einkommensminimum von 2000 Fr. nicht erreichen, figurieren nicht in unserer Statistik.

Vereine, Stiftungen, übrige juristische Personen a)

	Baselstadt			Baselland			Schweiz		
	WO. Pfl. Anzahl	WSt. Pfl. Anz.	Eink.	WO. Pfl. Anzahl	WSt. Pfl. Anz.	Eink.	WO. Pfl. Anzahl	WSt. Pfl. Anz.	Eink.
Vereine	602			305			9986	499	4'971
Politische	11			3			205	12	55
Berufs	208			69			2841	259	3'367
Militärische	23			30			1296	15	46
Sport	100			63			1823	46	323
Kunst, Wissen- schaft, Gesellig- keit		129	1'709		41	366			
Religiöse	157			67			2538	34	118
Uebrige	78			59			852	81	711
	25			14			431	52	351
Stiftungen	241			60			2147	861	8'671
Gemeinden	-			72			1454		
Allmendkorpor.	1			-			1762		
Uebrige jur. Pers.	32	-	-	2	-	-	916	84	974
Im Ganzen	876	129	1'709	439	41	366	16265	1444	14'616

Den Angaben für die Schweiz entnehmen wir, dass vor allem Stiftungen, in geringerem Masse die Berufsvereine, für die Ertragsbesteuerung von einer gewissen Bedeutung sind. Dies dürfte auch für Baselstadt und -Land zutreffen.

3. Die Veranlagungsgrundsätze sind bei unsern drei Steuerhoheiten für juristische Personen sehr ähnliche, wenn auch gewisse Besonderheiten vorkommen:

Wehrsteuer.

In einem bestimmten Kanton steuerpflichtig sind alle juristischen Personen (mit einigen wenigen einzeln genannten Ausnahmen), welche in diesem Kanton ihre oberste Leitung haben, mit dem ganzen Reinertrag, der

a) Ergebnisse der eidg. Wehrsteuer und des eidg. Wehropfers 1945. Hefte 188, 211 S. 23, Heft 192 S. 23.

der schweizerischen Steuerhoheit untersteht. Der durchschnittliche Verlust aus den zwei der Berechnungsperiode (1943, 1944) vorangegangenen Jahren kann vom durchschnittlichen Reinertrag der Berechnungsperiode abgezogen werden. Rückvergütungen und Rabatte, welche 5% des Warenpreises übersteigen, unterliegen einer Sondersteuer.

Baselstadt.

Steuerpflichtig sind auch juristische Personen, welche nur Geschäftsniederlassungen, Liegenschaften oder Betriebe im Kanton besitzen. Steuerfrei sind Holding- und Beteiligungsgesellschaften, sowie Vereine mit idealen Zwecken und Stiftungen.

Baselland

kennt die gleiche Steuerpflicht wie Baselstadt; lediglich Stiftungen sind hier nicht von der Steuerpflicht ausgenommen. Rückvergütungen, welche nach Rechnungsabschluss gewährt werden, dürfen nur bis zu 5% als Unkosten abgezogen werden.

Die Gemeinden sind autonom und können ihre eigenen Veranlagungsgrundsätze aufstellen. Diese weichen tatsächlich in gewissen Einzelheiten in mancher Gemeinde von den kantonalen ab. Weit verbreitet ist die Besonderheit, direkte Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern nicht als Unkosten gelten zu lassen.

Armensteuerpflichtig sind die Reinerträge juristischer Personen nicht a).

Für Kapitalgewinne und -verluste gelten bei den juristischen Personen die gleichen Abweichungen wie bei den natürlichen.

4. Bei der Wehrsteuer werden die juristischen Personen nach viererlei Tarifen herangezogen:

- a) Tarif für Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung.
7,5/10 mal so viele Prozente des steuerbaren Reinertrages als dieser Prozente vom durchschnittlichen einbezahlten Kapital und den Reserven ausmacht. Mindestens 3%, höchstens 12%.
- b) Tarif für Genossenschaften.
4,5% vom steuerbaren Reinertrag.
- c) Tarif für Vereine und Stiftungen
ist der gleiche wie derjenige für ledige natürliche Personen (s. S. 68).
- d) Tarif für Rückvergütungen und Rabatte.
4,5% des Teils der Rückvergütungen und Rabatte, der 5% vom Warenpreis übersteigt.

Der Staat Baselland kennt dreierlei Tarife für die Besteuerung des Ertrages der juristischen Personen:

- a) Tarif für Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften, G. m. b. H., Erwerbsgenossenschaften.
8/10 mal so viele Prozente des steuerbaren Ertrages als dieser Prozente vom einbezahlten Kapital, den offenen und stillen Reserven

a) Vgl. §42 Abs. 6 des Gesetzes über die Armenfürsorge.

ausmacht.

Minimum 0,8%, Maximum 16%.

- b) Tarif für Selbsthilfegenossenschaften und Vereine mit wirtschaftlichen Zwecken.

st. b. Reinertrag

4000 - 6000 1' - 1,4 % (Nach je 1000 steigt der Satz um 0,2%)

7000 - 17000 1,7 - 4,7 % (Nach je 1000 steigt der Satz um 0,3%)

über 17000 5 %.

Zuschlagsteuer von 60% der gewöhnlichen Ertragssteuer für Vereine mit wirtschaftlichen Zwecken.

- c) Tarif für Stiftungen und öffentlich-rechtliche Körperschaften ist der gleiche wie derjenige für natürliche Personen (s. S. 68).

Die basellandschaftlichen Gemeinden besteuern alle juristischen Personen zu den Sätzen, die für die natürlichen Personen gelten.

Die Armensteuer ist für juristische und natürliche Personen ebenfalls gleich.

Im Kanton Baselstadt werden die juristischen Personen mit einer geringfügigen Ausnahme nur vom Staat besteuert und zwar nach zweierlei Tarifen.

- a) Tarif für Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften, G. m. b. H., Erwerbsgenossenschaften, Selbsthilfegenossenschaften (wenn die Verzinsung des Genossenschaftskapitals grösser ist als diejenige für Obligationen der bs. Kantonalbank), Vereine mit wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben.

9/10 mal sovielle Prozente des steuerbaren Reinertrages als dieser Prozente vom einbezahlten Kapital und den offenen Reserven ausmacht. Minimum 0,5%, Maximum 20%.

- b) Tarif für Selbsthilfegenossenschaften (mit kleiner Verzinsung) und Vereine (ohne wirtsch. Geschäftsbetriebe).
4,5% des steuerbaren Reinertrages.

Die Gemeinden Riehen und Bettingen besteuern die juristischen Personen nur, sofern sie ausserhalb des Kantons Baselstadt domiliziert sind und in Riehen oder Bettingen Erträge aus Liegenschaften beziehen.

5. Grundsätze der Steuerausscheidung

sind für die Ertragssteuer der juristischen Personen die gleichen, wie für die Einkommenssteuer der natürlichen Personen (s. S. 69).

Die baselstädtischen Landgemeinden erhalten 5/18 der Ertragssteuern der Gesellschaften, welche in ihrem Gebiet niedergelassen sind.

c) Vermögenssteuer.

An dritter Stelle in der Reihenfolge der Ergiebigkeit der Steuerquellen steht die Vermögenssteuer. Ihr Ertrag in einem bestimmten Gebiet hängt ab von:

1. Der Grösse des Volksvermögens dieses Gebietes oder einer ähnlichen, einheitlich gemessenen Grösse;
2. Der Verteilung des Volksvermögens oder der ähnlichen Grösse auf

die verschiedenen Steuersubjekte;

3. Den Grundsätzen der Veranlagung des steuerbaren Vermögens und ihren Unterschieden;
4. den sog. Sozialabzügen als Differenzen zwischen den veranlagten und den steuerbaren Vermögen;
5. Dem gesetzlichen Steuertarif und allfälligen Zuschlägen;
6. Den Grundsätzen für die Steuerauscheidung.

1. Die Grösse des Volksvermögens in unsern beiden Kantonen kennen wir nicht. Wir haben deshalb auf etwas anderes abzustellen und wählen als einheitliches Mass für das Vermögen der natürlichen Personen in unsern beiden Kantonen die Veranlagung zum Wehropfer vom 1. Jan. 1945.

Die Anzahl der potentiell Steuerpflichtigen nehmen wir wiederum für Baselstadt mit 94'000, für Baselland mit 46'400 an (vgl. S. 60). Von diesen hatten in Baselstadt 19'484, in Baselland 8'232 ein solches Vermögen, dass sie tatsächlich Wehropfer zu bezahlen hatten. Das gesamte Vermögen der 19'484 a) Steuerzahler von Baselstadt war am 1. Jan. 1945 1'758,688 Fr., dasjenige der 8'232 steuerzahlenden Landschäftler 518,438 Mio. Fr. Dazu kennen wir aus der Wehropferstatistik das nach den Grundsätzen des Wehropfers veranlagte Vermögen aller Wehrsteuerzahler, welche nicht auch Wehropferzahler waren. Es sind dies in Baselstadt 45'979 Leute mit einem Vermögen von 89,730 Mio. Fr., in Baselland 22'786 Leute mit einem Vermögen von 50,924 Mio. Fr. Es könnte nun, um das gesamte Vermögen nach den Grundsätzen des Wehropfers zu schätzen, noch eine Ergänzung für diejenigen zugefügt werden, welche weder wehrsteuer- noch wehropferpflichtig sind. Die Angaben über das Vermögen der Personen, welche zum vorneherein wissen, dass sie nicht steuerpflichtig werden, sind aber immer besonders unzuverlässig. Die Verschiedenheit der Kontrolle über solche Selbsteinschätzungen ist von Kanton zu Kanton besonders gross. Wir wählen deshalb eine Schätzungsmethode, welche grössere Genauigkeit verspricht⁶⁾. Ihre Ergebnisse sind die Reinvermögen, wie sie sich ergäben, wenn jeder-mann für sich und seine Angehörigen nach den Grundsätzen des Wehropfer-rechtes das Vermögen eingeschätzt hätte. Sie sind für

Baselstadt	Baselland	die Schweiz
1'920,982 Mio. Fr.	593,768 Mio. Fr.	30'902,776 Mio. Fr.

In dieser Vermögensberechnung der natürlichen Personen ist insbesondere fast gar nicht enthalten der Hausrat und das Betriebsinventar der Steuerpflichtigen. Gewisse Kategorien von Aktiven sind eher etwas geringer bewertet als es dem Verkehrswert entspräche. Was wir als Grundlage unserer Betrachtungen verwenden, ist also nicht eine Statistik über das Volksvermögen in den Händen der natürlichen Personen, es ist aber eine recht gute Zusammenstellung über das Reinvermögen. Ihre Besonderheiten werden wir weiter unten bei der Behandlung der Veranlagungsgrundsätze ersehen.

Sehr bemerkenswert ist der hohe Reinvermögenbestand in Baselstadt und der daneben recht bescheiden anmutende von Baselland. Nicht nur das grössere Bevölkerungskollektiv Baselstadts ist die Ursache dessen, son-

a) Ergebnisse der eidg. Wehrsteuer und des eidg. Wehropfers 1945. Hefte 188, 211, 195.

dern vor allem der grössere Vermögensdurchschnitt pro Kopf und pro Steuerpflichtiger.

Pro Kopf der Bevölkerung entfällt im Jahre 1945 in

Baselstadt	Baselland	Schweiz
10'950 Fr.	6'150 Fr.	7'020 Fr.

Pro Steuerpflichtiger entfällt im Jahre 1945 in

Baselstadt	Baselland	Schweiz
20'400 Fr.	12'800 Fr.	14'200 Fr.

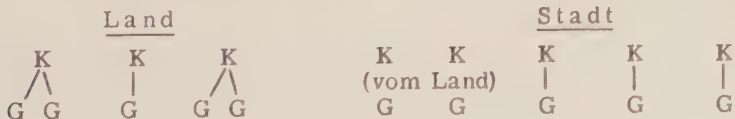
Beide Zahlengruppen zeigen einen ganz gewaltigen Unterschied auf in der Ausstattung mit Vermögen der Baselstädter und der Landschäftler. Baselstadt steht beinahe an der Spitze aller schweizerischen städtischen Gemeinwesen. Lediglich Zürich besitzt ein grösseres durchschnittliches Vermögen je Steuerpflichtigen (Stadt Zürich: 20'810 Fr.) als der Stadtkanton Basel. Allgemein stellt man zwei Tendenzen fest: Das Durchschnittsvermögen, oder wie wir dieses auch nennen, das Vermögensniveau, ist in den Städten bedeutend höher als auf dem Lande. Mit wachsender Grösse der städtischen Gemeinwesen nimmt im allgemeinen das Vermögensniveau zu. Vor allem zwei Ursachen dürften diesen markanten Unterschieden zu Grunde liegen:

1. Vermögen ist vielfach ererbt. In den Städten ist aber allgemein die Kinderzahl und, deshalb in den meisten Fällen, die Zahl der Erben kleiner als auf dem Lande. Sie ist im allgemeinen umso kleiner je grösser die Stadt ist ⁷⁾. Der Zug von Kindern des Landes in die Stadt bringt in einem gewissen zeitlichen Abstand einen Zug von Erbvermögen in gleicher Richtung mit sich.

Nehmen wir an, auf dem Lande und in der Stadt heirate 1840 je ein Pärchen.

1850 sind daraus zwei gesegnete Familien geworden. Diejenige auf dem Lande besitzt 5 Kinder, diejenige in der Stadt deren 3. Das Besitztum beider Familien ist je 15'000 Fr.

1880 sind die Eltern gestorben. Die Kinder haben ihr Vermögen zu gleichen Teilen geerbt. 2 der Kinder der Landeltern sind in die Stadt gezogen. Alle Kinder haben sich verheiratet und zwar mit Ehegefährten von Eltern mit genau gleichem Schicksal wie diejenigen unserer Pärchen von 1840 (für unsere weitere Betrachtung können wir leicht von den Komplikationen, welche sich daraus ergeben, absehen und nur mit je einem Elternteil und einer entsprechenden hälftigen Kinderzahl rechnen). Wie es dem Zuge dieser gesegneten Zeit entspricht, haben sich Grosskinder eingestellt, welche den Verlust der Grosseltern reichlich ersetzen. Unsere Personen und ihr Vermögen verteilen sich nun wie folgt auf Stadt und Land:



Das Vermögen ergab bei der Erbschaft Teile von je 3'000 Fr. Auf dem Lande verbleiben also insgesamt 9'000 Fr. Pro Kopf hat sich das Vermögen von 2'140 Fr. im Jahre 1850 auf 1'125 Fr. gesenkt.

Das Vermögen der Stadtfamilie ergab bei der Erbschaft Teile von je 5'000 Fr. Die Kinder vom Lande ererbten je 3'000 Fr. das ergibt ein Gesamtvermögen von 21'000 Fr. ein Durchschnittsvermögen von 2'100 Fr.

1910 sind die Eltern der 3. Generation (unsere K) gestorben. Ihre Kinder haben wiederum zu gleichen Teilen geerbt. Wiederum ist ein Teil ihrer Kinder vom Land in die Stadt gezogen. Unsere Grosskinder(G) sind Väter und Mütter geworden. Unsere Personen und das Vermögen verteilt sich wie folgt:

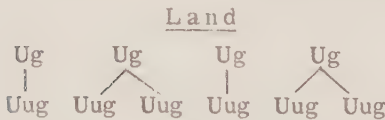


Das Vermögen hat sich bei der Erbschaft in Teile von 1'800 Fr. gespalten. 5'400 Fr. bleiben auf dem Lande. 3'600 Fr. fliessen in die Stadt. Bei einer Bevölkerung von 9 ergibt sich ein Vermögen von 600 Fr. pro Kopf.



Die städtische Bevölkerung hat sich auf 15 erhöht, das Gesamtvermögen auf 24'600. Pro Kopf beträgt es 1'640 Fr.

1940 sei die Generation, welche kurz vor 1880 geboren worden war, gestorben (diese Annahme ist natürlich nicht ganz wirklichkeitsgetreu; ohne etwas falsches hineinzubringen, vereinfacht sie aber unser Beispiel). Welches vorläufige Schlussbild ergibt sich nun für die Verteilung von Personen und Vermögen auf Stadt und Land?



Das Vermögen von 5'400 Fr. hat sich in 6 Teile von je 900 Fr. gespalten. 4 Teile oder 3'600 Fr. bleiben auf dem Land, 1'800 Fr. gelangten in die Stadt. Bei einer Bevölkerung von 10 ergibt sich noch ein Vermögensdurchschnitt von 360 Fr.



1'800 Fr. gelangten zusätzlich in die Stadt. Bei einer Gesamtbevölkerung von 21 und einem Gesamtvermögen von 25'400 Fr. ergibt sich ein Vermögensdurchschnitt von 1'256 Fr.

In verschiedener Hinsicht ist unser Beispiel nicht wirklichkeitsgetreu. Die Grössen der relativen Abwanderung und der relativen Zuwanderung sind etwas hoch gewählt. Immerhin erreicht aber der Wanderungsgewinn

von Baselstadt zwischen 1850 und 1880 gegen 20'000 a), das sind bezogen auf eine mittlere Bevölkerung von 47'000 rund 40%, zwischen 1880 und 1910 liegt der Satz bei einem Wanderungsgewinn von rund 38'000 Personen und einer mittleren Bevölkerung von rund 100'000 Personen nur wenig darunter. Zwischen 1910 und 1940 beträgt der auf die mittlere Bevölkerung bezogene Wanderungsgewinn (23'000 : 153'000) von Baselstadt noch 15%. Wenn wir also annehmen, dass die Menschen nicht nur ledigerweise, sondern in gewissen Fällen auch mit Kindern sich vom Lande in die Stadt begeben haben, so sind die Relationen in unserm Beispiel, was den Nettozuzug von Baselstadt anbelangt, also durchaus realistische. Hingegen können wir dies vom relativen Wanderungsverlust in Baselland nicht behaupten. Er beträgt zwischen 1880 und 1910 bei einem Wanderungsverlust von 5'100 Personen und einer mittleren Bevölkerung von 67'800 Personen nur 7,5% und verschwindet in den Jahren von 1910-1940 überhaupt vollständig. Die negative Wirkung unserer Faktoren im Gebiete Basellands ist also bedeutend schwächer als diejenige der Land-Seite im Beispiel; ausserdem erschöpft sie sich bei Beginn des ersten Weltkrieges. Die positive in Baselstadt ist aber kaum geringer als wir sie angenommen haben. Auch dann, wenn sich das Land die Bevölkerungsvermehrung gewissermassen selbst produziert, die Stadt ihren Zuschuss jedoch von anderswoher bezieht, herrscht die Tendenz zum Entstehen eines Gefälles in unserm Sinne.

Das Weitervererben einer gewissen gegebenen Vermögenssubstanz ist zweifellos ein wichtiges Faktum. Daneben dürfen wir aber nicht übersehen, dass Vermögen auch einer dauernden Umschichtung unterworfen ist. Der eine verbraucht Vermögen, oder es geht ihm verlustig; beim andern sammelt es sich wieder.

2. Vermögen bildet sich hauptsächlich aus arbeitslosem Einkommen. Die Grösse des arbeitslosen Einkommens ist aber abhängig vor allem von der Grösse des Vermögens selbst und von der Art, in der es festgelegt ist. Kapital des Handels und der Industrie wirft pro Einheit eine grössere Rate arbeitslosen Einkommens ab als solches in der Landwirtschaft. Städtischer und halbstädtischer Grundbesitz wuchs in den letzten Jahrzehnten zu sehr grossen Werten heran, während ländlicher nur im Rahmen der Geldentwertung stieg. Im Grunde genommen beruht dies einfach auf der Entwicklung der Industrie und des Handels und auf der Vergrösserung der Städte. Landwirtschaft und ländliche Bevölkerung entwickeln sich im Gegensatz dazu in ihrer grössenmässigen Ausdehnung nicht oder nur sehr schwach.

Die Landwirtschaft hat im weitem die Tendenz, einige wenige Produkte in schärfster Preiskonkurrenz anzubieten, während die Vielzahl der industriellen Produkte häufig in oligopol- oder monopolähnlicher Weise angeboten werden. Diese Tendenzen bestehen ganz unabhängig davon, ob Zusammenschlüsse und Preisfestsetzungen stattgefunden haben oder nicht. Solche sind ja gerade für den landwirtschaftlichen Sektor (Milch, Getreide!) der Schweiz charakteristisch. Sie korrigieren aber die Wirkungen der Grundtendenz nur bis zu einem niedrigen Grade. Im industriellen Sektor ergeben sich aber manche Möglichkeiten zum Angebot über Kostenpreisen und damit zur Vermögensbildung ohne entsprechenden Vermögensgrund-

a) Diese und die nächstfolgenden Zahlen lassen sich auf Grund der Angaben der Schweizerischen Statistik (Die Bewegung der Bevölkerung in der Schweiz, Hefte des eidg. statistischen Amtes Jge. 1879-1900 und Statistisches Jahrbuch der Schweiz Jg. 1944 S. 10, 109) schätzen.

stock. Wenn beispielsweise die Direktoren, welche in den beiden Basel wohnen, ein Berufseinkommen von durchschnittlich über 40'000 Fr. erzielen, so darf dieses nicht als reines Arbeitseinkommen betrachtet werden. Es ist ein Beispiel für arbeitsloses Einkommen, welches nicht Vermögensertrag darstellt, das aber wie dieser besonders im Bereiche grösserer Wirtschaftszentren ergiebig fliesst.

Elemente dieser Ursachen sind Kinderzahl und arbeitsloses Einkommen. Die Vermögensniveaus von Stadt und Land zeugen in ihrem Unterschied sichtbar von der Wirksamkeit dieser Elemente. In den Durchschnittsvermögen der einzelnen Erwerbsgruppen und ihren Unterschieden finden wir einen weitem Zeugen (vgl. Zusammenstellung über das "Durchschnittsvermögen je Wehrsteuerzahler am 1. Jan. 1945" im Angang). Mit beträchtlichen (z.B. dreifacher Betrag des Gesamtdurchschnittes und mehr) Vermögen ausgestattet sind nur Berufskategorien mit so hohen Einkommen, dass unmöglich alles Arbeitseinkommen sein kann. Auf die Dauer eines Jahres kann die Arbeitsleistung eines Menschen höchstens das Doppelte des (unter Menschen voller Leistungsfähigkeit und guten Willens) Ueblichen erreichen. Einkommen, welche den doppelten Betrag desjenigen eines Menschen voller Leistungsfähigkeit und guten Willens aber in "schlechter (wirtschaftlicher) Stellung" überschreiten, dürfen mit Bestimmtheit als teilweise ohne Arbeit gewonnen betrachtet werden, auch wenn sie nicht die Form des Vermögensertrages haben. In der grösseren Besetzung der Berufskategorien mit derartigen Einkommen in Baselstadt gegenüber derjenigen von Baselland finden wir noch eine indirekte Sonderwirkung unserer beiden Grundelemente auf das Vermögensniveau von Stadt und Land.

2. Wenn wir in der Analyse der Vermögensverteilung auf erstaunlich ungleichmässige Verteilungen stossen, und zwar in Stadt und Land, so ist der Finanzpolitiker sehr erfreut, weniger aber der Sozialpolitiker. Absolut gleichmässige Verteilung vorausgesetzt, wäre der Ertrag einer Steuer mit einem Tarif der fünften Teile der Ansätze des Wehroppers und den übrigen Gegebenheiten des Wehroppers in Baselstadt 3,44 Mio. Fr. a). Der Ertrag der gleichen Vermögenssteuer bei der Vermögensverteilung, wie sie Baselstadt tatsächlich besitzt, wäre aber 9,15 Mio. Fr. b). Dies ist ein gewaltiger Unterschied. Auch schon die Differenzen zwischen den Vermögensverteilungen, wie sie in der praktischen Wirklichkeit vorkommen, haben beträchtliche Ertragsunterschiede zur Folge. Als Beispiel diene der Vergleich zwischen Baselstadt und Baselland. Wäre das baselstädtische Gesamtvermögen so verteilt, wie es in Baselland tatsächlich ist, so würde eine Vermögenssteuer nach der Art der obigen nur einen Ertrag von 7,8 Mio. Fr. abwerfen. Der hohe Ertrag von 9,15 Mio. Fr. bei der tatsächlichen Verteilung ist also für den Finanzpolitiker sehr erfreulich. Weniger er-

a) Reinvermögen der 94'000 Steuerpflichtigen: 1'921 Mio. Fr. (Ø 20'400 Fr.)

Abzüge: Für Kinder von 2/3 der Steuerpflichtigen, d. h. für
ca. 22'000 Kinder à 2'000 Fr. 44 " "

für kleines Einkommen

ca. 30'000	à 20'000 Fr.	600	"	"
" 2'000	à 15'000 Fr.	30	"	"
" 5'000	à 10'000 Fr.	50	"	"
" 10'000	à 5'000 Fr.	50	"	"

Steuerbares Vermögen 1'147 Mio. Fr. (Ø 12'200 Fr.)

Steuersatz für Vermögen von 5'000 - 50'000 Fr.: 1,5% : 5 = 0,3%. Steuerertrag: 3,44 Mio. Fr.

b) "Allgemeines" insofern, als allen obigen Zwecken zugutekommend, ohne dass eine Aufteilung sinnvoll wäre.

freulich für den Sozialpolitiker ist aber die folgende Veranschaulichung dieser Vermögensverteilung.

80% des Reinvermögens gehört in Baselstadt nur 9,4% der Steuerpflichtigen, in Baselland sind immerhin noch 11,25% der Steuerpflichtigen an diesem Hauptteil des Vermögens beteiligt. Ein Prozent der Steuerpflichtigen verfügt in Baselstadt allein über 42% des Vermögens. Die übrigen 99% teilen sich in den Rest. In Baselland sind es immerhin nur 39,5% des Gesamtvermögens, über welche das reichste Prozent der Steuerpflichtigen verfügt. Die "bessern" 10% besitzen zusammen 82% des Vermögens in Baselstadt und 77,5% in Baselland.

Übersichtlich zusammengestellt und mit Vergleichsmöglichkeiten versehen, ergibt sich folgendes Bild:

	Kanton		Schweiz	Stadt Zürich
	BS	BL		
1% der Steuerpflichtigen besitzt % des Vermögens	42,0	39,3	38,0	47,0
10% der Steuerpflichtigen besitzen % des Vermögens	82,0	77,5	79,9	85,0
80% des Vermögens gehört % der Steuerpflichtigen	9,4	11,3	10,0	7,4

Es sind dies lediglich 3 Schnitte (gewissermassen 2 verschiedene Querschnitte und 1 Längsschnitt) durch die verschiedenen Vermögensverteilungen. Eine bessere Vorstellung der Verteilungen des Vermögens auf die Kollektive der Steuerpflichtigen gewinnen wir nach dem folgenden Bild: Nehmen wir an, wir stehen auf der Plattform eines hohen Turmes. Unter uns, auf einem riesigen Platz, drängt sich das Kollektiv der Steuerpflichtigen von Baselstadt. Jeder einzelne ist persönlich anwesend. Die Menge möchte aus einem wichtigen Grunde in den Turm hinein und drängt sich deshalb nach dessen Eingang. Da erscheint die Polizei auf dem Plan und schafft Ordnung. "Reiche nach vorne, ärmere zurück", tönt es. Gleichzeitig bildet sie zwei Kordons. An jeder Ecke des Einganges hält sich je ein Polizist. Ihre Kameraden drängen in den beiden geschlossenen Ketten die Menge alle gleich stark zurück. Diese weicht nach hinten und nach den Seiten; in ihrem Innern ist ein grosses Gewühl. Viele müssen nachhinten drängen, nur wenige können, dem Polizeibefehl gehorchend, sich vorwärts schaffen. - Was sehen wir, wenn die Polizei melden kann: "Ordnungsdienst beendet"? Die Menge hat eine Form angenommen, welche einem Vulkan von der Seite gesehen gleicht. Das hinterste Glied der Leute hat eine Breite von 32,5 km. Schon das zweithinterste ist aber nur noch 3,1 km breit. Das zehnte von hinten misst noch 320 m (die Breite eines Steuerpflichtigen ist mit 50 cm in die Rechnung eingegangen). Im hundertsten Gliede stehen noch ungefähr 7 Leute nebeneinander. Beim zweihundertsten stehen die meisten schon allein hintereinander, hie und da befinden sich noch zwei beieinander. Davor stehen noch 50 Menschen in Einerkolonne; die restlichen 146 haben sich in der Eingangshalle niedergelassen.

Ganz ähnlich, im verkleinerten Masstab, ist das Bild des basellandschaftlichen Kollektivs der Steuerzahler: Das hinterste Glied hat eine Aus-

dehnung von 17,2 km, das Glied davor noch eine solche von 1,20 km. Das zehnte ist noch 150 m breit; im hundertsten finden sich die Leute einzeln oder noch zu zweien. Davor stehen nur noch Einzelne. Je näher zum Eingang wir schauen, umso grösser sind die Lücken. 31 Leute warten bereits im Eingang. Nur das hinterste Glied ist mehr als halb so breit als beim stadtbaslerischen Kollektiv; alle andern erreichen diese Breite nicht.

Derjenige Steuerpflichtige aus Baselstadt, der von sich sagen kann, dass es ebensoviele Leute gibt, welche reicher sind als er, wie es Leute hat, welche ärmer sind als er, verfügt über ein Vermögen von 1'607 Fr. Es ist dies überraschend wenig. Aber, wie wir in der folgenden Charakterisierung der Vermögensverteilung in verschiedenen schweizerischen Gemeinwesen sehen werden, ist es noch eine der grössten Ausstattungen des "normalen" Steuerpflichtigen mit Vermögen.

	Kanton		Schweiz	Stadt		
	BS	BL		Zürich Fr.	Bern	Lausanne
1. Quartilwert a)	.	.	.	.	.	.
2. Quartilwert (Medianvermögen)	1'607	1'421	1'375	1'495	1'906	1'380
3. Quartilwert	7'670	5'750	4'200	7'452	11'710	4'500
Vermögen desjenigen, der gerade noch zu den reichsten 10% gehört	34'230	26'390	29'720	32'860	36'900	29'970
Vermögen desjenigen, der gerade noch zum reichsten % gehört	329'070	158'800	203'100	297'940	309'000	246'400
Konzentrationsindex	11,37	8,12	9,01	13,06	9,75	10,14
(Vermögensniveau)	(20'400)	(12'800)	(14'200)	(20'800)	(19'900)	(16'050)

Wir können feststellen, dass die Vermögensverteilung in Baselland gleichmässiger ist als in der Schweiz als Ganzes. Die ärmere Hälfte der basellandschaftlichen Steuerpflichtigen ist recht gut mit Vermögen ausgestattet, wenn man mit den allgemein schweizerischen Verhältnissen vergleicht. Das reichste Viertel der Steuerpflichtigen nennt aber relativ bescheidene Mittel sein Eigen. Nicht nur das Vermögensniveau, sondern auch die Konzentration des Vermögens ist in den Städten allgemein höher als im Landesmittel. Baselstadt zeichnet sich unter den Städten durch eine relativ hohe Konzentration aus. Die Anzahl der Millionäre ist in Baselstadt sehr gross (mehr als 2%o der Steuerpflichtigen). Im Gegensatz zur Stadt Zürich sind aber die Riesen unter den Millionären in Basel recht dünn gesäht. In Zürich verfügen die Millionäre über mehr als $\frac{1}{4}$ des Vermögens, in Baselstadt ist es immerhin "nur" etwas mehr als $\frac{1}{5}$. Die drei grössten Schweizerstädte zeichnen sich in ihrer Vermögensverteilung jede einzeln aus: Zürich durch die Mammutvermögen, Basel durch besonders viele Leute

a) Genaue Schätzungen sind für den 1. Quartilwert nicht möglich. Vermutlich liegt er in allen Gemeinwesen bei etwa 200 Fr.

mit Vermögen zwischen 500'000 Fr. und 5 Mio. Fr., Bern durch einen besonders starken Mittelstand, d. h. durch besonders viele Leute mit Vermögen von 5'000 bis 500'000 Fr.

Betrachten wir die Unterschiede in der Vermögensverteilung von Stadt und Landschaft Basel! Welches sind ihre Ursachen?

Eine haben wir schon kennen gelernt, als wir feststellten, dass Berufskategorien mit grossen Einkommen in Baselstadt stärker besetzt sind als in Baselland. Ueber die Beziehung zwischen Einkommensgrösse und Vermögensgrösse wirkt sich dies auch auf die Konzentration des Vermögens aus. Denken wir uns zwei Gebiete mit je zwei Kategorien von Steuerpflichtigen. Die Kategorie mit geringen Vermögen wie auch diejenige mit grossen Vermögen hat in beiden Gebieten gleiche Vermögensdurchschnitte aufzuweisen. In einem Gebiet ist aber die Kategorie (im Vergleich zum andern) mit einem geringen Vermögensdurchschnitt relativ schwach, diejenige mit einem hohen Vermögensdurchschnitt relativ stark besetzt. Es ist offensichtlich, dass in diesem Falle nicht nur das allgemeine Vermögensniveau dieses Gebietes, sondern auch die Vermögenskonzentration grösser ist als im andern. Das gleiche gilt für Mischungen von Steuerpflichtigen aus mehr als zwei Kategorien und auch dann, wenn die Durchschnitte der Vermögen je zwei entsprechender Kategorien nicht absolut gleich sind, sondern zur Hauptsache im gleichen Sinne voneinander abweichen.

Es sind aber weitere Ursachen vorhanden: Im allgemeinen gilt, dass je höher das Vermögensniveau, umso grösser die Vermögenskonzentration ist. 16 schweizerische Kantone beispielsweise haben bei einem überdurchschnittlichen Vermögensniveau einen überdurchschnittlichen mittleren Abstand, bei einem unterdurchschnittlichen Vermögensniveau einen unterdurchschnittlichen relativen mittleren Abstand vom Vermögensniveau aufzuweisen. Die Vermögensverhältnisse in 7 Kantonen entsprechen dieser Regel nicht. Wir haben es also lediglich mit einer Tendenz zu tun. (Vgl. "Vermögensniveau und gewogene mittlere Abweichung davon für alle Steuerpflichtigen der schweizerischen Kantone." Zusammenstellung im Anhang.)

Allgemein können wir feststellen, dass der Grundbesitz gleichmässiger unter die natürlichen Personen verteilt ist als die übrigen Aktiven. Rechnen wir sogar sämtliche grundpfandgesicherten Schulden vom Grundbesitz ab, so ergibt sich trotzdem eine bedeutend gleichmässigerere Verteilung als beim Reinvermögen als Ganzes:

Reinvermögensstufen (1000 Fr.)	Baselstadt			Baselland			Schweiz		
	(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)
0- 50	89,61	25,03	20,56	92,77	38,55	33,80	89,18	30,79	27,75
50-100	5,09	19,28	12,44	4,39	23,40	16,20	6,14	21,89	16,85
100-200	2,84	17,54	14,00	1,78	16,50	13,30	2,82	17,91	15,45
200-500	1,66	17,27	18,30	0,73	10,35	12,10	1,37	15,49	16,42
über 500	0,80	20,88	34,70	0,33	11,20	24,60	0,49	13,92	23,53
	(100)	(100)	(100)	(100)	(100)	(100)	(100)	(100)	(100)

(1) = Anzahl Wehrsteuer- oder Wehropferzahler in % aller Wehrsteuer- oder Wehropferzahler.

- (2) = Wehropferwert des Grundbesitzes abzüglich Wehropferwert der grundpfandgesicherten Schulden in % des schuldenfreien Grundbesitzes aller Wehrsteuer- oder Wehropferzahler.
- (3) = Reinvermögen (nach Wehropferrecht) in % des Reinvermögens aller Wehrsteuer- oder Wehropferzahler.

Berechnen wir die Konzentrationsindizes für den Grundbesitz und das gesamte Reinvermögen, so ergibt sich folgendes Bild:

Baselstadt		Baselland		Schweiz	
(2)	(3)	(2)	(3)	(2)	(3)
4,95	6,89	3,66	5,00	4,03	5,01

- (2) = Index der Konzentration des schuldenfreien Grundbesitzes.
- (3) = Index der Konzentration des gesamten Reinvermögens.

Baselland zeichnet sich durch eine besonders gleichmässige Verteilung des nichtverpfändeten Grundbesitzes aus. Die übrigen Vermögensteile sind hier aber umso ungleichmässiger verteilt, denn für die Gesamtheit der Vermögensteile ergibt sich eine Konzentration, die derjenigen der Schweiz im ganzen entspricht. Der Anteil des nichtverpfändeten Grundbesitzes am Reinvermögen ist in Baselstadt 22,8%, in Baselland 23,9%, in der Schweiz als Ganzes ebenfalls 23,9%. Er ist also in unsern Gemeinwesen fast gleich, und nur zu einem sehr geringen Teil ist die schwächere Konzentration des Vermögens in Baselland durch den höhern Anteil des überall wenig konzentrierten Grundvermögens bedingt.

Immerhin sind die Unterschiede in der Verteilung der Hauptvermögensformen recht bedeutungsvoll. Sie geben uns Anlass, auf der Suche nach den Ursachen der verschiedenen Vermögensverteilung die Steuerstatistik zu verlassen (es können hier kaum weitere Ergebnisse gewonnen werden), um sie im wirtschaftsgeschichtlichen Wissen fortzusetzen. Könnten wir feststellen, dass im Verlaufe der kapitalistischen Ära eine Vergrösserung der Vermögenskonzentration allgemein oder in unsern beiden Gemeinwesen stattgefunden hat, so läge die Vermutung nahe, dass unsere beiden Gemeinwesen im gewissen Sinne einfach in der kapitalistischen Entwicklung verschieden weit gediehen sind. Mit absoluter Sicherheit können wir unsere Vermutung durch die vorhandenen Statistiken nicht erhärten. Eine Vermögenssteuer in Baselstadt wurde erst 1866 eingeführt. Von vorher liegen allerhöchstens Schätzungen über den Gesamtbestand von Vermögen vor, u. a. eine aus dem Jahre 1820 von einem anonymen Schreiber, der wir entnehmen, dass das Vermögen in Baselstadt pro Person des Kollektivs, das wir später das Kollektiv der potentiell Steuerpflichtigen nennen, etwa 9'000 Fr. ausmacht. Die Steigerung dieser Masszahl bis zum ersten Jahre einer Vermögenstaxation, 1868, ist auch bei Berücksichtigung des Ueberganges von der alten zur neuen Währung so beträchtlich, dass wir annehmen dürfen, dass eine Erhöhung der Konzentration des Vermögens einhergegangen ist. Mit Bestimmtheit stellen wir eine Erhöhung der Konzentration des steuerpflichtigen Vermögens zwischen den Jahren 1868 und 1891 fest. Nach 1891, und besonders nach 1916 ist dann aber für die Konzentration des Vermögens in Baselstadt eine ausgeprägte Tendenz zum Sinken festzustellen, welche bis 1938 anhält. Für Baselland dürfen wir dagegen annehmen,

dass sich die Vermögensverhältnisse im 19. Jahrhundert nicht in gleicher Weise verändert haben. Wahrscheinlich hat sich auch hier im letzten Jahrhundert die Konzentration des Vermögens etwas erhöht. Sie ist aber 1915, dem ersten Zeitpunkt einer Steuerstatistik, so niedrig, dass es sich nicht um nennenswerte Veränderungen handeln kann. Nach 1925 beobachten wir im Kanton Baselland, ganz im Gegensatz zu den gleichzeitigen Veränderungen in Baselstadt oder in der Schweiz als Einheit, eine fast ständige Erhöhung der Konzentration. Wir finden also tatsächlich Anzeichen, dass im 19. Jahrhundert in Basel eine Konzentration des Vermögens stattgefunden hat, von der in Baselland nichts oder nur wenig zu verspüren ist. Seit 1925 können wir feststellen, dass sich die Differenz in der Konzentration des Vermögens zwischen Stadt und Land zu verringern beginnt. Einesteils dürfen wir diese Bewegung als ein Nachholen des Konzentrationsprozesses auf dem Lande, anderseits aber auch als Bewegung von vermöglichen natürlichen Personen, welche wirtschaftlich der Stadt angehören, auf das Land hinaus deuten.⁸⁾

3. Wenn bis jetzt von Reinvermögen geschrieben wurde, so war damit derjenige Betrag gemeint, der sich nach der Selbsteinschätzung und der Kontrolle durch die Steuerverwaltung in der Steuerdeklaration vom 1. Jan. 1945 als Reinvermögen ergab. Eingesetzt werden mussten alle Aktiven des Steuerpflichtigen, seiner Ehefrau und seiner Kinder unter 20 Jahren zum Verkehrswert, ausgenommen:

1. Grundstücke^{a)} (Berücksichtigung von Verkehrs- und Ertragswert.) Aus praktischen Gründen werden womöglich die kantonalen Schätzungen zu Hilfe gezogen. Für Baselland gilt: Alle Grundstücke sollen in der Regel mit 80% der kantonalen Schätzung bewertet werden ausser den Gemeinde- und Korporationswaldungen, welche zu 90% der kantonalen Schätzung eingestellt werden sollen.

In Baselland ist keine Benützung kantonaler Schätzung möglich. Deshalb gelten in jedem Einzelfall die allgemeinen Wehrobergergrundsätze der Grundstücksbewertung: Landwirtschaftliche Grundstücke (inkl. Gebäude zur Bewirtschaftung), d. h. solche, welche bei Kauf oder Uebernahme nach dem Bodenertrag bewertet würden, zum Ertragswert (zu 4% kapitalisierter Nettoertrag), nichtlandwirtschaftliche Grundstücke (alle andern) zu einem Mittel zwischen Ertrags- und Verkehrswert (Ertragswert, d. h. zu 6-7% kapitalisierter Rohertrag, gilt bei Mehrfamilienhäusern auch als Verkehrswert).

2. Viehhabe nach besonderer Viehbewertungstabelle: Mittel zwischen Nutz- und Verkehrswert.

3. Lebensversicherungen: Rückkaufswert.

4. Hausrat und Betriebsinventar: Nur der Wert, der 25'000 Fr. übersteigt, ist einzusetzen.

5. Anwartschaftliche Ansprüche aus nichtrückkaufsfähigen Le-

a) Der Begriff des Grundstücks wird hier im streng juristischen Sinn verwendet und enthält sowohl Gebäude als auch Liegenschaften. (Im gewöhnlichen Sprachgebrauch, sowie in der Amtssprache Basellands ist Liegenschaft der Oberbegriff, Gebäude und Grundstück sind die Unterbegriffe.)

bens- und Rentenversicherungen, sowie auf Leistungen als Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge (nicht als Arbeitnehmer): Hälfte der geleisteten Prämieinzahlungen und Kapitaleinlagen.

6. Anwartschaftliche Ansprüche von Arbeitnehmern auf Alters-, Invaliden- und Hinterlassenenfürsorge: Wenn möglich bare Abgangsentschädigung im Falle des freiwilligen Dienstaustrittes. Ist keine Abgangsentschädigung vorgesehen, werden die geleisteten Beiträge des Anwärters ohne Zins eingesetzt. Sind auch keine Beiträge geleistet worden, so ist eine Jahresleistung im Falle der Invalidität einzusetzen.
7. Kapitalwert laufender Leibrenten, Pensionen u. s. w. Je nach Lebensalter des Bezügers muss der 2-8 fache Betrag einer Jahresleistung eingesetzt werden. Wenn der Steuerpflichtige neben der Rente kein grosses Einkommen bezieht, hat er nicht die ganze Jahresleistung, sondern 2000 Fr. (wenn Unterhaltspflichten bestehen) oder 1000 Fr. (wenn keine solchen bestehen) weniger der Kapitalberechnung zu Grunde zu legen.

Alle Passiven zum Nominalwert.

In der Deklaration zur basellandschaftlichen kantonalen Vermögenssteuer ergibt sich das Reinvermögen durch Einsetzen aller Aktiven des Steuerpflichtigen, seiner Ehefrau und seiner Kinder, sowie alles Nutzniessungsgutes zum Verkehrswert, ausgenommen:

1. Grundstücke: Katasterwert. Dieser richtet sich nach dem Ertragswert bei landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich genutzten Liegenschaften ausserhalb des Baugebietes innerhalb des Baugebietes nach einem Mittelwert zwischen dem Ertrags- und Verkehrswert, für die andern Liegenschaften und sämtliche Gebäude nach dem Verkehrswert.
2. Lebensversicherungen: Rückkaufswert, wenn dieser 1000 Fr. übersteigt.
3. Hausrat: Ist nicht einzusetzen.
4. Betriebsinventar von Landwirtschafts-, Gewerbe- und Handelsbetrieben: Wert, der 5000 Fr. übersteigt.
5. Anwartschaftliche Ansprüche und Kapitalwerte laufender Renten sind nicht einzusetzen.

Aller Passiven zum Nominalwert.

Für die Vermögenssteuern der basellandschaftlichen Gemeinden werden oft die gleichen Veranlagungsgrundsätze benützt. Einzelne Gemeinden weichen ab bei den Lebensversicherungen und beim Betriebsinventar. In einem Teil der Gemeinden dürfen die Schulden nicht oder nur teilweise abgezogen werden.

Die Vermögenssteuern zugunsten der Armenkassen werden nach den Staatssteuerveranlagungen des Vorjahres bemessen. a)

a) §93 der Instruktion betr. Geschäftsführung der Armenpflegen vom 16. 2. 1940.

In Baselstadt werden, wie wir uns erinnern, alle Kapitalgewinne als Einkommen gerechnet, die Kapitalverluste gelten aber nur dann als negatives Einkommen, wenn sie realisiert werden. Charakteristisch bei der Bewertung der Vermögensobjekte ist es deshalb, dass hier besonders viel dem Ermessen des Steuerpflichtigen anheimgestellt ist. Das Reinvermögen ergibt sich hier durch Einsetzen

aller Aktiven zum Kaufpreis oder zu den Erstellungskosten oder nach Ermessen des Steuerpflichtigen, ausgenommen:

1. Lebensversicherungen: Rückkaufswert.
2. Hausrat: Ist nicht einzusetzen.
3. Betriebsinventar: Wert, der 10'000 Fr. übersteigt.
4. Anwartschaftliche Ansprüche auf Fürsorgeleistungen und Kapitalwerte laufender Renten sind nicht einzusetzen.

Die Steuerpflichtigen der Gemeinden Riehen und Bettingen haben in gleicher Weise Vermögenssteuern zu bezahlen wie die Einwohner Basels. Riehen erhebt keine eigene Vermögenssteuer, Bettingen hingegen eine Liegenschaftensteuer und eine Gebäudesteuer. Die erste wird nach der Fläche und der Nutzungsart der Liegenschaften, die zweite nach der Brandversicherungsschätzung der Gebäude bemessen.

4. Bei den kantonalen und den Gemeindevermögenssteuern wird die Steuer vom Betrag errechnet, wie er sich unter Beachtung der obigen Grundsätze ergibt, beim Wehropfer jedoch von einem Betrag, der in manchen Fällen um die Sozialabzüge geringer war:

Kinderabzug von 2000 Fr. für jedes Kind unter 18 Jahren oder jede unterstützungsbedürftige Person, wenn das wehrsteuerpflichtige Einkommen 4000 Fr. bei Ledigen oder 6000 Fr. bei Verheirateten nicht übersteigt.

Abzüge bei kleinen wehrsteuerpflichtigen Einkommen:

Einkommen von		Abzug
Ledigen	Verheirateten, Verwitweten, Geschiedenen	
Fr.	Fr.	Fr.
- 2000	- 3000	20'000
2000 - 2500	3000 - 3500	15'000
2500 - 3000	3500 - 4000	10'000
3000 - 3500	4000 - 4500	5'000

5. Steuertarife.

a) Wehropfer.

Das Wehropfer war nicht, wie die kantonalen Vermögenssteuern es sind, eine Ergänzungssteuer für fundiertes Einkommen. Es war als Sonderbeitrag der Vermögenden an die Rüstaufwendungen des Bundes gedacht. Damit es aus dem Vermögensertrag bezahlt werden konnte, wurde es in drei Raten fällig.

Befreit sind ledige Personen mit steuerbaren Vermögen unter 5'000 Fr., alle andern Personen mit steuerbaren Vermögen unter 10'000 Fr.

Steuerbares Vermögen (1000 Fr.)	Satz
5 - 50	1,5 %
50 - 200	1,50-1,80 (Erhöhung nach je 10'000 um 0,02%)
200 - 500	1,80-3,00 (Erhöhung nach je 10'000 um 0,04%)
500 - 1000	3,00-4,00 (Erhöhung nach je 20'000 um 0,04%)
1000 - 1250	4,00-4,50 (Erhöhung nach je 50'000 um 0,1 %)
über 1250	4,5 %

Steuerbeträge für steuerbare Vermögen, welche zwischen den Grenzen liegen, an welchen sich der Satz jeweils erhöht, ergeben sich durch Interpolation mit Hilfe der Steuerbeträge an diesen Grenzen. Das Vermögen wird zur Steuerberechnung auf Vielfache von 500 Fr. abgerundet.

b) Basellandschaftliche staatliche Vermögenssteuer.

Steuerfrei sind Personen mit Reinvermögen bis zu 3'000 Fr., Personen ohne ausreichendes Einkommen mit Reinvermögen bis zu 10'000 Fr., Witwen und Erwerbsunfähige ohne ausreichendes Einkommen mit Reinvermögen bis zu 20'000 Fr.

Steuerbares Vermögen (1000 Fr.)	Satz
3 - 20	1 ‰
20 - 40	1,25 ‰
40 - 60	1,5 ‰
60 - 80	1,85 ‰
80 - 100	2 ‰
100 - 150	2,4 ‰
150 - 300	2,75-3,25‰ (Erhöhung nach je 50'000 um 0,25‰)
300 - 500	3,5 -3,75‰ (Erhöhung nach je 100'000 um 0,25‰)
über 500	4 ‰

c) Vermögenssteuern der basellandsch. Gemeinden.

Sie werden nach Sätzen erhoben, wie sie alljährlich durch die Gemeindeversammlung beschlossen werden. Der Vermögenssteuersatz soll den 5. Teil des Einkommenssteuersatzes ausmachen. Die Steuerbefreiung ist oft wie bei der staatlichen Vermögenssteuer geregelt, oft auch weniger grosszügig. In manchen Gemeinden haben schon Personen mit Vermögen über 1000 Fr. Vermögenssteuern zu bezahlen. Die Steuersätze liegen je nach Gemeinde zwischen 2‰ und 6‰, meist bei ca. 4‰. Einzelne Gemeinden haben trotz Verbot progressive Vermögenssteuern eingeführt.

Die Sätze der Armenvermögenssteuern sollen ebenfalls den 5. Teil der Armeneinkommenssteuer ausmachen. Sie liegen in fast allen Gemeinden zwischen 0 und 2‰. Die Steuerbefreiung ist in manchen Gemeinden gleich wie bei der Vermögenssteuer des Staates, in gewissen gleich wie

bei der Gemeindevermögenssteuer, in einzelnen sogar speziell für die Armensteuer geregelt.

d) Baselstädtische staatliche Vermögenssteuer.

Steuerfrei sind Personen mit Vermögen unter 5000 Fr., Personen ohne ausreichenden Erwerb mit Vermögen unter 10'000 Fr., Witwen mit minderjährigen Kindern mit Vermögen unter 30'000 Fr., elternlose, minderjährige Kinder mit Vermögen unter 10'000 Fr.

Eine Steuererleichterung geniessen Kleinrentner mit Vermögen unter 200'000 Fr. und Einkommen von weniger als 3'000 Fr. (einer alleinstehenden Person) bzw. 5'000 Fr. (eines Rentners, der für Angehörige zur Hauptsache aufkommt) indem sich ihr Steuerbetrag um 50% ermässigt.

Der Steuertarif ist in einer vollständigen Beschreibung sehr umfangreich. Wir begnügen uns mit der Angabe von Steuersätzen für einige ausgewählte Vermögen.

Steuerbares Vermögen	Satz	Steuerbares Vermögen	Satz
5 - 15	1,2 ‰	140 - 160	3,28 ‰
15 - 20	1,4 ‰	180 - 200	3,86 ‰
20 - 30	1,64 ‰	350 - 400	5,02 ‰
30 - 40	1,69 ‰	900 - 1000	7,86 ‰
40 - 60	1,93 ‰	1000 - 2000	8,15 ‰
80 - 100	2,46 ‰	2000 - 3000	8,5 ‰
		über - 10000	8,8 ‰

e) Vermögenssteuern der baselstädtischen Gemeinden.

Nur Bettingen ergänzt seine recht bescheidene Einkommenssteuer durch eine Art Vermögenssteuer, welche speziell auf die dortigen landwirtschaftlichen Verhältnisse zugeschnitten ist. Ihr Tarif ist der folgende:

Jährlich	9 Rp.	pro Are Reben, Baumgärten, Bünden
"	8 Rp.	pro Are Matten, Acker, Wald
"	7 Rp.	pro Are Rüttenen und ähnlichem Land,
"	0,5 ‰	der Gebäudeversicherungsschätzung.

f. Welches sind für die Vermögenssteuern die Prinzipien der Steuerauscheidung?

h.) Beim Wehropfer fällt dem Wohnsitzkanton des Steuerpflichtigen zunächst ein ganzer Steuerbeitrag zu. Nach dem Abkommen der Finanzdirektoren wird (allerdings nicht für jeden Einzelfall) der Ertrag von Steuerobjekten, welcher nach den sogenannten Kollisionsnormen des Bundesgerichtes einem Kanton zukommen müsste, mit diesem verrechnet.

i.) Bei den kantonalen Vermögenssteuern hat der Steuerpflichtige sein ganzes Vermögen zu veranlagern, damit sein Steuersatz bestimmt werden kann. Jeder Kanton, welcher über ein einzelnes Vermögensobjekt die Steuerhoheit besitzt, hat aber das Recht zum Bezüge der Steuer für dieses Objekt. Der Wohnsitzkanton besitzt die Steuerhoheit über alle Vermögensobjekte eines Steuerpflichtigen, ausgenommen:

(Bundesgerichtliche Kollisionsnormen) a)

(Art des Vermögensobjektes)	(Hoheitskanton)
Unbewegliches Vermögen	Belegenheitskanton
Unbewegliches Betriebsvermögen	Belegenheitskanton
Geschäftsvermögen	Betriebsstättekanton
Beteiligung an Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft (auch stille Beteiligung)	Kanton des Sitzes der Verwaltung

c) Die obigen Kollisionsnormen gelten nicht nur zwischen Kantonen, sondern kraft kantonalen Rechtes auch zwischen den Gemeinden unserer beiden Basel. Eine Ausnahme bildet die basellandschaftliche Armensteuer. Für alle Landschäftler Bürger hat nicht die Wohngemeinde die Steuerhoheit über das Vermögen, sondern die Heimatgemeinde des Bürgers.

d) Kapitalsteuer.

Die vierte Haupteinnahmequelle ist die Besteuerung des Vermögens der juristischen Personen. Wie bei den natürlichen Personen, so können wir auch hier formulieren, dass es sich im Grunde nicht um eine besondere Belastung des Vermögens handelt, sondern um eine solche des Vermögensertrages. Diejenigen Einkommensteile, welche die Form des Ertrages juristischer Personen besitzen und zugleich Ertrag eines Vermögensobjektes der juristischen Person sind, sollen zusätzlich belastet werden. Diese Charakterisierung zeigt recht deutlich die Grenzen, innerhalb derer sich eine Besteuerung des Vermögens der juristischen Personen vernünftigerweise bewegen muss. Andererseits aber haben wir in Betracht zu ziehen, dass die juristischen Personen die Möglichkeit haben, ihr Vermögen auf einem gewissen Minimum zu halten oder über dieses Minimum hinaus Vermögen zu akkumulieren. Die Besteuerung des Vermögens der juristischen Personen hat die Bedeutung einer Bremse dieser Akkumulation in Form von Gesellschaftsvermögen. Diese Bremse ist umso notwendiger, als in der Besteuerung des Ertrages nach der Ertragsintensität ein Antrieb zur Zurückhaltung von Gesellschaftsvermögen besteht.

Betrachten wir eine bestimmte Besteuerung des Kapitals als gegeben, so ist massgebend für den Ertrag der Steuer, wieviel Reinvermögen von juristischen Personen einer gewissen Steuerhoheit unterliegt und wie sich dieses Reinvermögen auf die verschiedenen Formen und Klassen der Steuergesetzgebung für juristische Personen verteilt.

Wiederum erteilt uns die Wehroperstatistik die beste Auskunft darüber, obschon wir auch hier wissen müssen, dass viele Vermögen, welche in ihr einem unserer Kantone zugerechnet sind, nur teilweise der kantonalen Steuerhoheit unterstehen, während Vermögensteile anderer juristischer Personen unter die Steuerhoheit unserer Staatswesen fallen, in der Wehroperstatistik aber keine Rolle spielen. Für das Wehroper und die Statistik darüber ist der Ort der Geschäftsleitung allein massgebend, für die kantonale Besteuerung die Lage bestimmter Vermögensobjekte.

a) Eidg. Steuerverwaltung. Die Steuern der Schweiz, Basel 1950, I. Teil, allg. Uebersichten, Nr. 3 S. 12.

Halten wir zunächst einmal den Bestand an juristischen Personen, gegliedert nach Form und Branche und gekennzeichnet durch die Höhe des Vermögens, fest, wie wir ihn gemäss den Prinzipien des Wehroffiziers in Baselstadt und Baselland finden: ⁹⁾

	Baselstadt			Baselland		
	Anzahl	Reinver- mögen	Ø-Ver- mögen	Anzahl	Reinver- mögen	Ø-Ver- mögen
		(1000 Fr.)			(1000 Fr.)	
Aktiengesellschaften (auch Kdt. AG., GmbH)	1106	1'078'497	975	234	151'707	647
Industrie	365	562'261	1'540	134	101'627	758
Handel	332	103'308	312	31	11'541	372
Bank, Versicherung	20	165'640	8'280	6	15'219	2'540
Holding, Beteiligung	96	195'869	2'040	20	17'163	858
Gastgewerbe	8	1'514	189	2	190	95
Verkehr	70	33'857	484	10	4'925	492
Immobilien-gesell.	201	14'155	70	28	1'018	36
Andere Ges.	14	1'821	130	3	24	8
Genossenschaften	134	87'646	645	175	27'866	159
Landwirtschaft						
Käserei, Milch				69	1'434	20,8
Bezug und Absatz	1	50	50	21	366	17,4
Viehzucht	2	6	3	15	86	5,7
Obstverwertung				1	4	4
Alp, Weide						
Maschinen				1	26	26
Uebrig land. Gen.				3	60	20
Konsum	3	45'106	15'035	3	157	52,7
Finanz	2	18'491	9'245	12	896	74,7
Bau, Terrain	57	5'835	102	4	4'098	1'024
Elektrizität				37	20'344	550
Versicherung	8	7'074	885	4	318	79,5
Andere	61	11'084	182	5	77	15,4
Uebrig jur. Personen	876	62'256	71,1	439	28'416	64,8
Vereine	602	12'362	20,5	305	22'060	6,7
Stiftungen	241	46'021	191	60	15'104	252
Gemeinden				72	11'222	151
Allmend-korporationen	1	32	32			
Andere	32	3'841	120	2	30	15
Alle juristischen Personen	2116	1'228'399	580	848	207'989	250

Baselstadt ist sehr reich an juristischen Personen. Ihr Vermögen von 1,228 Milliarden Fr. entspricht in der Grössenordnung dem Vermögen der natürlichen Personen von Baselstadt von 1,921 Milliarden. In Baselland dagegen erreicht das Vermögen der juristischen Personen dasjenige der natürlichen nicht in annähernd gleicher Weise (208 Mio. Fr. : 594 Mio. Fr.). In einer geschlossenen Volkswirtschaft stellt das Vermögen der juristischen Personen denjenigen Teil des Vermögens der physischen Personen dar, welchen sie nicht für ihre eigene wirtschaftliche Tätigkeit ("auf ihren eigenen Namen") benutzen. In Baselstadt wären dies 64%, in Baselland 35% des Vermögens der natürlichen Personen (wenn die Bedingungen der geschlossenen Volkswirtschaften tatsächlich vorlägen.)

In Baselstadt gehören 5/6, in Baselland 3/4 des Reinvermögens juristischer Personen den Aktiengesellschaften an. Die Vereine und öffentlich-rechtlichen Körperschaften (welche von kantonaler Besteuerung ausgenommen sind) besitzen in Baselstadt und Baselland nur je rund 13 Mio. Fr. wehroffentliches Vermögen, ein Betrag also, den wir vernachlässigen dürfen. Der verbleibende Sechstel in Baselstadt ist hauptsächlich Vermögen von 241 Stiftungen, 3 Konsumgenossenschaften und 2 Finanzgenossenschaften. Der verbleibende Viertel in Baselland setzt sich hauptsächlich aus Vermögen von 2 Elektrizitätsgenossenschaften, 60 Stiftungen, sowie 1 Bau- und Terraingenossenschaft zusammen.

Das Verhältnis der Vermögen der juristischen Personen von Baselstadt zu demjenigen von Baselland ist sehr hoch. Es erreicht

	(BS)	(BL)
bei den Aktiengesellschaften	7,1	1
Genossenschaften	3,1	1
Vereinen	6,0	1
Stiftungen	3,0	1
bei den Gemeinden, Allmendkorporationen und übrigen juristischen Personen	0,35	1
Insgesamt	5,9	1

Immerhin ist das Gesamtvermögen der juristischen Personen von Baselland, ganz im Gegensatz zu demjenigen in Baselstadt oder in der Schweiz als Einheit, seit 1929 in grossem Wachstum begriffen.

So wie die Vermögensbesteuerung für juristische Personen oft ausgestaltet ist (z. B. gegenwärtig in Baselland), spielt nicht nur die Form und der Zweck einer Körperschaft eine Rolle zur Bestimmung des Steuersatzes, sondern auch die Grösse des einzelnen Reinvermögens. Wenn wir also im folgenden die Verteilung des Gesamtvermögens und der Körperschaften auf die einzelnen Vermögensstufen betrachten, so geschieht es deshalb, aber auch einfach um die Wirtschaftsstruktur unserer beiden Kantone, soweit sie für die Finanzwirtschaften von Belang ist, näher kennen zu lernen.

Verteilung des Vermögens der Aktiengesellschaften 9)

Vermögensstufen (1000 Fr.)	Baselstadt		Baselland	
	Anzahl	Vermögen (1000 Fr.)	Anzahl	Vermögen (1000 Fr.)
- 10	122	568	23	83
10 - 50	324	8'484	51	1'312
50 - 100	243	16'753	32	2'203
100 - 500	248	55'647	72	17'296
500 - 1'000	69	50'350	22	14'138
1'000 - 5'000	76	152'249	28	63'970
5'000 - 10'000	11	71'260	4	27'443
10'000 - 20'000	4	65'167	2	25'261
20'000 - 50'000	5	162'287		
50'000 und mehr	4	495'752		
	<u>1106</u>	<u>1'078'497</u>	<u>234</u>	<u>151'707</u>

Fast die Hälfte des Vermögens der Aktiengesellschaften von Baselstadt gehörte den 4 Gesellschaften mit mehr als 50 Mio. Fr. Reinvermögen. Die Konzentration ist sehr gross. Dabei steht sie 1945 nicht etwa auf einem Höchstpunkte. Es scheint vielmehr, dass das Vermögen der sehr grossen Gesellschaften (mit mehr als 50 Mio. Fr.) sowohl für Basel als auch für die Schweiz als Ganzes einen (vorläufigen) Tiefstand erreicht hat (vgl. Zusammenstellung der Vermögensverteilungen für juristische Personen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im Anhang).

Verteilung des Vermögens der Genossenschaften 9)

Vermögensstufen (1000 Fr.)	Baselstadt		Baselland	
	Anzahl	Vermögen (1000 Fr.)	Anzahl	Vermögen (1000 Fr.)
1 - 10	31	129	66	291
10 - 50	44	1'134	84	1'941
50 - 100	16	1'106	15	1'088
100 - 500	28	6'737	7	1'349
500 - 1'000	7	5'492		
1'000 und mehr	8	73'048		
	<u>134</u>	<u>87'646</u>	<u>175</u>	<u>27'866</u>

In Baselstadt wie auch in Baselland gehört das Vermögen der Genossenschaften also zum Grossteil einigen wenigen (in Baselstadt sind es 8, in Baselland 3).

Verteilung des Vermögens der übrigen juristischen Personen 9)
(Vereine, Stiftungen, Gemeinden, Allmendkorporationen, andere)

Vermögensstufen (1000 Fr.)	Baselstadt		Baselland	
	Anzahl	Vermögen (1000 Fr.)	Anzahl	Vermögen (1000 Fr.)
1 - 10	487	1'545	282	833
10 - 50	193	4'702	60	1'396
50 - 100	82	5'767	27	2'041
100 - 500	94	20'493 a)	59	14'658 b)
500 - 1'000	10	7'331 a)	9	5'927 b)
1'000 und mehr	10	22'418 a)	2	3'561 b)
	<u>867</u>	<u>62'256</u>	<u>439</u>	<u>28'416</u>

a) Fast alles Vermögen von Stiftungen.

b) Vor allem Stiftungsvermögen, daneben wahrscheinlich zu etwa
1/3 Gemeindevermögen

Gut 4/5 des Vermögens der übrigen juristischen Personen gehört in Stadt und Land solchen (es sind vor allem Stiftungen) welche mehr als 100'000 Fr. besitzen.

Wie wird sich die Verteilung des Vermögens der juristischen Personen entwickeln? Zur Beantwortung dieser Frage ist es vor allem wichtig zu wissen, wie sie sich in der letzten Vergangenheit entwickelt hat. Können wir auch hier wie bei den natürlichen Personen in Baselstadt seit Ende des letzten Jahrhunderts eine Abnahme, in Baselland dagegen eher eine Zunahme der Vermögenskonzentration feststellen? Unterlagen besitzen wir seit 1915. Für das vergangene 19. Jahrhundert können wir die Veränderungen des Vermögens der juristischen Personen und seiner Konzentration nur vermuten. Seit 1915 finden wir an Hand der eidgenössischen Steuerstatistiken über die Kriegssteuern und die Krisenabgabe sowie die beiden Wehr- opfer die gleiche Entwicklung der Konzentration des Vermögens der juristischen Personen wie bei den natürlichen Personen, nämlich eine Abnahme im allgemeinen und in Baselstadt, dagegen eher eine Zunahme in Baselland. Dies gilt für die juristischen Personen im allgemeinen, beruht aber lediglich auf einer entsprechenden Entwicklung der Konzentration des Vermögens der Aktiengesellschaften. Anders liegt es bei den Genossenschaften, bei welchen sich das Vermögen mehr und mehr auf einige wenige grosse konzentriert. In Baselstadt ist es die Folge einer starken vermögensmässigen Entwicklung einiger weniger grosser Genossenschaften ohne eine entsprechende Entwicklung bei den kleinen. In Baselland haben bei einer ebenfalls starken Entwicklung der grossen Genossenschaften die kleinen sogar abgenommen. (Vgl. Zusammenstellung "Vermögensverteilungen für juristische Personen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts" im Anhang).

Als Veranlagungsgrundsätze für die Kapitalsteuer gelten sinngemäss auch die bereits angeführten Regeln für die Veranlagung des Vermögens der natürlichen Personen und ihre Besonderheiten für Wehropfer und die beiden kantonalen Steuerhoheiten. Hinzu kommen noch einige Sonderregeln für die Kapitalsteuer, wie wir die Vermögenssteuer für juristische Personen auch

kurz nennen.

1. Wehropfer.

Steuerpflichtig sind Kapitalgesellschaften, Stiftungen, Vereine und öffentlich-rechtliche Körperschaften in dem Kanton, in dem sie ihren Sitz haben mit dem ganzen Reinvermögen. Ausgenommen sind nur wenige, namentlich aufgeführte juristische Personen (Art. 16 des Wehrsteuerbeschlusses) deren Vermögen nur öffentlichen Zwecken dient, Stiftungen nach Art. 80 f. ZGB deren Vermögen der Wohlfahrt der Belegschaft gewidmet ist, sowie Arbeitslosen-, Kranken- und Altersversicherungskassen. Das Vermögen öffentlich-rechtlicher oder anderer Körperschaften ist nicht steuerpflichtig sofern es öffentlichen oder gemeinnützigen Zwecken dient. Nicht einbezahltes Kapital von Aktiengesellschaften oder Genossenschaften zählt nicht als Aktivum der juristischen Person.

2. Baselstadt.

Steuerpflichtig sind juristische Personen, welche ein nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben, soweit ihr Vermögen der baselstädtischen Steuerhoheit unterliegt. Befreit sind ausser den vom Wehropfer befreiten juristischen Personen die Gemeinden. Auch das nicht einbezahlte Kapital von Aktiengesellschaften und Genossenschaften ist steuerpflichtig, allerdings zu besondern Sätzen. Stille Reserven sind nicht zu veranlagen.

3. Baselland.

Der basellandschaftlichen staatlichen Vermögenssteuer unterliegen alle juristischen Personen soweit ihr Vermögen unter die basellandschaftliche Steuerhoheit fällt. Von der Steuerpflicht befreit sind ausser den vom Wehropfer befreiten: Staatlich konzessionierte Unternehmungen, in deren Konzession die Steuerbefreiung vorgesehen ist, Vereine mit ideellen Zwecken.

Die basellandschaftlichen Gemeinden können nur solche juristischen Personen besteuern, welche auch staatssteuerpflichtig sind. Im übrigen können sie die Veranlagungsgrundsätze selbständig bestimmen; lediglich vorgeschrieben ist die Zulässigkeit des Abzuges von andern als Hypothekarschulden bei juristischen Personen. Armensteuerpflichtig ist nur das Grundvermögen.

Das Wehropfer kennt für die Besteuerung des Vermögens der juristischen Personen nur einen Satz:

1,5 % des reinen Vermögens.

Für inländische Gesellschaften oder Genossenschaften, welche mit mindestens 20% oder mit mindestens 2 Mio. Fr. am Grund- oder Stammkapital anderer Gesellschaften oder Genossenschaften beteiligt sind, ermässigt sich die Steuer um den Betrag, der dem Verhältnis von diesem Beteiligungsvermögen zum ganzen Vermögen entspricht.

In Baselstadt werden für juristische Personen dreierlei Steuersätze angewendet:

a) Vermögenssteuer für Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften, G. m. b. H. (ohne Holdinggesellschaften), Genossenschaften, Vereine mit Geschäftsbetrieben:

3,5 % vom einbezahlten Kapital und den offenen Reserven:

0,875% vom nicht einbezahlten Kapital.

b) Vermögenssteuer für Holdinggesellschaften:

- 1 ‰ vom einbezahlten Kapital und den offenen Reserven;
0,25‰ vom nicht einbezahlten Kapital.

c) Vermögenssteuer für Stiftungen und übrige juristische Personen:

Tarif der Vermögenssteuer für natürliche Personen:

- 1,2‰ - 8,8‰ je nach der Höhe des Vermögens.

Die Gemeinde Riehen erhebt keine Vermögenssteuer, die Gemeinde Bettingen wie für natürliche Personen ihre Liegenschafts- und Gebäudesteuer von 7 - 9 Rp. pro Are bzw. 0,5‰ der Gebäudeversicherungsschätzung.

In Baselland werden für juristische Personen bei der Staatsvermögenssteuer fünferlei Tarife, dazu noch Ausnahmetarife angewendet:

a) Vermögenssteuer für Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften, G. m. b. H., Erwerbsgenossenschaften.

Reinvermögensstufen Fr.	Steuer vom Reinvermögen	Steuer vom nicht einbezahlten Kapital
- 200'000	1,92‰	0,96‰
200'000 - 500'000	2,4 ‰	1,2 ‰
500'000 - 1'000'000	2,74‰	1,37‰
über 1'000'000	3,2 ‰	1,6 ‰

b) Vermögenssteuer für Holdinggesellschaften:

- 0,8 ‰ vom einbezahlten Kapital
0,4 ‰ vom nicht einbezahlten Kapital.

c) Vermögenssteuer für Selbsthilfegenossenschaften, Vereine mit wirtschaftlichen Zwecken:

Reinvermögensstufen Fr.	Steuer vom Reinvermögen	Steuer vom nicht einbezahlten Kapital
100'000	1,2 ‰	0,6 ‰
100'000 - 200'000	1,4 ‰	0,7 ‰
200'000 - 300'000	1,6 ‰	0,8 ‰
300'000 - 400'000	1,9 ‰	0,95‰
400'000 - 500'000	2,2 ‰	1,1 ‰
über 500'000	2,5 ‰	1,25‰

Vereine mit wirtschaftlichen Zwecken bezahlen noch 60% Zuschlagsteuer.

d) Vermögenssteuer für Bürgergemeinden:

- 2/3 der Sätze gemäss Tarif für natürliche Personen, d. h.
0,66‰ - 2,66‰ je nach Vermögensgrösse.

e) Stiftungen und öffentlich-rechtliche Körperschaften noch nicht erwähnter Form:

- Vermögenssteuer gemäss Tarif für natürliche Personen, d. h.
1 ‰ - 4 ‰ je nach Vermögensgrösse.

- f) Für neu ansiedelnde Industrien und Domizilgesellschaften werden durch Verhandlungen zwischen Staat und Gemeinden Ausnahmetarife festgesetzt.

Die basellandschaftlichen Gemeinden erheben die Vermögenssteuer für juristische Personen zu den gleichen Sätzen wie bei den natürlichen Personen. Bei Holdinggesellschaften, Domizilgesellschaften und neu ansiedelnden Industrien beschränken sie sich auf die gleiche Steuer wie der Staat sie für sich berechnet.

Die Prinzipien der Steuerauscheidung sind diejenigen, welche im Abschnitt über die Vermögenssteuer der natürlichen Personen festgehalten worden sind, mit dem Unterschied, dass nicht der Wohnsitz, sondern der Sitz die Steuerpflicht an einem bestimmten Orte begründet. Die baselstädtischen Landgemeinden erhalten 2/7 der Kapitalsteuern der anonymen Erwerbsgesellschaften, welche in ihrem Gebiet niedergelassen sind (Teuerungsausgleichsgesetz § 8).

e) Die Liegenschaftsgewinnsteuer Basellands.

Bei einem Vergleich der Einnahmequellen unserer beiden Basel müssen wir bedenken, dass Liegenschaftsgewinne in Baselstadt mit dem übrigen Einkommen der natürlichen Personen bzw. mit dem übrigen Reinertrag der juristischen Personen zusammen veranlagt werden, während diese Einkommensform bei einer Grösse von mehr als 500 Fr. in Baselland einer besondern Steuer, eben der Liegenschaftsgewinnsteuer, unterliegt.

Ihrer Natur gemäss ist sie im Ertrag sehr schwankend. Die Liegenschaften unseres Kantons erfahren recht massive Preissteigerungen durch die verschiedenen Wellen von Geldentwertungen und durch den Wechsel in der Nutzung (landwirtschaftliche Nutzung - industrielle Nutzung oder Nutzung als Wohnsitz). Schon die Preisveränderungen treten also nur zeitweise oder doch stossweise auf. Gleiches können wir von der zweiten Bedingung behaupten, welche erfüllt sein muss, dass Liegenschaftsgewinnsteuer fliesst: eine hohe Kaufs- und Verkaufsfreudigkeit. Fast 5% des gesamten Liegenschaftsbestandes wechselten im Hochkonjunkturjahr 1947 durch Kauf oder Tausch den Eigentümer. In den Krisenjahren der Dreissigerjahre waren es nur zwischen 1 und 2%. Der gesamte Liegenschaftsgewinn (Summe der Differenzen zwischen Verkaufspreisen und Erwerbspreisen bzw. Katasterschätzungen 9 Jahre vorher) bewegt sich ebenfalls innerhalb weiter Grenzen. Im Zeitraum 1930-1949 erreicht er 1938 ein Minimum von 17% der Summe der Verkaufswerte (von den Kriegsjahren sehen wir ab). 1948 steht er auf einem Maximum von 33%. Zu diesen beiden Bewegungen hinzu kommt die dritte: diejenige des durchschnittlichen Steuersatzes (Verhältnis zwischen steuerpflichtigem Gewinn und Ertrag der Liegenschaftsgewinnsteuer). Beispielsweise 1936 steht dieser auf nur 5%, 1948 dagegen zwischen 8 und 9%. Halten wir das Bild der Erfahrung über die Erträge der Liegenschaftsgewinnsteuer und ihrer Bestimmungsgrössen fest! a)

Jahr	Handänderungen		Bruttoliegen- schaftsgewinn (Mio. Fr.)	Steuerertrag (50% Staatsanteil) (1000 Fr.)
	Anzahl	Mio. Fr.		
1930	1748	20,9	4,45	101
1931	1680	24,0	6,50	198
1932	1463	19,2	4,97	117
1933	1428	20,2	5,78	157
1934	1535	16,1	4,90	130
1935	1400	14,1	3,52	87,9
1936	1418	10,3	2,14	42,6
1937	1321	10,1	1,86	53,4
1938	1356	11,1	1,93	43,6
1939	912	7,54	2,14	31,1
1940	910	7,23	1,69	25,8
1941	954	11,7	1,78	41,3
1942	1180	14,7	2,10	60,5
1943	1262	20,1	3,46	93,0
1944	1187	15,1	2,47	60,0
1945	1519	24,6	5,36	182
1946	1870	33,6	8,36	256
1947	1784	41,7	12,42	423
1948	1561	26,6	8,82	313
1949	1782	32,1	10,06	342

Veranlagungsgrundsätze der Liegenschaftsgewinnsteuer.

Steuerpflichtig ist der Veräusserer der Liegenschaft, auf der ein Gewinn von mindestens 500 Fr. erzielt wird. Als Liegenschaftsgewinn gilt die Differenz zwischen Veräusserungspreis und Erwerbspreis. Liegt der Erwerb mehr als 9 Jahre zurück, so wird an Stelle des Erwerbspreises die Katasterschätzung, die 9 Jahre vor der Veräusserung Geltung hatte zur Ermittlung der Differenz verwendet. Vom Bruttogewinn können zur Bestimmung des steuerbaren Gewinnes abgezogen werden:

die Handänderungsgebühren,

höchstens 2 % des Veräusserungspreises als Verkaufsunkosten,

wertvermehrnde Aufwendungen, soweit diese in einer Erhöhung der Katasterschätzung zum Ausdruck kommen,

Entschädigungen für Inkonvenienzen bei Enteignungen.

Tarif der Liegenschaftsgewinnsteuer.

(1-20%) Doppelte Ansätze der Einkommenssteuer für natürliche Personen

mit Zuschlägen	je nach Besitzesdauer	(max. Ansatz)
100 %	- 2 Jahre	20 %
50 %	2 - 10 Jahre	20 %
-	über 10 Jahre	10 %

Steuerausscheidungsgrundsätze.

Derjenigen Gemeinde, in deren Gebiet die veräusserte Liegenschaft sich befindet, wird vom Staat die Hälfte jedes Liegenschaftsgewinnsteuerbetrages zugeführt.

f) Mit den Einkommens- und Vermögenssteuern für natürliche und juristische Personen haben wir die mächtigsten Einnahmequellen unserer beiden Staatswesen besprochen. Wir haben für 1948 den Bedarf an Steuermiteln von Baselstadt mit 100,5 Mio. Fr., denjenigen von Baselland mit 33,04 Mio. Fr. errechnet (inkl. Vermögensvermehrung). 74,0 Mio. Fr. in Baselstadt, 27,5 Mio. Fr. in Baselland, dieses Gesamtbedarfes sind durch die Mittel der beschriebenen Haupteinnahmequellen gedeckt. Halten wir sie und ihre Erträge ^{a)} pro 1948 noch einmal fest:

(Mio. Fr.)

Baselstadt	74,0
Staatliche Einkommenssteuer für natürliche Personen	48,8
" Ertragssteuer für juristische Personen	12,6
" Vermögenssteuer für natürliche Personen	7,9
" Kapitalsteuer für juristische Personen	3,3
Gemeinde-Einkommenssteuern	1,3
" -Ertragssteueranteil	0,004
" -Vermögenssteuer (Liegensch., Gebäudesteuer)	0,004
Baselland	27,5
Staatliche Einkommenssteuer für natürliche Personen	10,0
" Ertragssteuer für juristische Personen	2,2
" Vermögenssteuer für natürliche Personen	2,3
" Kapitalsteuer für juristische Personen	0,6
Gemeinde-Einkommenssteuer für natürliche Personen	5,5
" -Ertragssteuer für juristische Personen	0,4
" -Vermögenssteuer für natürliche Personen	3,3
" -Kapitalsteuer für juristische Personen	1,2
Liegenschaftsgewinnsteuer Gemeindeanteil	0,3
" Staatsanteil	0,3
Armen-Einkommenssteuern für natürliche Personen	0,75
" -Grundertragssteuer für juristische Personen	0,02
" -Vermögenssteuer für natürliche Personen	0,55
" -Grundvermögenssteuer für juristische Personen	0,08

2. Erträge gemeinwirtschaftlicher Betriebe.

Halten wir zunächst fest, welche Betriebe im Jahre 1948 Teile ihrer Erträge an die Finanzhaushalte abliefern:

a) Gemäss Staats- und Gemeinderrechnungen. In Baselland erfolgte die Unterteilung nach den einzelnen Quellen schätzungsweise auf Grund von Angaben im Amtsbericht pro 1948 S. 17-28 und der Statistik über die Staatssteuereinschätzung der Jahre 1936, 43, 45 und 47, Liestal 1949.

	Baselstadt (Mio. Fr.)	Baselland
Elektrizitätswerk	6,00	
Kantonalbank	2,70	0,60
Materiallagerplätze Dreispitz	0,03	
a)	8,73	0,60

Nicht inbegriffen sind in den obigen abgelieferten Erträgen die Zinsleistungen, welche von den angeführten Betrieben und einigen andern je nach Höhe des Dotationskapitals zu ganz beträchtlichen Sätzen an die Staatskassen geleistet werden.

Wie haben wir die obigen abgelieferten Erträge aufzufassen?

1. Einen Teil dürfen wir als Unternehmergewinn betrachten. Die Verzinsung des Dotationskapitals ist konstant. In Analogie zu den Erscheinungen in der privaten Sphäre der Wirtschaft dürfen wir die Differenz zwischen einer etwa 5-prozentigen Verzinsung des Dotationskapitals und der tatsächlichen als ausgeschütteten Unternehmergewinn bezeichnen.
2. Einen zweiten Teil dürfen wir als eine Art pauschale Steuerabfindung betrachten.
3. Den übrig bleibenden letzten Teil haben wir als Monopolgewinn zu bezeichnen. Unsere gemeinwirtschaftlichen Betriebe besitzen ja ausnahmslos eine mehr oder weniger starke monopolistische oder oligopolistische Angebotsposition. Die Tatsache, dass einerseits die ganze Bevölkerung oder zumindest grosse Teile davon zu ihren Nachfragern gehören und dass anderseits ihre Erträge in die öffentlichen Haushalte eingehen, führt uns dazu, diesen letzten Teil auch als Ergebnis einer Art indirekten Besteuerung zu bezeichnen.

Wie verhalten sich diese einzelnen Teile bei unsern gemeinwirtschaftlichen Betrieben?

Das Elektrizitätswerk verfügt 1948 über Betriebseinnahmen von 24,3 Mio. Fr. b). 22,4 Mio. Fr. rühren vom Energieverkauf her. An Energie wurde 1948

bezogen	467,1	Mio. KWh.	zu durchschnittlich	1,65 Rp. pro KWh,
abgegeben	42,2	" "	nach Lichttarif zu Ø	21,00 Rp. " "
	130,7	" "	Krafttarif zu Ø	4,80 Rp. " "
	153,9	" "	Wärmearif zu Ø	3,70 Rp. " "
	98,4	" "	Restenenergie und an andere Werke zu Ø	2,02 Rp. " "
	(41,9)	" "	Verlust, Eigenverbrauch	

Die Energieabgabe zu	Lichttarif brachte also	8,85 Mio. Fr.
diejenige zu	Krafttarif	6,27 " "
" zu	Wärmearif	5,70 " "
und die Abgabe von	Restenenergie und an andere Werke	1,98 " "
	Insgesamt	22,8 Mio. Fr. ein.

a) Die Erträge der Wasserwerke der verschiedenen Gemeinwesen finden sich einheitlich in der Zweckgruppe "Löschwesen und Wasserversorgung".

b) Diese und die nächstfolgenden Zahlen basieren auf Angaben des statistischen Jahrbuches von Baselstadt Jg. 1948.

Aus den Durchschnittspreisen und aus der Grösse des Lichtenergieumsatzes können wir ermeszen, wie sehr die ganze Bevölkerung an das Zustandekommen des Ertrages des Elektrizitätswerkes beiträgt.

Wieviel von den 6.Mio. Fr., welche das Elektrizitätswerk der baselstädtischen Staatskasse ablieferte, dürfen wir als Unternehmergewinn, wieviel als eine Art pauschale Steuerabfindung und wieviel als Monopolgewinn oder als eine Art indirekte Besteuerung auffassen?

1. Die Schuld des Elektrizitätswerkes an die Staatskasse ist äusserst gering. Sie beträgt Ende 1947 508'000 Fr. Ihre Verzinsung zu 5,25% überschreitet die Schwelle von 5% des Dotationskapitals, welche wir zur Begrenzung des Unternehmergewinnes festsetzten. Sonstige Verbindlichkeiten hat das Elektrizitätswerk keine. In der privaten Wirtschaft kommt es vor, dass Unternehmergewinne von mehr als 5% in Perioden von der Länge nur eines Jahres durchaus angemessen sein können. Haben wir es 1948 beim Elektrizitätswerk mit einem solchen Ausnahmefall zu tun? Wohl kaum. Die Summe der Aufwendungen zur Akkumulation geldwerter Aktiven beträgt seit 1899 52,6 Mio. Fr. Schätzen wir den heutigen Wert halb so gross ein, er bleibt dennoch in einer ganz andern Grössenordnung als der Betrag, den das Elektrizitätswerk der Staatskasse schuldet. Seit 1905 wurden so grosse Ueberschüsse erzielt, dass immer davon an die Staatskasse abgeliefert werden konnte. Seit 1919 überschreiten die Ertragsanteile die Millionengrenze. Es wird in der Zukunft der nächsten Jahrzehnte kaum eine bessere oder billigere Art der Energieerzeugung und -verteilung als diejenige mit Hilfe der bestehenden Wasserkraftwerke und Verteilungsanlagen möglich werden. Der Bedarf an elektrischer Energie wird in nächster Zukunft kaum kleiner werden. Soweit wir also sehen, entdecken wir nichts, das einen höhern Unternehmergewinn als 5% des Dotationskapitals rechtfertigen könnte. Die Verzinsung des Dotationskapitals ist also mehr als genügend, und wir haben auf keinen Fall etwas vom Reinertrag, der an die Staatskasse abgeliefert wurde, als Unternehmergewinn zu betrachten.

2. Wieviel haben wir aber davon als eine Art pauschale Steuerabfindung aufzufassen? Wir bestimmen, was eine steuerpflichtige juristische Person in der Form einer Aktiengesellschaft mit dem Vermögen und dem Ertrag des baselstädtischen Elektrizitätswerkes gemäss dem geltenden Steuerrecht zugunsten des Kantons und des Bundes^{a)} an Ertrags- und Kapitalsteuern zu bezahlen hätte. Kapital und offene Reserven werden auf Ende 1948 mit 26 Mio. Fr. ausgewiesen. Die stillen Reserven, welche bei der gegebenen Ertragsbesteuerung nach der Intensität für die Steuerbilanz eines Unternehmens wie des baselstädtischen Elektrizitätswerkes sehr stark herangezogen würden (um die steuerliche Ertragsintensität zu senken), nehmen wir mit 20 Mio. Fr. an. Dies ist tatsächlich viel, schätzte doch Haitz^{b)} beispielsweise das Vermögen des Elektrizitätswerkes auf Ende 1947 mit 35 Mio. Fr. ein. Bei der Einschätzung des Ertrages haben wir zu berücksichtigen, dass unser Unternehmen schon im laufenden Jahre Steuern zu bezahlen gehabt hätte, wenn es steuerpflichtig wäre. Nehmen wir diesen Steuerbetrag mit 1,5 Mio. Fr. an und schätzen wir den verbleibenden Er-

a) Der Bund verzichtet bei der Wehrsteuer auf eine Belastung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe, um die kantonalen Fiskalen zu begünstigen. Es genügt dies, die eidg. direkten Steuern mitzurechnen. Ausserdem steht aber den Kantonen 30% des Steuerertrages zur Verfügung.

b) "Der Finanzhaushalt von Baselstadt". Diss. Basel 1950.

trag auf 7 Mio. Fr. Gemäss einer Taxation vom 1. 1. 1949 würde also unser Unternehmen das folgende schulden:

Staats-Ertragssteuer	$(\frac{7}{46} + r) \frac{9}{10}$ 7 Mio. Fr.)	978'000 Fr.
Staats-Kapitalsteuer	(3,5 ‰ v. 46 Mio. Fr.)	162'000 Fr.
Wehr-Ertragssteuer	$(\frac{7}{46} \cdot \frac{7,5}{10} \cdot 7 \text{ Mio. Fr.})$	800'000 Fr.
Wehr-Kapitalsteuer	(0,75 ‰ v. 46 Mio. Fr.)	34'600 Fr.
Insgesamt		<u>1'974'600 Fr.</u>

(r = Ergänzung auf $\frac{1}{2} \%$ (gesetzliche Rundungsvorschrift).)

3. Als Monopolgewinn oder eine Art Besteuerung der Elektrizität haben wir also den Hauptteil der Ertragsablieferung, 4 Mio. Fr., zu betrachten. Diese Quasi-Besteuerung bringt einen Betrag ein, der $\frac{1}{12}$ des Ertrages der Einkommenssteuer entspricht. Wir dürfen annehmen, dass alle Leute ungefähr gleichviel an diesen Hauptteil des Reinertrages beitragen. Die grössten Einnahmen bringen die Stromverkäufe zum Lichttarif. Es mag sein, dass der Reiche mehr Zimmer zu beleuchten hat; der Arme besitzt aber im allgemeinen dunklere Räume und hat deshalb länger elektrisch zu beleuchten.

Bei Vergleichen über die Steuerbefreiungsgrenzen und die Progression der Einkommenssteuer müssen wir diese baselstädtische Ergänzung im Hintergrund stets im Auge behalten. Nehmen wir an, die Steuerpflichtigen tragen gleichmässig an den Reinertrag des Elektrizitätswerkes bei, so ergibt sich, wenn wir die obigen 4 Mio. Fr. und 100'000 Steuerpflichtige zu Grunde legen, eine "Elektrizitätssteuer" von 40.- Fr. im Jahr. Die Belastung jemandes, der beispielsweise 5'000 Fr. als Einkommen bezieht, ist also nicht nur 2,64%, sondern etwa 3,5%. Auch derjenige, der ein Einkommen erarbeitet, das die steuerfreie Grenze nicht erreicht, bezahlt in Basel - zum Teil über den Umweg des Vermieters - diese Art Steuer. Auf sehr bequeme Art leistet auch der Hotelgast so einen kleinen steuerlichen Beitrag an Basel. Die Elektrizität nimmt heute in Baselstadt diejenige Stellung ein, die früher eine zeitlang das Salz inne gehabt hat. Diese Art der Besteuerung ist eine recht geschickte Methode, jedermann zu einem Beitrag an die Staatsaufgaben heranzuziehen - auch diejenigen, für die sich eine Rechnungsstellung für Einkommens- und Vermögenssteuern nicht lohnt - und zugleich den Staat von vermeidbarer Arbeit freizuhalten. Ihre nachteilige Kehrseite werden wir noch kennen lernen.

Bei den beiden Kantonalbanken und ihren Ertragsablieferungen an die beiden Staatskassen liegen die Verhältnisse wesentlich anders. Bilanzen und Ertragsrechnungen, so wie sie nach Ende 1948 publiziert worden sind, sehen wie folgt aus:

Baselstädtische Kantonalbank

Basellandschaftliche Kantonalbank

(Mio. Fr.)

Aktiven 439, 1	Passiven 368, 7	Aktiven 344, 3	Passiven 300, 9
	Dotationskap. 25, 0		Grundkapital 30, 0
	off. Reserven 45, 4		off. Reserven 13, 4
<u>439, 1</u>	<u>439, 1</u>	<u>344, 3</u>	<u>344, 3</u>

(Mio. Fr.)

Ertrag 4, 60	Verzinsung des Dotationskap. (3, 25%) 0, 84	Ertrag 1, 98	Verzinsung des Grundkapitals (3, 11%) 0, 93
	Gewinnablauf an den Staat 2, 70		Gewinnablauf an den Staat 0, 60
	offene Reservestellung 1, 06		offene Reservestellung 0, 45
<u>4, 60</u>	<u>4, 60</u>	<u>1, 98</u>	<u>1, 98</u>

1. Die Verzinsung des Dotations- bzw. Grundkapitals unserer beiden Kantonalbanken ist verhältnismässig gering. Bei beiden haben wir deshalb einen Teil des abgelieferten Ertrages als Ergänzung zum üblichen Unternehmervergewinn zu betrachten. Es ist dies gemäss unsern Festsetzungen in

Baselstadt (1, 75% von 25 Mio. Fr.)	437'000 Fr.
in Baselland (1, 89% von 30 Mio. Fr.)	568'000 Fr.

2. Bei beiden Banken fällt der Teil sehr bedeutend aus, den wir als pauschale Steuerabfindung zu betrachten haben.

a) Lassen wir allfällige stille Reserven, welche im aktiven Forderungsvermögen stecken, beiseite und ziehen nur dort, wo es die Steuergesetzgebung verlangt, nichtbilanzierte Grundvermögenswerte bei, so können wir bei der baselstädtischen Kantonalbank unter der kantonalen Steuerhoheit mit einem Vermögen von 70, 4 Mio. Fr., unter der eidg. Steuerhoheit mit einem solchen von 74, 7 Mio. Fr. rechnen. Den ausgewiesenen Ertrag ergänzen wir durch schätzungsweise 0, 07 Mio. Fr. steuerpflichtige Rückstellungen (3/4 der Rückstellungen). Andererseits bringen wir 0, 67 Mio. Fr. als angenommene, während des Rechnungsjahres bezahlte direkte Steuern in Abzug. Es ergeben sich somit folgende Steuerschulden:

Staats-Ertragssteuer ($\frac{4}{70,4} + r$) $\frac{9}{10}$ 4 Mio. Fr.)	216'000 Fr.
Staats-Kapitalsteuer (3, 5% v. 70, 4 Mio. Fr.)	246'000 Fr.
Wehr-Ertragssteuer ($\frac{4}{74,7} \frac{7,5}{10}$ 4 Mio. Fr.)	162'000 Fr.
Wehr-Kapitalsteuer (0, 75% v. 74, 7 Mio. Fr.)	56'000 Fr.
Insgesamt	<u><u>680'000 Fr.</u></u>

b) Bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank haben wir unter der Steuerhoheit von Gemeinde, Staat und Bund die stillen Reserven

im Grundvermögen für die Steuerbilanz mitzurechnen. Wir schätzen sie auf 3,7 Mio. Fr. Zum ausgewiesenen Ertrag rechnen wir 0,15 Mio. Fr. als steuerpflichtige Rückstellungen hinzu ($\frac{3}{4}$ der Rückstellungen) und bringen 0,5 Mio. Fr. als beglichen angenommene Steuern in Abzug. Dies letztere allerdings nur bei der Staats- und Wehrsteuer. Die Gemeinde Liestal, wie übrigens auch die meisten andern grössern Baselbietergemeinden, veranlagten nämlich im Rechnungsjahre bezahlte direkte Steuern beim Ertrag mit.

Staats-Ertragssteuer ($\frac{1,63}{47,1} \cdot \frac{5}{10} + r$ 1,6 · 1,63 Mio. Fr.)	52'000 Fr.
Staats-Kapitalsteuer (3,2% v. 47,1 Mio. Fr.)	151'000 Fr.
Gemeinde-Ertragssteuer (2 % v. 2,13 Mio. Fr.)	42'600 Fr.
Gemeinde-Kapitalsteuer (4 % v. 47,1 Mio. Fr.)	188'500 Fr.
Armensteuer v. Grundvermögen (0,5% v. 4 Mio. Fr.)	2'000 Fr.
Wehr-Ertragssteuer ($\frac{1,63}{47,1} \cdot \frac{7,5}{10}$ 1,63 Mio. Fr.)	42'300 Fr.
Wehr-Kapitalsteuer (0,75% v. 47,1 Mio. Fr.)	35'300 Fr.
Insgesamt	<u>513'700 Fr.</u>
(r = Ergänzung auf $\frac{1}{2}\%$ (gesetzliche Rundungsvorschrift).)	

3. Einen recht ansehnlichen Teil der Ertragsablieferung der Baselstädtischen Kantonalbank haben wir also weder als üblichen Unternehmerngewinn noch als eine Art pauschale Steuerabfindung zu betrachten, nämlich rund 1,6 Mio. Fr. Er ist entsprechend der Marktstruktur als Oligopolgewinn zu bezeichnen. Ob durch diesen Oligopolgewinn vorwiegend die Schuldner oder die Gläubiger belastet werden, soll hier dahingestellt bleiben. Jedenfalls realisieren ihn in ganz ähnlichem Ausmass auch die übrigen Oligopolisten des baselstädtischen Kapitalmarktes.

Ganz anders bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank. Im wirtschaftlichen Blütejahr 1948 bringt sie dem Kanton kaum denjenigen Betrag ein, welche eine nicht von den Steuern befreite Unternehmung an Steuern zu bezahlen hätte. Der auf das Grundkapital bezogene Unternehmerngewinn liegt bedeutend unter dem üblichen Satz. Dies erscheint natürlich erst in einem schlimmen Lichte, wenn wir uns gleichzeitig vor Augen halten, dass die Bedingungen, welche die Basellandschaftliche Kantonalbank ihren Schuldnern gewährt, kaum bessere, diejenigen, welche sie ihren Gläubigern bietet, eher schlechtere sind als die privater Konkurrenzbanken.

Neben den recht grossen Ablieferungen des Elektrizitätswerkes und der Kantonalbank zugunsten des Kantons Baselstadt nimmt sich der Betrag, mit dem die öffentlichen Materiallagerplätze Dreispitz staatliche Aufgaben finanzieren helfen, recht bescheiden aus. Seit langer Zeit liefert dieser Betrieb (neben den Pachtzinsen) zugunsten der Christoph Merian'schen Stiftung zwischen 30'000 und 50'000 Fr. jährlich ab. 1948 sind es 30'000 Fr. Das Anlagekapital verzinst er zu 5,25%. Den Unternehmerinteressen des Staates ist damit mehr als Genüge getan. Zur Bestimmung der pauschalen Entschädigung für die Steuerfreiheit schätzen wir den

steuerpflichtigen Ertrag auf 75'000 Fr., das steuerpflichtige Kapital auf 1,5 Mio. Fr. a)

Staats-Ertragssteuer	$\left(\frac{75}{1500} + r\right) \frac{9}{10} 75'000 \text{ Fr.}$	3'380 Fr.
Staats-Kapitalsteuer	(3,5‰ v. 1,5 Mio. Fr.)	5'250 Fr.
Wehr-Ertragssteuer	$\left(\frac{75}{1500} \quad \frac{7,5}{10} \quad 75'000 \text{ Fr.}\right)$	2'820 Fr.
Wehr-Kapitalsteuer	(0,75‰ v. 1,5 Mio. Fr.)	1'120 Fr.
Insgesamt		<u>12'570 Fr.</u>

Den Betrag des bezogenen Reingewinnes von 30'000 Fr. (der nicht bezogene interessiert uns hier nicht), welcher über die errechnete pauschale Steuerentschädigung von 12'570 Fr. hinausgeht, haben wir als Bestandteil einer Art von Monopolgewinn zu betrachten.

Es sind lediglich vier Betriebe, die 1948 auf der Einnahmeseite unserer beiden Finanzwirtschaften eine Rolle spielen. Es liegt in der Natur der Sache, dass jederzeit einzelne davon ausscheiden, oder dass andere neu hinzutreten können. Ihre Ablieferungen an die Staatskasse oder zur Finanzierung staatlicher Aufgaben ändern sich relativ rasch. Für die zwei grossen baselstädtischen Betriebe, das Gaswerk und die Basler Verkehrs Betriebe, sind nur schwer wirtschaftliche und politische Verhältnisse denkbar, bei welchen sie in der Zukunft neuerdings zu den abliefernden gehören könnten.

3. Anteil an der eidgenössischen Wehrsteuer.

Ein schweizerischer Kanton hatte im allgemeinen in letzter Zeit eine recht angenehme Mittelstellung in finanzieller Hinsicht. Baselstadt stellt hierin eine Ausnahme dar. Sonst ist der Kanton aber gegenwärtig weitgehend geschützt von einer Art Konkurrenz seiner Einwohner um Uebernahme von Aufgaben und Ausgaben. In einem Kanton mit zahlreichen Gemeinden wenden sich solche Konkurrenten weitgehend an diese. Andererseits hat sich bis jetzt die schweizerische Eidgenossenschaft vorwiegend den beiden Aufgabengebieten angenommen, welche in der ersten Hälfte des Jahrhunderts grosse und stark wechselnde Summen beanspruchten, der Rüstung für den Kriegsfall und der Anstrengung von Vollbeschäftigung. Damit nicht genug, der Bund hat immer dann, wenn für die Finanzwirtschaft der Kantone die Folgen von Krieg oder Krise zu spüren waren, diese mit einem recht bedeutsamen "Trinkgeld" für die Besorgung und Zulassung der eidgenössischen direkten Steuererhebung belohnt.

Der Anteil der Kantone an der Wehrsteuer, am Wehropfer und an der Kriegsgewinnsteuer hat den notwendigen Mehrausgaben im zweiten Weltkrieg, von welchen auch die Kantone nicht verschont blieben, rechtzeitig ein beträchtliches Gegengewicht geboten. Dies könnte beispielsweise von der Krisenabgabe nicht unbedingt behauptet werden. Es ist recht interessant festzustellen, dass die ausserordentlichen direkten Steuern des Bundes und damit die Anteile der Kantone seit 1916 nie mehr zu fliessen aufgehört ha-

a) Die Erstellungskosten erreichen Ende 1948 2'099 Mio. Fr. Der Buchwert des Anlagekapitals beläuft sich auf 346'000 Fr., der Reservefonds auf 120'000 Fr. Statistisches Jahrbuch von Baselstadt Jg. 1948, S. 225.

ben. Sie brachten während des zweiten Weltkrieges bis zu einem Fünftel der staatlichen Steuermittel der beiden Basel ein. In den Nachkriegsjahren vermindert sich ihre Bedeutung etwas. Sie bleibt aber nach wie vor recht gross. Die folgende Aufstellung zeigt dies deutlich:

Jahr	Baselstadt		Baselland	
	Anteil an direkten eidg. Steuern a)	staatliche Steuermittel b)	Anteil an direkten eidg. Steuern a)	staatliche Steuermittel c)
		(Mio. Fr.)		
1939	3,12	33,6	0,51	4,72
1940	2,09	32,7	0,56	5,19
1941	5,15	35,7	1,00	5,84
1942	6,28	36,8	1,67	6,35
1943	6,09	37,6	1,44	7,19
1944	5,45	43,7	1,56	7,63
1945	7,10	50,2	1,82	8,91
1946	7,23	56,3	1,85	8,40
1947	6,85	61,6	1,84	11,19
1948	6,88	78,9	1,84	17,77
1949	9,78	86,8	1,93	18,54

- Krisenabgabe, Wehropfer, Wehrsteuer, Kriegsgewinnsteuer. Angaben aus den Statistischen Jahrbüchern des Kantons Baselstadt und den Staatsrechnungen des Kantons Baselland.
- Einkommens-, Vermögens-, Ertrags-, Kapital-, Nach- und Straf-, Handänderungs-, Erbschafts-, Stempel-, Billetsteuer sowie Anteile an den direkten eidg. Steuern. Angaben aus den Statistischen Jahrbüchern des Kantons Baselstadt.
- Einkommens-, Vermögens-, Ertrags-, Kapital-, Nach- und Straf-, Erbschaftssteuer (inkl. Gemeindeanteile, Liegenschaftsgewinn-, Handänderungssteuer sowie Anteile an den direkten eidg. Steuern inkl. Gemeindeanteile). Angaben aus den Staatsrechnungen des Kantons Baselland.

Erhoben wird 1948 nur noch die Wehrsteuer. Der Anteil von Baselstadt an der Wehrsteuer beträgt 6,40 Mio. Fr., derjenige von Baselland 1,67 Mio. Fr. Beim Rest handelt es sich um allmählich versiegende Eingänge an Krisenabgabe-, Wehropfer- und Kriegsgewinnsteueranteilen. Der Anteil an der Wehrsteuer, der gegenwärtig 40% beträgt, wird aller Voraussicht nach noch geraume Zeit die gegenwärtige Bedeutung in unsern staatlichen Budgets beibehalten.

Die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen, aus welchen die Wehrsteuer fliesst, haben wir bereits kennen gelernt (s. Einkommenssteuer). Anzuführen ist hier lediglich die Tatsache, dass der Staat Baselland 20 % seines Anteiles an die Gemeinden weitergibt.

4. Erbschafts- und Schenkungssteuer.

In unserer Eigentumsordnung fehlt eine Einrichtung, welche garantiert, dass die Güter dieser Welt gleichmässig unter den von einzelnen Menschen gebildeten Zellen verteilt bleiben. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer dürfen wir in diesem Lichte betrachten. Natürlich handelt es sich nur um eine Spur einer solchen Einrichtung. Der Ertrag wird nicht dazu verwendet, den Menschen, welche aus irgend einem Grunde ihren Anteil an den Gütern dieser Welt verloren haben (dass ihnen ein solcher zusteht, ist eine Glaubens-, keine Verstandessache), diesen zu ersetzen, sondern er geht zu den zahlreichen Mitteln des Staates ein, welche für den ganzen Kranz von Verwendungszwecken benötigt werden. Ausserdem ist die Beteiligung der schweizerischen Kantone an den Erbschaften so gering, dass wir auch aus diesem äusserlichen Grunde von einer Spur zu reden haben. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer beträgt:

Baselstadt a)		Baselland b)	
Kinder	2%	Nachkommen	1%
Ehegatte	2%	Ehegatte mit Nachk. aus der Ehe	1%
Eltern, Adoptiveltern; Enkel und deren Nachkommen	4%	Ehegatte ohne Nachkommen	2%
Geschwister; Grosseltern; Schwiegereltern, Stiefeltern		Eltern; Adoptiv- und Stiefkinder	4%
Schwieger-, Stiefkinder	6%	Geschwister, Grosseltern	6%
Onkel, Tante, Neffe, Nichte	10%	Urgross-, Schwieger-, Adoptiv-, Stiefeltern; Schwiegerkinder	8%
Andere gesetzl. erbberechtigte Blutsverwandte	14%	Onkel, Tante, Neffe, Nichte	10%
		Gross-Onkel, -Tante, -Neffe, -Nichte, Vetter, Base	12%
		Uebrige Verwandte	15%
Uebrige Empfänger	18%	Nichtverwandte bei steuerbarem Vermögensanfall	
(Ausserkantonale gemeinnützige Institutionen ohne Gegenrechtsvereinbarung)	(5%)	bis 5'000 Fr.	15%
		über 5'000 Fr.	20%

b) Je nach Höhe des Vermögensanfalles

Vermögensanfall	Zuschlag zur einf. Steuer	Teil des Vermögensanfalles	Zuschlag zur einf. Steuer für jeden Teil
- 50'000	-	- 50'000	-
50'000 - 100'000	10%	50'000 - 100'000	25%
100'000 - 200'000	20%	100'000 - 150'000	50%
200'000 - 400'000	30%	150'000 - 200'000	75%
400'000 - 2'000'000	40-110%	200'000 - 300'000	100%
(nach je 200'000 steigt der Zuschlagsatz um 10%)		300'000 - 400'000	125%
über 2'000'000	120%	über 400'000	150%

a) Gemäss Gesetz betr. die direkten Steuern vom 6. 4. 22 und Teuerungsausgleichsgesetz vom 24. 4. 47.

b) Gemäss Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer vom 16. 2. 20.

Baselstadt	Baselland
c) Je nach Höhe des Vermögens des Empfängers	

Bisheriges Vermögen d. Empfängers Zuschlag zur Steuer nach b)

1. Zuschlag

- 100'000	-
100'000 - 1'900'000	5-19%
(nach je 100'000 steigt der Satz um	1%
über 1'900'000	20%

Dieser Zuschlag wird beim Erbfall unter Ehegatten nicht erhoben.

keiner

2. Zuschlag (zur Steuer nach c) 1.

100'000	Je nach Vermögensanfall
	- 25'000 30%
	25'000 - 50'000 40%
	über 50'000 50%
über 100'000	50%

Im absoluten Maximum erreicht also die Erbschaftssteuer Baselstadts 71,3% des Vermögensanfalles (18% · 2, 2 · 1, 2 · 1, 5), dies jedoch nur unter Voraussetzungen, welche kaum je zutreffen. Der Erbe darf nicht gesetzlich erbberechtigt sein, der Vermögensanfall muss grösser sein als 2'000'000 Fr., das Vermögen des Empfängers muss schon vorher 1'900'000 Fr. betragen haben. Es ist recht unwahrscheinlich, dass jemand ein solches Vermögen, wohlverstanden nicht zu gemeinnützigen Zwecken, jemandem vermacht, der schon ebenso reich ist. In Baselland nähert sich das absolute Maximum der Grenze von 50% bei einem äusserst grossen Vermögensanfall an einen Nichtverwandten. Es ist dies ein sehr seltener, aber immerhin von Zeit zu Zeit vorkommender Fall.

Erbschaftssteuerverpflichtig ist nicht das ganze Vermögen, welches die Hand durch Erbschaft wechselt. Es gelten folgende Ausnahmen, welche sehr ins Gewicht fallen:

Baselstadt	Baselland
------------	-----------

1. Der Hausrat ist nicht steuerpflichtig, sofern ihn Ehegatten oder Nachkommen übernehmen.
2. Vom übrigen Vermögen können zur Berechnung des steuerpflichtigen folgende persönliche Abzüge vorgenommen werden:

Fr.

Jeder Kinderstamm	
(bei Verm. anfall unter 20'000)	5'000
Ehegatte " " " "	5'000
Empfänger von Vermächtnissen für Erziehung und berufliche Ausbildung	3'000

Baselstadt		Baselland	
	Fr.		Fr.
		Erwerbsunfähige Dienstboten oder Krankenpf. des Erblassers	3'000
		Uebrige Erben und Vermächtnisnehmer (bei Verm. anfall unter 2000)	500
3. Steuerfrei sind:			
Vermögensanfälle unter 600		Vermögensanfälle unter 1'000	
für Nachkommen unter 3'000			
für Arbeitgeber, Angestellte, Dienstboten des Erblassers	3'000		
Vermögensanfälle an die öffentliche Hand und gemeinnützige Institutionen.			

In gleicher Weise wie Erbschaften sind auch Schenkungen unter Lebenden steuerpflichtig mit einigen wenigen Abweichungen:

Steuerfrei sind:	Abzüge:	Fr.
Vermögensanfälle bis 3'000 Fr.	Nachkomme (bei Verm. -anfall unter 5'000 Fr.)	2'000
Zuwendungen unter Ehegatten und Verlobten	Empfänger von Schenkungen für Erziehung oder berufl. Ausbildung	3'000
Zuwendungen zur Berufsausbildung, - von gesetzl. und freiwilligen Unterhaltsbeiträgen, - zur Vermeidung von Konkurs und Pfändung, - zur Heiratsausstattung bis 20'000 Fr.	Uebrige Empfänger (bei Vermögensanf. unter 3'000 Fr.)	500
	Erwerbsunfähige	3'000
Mehrmalige Vermögensanfälle einer Person vom gleichen Schenker oder Erblasser gelten als Vor-empfänge, wenn es sich um eine erbberechtigte Person handelt. Andernfalls werden sie innerhalb eines Jahres zusammengerechnet.	Mehrmalige Vermögensanfälle einer Person vom gleichen Schenker oder Erblasser werden zusammengerechnet sofern sie zeitlich nicht mehr als 5 Jahre auseinander liegen. Persönliche Abzüge können nur einmal gemacht werden.	

Wir entnehmen den obigen Zusammenstellungen, dass in beiden Kantonen ein merklicher Teil des Vermögens, das alljährlich von Sterbenden hinterlassen oder unter Lebenden verschenkt wird, aus der Steuerpflicht herausfällt (Hausrat, Abzüge, steuerfreie Vermögensanfälle). Ein grosser Teil wird nur mit einem niedrigen Satz belastet, indem er Nachkommen oder dem überlebenden Ehegatten zusteht. Er liegt meist bei etwa 3/4 des Gesamterbanfalles. Dieser Teil bringt in Baselland besonders wenig ein, indem für ihn die Belastung nur etwa 1/3 derjenigen von Baselstadt ausmacht. Die Belastung hält sich für Baselland im Intervall von 1 - 5%, für Baselstadt im Intervall von 2, 6 - 7, 9%. Der Teil des Vermögens, welcher andern Verwandten zukommt, erfährt in Baselstadt eine Belastung, welche

etwa 1,5mal so gross ist wie in Baselland. Sie liegt innerhalb der Grenzen von 4 - 37,5% für Baselland, 5,2 - 55,5% für Baselstadt. Vom Rest des Vermögens, welcher an Nichtverwandte vermacht wird, fallen durch die Erbschaftssteuer in Baselland 15 - 50%, in Baselstadt 23,4 - 71,3 % dem Staate zu. Meist dürfte die Belastung in dieser Kategorie in Baselstadt etwa 30% höher liegen als in Baselland. Im Durchschnitt können wir also feststellen, dass die Belastung in Baselstadt etwa 2,5 ($3/4 \cdot 3 + 1/8 \cdot 1,5 + 1/8 \cdot 1,3$) mal so gross ist wie in Baselland. Dies ist aber nicht der einzige Grund, weshalb in bezug auf die Bevölkerungszahl die Erbschafts- und Schenkungssteuer in Baselstadt so viel ertragreicher ist (3,14 Mio. Fr. Ertrag pro 1948 in Baselstadt gegenüber 0,335 Mio. Fr. in Baselland). Die Erträge der Erbschafts- und Schenkungssteuer schwanken naturgemäss bei gleichbleibenden allgemeinen Bedingungen; wie wir auf Grund der Ergebnisse in unseren beiden Gemeinwesen feststellen können mit Abweichungen bis zu + 30% von einem "Normalwert". Der Ertrag pro 1948 von Baselstadt unterscheidet sich nun zufälligerweise ganz besonders vorteilhaft von diesem Normalwert, während der basellandschaftliche nur wenig darüber liegt. Aber auch die "Normalwerte", welche wir mit etwa 2,7 Mio. Fr. für Baselstadt und 0,3 Mio. Fr. für Baselland annehmen können, sind durch das Bevölkerungs- und das Belastungsverhältnis noch nicht restlos erklärt. Doch ist uns der fehlende Teil der Erklärung bereits bekannt, wenn wir uns erinnern, dass pro Kopf der Bevölkerung in Baselstadt etwa 10'950 Fr., in Baselland dagegen nur 6'150 Fr. Vermögen entfallen. Nur wo viel vorhanden ist, kann viel vererbt werden. Wie wir in Baselstadt feststellen können, liegt das Verhältnis zwischen der Summe der steuerpflichtigen Erbanfälle eines Jahres und dem nach Wehropferrecht eingeschätzten Vermögen der Einwohnerschaft normalerweise bei etwa 1 : 50. Wir haben keinen Grund zur Annahme, dass dieses Verhältnis in Baselland wesentlich anders sein wird.

Beide Staaten überlassen ihren Gemeinden einen gewissen Anteil des Ertrages der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Er beträgt in Baselland 25% zugunsten der Armenkasse der Heimatgemeinde des Erblassers, oder, falls dieser nicht Kantonsbürger war, gleichviel zugunsten der Wohngemeinde. In Baselstadt erhalten die Armenkassen der Landgemeinden entsprechend dem Ertrag ihrer eigenen früheren Erbschaftssteuer einen konstanten Anteil an der kantonalen Erbschaftssteuer von 4'357 Fr. jährlich.

5. Handänderungssteuer.

Sie wird von beiden Kantonen mit 2% erhoben. Die Grundsätze der Steuerpflicht sind in beiden Kantonen sehr ähnlich. In der Praxis dürften sich kaum Fälle ergeben, welche in einem Kanton Steuerpflicht begründeten, im andern nicht, ausser Verkäufe der öffentlichen Hand, welche in Baselstadt steuerpflichtig sind, in Baselland aber nicht. Einheitlich gewählt ist der Verkaufspreis als Steuergrundlage. Lediglich bei Tausch von Grundstücken schulden in Baselstadt beide Kontrahenten die ganze Handänderungssteuer, in Baselland dagegen nur die Hälfte. Ein nur rechtlich relevanter Unterschied besteht darin, dass in Baselstadt der Erwerber des Grundstückes Steuerschuldner ist, in Baselland dagegen Erwerber und Veräusser-

rer je zur Hälfte.

Wenn wir die Erträge der Handänderungssteuer für die Zukunft abschätzen wollen, so haben wir auf diesem Gebiet eine lange Reihe von Jahren zur Beobachtung zur Verfügung. Vor dem ersten Weltkrieg bewegen sich die Werte der jährlich steuerpflichtigen Handänderungen a) um das Niveau von 30 Mio. Fr. in Baselstadt, um dasjenige von 10 Mio. Fr. in Baselland; nachher liegen sie bedeutend höher, um 75 Mio. Fr. bzw. 20 Mio. Fr. herum. Es drückt sich hier vor allem die gewaltige Steigerung der Bodenpreise und der Baukosten aus. Deutlich finden wir dann in der Zeitreihe der Handänderungswerte das Abbild der Verschlechterung und der einsetzenden Besserung der Beschäftigungslage in den Dreissigerjahren. Von einem Höchststand im Jahre 1931 von 87 Mio. Fr. in Baselstadt und 24 Mio. Fr. in Baselland sinkt der Umsatz steuerpflichtiger Objekte stufenweise bis auf 26 bzw. 10 Mio. Fr. im Jahre 1936 ab. Nach der leichten Erholung in den folgenden Jahren setzt der zweite Weltkrieg ein. Die steuerpflichtigen Handänderungen sind besonders in den ersten Kriegsjahren ausgesprochen gering. Nach Kriegsschluss steigern sie sich rasch. Einen besonders starken Anstieg bemerken wir in Baselland. Dasiedereinsetzende Wachsen der gesamtwirtschaftlichen Grössen wirkt sich mehr auf den Raum um die Stadt herum aus als in dieser selbst. Baselstadt erreicht nominell wohl noch Umsätze wie in der Hochkonjunktur von 1929; es überschreitet sie sogar leicht. Berücksichtigt man jedoch die Geldentwertung, so erkennt man real ein deutliches Zurückbleiben. Das Jahr 1948, in dessen Rahmen wir ja die Erträge auch der Handänderungssteuer betrachten, brachte im Vergleich zu den andern Nachkriegsjahren eher geringe steuerpflichtige Grundstücksumsätze, nämlich 70,4 Mio. Fr. in Baselstadt und 26,6 Mio. Fr. in Baselland. Wenn wir vorhin ein reales Zurückbleiben für Baselstadt erkannten, so est es hier am Platze festzustellen, dass die jährlichen Handänderungen in Baselstadt aber immer noch bedeutend häufiger und gewichtiger sind als im Landkanton. Schätzen wir das Grundvermögen, welches in Baselstadt liegt, nach den Prinzipien der basellandschaftlichen Katasterschätzung (auf Grund der Angaben der Wehropferstatistik in Verbindung mit Angaben der kantonalen Steuerstatistik) mit einem Wert von 1,4 Mia. Fr. ein, die Katasterschätzungssumme Basellands beträgt 0,81 Mia. Fr., so finden wir mittlere jährliche Handänderungen von 5,5% in Baselstadt, von 3,5% in Baselland des wertmässigen Bestandes an Grundstücken. Je nach Konjunkturlage, so lehrt uns die gegenwärtige Erfahrung, haben wir Abweichungen von diesen typischen Werten bis zu rund 50% nach unten und nach oben zu gewärtigen.

6. Billetsteuer.

Der Kanton Baselstadt erhebt diese "Umsatzsteuer auf Vergnügen" seit 1921. In Baselland ist es den Gemeinden freigestellt, ob sie zu ihren Gunsten eine Billetsteuer erheben wollen oder nicht. Die Steuer ist für Baselstadt von erheblicher Bedeutung, denn die Zahl der Anlässe, bei welchen Billetsteuern erhoben werden, ist hier gross b). An erster Stelle der

a) Errechnet auf Grund der Steuererträge und der (wechselnden) Steuersätze.

b) Vgl. statistische Jahrbücher von Baselstadt.

Einträglichkeit stehen seit 1921 unbestritten die Kinos. Ihr Umsatz hat die Grenze der Hälfte aller Umsätze steuerpflichtiger Anlässe seit 1931 überschritten und in gewissen Kriegsjahren Anteile von beinahe $\frac{3}{4}$ erreicht. Das Stadttheater bringt $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{7}$ der Billetsteuern der Kinos ein. Es steht an zweiter Stelle. Küchlintheater, Musik und Vorträge, sportliche Veranstaltungen, Wirtschaftskonzerte und Schaumessen (ohne Mustermesse) halten einander ungefähr die Waage mit Umsätzen von je rund 0,5 Mio. Fr. und Steuererträgen von rund 50'000 Fr. Im ganzen haben die Umsätze der steuerpflichtigen Anlässe in den Hochkonjunkturjahren der Nachkriegszeit 10 Mio. Fr. erreicht. Die Erfahrung in den Dreissigerjahren lehrt, dass bei ungefähr gleichbleibenden Umständen mit der Variation der Konjunkturlage diese Umsätze um ein gewisses Niveau mit rund 20% Abweichung nach oben und nach unten schwanken. Im Gegensatz etwa zur Erbschaftssteuer oder auch zur Handänderungssteuer spiegelt sich bei der Billetsteuer im Ertrag die Geldwertänderung sehr rasch wider. Er erreicht im Jahre 1948, ebenso wie der Index der Lebenshaltungskosten, einen relativen Höchststand von 1,034 Mio. Fr. Der Steuersatz ist 10% der Eintrittsgelder.

Den basellandschaftlichen Gemeinden bringt die Billetsteuer 1948 rund 43'200 Fr. ein. Es sind 15 Gemeinden, welche Billetsteuern erheben. Vor allem sind es die grossen stadtnahen Gemeinden. Fast die Hälfte beziehend Binningen allein. Die Basler Kunsteisbahn, welche im Binninger Gemeindebann liegt, ist die Ursache dieses Ergebnisses.

8. Salzmonopol.

Die ehemals sehr wichtige Einnahmequelle erreicht im Jahre 1948 in unsern beiden Kantonen gerade noch einen Ertrag von zusammen 1 Mio. Fr.

Untersuchen wir, wie der Ertrag von 635'000 Fr. in Baselstadt und derjenige von 391'000 Fr. in Baselland zustande kommt! Es geschieht dies nämlich nicht in gleicher Weise. Baselland, das in Schweizerhalle eine der wenigen schweizerischen Salinen besitzt, hat das Recht zum Gratisbezug einer beträchtlichen Salzmenge. Sie beträgt 10% des durch die Saline (an ausserkantonale Kunden und basellandschaftliche chemische Fabriken) verkauften Salzes und des allfälligen Selbstverbrauches. Das basellandschaftliche Salzfaktorat benötigt aber diese Salzmenge gegenwärtig noch nicht voll. Der Staat hat deshalb ausserdem die A.G. "Vereinigte schweizerische Rheinsalinen" zur Leistung einer Entschädigung für "nichtbezogenes Zehntsalz" verpflichtet. Sie beträgt Fr. 3. -- pro 100 kg. Koch-, Vieh- und Gewerbesalz. (Steigt der Nettoverkaufspreis über Fr. 4. --, so erhöht sich die Geldentschädigung um $\frac{1}{3}$ des Mehrpreises über Fr. 4. -- auf maximal 4.35. Sinkt der Nettoverkaufspreis unter Fr. 2.50 so ermässigt sich die Entschädigung um $\frac{1}{3}$ des Minderpreises aber höchstens bis auf 2.65. Für Tafelsalz, Abgangsalz für Fabriken und Düngsalz, sowie für Sole beträgt die Barentscheidung 10% vom Ertrag der Salzverkäufe) a). Baselland kann sein Salz also nicht nur vollkommen gratis beziehen (die Saline ist sogar

a) Gemäss Vertrag zwischen dem Staat Baselland und der Saline Schweizerhall betr. Salinenbetrieb, Zehntbezug und Salzlieferteilung vom 24. 4. 09. und Zusatzvertrag vom 3./17. 7. 28. Damit die Produktion nicht auf andere Salinen verlagert werden kann, um den Zehnten zu schmälern, wurde abgemacht, der Zehntrechnung mindestens 45% oder 300'000 q der Gesamtproduktion der Vereinigten schweizerischen Rheinsalinen zu Grunde zu legen. Die gegenwärtige Gesamtproduktion beträgt 1'030'000 q.

noch für die Lagerung und die Mithilfe beim Verlad besorgt), sondern es erhält dazu noch eine Entschädigung für nichtbezogenes Zehntsatz, welche 1948 135'000 Fr. ausmacht. Beides ist nicht eine fiskalische Belastung der eigenen Einwohner, sondern der ausserkantonalen.

Baselstadt dagegen hat das Salz zum Preise zu erwerben, den die Saline verlangt (1948 durchschn. Fr. 5.60 pro q.)^{a)} und kann lediglich die Salzverkaufspreise so festsetzen, dass sich aus der Differenz nicht nur die Fracht-, Lager-, Verpackungs- und Verkaufskosten bezahlen lassen, sondern dass ein gewisser Betrag an die Staatskasse abgeliefert werden kann.

Die fiskalische Belastung der wichtigsten Salzarten (gewöhnliches Kochsalz und Gewerbesalz in Mengen von über 50 q) ist, soweit sie die eigenen Einwohner trifft, in unsern beiden Kantonen ungefähr gleich. Es ergibt sich dies aus der Aehnlichkeit der staatlichen Preisfestsetzungen für die verschiedenen Salzarten in Baselstadt und Baselland. Sie dürfte beim gewöhnlichen Kochsalz in Baselstadt eher etwas höher liegen als im Landkanton, indem die Transportkosten für die Stadt geringer sind als für Baselland, dessen Gemeinden mehrheitlich weiter von Schweizerhalle abliegen als Basel. Beim Gewerbesalz haben wir zu bedenken, dass die Preisdifferenz Ausdruck der Tatsache ist, dass sich der Preis für Baselstadt loko Dreispitz, derjenige für Baselland loko Schweizerhalle versteht.

Vergleichen wir die Salzpreise und die Salzverbrauchsmengen in unsern beiden Kantonen.

	Preis (Fr. /q)		Verbrauchsmenge (q)	
	Baselstadt b)	Baselland c)	Baselstadt d)	Baselland
Kochsalz				
gewöhnlich	30. -	30. -	8'023	4'735
jodiert	30. -	50. -	2'912	1'294
Tafelsalz	70. -	80. --	753	15
Crésilsalz	170. --	105. --	9	2
Gewerbesalz				
mindestens 5 q	17. --	6.60	179'396	77'121
mindestens 50 q	7.35	*)		
Viehsalz (per q)	16. -	15. -	193	2'553
Düngsalz	je nach Qualität		-	28
Nitritpökelsalz			2'209	208
Sole (in Salz umger.)			26'283	3'619
Bes. Gewerbesalz			13'952	35

*) Direkte Abgabe an chemische Fabriken durch die Saline.

Monopolgebühr von -. 80 Fr. pro q.

a) Salzabgabe	1'052'543 q	Fabrikationskosten	2,39 Mio. Fr.
Gratissalzabgabe	43'135 q	Generalspesen	1,30 " "
Salzverkauf	1'009'408 q	Steuern und Konzessionsabgaben	0,78 " "
		Abschreibungen	1,24 " "
Pro q Verkaufssalz	5.60 Fr.	Zusammen	5,71 Mio. Fr.
		(Verpackungs- & Versandkosten)	1,72 Mio. Fr.)
		Gewinn	0,17 " "
		Insgesamt	7,60 Mio. Fr.

Jahresbericht der A. G. Vereinigte schweizerische Rheinsalinen pro 1948.

- b) Gemäss Verordnung betr. das Salzmonopol vom 11. 12. 09 und den Aenderungen von 1932 und 1935.
c) Gemäss Verordnung betr. die Abgabe von Koch- und Viehsalz vom 29. 11. 20 und Regierungsratsbeschluss betr. den Preis für Jodsalz in Paketen und gemahlenes Gewerbesalz vom 28. 12. 45.
d) Statistisches Jahrbuch der Schweiz Jg. 1948.

Während der Verbrauch an Kochsalz ungefähr im Verhältnis der beiden Bevölkerungskollektive steht, ist derjenige von Gewerbesalz in Baselstadt 1948 relativ merklich grösser. Vor 1948 war der Verbrauch von Gewerbesalz in Baselland sehr gering (in der Grössenordnung von 4'000 q). 1949 ergibt sich auch für das Gewerbesalz ein Verbrauchsverhältnis, das demjenigen der Bevölkerungszahlen sehr ähnlich ist. Die Verlagerung und die Neugründung chemischer Industrien auf Landschäftler Boden liegt dieser Entwicklung zu Grunde.

8. Anteile an der eidgenössischen Stempel- und Couponsteuer und am eidgenössischen Alkoholmonopol.

Die beiden Basel beziehen in Form dieser Anteile jährlich Beträge, welche zusammengenommen die Millionengrenze überschreiten, oder im Falle des Gewinnanteiles am Alkoholmonopol doch fast erreichen.

Die einzelnen Kantone erhalten $\frac{1}{5}$ des Nettoertrages der eidg. Stempel- und Couponsteuer zugeteilt nach Massgabe der Wohnbevölkerung an der jeweils letzten Volkszählung.

Der Anteil der Kantone am Gewinn des eidg. Alkoholmonopols ist $\frac{1}{2}$. Unsere Gliedstaaten partizipieren ebenfalls proportional zu ihrer Wohnbevölkerung.

Die restlichen Einnahmequellen.

Gegenüber den Steuern und steuerähnlichen Mitteln, welche wir eben kennengelernt haben und welche zusammen einen Ertrag von 128,6 Mio. Fr. erbringen, sind diejenigen, über welche bisher noch nichts festgehalten wurde, recht unbedeutend. Sie erbrachten im Jahre 1948 lediglich 4,6 Mio. Fr. Es soll auch hier genügen, sie in der ungefähren Reihenfolge ihrer Wichtigkeit einfach zu nennen:

	Ertrag (1000 Fr.)	
	Baselland	Baselstadt
Nach- und Strafsteuer	337	441
Beleuchtungssteuer		768
Wirtschaftspatente	167	553
Arbeitsrappen		573
Reinigungssteuer		443
Anteil an der eidg. Kriegsgewinnsteuer	144	204
Anteil am eidg. Wehropfer	29	274
Anteil am Gewinn der Nationalbank	76	136
Hundesteuer	64	130
Kantonale Stempelsteuer		174
Von Betrieben an Kosten der allg. Verw.	29	55
Verschiedene	24	5
	<u>870</u>	<u>3'756</u>
	<u>4'626</u>	

C. Zusammenfassung

Es ist einer der wesentlichsten Züge unserer Zeit, dass die Produktionsmittel äusserst ungleich auf die einzelnen Glieder der westlichen Völker verteilt sind. Es hängt dies zweifellos mit der Eigentumsordnung in der westlichen Welt zusammen. Wohl können die Menschen ihr gemäss frei über die irdischen Güter verfügen, gleichzeitig birgt sie aber die grosse Gefahr der Konzentration des Eigentums und des Einkommens zugunsten weniger. Die Folge dieser zweiten Seite unserer bisherigen Eigentumsordnung ist eine übertriebene Orientierung am Eigentum in allen Schichten der Bevölkerung mit allen ihren sekundären Wirkungen. Eine Lösungsmöglichkeit, die das Uebel an der Wurzel fasst, bietet und gebietet Mose ¹⁰⁾. Die Gebietskörperschaften der westlichen Welt machen es sich zur Hauptaufgabe bei sehr vielen individuellen und kollektiven Zuständen und Ereignissen diejenigen zu begünstigen, welche über wenig Güter verfügen, und sich die Mittel hiezu vorwiegend bei denjenigen zu verschaffen, welche an den reichlich fliessenden Quellen sitzen. Sie korrigieren damit nachträglich in einem gewissen Masse die Mängel unserer Eigentumsordnung.

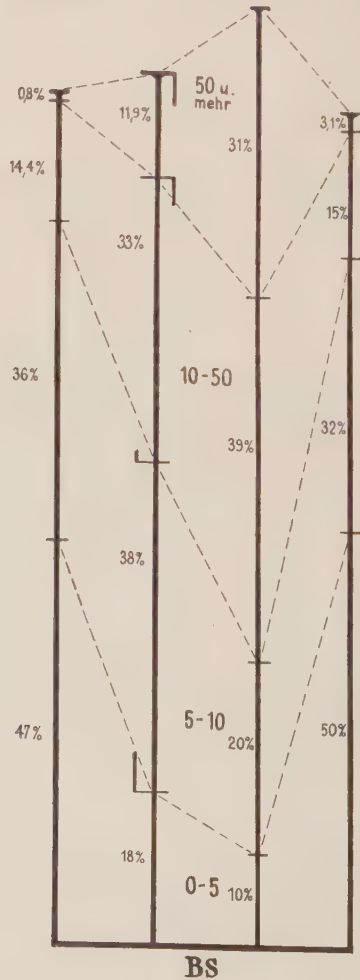
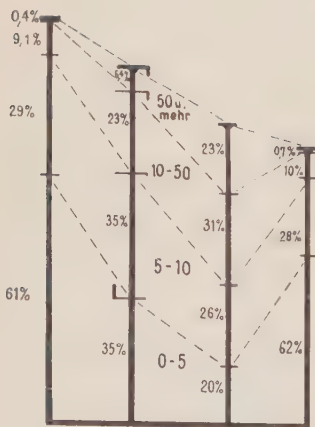
Wir haben die wichtigsten Tatsachen über die Steuerpflichtigen, die Grösse und die Verteilung ihres Einkommens, die Höhe und die Verteilung ihrer Beiträge an die Steuereinnahmen und ihre Anteile an den Staats- und Gemeindeausgaben der beiden Basel kennen gelernt. Eng nebeneinander finden sich diese charakteristischen Grössen und ihre Relationen in der folgenden Darstellung zusammengefasst. Sie vermittelt uns ein eindruckliches Bild davon, wie wir in unsern beiden Gemeinwesen diese nachträgliche Korrektur der Mängel unserer Eigentumsordnung einzuschätzen haben.

Die beiden folgenden Diagramme veranschaulichen die beiden Finanzhaushalte. Das kleine ist die Darstellung der basellandschaftlichen, das grosse diejenige der baselstädtischen Verhältnisse.

Die Strecke links in den beiden Bildern entspricht der Anzahl der Steuerpflichtigen (1000 Steuerpflichtige = 1,2 mm). Rechts daneben findet

Baselland a)					Baselstadt 12)			
Steuer- pflich- tige	Reinein- kommen	Steuer- beiträge	Ausgaben- anteile	Stufen d. steuer- baren Einkom- mens	Steuer- pflichtige	Reinein- kommen	Steuer- beiträge	Ausgaben- anteile
	(1000 Fr.)	11) (1000 Fr.)	13) (1000 Fr.)			(1000 Fr.)	11) (1000 Fr.)	13) (1000 Fr.)
30'000	115'000	6'533	18'547	0 - 5	49'256	140'000	10'000	44'713
14'700	115'000	8'634	8'276	5 - 10	38'795	299'700	20'531	29'364
4'500	75'000	10'055	2'887	10 - 50	14'918	260'700	39'103	13'554
190	21'000	7'436	200	über 50	842	94'800	30'843	2'775
49'390	326'000	32'657	29'910	Total	103'811	795'200	100'509	90'407

a) Die Anzahl der Steuerpflichtigen und ihr Reineinkommen wurde auf Grund der Angaben der Amtsberichte von Baselland pro 1947, 1948 und 1949, sowie auf Grund der Steuerstatistik von Baselland (Liestal 1949) geschätzt.



sich die Strecke des reinen Einkommens, welches die Steuerpflichtigen schätzungsweise im Jahre 1947 bezogen (1 Mio. Fr. = 0,16 mm). Weiter rechts ist der Gesamtbetrag der Eingänge an Steuern und steuerähnlichen Mitteln zugunsten von Staat und Gemeinden aufgetragen (1 Mio. Fr. = 1,36 mm. Vergrösserter Masstab!). Ihnen zur Seite stehen rechts aussen die Strecken der Ausgaben (ohne Vermögensvermehrung) (1 Mio. Fr. = 1,36 mm).

An den längenmässigen Verhältnissen der Gesamtstrecken bemerken wir: Die Kleinheit der Anzahl der basellandschaftlichen Steuerpflichtigen im Vergleich zu der baselstädtischen; das in Beziehung zur Anzahl der Steuerpflichtigen grosse Einkommen in Baselstadt und das verhältnismässig kleine in Baselland; die relative Grösse bzw. Kleinheit der Steuereingänge - bezogen auf das Einkommen - in Baselstadt bzw. in Baselland; die relativ ähnlichen Differenzen zwischen den Steuereingängen und der Beanspruchung der Mittel für die öffentlichen Ausgaben im Jahre 1948 sind: Die Anzahl der Steuerpflichtigen mit steuerbaren Einkommen von 0-5000, von 5000-10000, von 10000-50000 und über 50000 Fr., weiter rechts ihr Reineinkommen, ihre Beiträge an die Steuern und steuerähnlichen Mittel sowie ihre Anteile an den Staatsausgaben.

Es wird dadurch sichtbar: Die relativ stark besetzte Klasse der Steuerpflichtigen mit weniger als 5'000 Fr. Einkommen in Baselland und die relativ schwach besetzte Klasse in Baselstadt; der - bezogen auf das Einkommen - hohe Beitrag der untersten Klasse an die Staatseinnahmen in Baselstadt (eine Folge der Quasi-Elektrizitätsbesteuerung) und der relativ niedrige in Baselland, welcher aber durch einen umso höhern der zweiten Klasse ergänzt wird. Gering ist die Steuerleistung der untersten Klasse von Baselstadt in bezug auf den Anteil an den Ausgaben, welcher dieser Klasse zugerechnet werden muss. Das gleiche gilt für die zweite Klasse in Baselstadt. In Baselland dagegen leistet die zweite Klasse schon etwas mehr als sie empfängt. Gemäss unserer Art der Zurechnung ergibt sich im Vergleich zu Baselland in Baselstadt ein grosses Verhältnis zwischen dem Anteil an den Staatsausgaben zugunsten der obersten Klasse und ihrem Beitrag an die Staatseinnahmen. a)

Dies sind in grossen Zügen die Unterschiede zwischen Baselland und Baselstadt.

Wie geringfügig die Aenderungen an der Einkommensverteilung durch die Berücksichtigung der finanzwirtschaftlichen Neuverteilung des Einkommens sind, erkennt man an den kleinen, positiven oder negativen, Ergänzungsstücken bei den Teilstrecken des Reineinkommens (gleicher Masstab!).

Damit soll die Betrachtung des Gegebenen abgeschlossen werden. Wenn sie den Gestaltungskräften in Stadt und Land einen Einblick in die beiden Kollektivpersönlichkeiten gewährt hat und wenn sie über einen gewissen Zeitraum hinweg als Beispiel andeutet, wie man sich die Uebersicht über die Finanzhaushalte von Baselland und Baselstadt verschaffen kann, so ist ihr Ziel erreicht.

a) Dieses Ergebnis beruht darauf, dass wir die Zinsen des Staates allein den Vermögenden von Baselstadt zugerechnet haben. Es wäre dies einigermassen richtig, wenn die übrigen schweizerischen Kantone ebenso viele Schulden hätten wie Baselstadt. Weil dem nicht so ist, dürfen wir annehmen, dass die Zinsleistungen Basellands an ausserkantonale Gläubiger nicht kompensiert werden durch Zinsleistungen ausserkantonaler öffentlicher Haushalte an baselstädtische Gläubiger, dass somit der Vorteil der 842 grossen Einkommensbezüger aus dem Vorhandensein der öffentlichen Schulden nicht ganz so gross sein dürfte wie das Resultat unserer einfachen Schätzung. Wir haben es deshalb als obere Grenze aufzufassen.

II. Die Integration der Aufgaben und Ausgaben, der Einnahmequellen und Einnahmen.

Eine der wichtigsten Anforderungen des basellandschaftlichen Bürgers in bezug auf eine wiedervereinigte Finanzwirtschaft ist diejenige des Gleichbleibens des Ausgabenplafonds pro Kopf der Bevölkerung. Er möchte auf keinen Fall mehr Steuern bezahlen, auch nicht unter der Voraussetzung verbesserter und vermehrter staatlicher Gegenleistungen. Der Stadtbasler Bürger dagegen wird kaum auf dasjenige verzichten wollen, das ihm sein Staatswesen - im Vergleich zum basellandschaftlichen - zusätzlich leistet, auch dann nicht, wenn mit solchen Verzichten Steuerreduktionen verbunden sind. Diese beiden Anforderungen lassen sich erfüllen und zwar ohne allzugrosse Entfernung vom Grundprinzip regionaler Finanzwirtschaft, der minimalen Differenz zwischen geldwerten Leistungen der Bürger und geldwerten Leistungen des Staates an die Bürger verschiedener Gebiete. Es bedeutet, dass der neue staatliche Fiskus ungefähr diejenigen Aufgaben und Leistungen erfüllen soll, die vor der Wiedervereinigung dem Staate Baselland oblagen. Alles, was darüber hinaus geht und was nicht unbedingt staatliche Sache werden muss, soll den Gemeinden anheimgestellt werden. Dies bedeutet insbesondere, dass die Gemeinde Basel alle diejenigen kantonalsbaslerischen Leistungen zu übernehmen hat, welche der neue staatliche Fiskus nicht mehr erfüllen wird (unter der Voraussetzung, dass sie das stadtbaslerische Volk weiterhin wünscht natürlich).

A. Aufgaben und Ausgaben

Untersuchen wir in der Reihenfolge der Beanspruchung von Steuernmitteln die einzelnen Staatsaufgaben, so wie sie 1948 bestanden, in bezug auf die Möglichkeiten der Uebernahme durch den neuen Staat oder die Stadt Basel und die übrigen Gemeinden.

1. Vermögensvermehrung.

Dass dieser Posten unter denjenigen figuriert, für welche unsere Gemeinwesen bedeutende Mittel verwenden, ist natürlich eine Ausnahmeerscheinung. Im allgemeinen kann ein Volk mit seinen Staatsfinanzen zufrieden sein, solange sich das Staatsvermögen weniger vermindert als sich das Volksvermögen vermehrt. Selbstverständlich hat sich der grösste Haushalt eines Landes, der Staatshaushalt, beim Entscheid über eine positive oder negative Vermögensvermehrung an allfälligen inflationistischen Tendenzen und der Beschäftigungslage zu orientieren. Wir werden deshalb bei der Bestimmung der Einnahmen und Ausgaben danach trachten, eine angemessene Differenz zwischen den beiden Summen bestehen zu lassen, wie es sich für Verhältnisse, wie sie 1948 waren, geziemt.

2. Krankenfürsorge und Krankenversicherung.

Damit betreten wir auf den ersten Schlag das Gebiet eines der entscheidendsten Wiedervereinigungsprobleme. Sollen die baslerischen Spitäler Stadt- oder Kantonsspitäler werden? Genau betrachtet stellt sich diese Frage nicht für alle öffentlichen Spitäler. Das grösste Spital, das Bürgerspital in Basel, ist Eigentum der Bürgergemeinde. Hieran ändert selbstverständlich eine Wiedervereinigung nichts. Zur Diskussion stehen aber die jährlichen staatlichen Beiträge an die Betriebskosten und die Aufnahmebedingungen für alle Einwohner des neuen Kantons. Ob der Staat oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften das Basler Frauenspital, das Hilfsspital, die Heil- und Pflegeanstalt Friedmatt in Basel, das Liestaler Krankenhaus, die Heil- und Pflegeanstalt Hasenbühl in Liestal führen soll, ist vom finanzwissenschaftlichen Standpunkt aus nicht einmal so wichtig. Fest steht, dass jedermann in den Genuss aller therapeutischen Möglichkeiten kommen soll, unabhängig davon, ob er arm oder reich ist. Jeder Patient bedarf der liebevollen fürsorglichen Tätigkeit der Aerzte, der Pflegerinnen und Pfleger. An den Gesunden ist es, auf manche Weise, und nicht zuletzt auch finanziell, sie zu entgelten. Das Spital soll jedermann offenstehen, der Spitalpflege nötig hat; niemand soll aber Spitalpflege beanspruchen - oder beanspruchen müssen -, wenn es nicht notwendig ist. Wenn der Patient, der es kann, die Kosten selbst oder durch seine Kranken- oder Unfallversicherung bezahlen muss, sind Gefahren im obigen Sinne am ehesten gebannt. Er bzw. seine Kasse wird einen günstigen Einfluss auf eine wirtschaftliche Betriebsführung im Spital ausüben. Ganz bestimmt würde die Aufhebung oder Vereinfachung des bestehenden Klassensystems eine billigere Betriebsführung gestatten. Staatliche Beiträge sollten, so scheint es dem Verfasser, den Zwecken der Erforschung und Entwicklung der Heilmethoden dienlich sein. Bei einer solchen Gestaltung des Spitalwesens dürfte eine jährliche Ausgabe des neuen Kantons von 3 Mio. Fr. genügen.

Aeusserst ungern möchte der basellandschaftliche Steuerzahler aus öffentlichen Mitteln eine Anstalt finanzieren helfen, wie sie die baslerische öffentliche Krankenkasse darstellt. Selbstverständlich belässt aber jeder Angehörige des neuen Kantons jeder Gemeinde gerne das Recht, für Krankenkassenmitglieder Prämien ganz oder teilweise zu übernehmen. Das Krankenkassenwesen, so wie es gegenwärtig gestaltet ist, bringt eine zunehmende Missachtung der Interessen des Patienten auf möglichst billige, gründliche Behandlung durch einen zuverlässigen Arzt, Arzt und Patient missachten leicht die Interessen der Krankenkassen. Andererseits besitzt aber die Gemeinschaft durchaus die Möglichkeit, jedem einzelnen Gliede gute ärztliche Behandlung zu sichern und zwar unabhängig von seiner Zahlungsfähigkeit. Diesem Ziel dient ein schweizerischer Kanton am ehesten, wenn er Kassen unterstützt, welche Patienten und ehemaligen Patienten auf Grund der Rechnungen von Aerzten, Spitalern und Apotheken und auf Grund des Ausfalles an Lohn oder Verdienst Kredit gewährt. Beispielsweise könnte der Staat die Verzinsung der Passivkapitalien solcher Kreditkrankenkassen übernehmen, um damit den Kassen eine zinsfreie Kreditgewährung zu ermöglichen. Auf diese Weise angewendet, würden 100'000 Fr. jährlich sehr weit reichen. Gemeinden, welche für gewisse Kategorien

ihrer Einwohner die Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse (im üblichen Sinne) obligatorisch erklären, hätten im Falle einer solchen Lösung Anrecht auf eine entsprechende Entschädigung je nach Kopfzahl und dem Aufwand pro Kopf in der obigen Form. Nehmen wir an, Baselstadt wolle seine öffentliche Krankenkasse und seine öffentlichen Prämienbeiträge beibehalten, so hat es wie bisher rund 2,3 Mio. Fr. aufzubringen. Nun haben wir aber noch nicht berücksichtigt, dass bei den stark reduzierten staatlichen Leistungen zugunsten der Basler Spitäler, die Krankenkasse pro Krankenpflegetag mehr zu leisten hat. Dies bedingt Prämien erhöhungen und gemäss der bisherigen Beitragsweise eine Erhöhung der öffentlichen Prämienanteile auf rund 4 Mio. Fr. jährlich. Damit kommt aber erst derjenige Stadtbasler, der ein geringes Einkommen bezieht annäherungsweise in den Genuss der öffentlichen Leistungen, an die er gewöhnt ist. Es ist anzunehmen, dass sich das Stadtbasler Gemeindevolk nach einer Wiedervereinigung entschliessen wird, mindestens noch den Spitalpatienten finanziell beizustehen, welche nicht Krankenkassenmitglieder sind, die Spitalkosten aber nur mit Mühe bezahlen könnten. Sehen wir 1 Mio. Fr. hierfür vor.

3. Verwaltungsvermögen.

Auch hier können wir für den Grundsatz der Teilung die uns längst bekannte Form verwenden: Vereinigung der Vermögensobjekte, welche im Besitze der beiden Halbkantone sind und Ausscheidung dessen, das die Stadt Basel benötigt. Diese letztern Vermögensobjekte sind zweckmässigerweise

Primar-, Sekundar- und Realschulgebäude,
Kindergartengebäude,
Schularztamtsgebäude,
Schulfürsorgeamtsgebäude,
Erziehungsanstaltsgebäude,
ein grosser Teil der Gebäude aller übrigen
Departemente mit Ausnahme des Militärdepartements.

Sehr grob lassen sich für die jährlichen Ausgaben für Heizung, Unterhalt und Mehrung des Verwaltungsvermögens auf Grund der Verhältnisse von 1948 folgende Angaben machen:

Nettoausgaben des Staates Baselland	1, 10 Mio. Fr.
Nettoausgaben des Kantons Baselstadt	<u>7, 05 Mio. Fr.</u>
Zusammen	<u>8, 15 Mio. Fr.</u>
Geschätzte Nettoausgabe des neuen Kantons Basel	3, 50 Mio. Fr.
Geschätzte Nettoausgabe der neuen Gemeinde Basel	<u>4, 65 Mio. Fr.</u>
Zusammen	<u>8, 15 Mio. Fr.</u>

Diese Zahlen sind als Minima zu betrachten. Sie wurden auf Grund einer Periode errechnet, in der der reale Zerfall eher grösser war als die Unterhalts- und Neubauten, alle Grössen in Wertseinheiten gemessen. Als "normale" Ausgaben der alten und der neuen Gemeinwesen für das Verwaltungsvermögen sind etwa die folgenden zu bezeichnen:

Staat Baselland	0,8 Mio. Fr.
Kanton Baselstadt	9,0 Mio. Fr.
Zusammen	<u>9,8 Mio. Fr.</u>
Neuer Staat Basel	3,5 Mio. Fr.
Neue Gemeinde Basel	6,3 Mio. Fr.
Zusammen	<u>9,8 Mio. Fr.</u>

4. Primar-, Sekundar- und Fortbildungsschulen.

Wir dürfen annehmen, dass auch in einem wiedervereinigten Kanton Basel inbezug auf die Elementarbildung und -erziehung eine Aufgabenteilung zweckmässig sein wird wie sie gegenwärtig zwischen Staat und Gemeinden Basellands besteht: Bereitstellung der Gebäude durch die Gemeinden, Belieferung mit Verbrauchsmaterialien durch den Staat bei Bestellung und Bezahlung durch die Gemeinden. Belieferung mit Lehrmitteln durch den Staat. Anstellung der Lehrkräfte durch die Gemeinden, Besoldung der Lehrkräfte nach staatlichen Normen durch Staat und Gemeinde ungefähr je zur Hälfte, Führung der Aufsicht über den Schulbetrieb, sowohl durch Gemeinde- als durch Staatsorgane, speziell inbezug auf die äusserliche Gestaltung durch die erstern, inbezug auf die geistig-erzieherische Gestaltung eher durch die letztern.

Die Ausgaben, welche sich für die neuen Gemeinwesen auf Grund einer solchen Teilung für die Volksschule (ohne Hausverwaltung, Schülerfürsorge, Schulärztlichen Dienst und Schulmaterialien) ergeben, können wir wie folgt schätzen:

Nettoausgaben des Staates Baselland	1,90 Mio. Fr.
1/2 Nettoausgaben des Kantons Baselstadt	2,58 Mio. Fr.
Nettoausgaben des neuen Staates Basel	4,48 Mio. Fr.
Nettoausgaben der neuen Gemeinde Basel	2,58 Mio. Fr.

5. Wohnbauschubventionen, Wohnungswesen.

Eine allfällige Wiedervereinigung wird kaum mehr in die Periode der kantonalen Wohnbauschubventionen fallen. Halten wir aber trotzdem fest, wie wir uns die finanziellen Wirkungen der Vereinigung der beiden Staatswesen und der Abtrennung der Stadtgemeinde zu denken haben. Jede Zeit bringt spezielle staatliche Aufgaben und entsprechende Ausgaben. Werden einst also Wohnbauschubventionen überflüssig sein, so können wir die folgenden Posten als eine Art Reserve für staatliche und städtische wirtschaftliche Massnahmen betrachten. So wie die Wohnbauschubventionierung 1948 im Kanton Baselland gestaltet ist, handelt es sich vor allem um eine Belastung der staatlichen Finanzen. Die basellandschaftlichen Gemeinden wendeten ungefähr ein Viertel der Nettoausgaben des Staates für Wohnbauschubventionen auf. Ohne der Frage vorzugreifen, welches der beiden Subventionssysteme, ob das stadtbaslerische oder das basellandschaftliche, vom neuen Kanton gewählt werden soll, kann doch der Bedarf von Staat und Stadt Basel hierfür in runden Grössen wie folgt veranschlagt werden:

Nettoaussgaben des Staates Baselland für Wohnbauschubventionierung	1, 91 Mio. Fr.
3/4 der Nettoaussgaben des Kantons Baselstadt für Wohnbauschubventionierung (5, 48)	4, 11 Mio. Fr.
Nettoaussgaben des neuen Staates Basel	<u>6, 02 Mio. Fr.</u>
1/4 der Nettoaussgaben des Kantons Baselstadt für Wohnbauschubventionierung	1, 36 Mio. Fr.
Wohnungsnachweis, Wohnungsfürsorge, Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten, Notwohnungen in Baselstadt	<u>0, 52 Mio. Fr.</u>
Nettoaussgaben der neuen Stadt Basel	<u>1, 88 Mio. Fr.</u>

6. Polizei.

Selbstverständlich liegt es auch auf diesem Gebiete nicht im Interesse des Gesamtkantons, der Stadt Basel einen sehr grossen Aufwand zu verbieten. Im Interesse des neuen Staates liegt es aber, von der Kantonspolizei Baselstadts nur einen kleinen Bruchteil in die neue Kantonspolizei zu übernehmen. Ein vereinigtcs baslerisches Kantonspolizeikorps von 200 Mann entspricht der Oekonomie des staatlichen Haushalts. Ausgabenmässig können wir etwa wie folgt rechnen:

Aussgaben des Staates Baselland	1, 09 Mio. Fr.
1/4 der Aussgaben des Kantons Baselstadt	<u>2, 30 Mio. Fr.</u>
Aussgaben des neuen Staates	3, 39 Mio. Fr.
. /. Gebühren des Staates Baselland	0, 67 Mio. Fr.
. /. 3/4 der Gebühren des Kantons Baselstadt	<u>1, 42 Mio. Fr.</u>
Nettoaussgaben des neuen Staates	<u>1, 29 Mio. Fr.</u>
3/4 der Aussgaben des Kantons Baselstadt (9, 20)	6, 90 Mio. Fr.
. /. 1/4 der Gebühren des Kantons Baselstadt (1, 90)	<u>0, 48 Mio. Fr.</u>
Nettoaussgaben der neuen Stadt Basel	<u>6, 42 Mio. Fr.</u>

7. Altersfürsorge und -Versicherung.

Im Jahre 1948 waren die einzigen Aussgaben des Kantons Baselland auf diesem Gebiet diejenigen gemäss Art. 105 des Bundesgesetzes über die Altersversicherung. Eine ganz unbedeutende Ausnahme gab es in Form von Fürsorgebeiträgen gemäss einem besondern Landratsbeschluss. Von den Gemeinden machte der Staat einen Viertel seiner Aussgaben gemäss Art. 105 des AHV-Gesetzes wieder erhältlich. Die Aufteilung der Belastung auf Staat und Gemeinden lässt sich auf diesem Gebiet sehr leicht ändern. Man kann es als Puffergebiet des Finanzausgleichs zwischen dem Staat und den Gemeinden bezeichnen.

Baselstadt dagegen wendet fast ebensoviel wie für die AHV als Unterstützungsbeiträge der kantonalen Altersfürsorge auf. Einen ansehnlichen

Betrag erfordern auch die Beiträge an Prämien minderbemittelter Mitglieder der obligatorischen kantonalen Altersversicherung. Diese beiden Aufgabengebiete werden städtische werden. Einzig den Beitrag an die AHV, und auch diesen nur teilweise, sowie eventuell Ergänzungsfürsorgeleistungen zur Milderung von Härtefällen der AHV haben wir als Staatsangelegenheit zu betrachten.

Nettoausgaben des Staates Baselland gemäss § 105	0, 87 Mio. Fr.
Nettoausgaben des Staates BL für Fürsorgebeiträge	0, 05 Mio. Fr.
3/4 Nettoausgaben des Kantons BS gemäss § 105	2, 19 Mio. Fr.
Anteil an den Fürsorgeausgaben des Kantons BS entsprechend den Beiträgen in Baselland	0, 10 Mio. Fr.
Nettoausgaben des neuen Staates Basel	<u>3, 21 Mio. Fr.</u>
Nettoausgaben des Kantons Baselstadt für Alters- fürsorge und -Versicherung	6, 31 Mio. Fr.
. /. Nettoausgaben, welche der neue Staat übernimmt	<u>2, 29 Mio. Fr.</u>
Nettoausgaben der neuen Stadt Basel	<u>4, 02 Mio. Fr.</u>

8. Mittelschulen.

Ebenso wie die Primarschulbildung ist auch die Realschulbildung im Kanton Baselland eine Aufgabe, welche mit Mitteln von Staat und Gemeinden gelöst wird. Bei der erstern sind es ungefähr gleiche Teile, bei der zweiten stellen wir ein deutliches Hervortreten des Staates fest. Die basellandschaftlichen Realschulgemeinden (d. h. die Gemeinden, welche gemeinsam eine Realschule besitzen) haben für die Schullokalitäten zu sorgen und dem Staate 15% seiner Auslagen für die Besoldung und Versicherung der Lehrkräfte zurückzuerstatten. Die Miete, welche den Realschulgemeinden vom Staat für die Schulgebäude geleistet wird (§ 77 des Schulgesetzes) ist eine Massnahme des Ausgleichs zwischen Gemeinden, welche unentgeltlich ehemalige Bezirksschulhäuser erhielten, und denjenigen Gemeinden, welche ihre eigenen ehemaligen Sekundarschulgebäude der Realschule zur Verfügung stellten oder welche gar auf ihre Kosten infolge der Schulgesetzänderung neue Gebäude zu errichten hatten.

Eine ähnliche Beteiligung von Staat und Gemeinden an der Mittelschulbildung ist auch für die Basler Realschulen zweckmässig. Für diejenigen Mittelschulen jedoch, welche als einzige in einem neuen Kanton eine bestimmte Bildungsart vermitteln, d. h. die Gymnasien, entspricht ein etwas anderer Lastenausgleich den Gegebenheiten besser: Massgebend für die Lehrziele und die Lehrtätigkeit sind die kantonalen Organe; sie sollten es deshalb auch sein inbezug auf die technischen Einrichtungen der höhern Mittelschulen. Dem entspricht die kantonale Verfügungsgewalt und die Lastentragung für die Gebäude und Einrichtungen dieser zweiten Art von Mittelschulen. Dagegen kann ein verstärkter Einfluss der Stadt und derjenigen Landgemeinden, welche mit der Stadt eng verbunden sind, auf die Wahl der Lehrer nur von gutem sein. Ebenfalls eine positive Wirkung hat eine finanzielle Beteiligung der Stadt und der umliegenden Gemeinden. Be-

achtet man hiezu noch den einen wichtigen Grundsatz für Finanzausgleichsmassnahmen, Einfachheit, so liegen Gemeindebeiträge nach der Einwohnerzahl und der verkehrstechnischen Lage inbezug auf den Schulort am nächsten. Wenn, wie bei den Realschulen, die Gemeinden mit ihren Beiträgen etwa 15% der staatlichen Ausgaben für die Lehrkräfte zurückerstatten würden, so wäre im Ganzen - die Gebäudeunterhaltsaufwendungen mitgerechnet -, die staatliche Beteiligung an den höhern Mittelschulen doch noch wesentlich grösser.

Wenn im folgenden versucht wird, die Ausgaben des neuen Kantons und der Stadt Basel für Mittelschulen abzuschätzen, so unterstellen wir keine einheitlichen Besoldungsansätze. Wir gehen auch hier von den tatsächlichen Ausgaben im Jahre 1948 aus, obwohl wir hier einen Fall vor uns hätten, bei dem sich etwas feinere Methoden anwenden liessen. Ihr Ergebnis - dies dürfen wir festhalten - würde nicht stark von dem unsrigen abweichen, besonders dann nicht, wenn in die Besoldungsfaktoren die Lebenshaltungskosten einbezogen würden.

Nettoausgaben des Staates Baselland für Realschulen	1, 30 Mio. Fr.
Bruttoausgaben des Staates Baselland gemäss Schulabkommen mit Baselstadt	0, 25 Mio. Fr.
85% der Nettoausgaben des Kantons Baselstadt für alle Mittelschulen (ohne Verrechnung der Schulgelder basellandschaftl. Eltern) (100% = 5, 52)	4, 69 Mio. Fr.
Nettoausgaben des neuen Staates	<u>6, 24 Mio. Fr.</u>
15% der Nettoausgaben des Kantons Baselstadt für alle Mittelschulen (ohne Verrechnung der Schulgelder basellandschaftl. Eltern) (100% = 5, 52)	0, 83 Mio. Fr.
./. Ausgaben basellandschaftlicher Gemeinden für Basler Gymnasien	<u>0, 08 Mio. Fr.</u>
Nettoausgaben der neuen Stadt Basel	<u>0, 75 Mio. Fr.</u>

9. Hochschule, Archive, Museen, Bibliotheken.

Diese Institutionen nehmen nur im baselstädtischen Budget einen bedeutenden Platz ein. Sollen sie nach einer Wiedervereinigung kantonale oder städtische Angelegenheit werden? Kann unser Grundsatz der Gleichbelastung der basellandschaftlichen Steuerzahler vor und nach der Wiedervereinigung einigermaßen mit einer kantonalen Uebernahme der Lasten in Einklang gebracht werden? Tatsache ist, dass in Baselland grosse Kreise an der Basler Universität und an den sie ergänzenden Anstalten nicht bewusst interessiert sind. Das gleiche könnte aber von relativ fast so bedeutsamen Kreisen Baselstadts gesagt werden. Heute werden alle Studierenden in der Beitragsleistung an die Kosten der Universität gleich behandelt, es ist nicht massgebend, wo ein solcher wohnt oder wo seine Eltern oder Gönner Steuern bezahlen. Baselstadt wendet deshalb jährlich bedeutende Summen auf, welche insbesondere Ländschäftler Studierenden zugute kommen. Für Baselstadt gäbe es natürlich Wege genug, um die grossen Auf-

wendungen nur den eigenen Einwohnern zu reservieren. Nennen wir einen, bei welchem Baselstädter zu gleichen Bedingungen wie an der eigenen Universität auch an andern studieren können: Erhöhung der Kollegiengelder für alle Studenten der Basler Universität und Gewährung grosser Stipendien an alle Studierenden, welche unter gewissen Gesichtspunkten als baselstädtische zu betrachten sind, auch wenn diese anderswo studieren. Bewusst verzichtet Baselstadt fast gänzlich auf diese Möglichkeiten. Dies verpflichtet auch die Landschäftler. Nach 100 Jahren der Mitbeteiligung am Nutzen ist es für sie ein Bedürfnis, sich auch an den Lasten zu beteiligen. Gegenwärtig bestehen bei der Einkommens- und Vermögenssteuer erhebliche Differenzen in der Belastung der Reichsten in der Stadt und denjenigen auf dem Lande. Erfolgt im Falle einer Wiedervereinigung für sie eine Angleichung nach oben, so fallen vom Landschäftler Gebiet zusätzliche Einnahmen an, welche von relativ wenigen und gerade von diesen Kreisen kommen, welche vielfach ihre Söhne und Töchter studieren lassen. Selbstverständlich wird es, wenn die Universität und ihre Anstalten kanton-al-gesamtbaslerische Angelegenheit werden, ein Anliegen des Baselbiertervolkes sein, dass mit allen Mitteln recht haushälterisch umgegangen wird.

Nettoausgaben des Staates Baselland für das Kantonsmuseum und die Kantonsbibliothek	0, 02 Mio. Fr.
Nettoausgaben des Kantons Baselstadt für die Hochschule, ihre Anstalten und Sammlungen, das schweizerische Wirtschaftsarchiv und das Gewerbemuseum	6, 98 Mio. Fr.
. / . Uebernahme von Teilaufgaben durch die Stadt	<u>0, 08 Mio. Fr.</u>
Nettoausgaben des neuen Staates	<u>6, 92 Mio. Fr.</u>
Nettoausgaben der neuen Stadt	<u>0, 08 Mio. Fr.</u>

10. Nettozinslast.

Wie gross die Nettozinslast des neuen Kantons und wie gross diejenige der Stadt Basel sein wird, hängt davon ab, wie gross die beiden Anteile an den Schulden des bestehenden Kantons Baselstadt sein werden. Es gibt zwei gewichtige Gründe, uns annehmen zu lassen, dass sämtliche Schulden an die Stadt Basel überzugehen haben. Der erste allein ist schon hinreichend: Baselland besitzt keine Nettoverschuldung. Das Vermögen, das die Organe des neuen Kantons aus seinem Bestand auswählen werden, wird deshalb den Wert der Summe der einzelnen Objekte haben. Wenn aus dem baselstädtischen Vermögensbestand Objekte im entsprechenden Wert ausgewählt sein werden, so wird mit aller Wahrscheinlichkeit der Bedarf des neuen Kantons gedeckt sein oder mindestens nahezu gedeckt sein. Zur Uebernahme von Schulden Baselstadts besteht also mindestens im Grossen kein Anlass. Der zweite, weniger bedeutsame Grund ist der, dass zweckmässigerweise die grossen öffentlichen Versorgungsbetriebe Elektrizitätswerk, Gaswerk, Wasserwerk, Basler Verkehrsbetriebe der Stadt Basel zugeteilt werden. Die stillen Reserven, welche in diesen Betrieben stecken, bilden ein gewisses Gegenstück zu den Schulden des öffentlichen Haushalts. Wir können also folgende Beträge als Nettoausgaben für das staatliche und

städtische Forderungsvermögen vorsehen:

Nettozinslast des neuen Staates
Nettozinslast der neuen Stadt Basel

-
5,73 Mio. Fr.

11. Armenpflege.

Die Armenpflege ist wieder eine Aufgabe, welche von Staat und Gemeinden in Verbindung miteinander gelöst wird. Die basellandschaftlichen Gemeinden wendeten 1948 netto (aber ohne Verrechnung der Beiträge der Bürgergemeinden und der Einbürgerungsgebühren) 1,30 Mio. Fr. auf, der Staat Baselland im gleichen Jahre 0,62 Mio. Fr. Bei gleichen Prinzipien der Lastenverteilung wären in Baselstadt, so wie die Verhältnisse waren, ebenfalls der Gemeinde rund $\frac{2}{3}$, dem Kanton rund $\frac{1}{3}$ der Nettoausgaben für die Armenpflege überbunden. Wir hätten an Nettoausgaben (ohne Verrechnung der Beiträge von Stiftungen und der Legate) der Gemeinde Basel etwa 2,93 Mio. Fr. und dem neuen Kanton 1,47 Mio. Fr. zuzurechnen.

Nettoausgaben des Staates Baselland	0,62 Mio. Fr.
$\frac{1}{3}$ der Ausgaben des Kantons Baselstadt (4,40)	<u>1,47 Mio. Fr.</u>
Nettoausgaben des neuen Staates	<u>2,09 Mio. Fr.</u>
$\frac{2}{3}$ der Ausgaben des Kantons Baselstadt (4,40)	2,93 Mio. Fr.
. /. Beiträge von Stiftungen und Legate	<u>0,74 Mio. Fr.</u>
Nettoausgaben der neuen Stadt Basel	<u>2,19 Mio. Fr.</u>

12. Strassen und Brücken.

Welche Strassen und Brücken Basels hat der neue Staat zu übernehmen? Es ist Sache des Staates, dafür besorgt zu sein, dass alle um Basel herum liegenden Gemeinden mit Basel und untereinander durch Strassen verbunden sind, welche den Verkehrsbedürfnissen entsprechen. Dies gilt ebenso wie für die basellandschaftlichen Gemeinden für die baselstädtischen Landgemeinden und für die Gemeinden der elsässischen und badischen Nachbarschaft. Vom Strassennetz Baselstadts von 260 km Länge wird der neue Staat etwa für den Ausbau, den Unterhalt und die Reinigung folgender Verbindungen aufzukommen haben:

Friedlingen - Dreirosenbrücke	2,2 km
Otterbach - Wettsteinbrücke	3,3 km
Lörrach - Mittlere Rheinbrücke	7,5 km
Riehen - Bettingen	1,8 km
Birsfelden - Mittlere Rheinbrücke	3,2 km
Muttenz - Wettsteinbrücke	3,2 km
Münchenstein - Altes Viadukt	2,6 km
Binningen - Mittlere Rheinbrücke	2,1 km
Allschwil - Spalenring	0,8 km

Allschwil - St. Jakob	26,7 km
Burgfelden - Spalenring	5,0 km
St. Ludwig - Altes Viadukt	1,8 km
Hünigen - Elsässerstrasse	3,5 km
Dreirosenbrücke - Spalenring	0,5 km
	0,8 km
Zusammen	<u>38,3 km</u>

Wenn der neue Staat auf dem Gebiete Basels stadt's rund 38 km Strassen zu besorgen hat, so ist dies ungefähr gleichviel pro Flächeneinheit wie der Staat Baselland gegenwärtig auf seinem Gebiete an Staatsstrassen besitzt (374 km. Fläche von Basel stadt 37,0 km², Fläche von Baselland 427 km²). Basel stadt besitzt gegenwärtig rund 260 km Strassen. Es wendete 1948 netto (aber ohne Verrechnung der Reinigungssteuer, des Benzin zollanteiles und der Motorfahrzeugsteuer) 4,01 Mio. Fr. auf für ihre Reinigung, ihren Unterhalt und Ausbau, sowie 1,10 Mio. Fr. für Korrek tionen und Strassenneubauten. Den 38 km, für welche nach einer Wiedervereinigung der neue Staat aufzukommen hat, dürfen wir in Betracht ihrer besonders Breite und der grossen Verkehrsdichte, sowie umgekehrt der Tatsache, dass sich Gemeinden an den Kosten für Korrek tionen und Neubauten von Kantonsstrassen zu beteiligen haben (ungefähr wie dies heute in Baselland der Fall ist) 0,8 Mio. Fr. zurechnen. Basel stadt bezieht gegenwärtig 0,74 Mio. Fr. Anteil am Benzin zollertrag und 1,36 Mio. Fr. an Motorfahrzeugsteuern. Es entstände also offensichtlich ein Missverhältnis, indem der neue Staat für ein gewisses Gebiet nur im Werte von rund 0,8 Mio. Fr. Leistungen erbrächte, dass er aber von seinen Einnahmen mindestens 2,1 Mio. Fr. diesem Gebiet zurechnen müsste. Im weitem brächte die obige Lösung Schwierigkeiten in bezug auf die basel städtische Reinigungssteuer. Wären die Anstösser an die Staatsstrassen verpflichtet Reinigungssteuer zu bezahlen? Ueberall auf dem Lande besorgt der Staat die Reinigung seiner Strassen, ohne dass er in Form einer Sondersteuer etwas dafür verlangt. Zweifellos wäre es auch vorteilhaft, wenn dem Unterhalt und der Reinigung der Strassen des ganzen Stadtgebietes nur ein einziger Personalstab und Sachmittelapparat gewidmet werden müsste. All dem könnte Rechnung getragen werden, wenn der neue Staat an Stelle der Besorgung gewisser Strassenzüge, der Stadt Basel jährlich einen gewissen Betrag zukommen liesse. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen würde sich der ganze Betrag der aus Basel zu erwartenden Motorfahrzeugsteuern hiefür eignen. Setzen wir eine Neugestaltung der Motorfahrzeugsteuer voraus, so dass der Ertrag gleich der Summe der Erträge in den beiden Gebieten vor der Wiedervereinigung wird, so ergibt sich in runden Ziffern folgende Aufstellung:

Nettoausgaben des Staates Baselland für das Strassenwesen	0,50 Mio. Fr.
Wenigerertrag der Motorfahrzeugsteuer für alle Fahrzeuge des Landgebietes	0,35 Mio. Fr.
./. Benzin zollanteil des Kantons Basel stadt	0,74 Mio. Fr.
Nettoausgaben des neuen Staates	<u>0,11 Mio. Fr.</u>

Nettoaussgaben des Kantons Baselstadt für das Strassen-	
wesen (ohne Verrechnung der Reinigungssteuer)	1, 91 Mio. Fr.
Benzinzollanteil des Kantons Baselstadt	0, 74 Mio. Fr.
. /. Mehrertrag der Motorfahrzeugsteuer für alle	
Fahrzeuge des Stadtgebietes	0, 35 Mio. Fr.
Nettoaussgaben der neuen Stadt Basel	<u>2, 30 Mio. Fr.</u>

13. Steuerbezugskosten, Kassaverwaltung, Finanzdirektion.

Im Kanton Baselland bewältigen Gemeinden und Staat die Kontrollarbeiten der Steuerselbststeinschätzungen gemeinsam. Die Gemeindeorgane beheben zunächst Formfehler und Irrtümer. Keine basellandschaftliche Gemeinde ist so gross, dass die Gemeindeorgane nicht zum Mindesten die Verhältnisse eines grossen Teiles ihrer Steuerpflichtigen kennen würden. Auf Grund dieser Kenntnisse lässt sich sehr leicht und sehr schnell kontrollieren. Allerdings weiss im allgemeinen der Steuerpflichtige sehr genau, wie weit die Gemeindebehörden seine Steuererklärung überprüfen können; er weiss, was ihnen von seinen Verhältnissen unbekannt ist. Ein Teil der Unrichtigkeiten, welche auf Grund solcher Ueberlegungen absichtlich zustande kamen, können mit Hilfe von Vergleichen früherer Steuerakten herausgefunden werden, ebenso gewisse unbedeutende, in der Selbstdeklaration vergessene Steuerfaktoren. Diese Art von Kontrolle führt im Kanton Baselland der Staat durch. So wie die Grössenverhältnisse der basellandschaftlichen Gemeinden sind, bedeuten diese beiden praktisch spezialisierten Kontrollen eine recht glückliche Lösung. Im Falle der Stadt Basel käme sie jedoch auf eine Doppelspurigkeit heraus. Gemeindebehörden können hier kaum mehr vom Steuerpflichtigen wissen als kantonale Steuerbehörden. Man könnte deshalb an die Weglassung des einen der Kontrollorgane denken und an eine Geldentschädigung der Stadt Basel an den neuen Staat oder des neuen Staates an die Stadt Basel, je nachdem, wer sich der Ueberprüfung der Selbstdeklaration widmet. Zweckmässiger scheint dem Verfasser die Bewältigung der Kontrollarbeit gemeinsam durch das Personal der Gemeinde und des kantonalen Steueramtes, wobei der Staat soviel Personal und solange unentgeltlich zur Verfügung stellen könnte, als er den Wert der abschliessenden Kontrolle für sich einschätzt. Ein Zweck der gemeinsamen Bearbeitung wäre auch der, ähnlich wie bei den basellandschaftlichen Gemeinden eine gewisse Kontrolle über die Behördenpraxis zu erhalten. Dieser zweite Zweck liesse sich ohne Doppelspurigkeit kaum anders erreichen.

Die basellandschaftlichen Gemeinden besorgen die Verwaltungsarbeit, welche zum Ziele hat, alle Steuerpflichtigen zur Einreichung von Deklarationen zu veranlassen. Von Leuten, die sich nur vorübergehend im Kanton aufhalten, erheben sie auch die Staatssteuern. Diese Arbeiten fallen zweckmässigerweise auch der Stadt Basel zu.

Gemeinsame Vornahme der Einschätzung durch Personal der Stadt und des neuen Kantons und das Prinzip der möglichst geringen Inanspruchnahme des Bürgers durch den Staat ermöglichen und erfordern auch eine gemeinsame Rechnungsstellung für die Staats- und Gemeindesteuern der Stadtbevölkerung. Es ist dies eine Aufgabe, welche an und für sich von

der unter- oder von der übergeordneten Gebietskörperschaft übernommen werden könnte, natürlich gegen Entschädigung durch die Begünstigte. Es scheint, dass der Staat eher geeignet ist, sie zu übernehmen, indem all-fällige Maschinen ebenfalls zur Rechnungsstellung für die Staatssteuern der Landschaft benützt werden könnten. In diesem Falle stände es auch jeder andern Gemeinde offen, ihre Gemeindesteuerrechnungen in Verbindung mit den Staatssteuerrechnungen zu erlassen.

Getrennt nach über- und untergeordneter Gebietskörperschaft zu bewältigen sind die Arbeiten, welche wir unter dem Begriff Finanzkontrolle zusammenfassen.

Im Spiegelbild der Ausgaben des neuen Staates und der Stadt Basel finden wir die skizzierte Arbeitsteilung wieder:

Nettoausgaben des Staates Baselland	0, 86 Mio. Fr.
Ergänzung zu den Ausgaben von Baselland entspre- chend der Vergrösserung des Kollektivs der Steuerzahler	1, 72 Mio. Fr.
. /. Einsparung infolge abnehmender Durch- schnittskosten	0, 40 Mio. Fr.
Nettoausgaben des neuen Staates	<u>2, 18 Mio. Fr.</u>
Nettoausgaben des Kantons Baselstadt	2, 19 Mio. Fr.
. /. Uebnahme von Aufgabengebieten durch den Staat	1, 72 Mio. Fr.
Mehrausgaben wegen Doppelspurigkeit mit dem Staat	0, 40 Mio. Fr.
Nettoausgaben der neuen Stadt Basel	<u>0, 87 Mio. Fr.</u>

14. Berufsschulen und -kurse.

Sie sind in Stadt und Land ein wichtiges Tätigkeitsgebiet staatlich organisierter und hauptsächlich staatlich finanzierter Kräfte.

Die basellandschaftlichen Gemeinden organisieren, zum Teil mehrere miteinander, die hauswirtschaftlichen Fortbildungsschulen. Sie kommen für den Rest der Mittel auf, welche zu den Bundesbeiträgen (ca. 29% der an-rechenbaren Ausgaben), den Staatsbeiträgen (ca. 34%) und den Schulgeldern noch erforderlich sind.

Anders bei den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsschulen: Hier waltet der Staat in Verbindung mit den Berufsverbänden. Die Gemein-den sind zu Beiträgen verpflichtet, welche auf Grund ihrer Anzahl Schüler errechnet werden. Ebenso leisten die Gemeinden Beiträge pro Schüler der kaufmännischen Berufsschulen in Liestal und in Basel, während der Staat diesen Schulen gleichbleibende Beiträge gewährt.

1948 wendete der Staat für das berufliche Bildungswesen netto 486'000 Fr. auf, während die basellandschaftlichen Gemeinden 153'000 Fr. netto beitrugen.

Die Aufgaben- und Lastenverteilung von Baselland eignet sich auch, wenn die baselstädtischen Berufsschulanstalten einbezogen werden. Weiter-hin würde die Gewerbeschule, das Lehrerseminar, eventuell auch die han-delswissenschaftlichen Fachkurse vom Staat betrieben, wobei die Gemein-

den etwa $\frac{1}{5}$ an die Nettoausgaben des Staates beitragen müssten. Die Frau-
enarbeiterschule würde eine Einrichtung der Stadt, an die aber Staat und
Gemeinden finanziell ungefähr Gleiches beizutragen hätten.

Die Gestaltung der Schulgelder und der Gemeindebeiträge gestattet
bei den gewerblichen Schulanstalten einen gewissen Ausgleich zwischen den
Ansprüchen der verschiedenen Regionen an die Qualität und die Quantität
der Berufsbildung und der Gleichbehandlung der verschiedenen Regionen
durch den Staat.

Nettoausgaben des Staates Baselland	0, 49 Mio. Fr.
Nettoausgaben des neuen Staates für das Gebiet Basels im entsprechenden Umfange	0, 98 Mio. Fr.
Nettoausgaben des neuen Staates	<u>1, 47 Mio. Fr.</u>
Nettoausgaben des Kantons Baselstadt	2, 11 Mio. Fr.
. /. Nettoausgaben des neuen Kantons für das Gebiet Basels	0, 98 Mio. Fr.
Nettoausgaben der Stadt Basel	<u>1, 13 Mio. Fr.</u>

15. Tiefbau. Allgemeine Ausgaben.

Wir haben es als zweckmässig erachtet, sämtliche Strassen auf ihrem
Gebiete der Stadt zuzuweisen, wobei ihr allerdings besondere Einnahmen
überlassen bleiben. Neuanlagen und Unterhalt von Kanalisationen sind Ge-
meinde- bzw. städtische Angelegenheiten. Für Basel wird ein planender
Einfluss des Kantons kaum bedeutender sein als auf dem Lande. Das gleiche
gilt für den staatlichen Einfluss und die entsprechenden Aufwendungen für
wasserbauliche Massnahmen auf dem Gebiete Baselstadts. Den allergrös-
sten Teil der Aufwendungen des Kantons Baselstadt für allgemeine Tiefbau-
angelegenheiten haben wir aus diesen Gründen der Stadt Basel zuzurechnen.

Nettoausgaben des Staates Baselland	0, 23 Mio. Fr.
Nettoausgaben des neuen Kantons für das Gebiet Basels im entsprechenden Umfange	0, 46 Mio. Fr.
Nettoausgaben des neuen Kantons	<u>0, 69 Mio. Fr.</u>
Nettoausgaben des Kantons Baselstadt	1, 46 Mio. Fr.
. /. Nettoausgaben des neuen Kantons für das Gebiet Basels	0, 46 Mio. Fr.
Nettoausgaben der Stadt Basel	<u>1, 00 Mio. Fr.</u>

16. An Private im Dienste der Kunst.

Die Mittel, welche der basellandschaftliche Staat Privaten im Dienste
der Kunst zukommen lässt, sind recht unbedeutend. Die Aufwendungen des
staatlichen Kunstkredites von rund 7'000 Fr. jährlich sind das Minimum
dessen, den guten Willen des basellandschaftlichen Staatswesens seinen
Künstlern gegenüber anzudeuten. Dies ist für einen Kanton von der Grösse

Basellands durchaus in Ordnung. Künstler fördern soll, wer persönlich Berührung mit den Kunstwerken hat. Der Raum eines Landkantons ist hierfür schon zu gross. Geringe Ausgaben des Staates bedeuten aber grosse Möglichkeiten für die Gemeinden bei gleicher Belastung der Bürger. Es scheint dem Verfasser, dass sich im neuen Staate die Ausgaben an Private im Dienste der Kunst im ganzen so verhalten sollen, dass die Bedürfnisse des anspruchloseren Gebietes in gleicher Weise befriedigt werden wie bisher und aller zusätzliche Aufwand den Gemeinden überlassen bleiben soll.

Nettoaussgaben des Staates Baselland	8'700 Fr.
Nettoaussgaben des neuen Kantons für das Gebiet Basels im entsprechenden Umfange	<u>17'400 Fr.</u>
Nettoaussgaben des neuen Kantons	<u>26'100 Fr.</u>
Nettoaussgaben des Kantons Baselstadt	1'791'300 Fr.
. /. Nettoaussgaben des neuen Kantons für das Gebiet Basels	<u>17'400 Fr.</u>
Nettoaussgaben der neuen Stadt Basel	<u>1'773'900 Fr.</u>

17. Kindergärten.

Kindergärten werden in Baselland teilweise durch Private (z. B. Frauenvereine), teilweise durch Gemeinden betrieben. In manchen Gemeinden, besonders mit bauerlicher Bevölkerung bestehen keine Kindergärten. Die Eltern der Kinder haben an fast allen Orten Schulgeld zu leisten. An Kindergärten, welche den Anforderungen eines kantonalen Reglementes entsprechen, trägt der Staat bei. Diese Art der Lastenverteilung wird auch im neuen Staate zweckmässig sein:

Nettoaussgaben des Staates Baselland	41'700 Fr.
Nettoaussgaben des neuen Kantons für das Gebiet Basels im entsprechenden Umfange	<u>100'000 Fr.</u>
Nettoaussgaben des neuen Kantons	<u>141'700 Fr.</u>
Nettoaussgaben des Kantons Baselstadt	1'350'000 Fr.
. /. Nettoaussgaben des neuen Kantons für das Gebiet Basels	<u>100'000 Fr.</u>
Nettoaussgaben der neuen Stadt Basel	<u>1'250'000 Fr.</u>

18. Kirche.

Zweckmässigerweise nehmen wir hier nicht eine Aenderung der Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden im Gebiete von Baselstadt vor, sondern im Gebiete von Baselland. Es scheint dem Verfasser für einen wiedervereinigten Staat am günstigsten, wenn er von den Leistungen an die Kirchen befreit ist (ausser denjenigen für die Seelsorge an staatlichen Anstalten). Ob die Gemeinden ermächtigt werden sollen, aus ihren Steuermitteln mehr an die Landeskirchen zuleisten oder ob auch die basellandschaftlichen Kirchen ihren Finanzbedarf selbständig durch Kirchensteuern decken sollen, wollen wir dahingestellt sein lassen.

Nettoausgaben des Staates Baselland für die Seelsorge an staatlichen Anstalten	1'600 Fr.
Nettoausgaben des Kantons Baselstadt für die Seelsorge an kantonalen Anstalten	9'200 Fr.
Nettoausgaben des neuen Staates	<u>10'600 Fr.</u>
Nettoausgaben der Stadt Basel	-
Mehrausgaben der basellandschaftlichen Gemeinden bzw. Mehrbedarf der basellandschaftlichen Kirchgemeinden, der durch Kirchensteuern zu decken ist	341'200 Fr.
. /.	<u>1'600 Fr.</u>
	<u>339'600 Fr.</u>

19. Förderung der Landwirtschaft.

Sie ist eine staatliche Aufgabe, deren Lösung fast ausschliesslich dem Gebiete zugute kommt, das jetzt vom Kanton Baselland eingenommen wird. Dies wenigstens, wenn wir nur die erste Kategorie von Nutzniessern zunächst in Betracht ziehen. Die Landwirtschaft bietet einige wenige homogene Produkte in derartiger Konkurrenz an, dass jede Massnahme zur Förderung der Landwirtschaft indirekt jedermann in ihrem Absatzgebiet begünstigt, denn ihre Produkte werden von jedermann verbraucht.

Bei den Ausgaben des Staates von Baselland zur Förderung der Landwirtschaft handelt es sich hauptsächlich um Beiträge auf Grund von Bundes-subventionsgesetzen. Wenn sie der neue Staat übernimmt, so ergibt sich daraus ein gewisser Ausgleich zu den Ausgaben des neuen Staatswesens für die Hochschule, welche zunächst hauptsächlich der in städtischen Verhältnissen lebenden Bevölkerung zugute kommt. Zur Förderung der Landwirtschaft wird die Gemeinde Basel nur noch wenig beitragen müssen, sofern sie nicht ihre Landwirtschaft ganz besonders begünstigen will, wie dies der Staat Baselstadt momentan tut. Unsere Angaben beziehen sich auf die zweite Möglichkeit.

Nettoausgaben des Staates Baselland	0,47 Mio. Fr.
Nettoausgaben des neuen Staates entsprechend der Ausdehnung der Landwirtschaft Basels	0,02 Mio. Fr.
Nettoausgaben des neuen Staates	<u>0,49 Mio. Fr.</u>
Nettoausgaben des Kantons Baselstadt	0,06 Mio. Fr.
. / . Nettoausgaben des neuen Staates für das Gebiet Baselstadts	<u>0,02 Mio. Fr.</u>
Nettoausgaben der Stadt Basel	<u>0,04 Mio. Fr.</u>

Damit haben wir für die wichtigsten Aufgaben, welche in unseren beiden schweizerischen Kantonen gegenwärtig durch Einsatz von Steuermitteln gelöst werden, die finanzwirtschaftlichen Auswirkungen einer Wiedervereinigung bestimmt. Halten wir die Nettoausgaben fest, zu welchen uns unsere Ueberlegungen führten:

(Mio. Fr.)	Vor der Wieder- vereinigung Verhältnisse von 1948				Nach der Wieder- vereinigung Verhältnisse wie 1948			
	G'den BL	Staat BL	Kan- ton BS	Zus.	G'den BL	Stadt Basel	neuer Staat	Zus.
1. Vermögensvermehrung	0,82	3,44	10,23	14,49	-	-	-	-
2. Krankenfürs. u. -Vers.	0,08	0,98	10,26	11,32	0,08	5,00	3,10	8,18
3. Verwaltungsvermögen	0,97	1,10	7,05	9,12	0,97	4,65	3,50	9,12
4. Primar-, Sekundar-, Fortbildungsschulen	1,90	1,90	5,16	8,96	1,90	2,58	4,48	8,96
5. Wohnbauschubventionen	0,62	1,91	5,99	8,52	0,62	1,88	6,02	8,52
6. Polizei	-0,17	0,42	7,29	7,54	-0,17	6,42	1,29	7,54
7. Altersfürs. u. Vers.	0,28	0,87	6,31	7,46	0,28	4,02	3,21	7,51
8. Mittelschulen	0,22	1,50	5,50	7,22	0,30	0,75	6,24	7,29
9. Hochschule, Archive, Museen	0,01	0,02	6,98	7,01	0,01	0,08	6,92	7,01
10. Nettozinslast	0,27	-0,02	5,73	5,98	0,25	5,73	-	5,98
11. Armenpflege	1,09	0,62	3,66	5,37	1,09	2,19	2,09	5,37
12. Strassen, Brücken	2,44	0,50	1,91	4,85	2,44	2,30	0,11	4,85
13. Steuerbezugskosten Staatskassenverw.	0,00	0,86	2,19	3,05	0,00	0,87	2,18	3,05
14. Berufsschulen und -Kurse	0,15	0,49	2,11	2,75	0,15	1,13	1,47	2,75
15. Tiefbau, Allg. Ausgaben	0,14	0,23	1,46	1,83	0,14	1,00	0,69	1,83
16. Kunst	0,04	0,01	1,79	1,84	0,04	1,77	0,03	1,84
17. Kindergärten	0,14	0,04	1,35	1,53	0,14	1,25	0,14	1,53
18. Kirche	0,47	0,34	0,01	0,82	0,81	-	0,01	0,82
19. Förderung der Landwirtschaft	0,21	0,47	0,06	0,74	0,21	0,04	0,49	0,74
Zusammen: Wichtigste Staatsaufgaben (ohne Vermögensvermehrung	8,86	12,24	74,81	95,91	9,26	41,66	41,97	92,89

In den allermeisten Fällen der 18 wichtigsten Staatsaufgaben waren die Verhältnisse derart, dass wir die Verteilung der Aufgaben und der entsprechenden Lasten auf den neuen Staat und seine Gemeinden so vornehmen konnten, dass der neue Staat ungefähr das Dreifache an Lasten gegenüber dem alten, basellandschaftlichen zu übernehmen hat. Den Rest tragen die Gemeinden, je nach Wunsch der Bevölkerung. Genau das gleiche gilt von den übrigen Staatsaufgaben, welche relativ wenig Steuermittel beanspruchen. Ausnahmen sind: Das Justizwesen, das Militärwesen und die allgemeinen Staatsaufgaben. Was die staatlichen Einrichtungen zur Erhaltung und Mehrung der Rechtssicherheit betrifft, so stellen wir in den städtischen Verhältnissen eine bedeutend grössere Inanspruchnahme fest. Beim Militärwesen nehmen wir an, dass der neue Staat alle Aufgaben weiterführe mit

Ausnahme der Betreuung der Schiessanlagen und der militärischen Vereine. Dieser Art ist auch die gegenwärtig bestehende basellandschaftliche Lösung. Aufwendungen für militärische Einquartierungen, wie sie in basellandschaftlichen Gemeinden vorkommen, haben wir in der Stadt Basel in Friedenszeiten nicht einzurechnen. Bei den allgemeinen Staatsaufgaben gingen wir zur Verteilung der Lasten auf die einzelnen Gebietskörperschaften vom Einzelnen aus. Die Nettoerträge von Immobilien rechneten wir vollständig der Stadt Basel zu. Der Staat wird auf dem Gebiete der Stadt Basel oder sonstwo kaum ertragbringende Immobilien benötigen. Mit diesen Nettoerträgen verrechneten wir etwas weniger als die Hälfte der allgemeinen Arbeitgeberverpflichtungen, sowie 200'000 Fr. der Aufwendungen für allgemeine Verwaltung. Dem neuen Staate fallen demnach die verbleibenden Lasten zu, wenn auch die Bezeichnungen im einzelnen ändern werden. Es ergibt sich so folgende Tabelle der Lastenverteilung aller relativ wenig Mittel beanspruchenden Staatsaufgaben:

(Mio. Fr.)	Vor der Wieder- vereinigung Verhältnisse von 1948				Nach der Wieder- vereinigung Verhältnisse wie 1948			
	G'den BL	Staat BL	Kan- ton BS	Zus.	G'den BL	Stadt Basel	neuer Staat	Zus.
1. Sanität	0,47	0,27	2,54	3,28	0,47	2,00	0,81	3,28
2. Justiz	0,07	1,14	4,53	5,74	0,07	1,53	4,14	5,74
3. Militär	0,10	0,02	-0,10	0,02	0,10	0,02	-0,10	0,02
4. Erziehung	0,67	0,52	1,67	2,86	0,67	0,67	1,52	2,86
5. Fürsorge, Volksw.	0,21	0,61	4,46	5,28	0,21	3,24	1,83	5,28
6. Vermögen im Gemeingebrauch	0,04	0,43	2,86	3,33	0,04	2,00	1,29	3,33
7. Löschwesen, Wasserversorgung	-0,12	0,18	-1,13	-1,07	-0,12	-1,49	0,54	-1,07
8. Allgemeines	2,19	0,88	0,72	3,79	2,19	-0,67	2,27	3,79
Zusammen	3,63	4,05	15,55	23,23	3,63	7,30	12,30	23,23

Die Summen der Resultate unserer beiden Tabellen stellen nun die Grössen des Finanzbedarfes dar, wie wir ihn durch Betrachtung der Wirklichkeit und durch gedankliche Umwandlung mittels einiger weniger einfacher Prinzipien für die basellandschaftlichen Gemeinden, die Stadt Basel und den neuen Staat zunächst einmal schätzen können.

B.Einnahmequellen und Einnahmen

Wie decken unsere neuen Gemeinwesen ihren Finanzbedarf? Auch hier gehen wir am besten, soweit es die wichtigsten Einnahmequellen betrifft, wieder einzeln vor und untersuchen die Möglichkeiten für jede Einnahmequelle besonders.

Wie verhält sich der Finanzbedarf im neuen Staat zu der Ergiebigkeit der Einnahmequellen vor einer Wiedervereinigung?

(Mio. Fr.)

	Baselland- schaftliche Gemeinden	S t a a t		Stadt Basel
		Gebiet von BL	Gebiet von BS	
Finanzbedarf (nach der Wieder- vereinigung)	12,89	(1/3) 53,27 18,09	(2/3) 36,18	48,96 85,14
Steuern und steuerähn- liche Mittel (vor der Wiedervereinigung)	13,02	19,72		100,46
Differenz	0,13	1,63		15,32

Setzen wir zunächst voraus, eine Wiedervereinigung bringe bei den Einnahmequellen keine Strukturänderungen mit sich. Denken wir uns eine Beanspruchung von Steuern und steuerähnlichen Mitteln durch die Stadt Basel von rund 53 Mio. Fr. In diesem Falle hätte der neue Staat bei unveränderter Ergiebigkeit der Einnahmequellen gut 67 Mio. Fr. (19,72 aus dem Gebiet von BL + 47,46 aus dem Gebiet von BS) zu seiner Verfügung, verglichen mit dem Finanzbedarf also sehr viel. Die obige Aufstellung zeigt uns für das folgende, dass es gilt die Ergiebigkeit der Einnahmequellen zugunsten der basellandschaftlichen Gemeinden etwas zu erhöhen (ein Ueberschuss von 1% wäre für Verhältnisse wie 1948 etwas klein), dass wir aber im übrigen eher an gewisse Entlastungen denken dürfen, ohne eine angemessene positive Differenz verschwinden zu lassen.

In welcher Hinsicht bringt aber eine Wiedervereinigung Strukturänderungen in der Gestaltung der Einnahmen mit sich? Natürlich ist die Neugestaltung des Finanzhaushaltes anlässlich einer Wiedervereinigung eine Gelegenheit zur Neuordnung ohne allzu grosse Bindung an das Bestehende. Es kann sich hier aber nicht darum handeln, ein gewisses Terrain des Gegebenen zu verlassen. Die Einnahmestrukturen Basellands und Baselstads sind sehr ähnlich. Das absolute Minimum der Veränderungen, welche eine Wiedervereinigung mit sich bringt, ist sehr gering. Etwas werden wir doch darüber hinausgehen und bei einzelnen Einnahmequellen weitere Gedanken erörtern.

Vorerst wollen wir die Struktur der Einnahmen unserer Gemeinwesen im gegenwärtigen Zustande festhalten:

In Mio. Fr.	Basellandsch. Gemeinden	Staat BL	Kanton BS
Eink. -, Verm. -, Ertrags-, Kapitalsteuer	11,81	15,12	73,96
Liegenschaftsgewinnsteuer	0,32	0,31	-
Erträge gemeinwirtschaftl. Betriebe	-	0,60	8,73
Wehrsteuer	0,32	1,35	6,40
Erbschafts- und Schenkungssteuer	0,09	0,25	3,14
Handänderungssteuer	0,28	0,27	1,41
Billetsteuer	0,04	-	1,03
Unbedeutende Steuerquellen	0,16	1,82	5,79
Steuern und steuerähnliche Mittel	<u>13,02</u>	<u>19,72</u>	<u>100,46</u>
In Prozenten			
Eink. -, Verm. -, Ertrags-, Kapitalsteuer	90,6	76,5	73,6
Liegenschaftsgewinnsteuer	2,5	1,6	-
Erträge gemeinwirtschaftl. Betriebe	-	3,0	8,7
Wehrsteuer	2,5	6,8	6,3
Erbschafts- und Schenkungssteuer	0,7	1,3	3,1
Handänderungssteuer	2,1	1,4	1,4
Billetsteuer	0,3	-	1,0
Unbedeutende Steuerquellen	1,3	9,4	5,8
Zusammen	<u>(100,0)</u>	<u>(100,0)</u>	<u>(100,0)</u>

1. Hauptsteuern.

Für die allerwichtigsten Steuerquellen, nämlich die Einkommenssteuer, die Ertragssteuer, die Vermögenssteuer und die Kapitalsteuer stellt sich zuallererst das wichtige Problem des Verhältnisses zwischen Gemeinden und Staat. Sollen alle Gemeinden, wie bisher diejenigen von Baselland, diese Steuern ohne Progression erheben müssen? Sollen sie völlige Freiheit in der Gestaltung der Steuertarife erhalten? Oder sollen sie ihre Steuern in enger Anlehnung an den Staatssteuertarif erheben? Wählen wir für die Gemeinden diese oder jene Möglichkeit, so werden die Möglichkeiten für den Staat so oder anders ausfallen. Proportionale Steuern in den Gemeinden bieten einen ganz gewaltigen Vorteil, indem durch sie ohne Ueberbeanspruchung alle Kreise der Bevölkerung merklich betroffen werden und sich deshalb auch dauernd und automatisch zur Mitbeteiligung und Mitverantwortung im öffentlichen Leben aufgerufen fühlen. Die Unterschiede in den Steuereingängen je Kopf der Bevölkerung bei Annahme gleicher Steuersätze in allen Gemeinden wären relativ klein. Nach den Verhältnissen von 1948 lägen die Eingänge dieser vier Hauptsteuern zwischen 19,5 und 157, bei einem Durchschnitt von 100. (Besteuerung des Einkommens zu 2%,

des Vermögens zu 4‰, der juristischen Personen nach dem Wehrsteuer- und Wehropfertarif ($\frac{40}{100}$). Benützung der Wehrsteuer- und Wehropferveranlagung vom 1.1.45.) Das Minimum ergibt sich in Lauwil, das Maximum in Frenkendorf, während Basel mit 118 etwas über dem Durchschnitt liegt. Die Unterschiede sind derart, dass sie durch Besteuerung nach etwas verschiedenen Sätzen, nach unterschiedlichen Veranlagungsprinzipien (z.B. nur teilweiser Schuldenabzug), durch Sparsamkeit bei den Ausgaben und durch Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden ausgeglichen werden können.

Das System der Freiheit in der Gestaltung der Steuertarife kommt praktisch nicht in Frage. Es würde in den meisten Gemeinden zu sehr starken Spannungen zwischen arm und reich führen. Ziel des Staatswesens ist es, die Ausbeutung und damit die Ursache grosser Unterschiede beim Einkommen und Vermögen der Einwohner zu verhindern und nicht nachträglich rückgängig zu machen. Ganz abgesehen davon, die Einnahmegewinnung für die öffentlichen Ausgaben würde immer nur einen kleinen Teil der ausgebeuteten Beträge zurückbringen. Zudem ist darauf zu achten, dass dort, wo die Ausbeutung gering ist - beispielsweise in Bauerngemeinden -, sie nicht gerufen wird.

Hingegen hat das System der Erhebung von Gemeindesteuern als Vielfaches der progressiven Staatssteuer durchaus gewisse Vorteile. Der bedeutendste ist der, dass bei Aenderung der Beschäftigungslage von einer Stelle aus (falls dies den Staatsorganen erlaubt ist) der Steuertarif konjunkturgemäss verändert werden könnte und dass damit alle Gemeinden rasch den Anfang einer konjunkturgerechten Finanzpolitik gemacht hätten. Die Spannungen bei der jährlichen Bestimmung des Steuerfaktors jeder Gemeinde, analog der derzeitigen Beschlussfassung über den Steuerfuss durch die Gemeindeversammlungen Basellands, hielten sich in einem erträglichen Rahmen. Von grossem Nachteil dagegen ist die Tatsache, dass die vielen Einwohner mit geringen Einkommen und winzigen Vermögen als dauernde verantwortungsbewusste Mitarbeiter in den öffentlichen Belangen ausscheiden, indem sie den Zusammenhang zwischen dem Wohlergehen der Gemeinschaft und dem persönlichen aus den Augen verlieren, wenn sie nichts oder nur wenig finanziell ans Gemeindewohlergehen beizutragen haben. Die Mitarbeit in den Staatsangelegenheiten ist trotz schwacher Beteiligung grosser Schichten beim Aufbringen der Geldmittel zugunsten des Staates, noch weit eher gesichert, weil sie sich weit mehr in anonymen Formen (Urnenabstimmungen, Unterschriftensammlungen usw.) vollzieht. Die Unterschiede bei den Einnahmen je Kopf der Bevölkerung aus den vier Hauptsteuerquellen wären bei diesem dritten System von Gemeinde zu Gemeinde gewaltig verschieden. Bei Annahme eines gleichen Vielfachen in allen Gemeinden und von Steuertarifen gleich denjenigen der Wehrsteuer und des modifizierten Wehropfers ($\frac{1}{10}$) würden die Einnäge bei einem Durchschnitt von 100 zwischen 6,5 (Anwil) und 210 (Frenkendorf) schwanken. Zugunsten der Gemeinde Basel ergäbe sich eine Einnahme von 122. Solche Unterschiede müssten ausgeglichen werden, und zwar genügt hier ein Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden nicht mehr, es wird ein Finanzausgleich zwischen den Gemeinden erforderlich. Damit wird aber die enge Verbundenheit zwischen dem Einwohner und seiner Gemeinde wiederum gestört. Wägen wir die Vorzüge und Nachteile der beiden Systeme, welche wir ernsthaft in Be-

tracht ziehen, ab, so gelangen wir zu einem günstigen Resultat beim ersten. Prüfen wir aber ruhig beide Möglichkeiten als solche eines vereinigten Kantons.

a) Einkommenssteuer.

1. Die Wiedervereinigung verlangt zunächst eine Vereinheitlichung der bis jetzt wenig voneinander abweichenden Normen der Veranlagung für die Staatssteuer. Die Prüfung ergibt, dass es vorteilhaft ist, dort, wo Abweichungen vorliegen, die basellandschaftlichen Veranlagungsregeln für den wiedervereinigten Kanton zu wählen. Je mehr die staatlichen Veranlagungsgrundsätze auch für die Gemeinden gelten, umso einfacher ist die Einschätzungsarbeit für Bürger und Behörden. In wichtigen Dingen ist die Gemeindeautonomie aber zu wahren. Mit Recht werden jedoch dort, wo es nicht unbedingt notwendig ist, von den Gemeinden Abweichungen tunlichst vermieden. Wir können also sagen, dass mit der Festlegung der Veranlagungsgrundsätze für die Staatssteuer im grossen ganzen auch diejenigen für die Gemeindesteuern bestimmt sein sollen.

2. Umgekehrt scheinen die Abzüge, welche das baselstädtische Steuerrecht kennt, eher gerechten Anforderungen zu entsprechen, wobei wie bei der Wehrsteuer für die Zulassung des Versicherungsabzuges eine Höchsteinkommensgrenze zweckmässig wäre.

3. Im ersten Falle, der Beibehaltung von proportionalen Einkommenssteuern der Gemeinden, wird der Ertrag zugunsten der basellandschaftlichen Gemeinden bei gleicher Bevölkerungsgrösse und gleicher Einkommensstruktur kaum von demjenigen im Jahre 1948 abweichen.

Die Steuer zugunsten des neuen Staates soll möglichst kleine Gruppen von Steuerzahlern in Stadt und Land mehr belasten als bisher. Der Ertrag aus dem Landgebiet darf denjenigen von 1948 um Beträchtliches unterschreiten, die Stadtbewohner haben nach unsern Berechnungen nur soviel an die Staatsausgaben beizutragen, dass durch Gemeindemittel die Leistungen der Gebietskörperschaften fast auf den heutigen Umfang ergänzt werden können, ohne dass im ganzen mehr "gesteuert" werden müsste. Es sind dies Anforderungen, welche die Möglichkeiten der Gestaltung des wichtigsten Steuertarifs, des Einkommenssteuertarifs, sehr einschränken, so sehr sogar, dass wir im Interesse des Ganzen gut tun, auch Möglichkeiten, welche etwas ausserhalb der Grenzen der obigen Anforderungen liegen, zu prüfen. Wenn wir uns aber auch daraus hinaus entfernen, so achten wir doch darauf, dies nicht allzu weit zu tun.

Fast alle unsere Anforderungen werden erfüllt durch einen Steuertarif, welcher bei 6'000 Fr. Einkommen mit 0,2% beginnt, Gemeindeeinkommenssteuersätzen der basellandschaftlichen Gemeinden wie bisher und einer baslerischen Gemeindeeinkommenssteuer von 3%, wobei bei dieser letztern die steuerfreie Grenze sehr hoch, bis zu 6'000 Fr. gehen müsste. Der Steuerertrag zugunsten der Einwohnergemeinde Basel entspricht aber bei einer derartigen Einnahmeverteilung in keiner Weise dem Finanzbedarf dieser Gemeinde.

Praktisch liegt deshalb die Versuchung nahe, bis zu einer gewissen

Grenze eine Gemeindesteuerprogression zuzulassen. Ist eine Gemeindesteuerprogression bis zu einer gewissen Grenze erlaubt, so ergibt sich für die Stadt Basel eine günstige Lösung mit genügendem Ertrag durch Beibehaltung der bisherigen Einkommenssteuersätze bis zu einem Einkommen von 8'000 Fr. und einem konstanten Steuersatz von 4% für alle Einkommen über 8'000 Fr. Für den neuen Staat bringt eine Einkommenssteuer, welche erst bei einem Einkommen von 8'000 Fr. beginnt und Sätze aufweist, welche die 4% baslerische Gemeindesteuer über 8'000 Fr. zu den heutigen Sätzen ergänzen, einen reichlichen Ertrag ein.

Einkommen 1000 Fr.	Baselstadt (Mio. Fr.)			Baselland		
	Steuerbares Eink. a)	Steuer a)	Ø-Satz % b)	Steuerbares Eink. c)	Steuer e)	Ø-Satz % d)
- 6	180,6	4,119	2,28	115,26	-	-
6 - 8	115,8	4,030	3,49	41,76	-	-
8 - 10	92,2	4,180	4,54	23,63	0,128	0,54
10 - 20	154,2	10,445	6,77	35,69	0,989	2,77
20 - 50	94,7	12,670	13,38	18,37	1,720	9,38
50 - 100	40,6	7,176	17,70	7,71	1,058	13,70
über 100	53,6	9,621	18,00	12,78	1,790	14,00
	731,7	52,241		255,20	5,685	

Die Steuereingänge zugunsten der Gemeinde Basel können mit 4,119 + 4,030 + 4% von 436,4 Mio. Fr. = 25,58 Mio. Fr. errechnet werden, diejenigen zugunsten des neuen Staates aus dem Gebiet Baselstadts stammend mit 52,24 - 25,58 = 26,66 Mio. Fr., diejenigen aus dem Gebiete Basellands stammend mit 5,69 Mio. Fr. errechnet werden. Immer vorausgesetzt sind dabei Verhältnisse, wie sie 1948 herrschten. Beim Ertrag haben wir nun noch nicht berücksichtigt, dass im Gebiete von Baselstadt die Liegenschaftsgewinne als steuerbares Einkommen wegfallen werden. Wir können diese wie folgt schätzen: Wert des Eigentums, welches im Jahre 1948 die Hand wechselte, so dass die Kontrahenten handänderungssteuerpflichtig wurden:

Baselland 26,6 Mio. Fr.

Baselstadt 70,4 Mio. Fr.

Die steuerbaren Liegenschaftsgewinne in Baselland betrugen 1948 7,387 Mio. Fr. Nehmen wir einen gleichen Durchschnittsgewinnsatz an, so können wir die Liegenschaftsgewinne von Baselstadt mit 19,5 Mio. Fr. schätzen. Als Ertragsausfall entspricht dem 0,68 Mio. Fr. (3,5% von 19,5 Mio. Fr.) bei der Gemeindeeinkommenssteuer und 0,78 Mio. Fr. (4% von 19,5 Mio. Fr.) bei der Einkommenssteuer zugunsten des neuen Staates aus dem Gebiete von Baselstadt. Die Erträge unserer Einkommenssteuer stellen sich also wie folgt:

a) Statistisches Jahrbuch von Baselstadt Jg. 1948.

b) Steuerbeträge geteilt durch die hundertsten Teile der entsprechenden steuerbaren Einkommen.

c) Statistik der Staatssteuereinschätzung der Jahre 1936, 43, 45 und 47 in Baselland. Liestal 1949.

d) Durchschnittssätze von Baselstadt vermindert um jeweils 4 %.

e) Errechnet aus steuerbarem Einkommen und Durchschnittssatz.

Zugunsten des neuen Staates

aus dem Gebiet von Baselstadt	25,88 Mio. Fr.
aus dem Gebiet von Baselland	5,69 " "

31,57 Mio. Fr.

Zugunsten der Einwohnergemeinde Basel 24,90 Mio. Fr.

Sehr wenig Steuerpflichtige werden durch die Einführung der vorgeschlagenen Staats- und Gemeindeeinkommenssteuertarife mehr belastet. Es sind diejenigen von Baselland, welche mehr als 15'000 Fr. Einkommen beziehen. Die Mehrbelastung erreicht in den extremsten Fällen rund 35% der bisherigen Belastung durch die basellandschaftliche Staats- und Zuschlagssteuer. Der Hauptharst der basellandschaftlichen Steuerzahler dagegen wird etwas entlastet. Ueberhaupt von der Staatssteuer befreit sind Einkommensbezüger mit weniger als 8'000 Fr. Einkommen im Jahr.

Nicht erfreulich an der vorgeschlagenen Lösung ist gerade die Kehrseite der letzten Tatsache. Nur noch wenige haben Staatssteuern zu bezahlen. Es bedeutet dies sowohl einen Rückgang als auch in einem gewissen Sinne eine Verfälschung der Interessen an den Staatsangelegenheiten. Ferner ist das Verhältnis des Steueraufkommens in Baselland und Baselstadt relativ weit vom Verhältnis der Ausgabenverteilung auf Stadt und Land entfernt.

Wie lassen sich die Einkommenssteuern gestalten, wenn wir uns zu einer gleich der Staatssteuer progressiven Gemeindeeinkommenssteuer entschliessen? Sehr geeignet zur Uebernahme ist wiederum der baselstädtische Einkommenssteuertarif. Auf Grund der Schätzungen des Finanzbedarfes der Gemeinden und des Staates erkennen wir eine Teilung des Steuerertrages zu gleichen Stücken zwischen Staat und Gemeinden als zweckmässig. Die Steuereffizienten kämen bei Verhältnissen, wie sie 1948 herrschten, also auf 50% zugunsten des neuen Staates und im Mittel aller Gemeinden ebenfalls auf 50% zugunsten der letztern zu stehen. Der Ertrag zugunsten der Stadt Basel wird sich auf 25,39 Mio. Fr. ($52,24/2 - 1,46/2$ Mio. Fr.) stellen, derjenige zugunsten des neuen Staates aus dem Gebiete der Stadt Basel stammend ebenfalls auf 25,39 Mio. Fr., derjenige aus dem Gebiete von Baselland auf 6,85 Mio. Fr. ($115,26 \cdot 2,28\% + 41,76 \cdot 3,49\% + \dots + 12,78 \cdot 18,0\%/2$). Den basellandschaftlichen Gemeinden werden durch die Einkommenssteuer bei einem mittleren Koeffizienten von 50% ebenfalls 6,85 Mio. Fr. zur Verfügung stehen.

b) Ertragssteuer.

Auch hier wollen wir wiederum beide Möglichkeiten in Betracht ziehen, diejenige der proportionalen Besteuerung durch die Gemeinden und diejenige der progressiven Besteuerung durch Staat und Gemeinden. Neben diesen beiden Möglichkeiten bestehen hier aber noch weitere, insbesondere diejenige der Alleinbesteuerung durch den Staat mit oder ohne Weiterleitung eines Teiles der Steuereinnahmen an die Gemeinden.

1. Als Veranlagungsgrundsätze eines vereinigten Kantons sind wiederum die basellandschaftlichen die geeigneteren. Besser dürfte es auch

sein, zur Bestimmung der Ertragsintensität den Ertrag auf das gesamte Vermögen zu beziehen, wie dies in Baselland geschieht. Als durchaus richtig scheint mir, die Stiftungen ebenfalls der Ertragssteuer zu unterwerfen, wie es der Kanton Baselland ebenfalls tut. Zweckmässig ist es, sämtliche anonymen Gesellschaften, also auch die Genossenschaften der gleichen Ertragssteuer zu unterwerfen.

2. Als Ansätze der Belastung der einzelnen juristischen Personen dürfen die gegenwärtigen basellandschaftlichen als zweckmässig gelten. Uebernimmt sie der neue Staat, so ergeben sich allerdings für fast alle Ertragsintensitäten der einzelnen juristischen Personen des Gebietes von Baselstadt etwas höhere Belastungen als diejenigen nach der Regelung von 1949. Wir rechnen dabei mit einer Basler Gemeindeertragssteuer von 4% und zur Bestimmung der Staatssteuer mit dem basellandschaftlichen Tarif für Aktiengesellschaften, GmbH., Erwerbgenossenschaften und Vereine mit wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben einerseits, anderseits mit einem Tarif für die übrigen juristischen Personen, der mit 1% beginnt und im übrigen demjenigen für natürliche Personen gleich ist (inkl. Zuschlagsteuer).

Wie hoch können wir die Erträge einer solchen Besteuerung zugunsten der Stadt Basel und zugunsten des neuen Staates einschätzen?

	Baselstadt (Mio. Fr.) Baselland					
	Erträge	Steuer (Kanton BS)	Steuer (neuer Staat)	Erträge	Ertrags- und Kap.-steuer	Ertragsteuer
	a)	a)	b)	c)	c)	b)
Aktiengesellschaft.	73, 85	10, 035	8, 940	14, 68	1, 369	1, 14
Genossenschaften	2, 76	0, 176	0, 156	2, 22	0, 210	0, 10
G. m. b. H.	0, 09	0, 016	0, 014	0, 01	0, 001	0
Vereine, Stiftungen	1, 00d)		0, 100d)	0, 14	0, 026	0, 01
Bürgerg'den	0, 5 d)		0, 03 d)	0, 85	0, 123	0, 05
Zusammen	78, 20	10, 227	9, 240	17, 90	1, 729	1, 30

Schätzen wir den Minderertrag wegen der speziellen Behandlung der Liegenschaftsgewinne in Baselstadt auf 4,5 Mio. Fr., so dürfen wir die Ertragssteuereingänge zugunsten der Stadt Basel

auf 4% von 73,7 Mio. Fr. = 2,95 Mio. Fr.,

diejenigen zugunsten des neuen Staates aus Baselstadt stammend

auf 9,24 - 0,53 Mio. Fr. = 8,71 Mio. Fr.

und diejenigen aus Baselland stammend auf 1,30 Mio. Fr. schätzen. Die Erträge der basellandschaftlichen Gemeinden bleiben sich in diesem Falle gleich.

a) Statistisches Jahrbuch von Baselstadt Jg. 1948.

b) Schätzungen auf Grund der gewählten Steuergrundlagen.

c) Amtsbericht von Baselland Jg. 1948.

d) Schätzungen auf Grund der Verhältnisse in der Wehrsteuer- und Wehroproferstatistik 1945.

Anders jedoch wenn die Gemeinden und der Staat die Ertragssteuer nach gleichen progressiven Tarifen erheben. Wählen wir denjenigen der baselstädtischen Ertragsbesteuerung von 1949 (1/1 der Ertragsintensität, Mindestsatz 3%, Höchstsatz 23%) so werden die juristischen Personen des Gebietes von Baselland fast durchwegs etwas entlastet gegenüber der bisherigen Besteuerung. Bei einer Teilung dieser Einnahmequellen zu gleichen Stücken zugunsten von Staat und Gemeinden können wir mit folgenden Erträgen rechnen:

Für den neuen Staat aus dem Gebiet von BS:	5,6 Mio. Fr. a)
aus dem Gebiet von BL:	0,83 " " b)
	<u>6,43 Mio. Fr.</u>
Für die Stadt Basel:	5,6 Mio. Fr. a)
Für die basellandschaftlichen Gemeinden:	<u>0,83 Mio. Fr. b)</u>

c) Vermögenssteuer.

Die Vermögenssteuer wird mit Vorteil nach den Grundsätzen des basellandschaftlichen Steuerrechtes angesetzt.

Die Möglichkeit, welche wir bei der Einkommenssteuer an erster Stelle besprochen, nämlich eine proportionale Gemeindesteuer neben einer progressiven Staatssteuer, welche beide so grosse steuerfreie Minima besitzen, dass niemand aus den weniger reichen Bevölkerungskreisen mehr belastet wird, ist hier nicht nur ungünstig, sondern überhaupt auszuschliessen. Nach basellandschaftlichem Recht haben sich die Sätze der Einkommenssteuern und der Vermögenssteuern der Gemeinden wie 5 : 1 zu verhalten. Diese Bestimmung ist weise, insofern als damit recht unfruchtbare Diskussionen anlässlich der jährlichen Gemeindeversammlungen zur Beratung des Voranschlages und zur Festsetzung der Steuerfüsse vermieden werden. Freiheit besteht in den wesentlichen Dingen, in relativ unwesentlichen, welche aber Anlass zu Streit geben könnten, wurde diese Bindung eingeführt. Die relativ hohen Vermögenssteuern der basellandschaftlichen Gemeinden - Vermögen von 1'000 Fr. sind zu Sätzen zu versteuern, wie sie in Baselstadt nur für Vermögen über 25'000 Fr. gelten - sind dort beinahe eine Notwendigkeit. Vor allem in den Bauerngemeinden wäre es recht unklug, an Stelle der hohen Vermögenssteuern erhöhte Einkommenssteuern zu setzen. Die Taxierung des Einkommens eines Bauern ist immer eine sehr ungewisse und diskutable Angelegenheit. Je bedeutender die Einkommenssteuer wäre, umso grösser wären die Möglichkeiten zu Ungerechtigkeiten zahlreicher Art. Anders dagegen bei der Vermögenssteuer. "Haus und Land" sind die beiden Hauptvermögensbestandteile des Bauern. Ueber

$$\begin{aligned}
 \text{a) } 10,23 \text{ Mio. Fr.} & : \left(\frac{9}{10} \frac{10}{10} \right) = 11,4 \text{ Mio. Fr.} \\
 & + 0,4 \text{ Mio. Fr. infolge Erhöhung der Mindest- und Höchstsätze} \\
 & + 0,1 \text{ Mio. Fr. infolge der zusätzlichen Besteuerung von Stiftungen und} \\
 & \quad \text{Bürgergemeinden für Erträge, welche nicht für Armen-, Kul-} \\
 & \quad \text{tus- oder Unterrichtszwecke verwendet werden} \\
 & - 0,7 \text{ Mio. Fr. infolge Wegfall der Liegenschaftsgewinne als Steuerobjekt.} \\
 \text{b) } 1,30 \text{ Mio. Fr.} & : \left(\frac{8}{10} \frac{10}{10} \right) = 1,63 \text{ Mio. Fr.} \\
 & + 0,03 \text{ Mio. Fr. infolge Erhöhung der Mindest- und Höchstsätze.}
 \end{aligned}$$

ihr Vorhandensein oder über ihre Bewertung gibt es nur selten etwas zu diskutieren. Im basellandschaftlichen Steuererklärungsformular findet jeder Eigentümer von Grundstücken die Fragen nach dem Wert seines Grundbesitzes (Liegenschaften und Gebäude) fix und fertig beantwortet - die Steuerorgane haben die betreffenden Werte während ihrer stillen Zeit in sein Formular eingetragen. Es kommt hinzu, dass eine hohe Steuer auf allem Einkommen, welches ohne Arbeit gewonnen wird, sehr am Platze ist, solange derartige Einkommensquellen überhaupt noch fliessen. Dies sind die Gründe, die dafür sprechen, dass es besser ist, die baselstädtischen Vermögensbesitzer in einem wiedervereinigten Kanton mehr zu belasten als die basellandschaftlichen zu entlasten.

Vermögens- klassen (1000 Fr.)	Baselstadt (Mio. Fr.)			Baselland		
	Vermögen	Steuer- satz %	Steuer	Vermögen	Steuer- satz %	Steuer
0 - 40	282			263		
40 - 60	114	1,0	0,114	73,1	1,0	0,073
60 - 100	166	1,5	0,249	92,0	1,5	0,138
100 - 200	251	2,5	0,627	93,6	2,5	0,234
200 - 500	341	3,5	1,193	83,2	3,5	0,292
500 - 1000	196	4,5	0,882	47,8	4,5	0,216
1000 - 2000	138	5,5	0,759	36,4	5,5	0,200
über 2000	177	6,0	1,062	101,9	6,0	0,611
	1'667		4'886	791,1		1,764

Wir haben für die Vermögenssteuer zugunsten des neuen Staates einen Tarif gewählt, deren Sätze für Vermögen unter 500'000 Fr. etwas unterhalb, für Vermögen über 500'000 Fr. etwas oberhalb derjenigen von Baselland liegen. Vermögen bis zu 40'000 Fr. bleiben lediglich der Besteuerung der Gemeinden unterworfen.

Zugunsten des neuen Staates können wir mit folgendem Steuerertrag rechnen:

Aus dem Gebiet von Baselstadt:	4,89 Mio. Fr.,
aus dem Gebiet von Baselland:	1,76 " "
	<u>6,65 Mio. Fr.</u>

Der Steuerertrag zugunsten der Stadt Basel, unter der Annahme eines Steuersatzes vom 5. Teil der Einkommenssteuer, also von 8%, erreicht 13,3 Mio. Fr. Derjenige zugunsten der basellandschaftlichen Gemeinden wird sich durch eine Wiedervereinigung nicht verändern.

Halten wir auch die Erträge fest, welche sich zugunsten der übergeordneten und der untergeordneten Gebietskörperschaft im Falle von progressiven Vermögenssteuern ergeben. Noch weniger als unter den obigen Voraussetzungen ist es auf diese Weise möglich, die Vermögenssteuer für die basellandschaftlichen Gemeinden genügend ertragreich zu gestalten und die baselstädtischen Steuerzahler durch die Vermögenssteuer nicht mehr als bisher zu belasten. Selbst bei einem Tarif, welcher die Sätze der bisherigen Gemeindesteuern vermehrt um die Sätze der bisherigen Staatsver-

mögenssteuer Basellands und für grosse Vermögen noch eine kleine Erhöhung enthält, werden bei Steuereffizienten von 50% zugunsten der Gemeinden und 50% zugunsten des neuen Staates viele basellandschaftliche Gemeinden unter einem grossen Ausfall bei der für sie sehr wichtigen Vermögenssteuer zu leiden haben. Immerhin ergeben sich für die Stadt Basel reichliche Erträge, und der Staat, der Nutzniesser dieses Systems, könnte einen Teil seiner Vermögenssteuereinnahmen für Finanzausgleichsleistungen zugunsten von Gemeinden ohne grosse Steuerzahler verwenden. Als Erträge ergeben sich bei den gegebenen Vermögensverteilungen und den gewählten Sätzen die folgenden:

Vermögens- klassen (1000 Fr.)	Baselstadt (Mio. Fr.)			Baselland		
	Vermögen	Steuer- satz %	Steuer	Vermögen	Steuer- satz %	Steuer
0 - 40	282	4,5	1,270	263	4,5	1,180
40 - 60	114	5	0,570	73,1	5	0,366
60 - 100	166	5,5	0,913	92,0	5,5	0,506
100 - 200	251	6,5	1,630	93,6	6,5	0,609
200 - 500	341	7,5	2,560	83,2	7,5	0,624
500 - 1000	196	8,5	1,669	47,8	8,5	0,406
1000 - 2000	138	9,5	1,311	36,4	9,5	0,346
über 2000	177	10,0	1,770	101,9	10,0	1,019
	1667		11,693	791,1		5,156

Der Gesamtertrag dieser Steuer erreicht also 16,75 Mio. Fr. Bei Koeffizienten von je 50% beim Staat und ebensoviel im Mittel der Gemeinden entstehen Teile von je 8,375 Mio. Fr. Unter der Annahme eines Koeffizienten von ebenfalls 50% zugunsten der Stadt Basel, fällt hier ein Gemeindevermögenssteuerertrag von 5,85 Mio. Fr. an. Für die basellandschaftlichen Gemeinden ergeben sich 2,528 Mio. Fr.

d) Kapitalsteuer.

Die Besteuerung des Vermögens der juristischen Personen erfolgt zweckmässigerweise nach Veranlagungsregeln, wie sie bisher in Baselland gelten. Die Einbeziehung der stillen Reserven der juristischen Personen von Baselstadt lässt das Steuervermögen von Baselstadt merklich wachsen. Nicht wegen des Mehrertrages an Steuern ist es günstig, die stillen Reserven einzubeziehen, sondern um das Steuerbetreffnis der juristischen Personen von objektiven Faktoren abhängig zu machen und um eine mit viel Ueberlegungsaufwand betriebene Steuererklärungsarithmetik zu vermeiden, wo dies geht.

Rechnen wir mit einer Gemeindekapitalsteuer für Basel von 8%. Nach der Regelung von 1949 kennt Baselstadt - die Grundtaxen miteinbezogen - Belastungen, welche nur in seltenen Fällen 10% erreichen. Für die Mehrheit des Kapitals liegt die Belastung durch die Kapitalsteuer und die Grundtaxe zwischen 5 und 6%. Die juristischen Personen des Gebietes von Baselstadt erfahren also im neuen Kanton eine Mehrbelastung, welche bei der angenommenen Gemeindesteuer und einer staatlichen Kapitalsteuer

gleich der gegenwärtigen des Staates Baselland (inkl. 60% Zuschlagsteuer) nicht unbeträchtlich ausfällt.

Es gibt Ueberlegungen, welche eine möglichst niedrige als auch solche, welche eine bedeutende Besteuerung des Kapitals der juristischen Personen wünschenswert erscheinen lassen. Im ersten Sinne ist zu bedenken, dass die Besteuerung des Ertrages und die Sonderbesteuerung des fundierten Ertrages - als solche wollen wir die Kapitalsteuer bezeichnen - für den an einer juristischen Person beteiligten zweimal erfolgt. Er wird gegenüber dem Selbständigerwerbenden mit gleichviel Vermögen und gleichviel Kapitaleinkommen benachteiligt. Es ist allerdings zu bemerken, dass der Selbständigerwerbende sich um sein Einkommen bemühen muss, wenn dieses im Falle von Kapitalreichtum auch ergiebig fliessen wird; der Berechtigte am Ertrag einer juristischen Person als solcher wird sich aber kaum bemühen. Des weitem im zweiten Sinne ist ins Feld zu führen, dass die Kapitalbesteuerung bei den juristischen Personen einen gerechten Ausgleich bringt zwischen den Personen, welche mit gleichviel Realkapital produzieren, aber ganz verschieden verschuldet sind. Ein Teil dessen, das die Gesellschaft, die mit relativ viel Fremdkapital arbeiten muss, an ihre Gläubiger als Zinsen abzuliefern hat, wird bei einer Gesellschaft mit weniger Fremdkapital als Kapitalsteuer vom Staate erhoben. Diese Ueberlegungen im zweiten Sinne scheinen uns die wichtigeren zu sein. Der Schluss, den wir für unsere Bedürfnisse ziehen können, ist der, dass eine Erhöhung der Belastung gewisser juristischer Personen durch die Kapitalsteuer im vorgesehenen Masse durchaus vorteilhaft sein kann.

Als Erträge der Besteuerung des Vermögens der juristischen Personen in der besprochenen Art können wir die folgenden abschätzen:

Zugunsten des neuen Staates

aus dem Gebiete von Baselstadt	3,35 Mio. Fr. 14)
aus dem Gebiete von Baselland	0,60 " " 14)
	3,95 Mio. Fr.

Zugunsten der Stadt Basel (8%o von 1300):	10,4 Mio. Fr. 14)
---	-------------------

Zugunsten der basellandschaftlichen Gemeinden:	die bisherigen.
--	-----------------

Diskutieren wir aber auch bei der Kapitalsteuer die zweite Möglichkeit, einen Kapitalsteuertarif, der für den Staat als auch für die Gemeinden Gültigkeit hat, wobei es jedem Gemeinwesen freisteht, die Steuer durch Festsetzung eines Koeffizienten zu bestimmen. Hier lässt sich das Ziel einer im grossen Ganzen gleichbleibenden Belastung der juristischen Personen der Stadt Basel sehr leicht verfolgen. Halten wir uns an die im Jahre 1949 für Baselstadt festgelegten Ansätze! Ersetzen wir aber den Steuersatz von 5%o und den Grundtaxentarif durch den entsprechenden praktischeren Einheitssatz von 7%o! Bei Steuereffizienten von 50% im Mittel aller Gemeinden, von 50%, zugunsten der Stadt Basel und von ebenfalls 50% zugunsten des neuen Staates können wir von einer derartigen Besteuerung des Vermögens der juristischen Personen die folgenden Erträge erwarten: Der Hoheit der Stadt Basel unterliegt ein Steuervermögen der juristischen Personen von 1300 Mio. Fr. Daraus fliesst nach unsern Annahmen ein Steuer-

ertrag von 4,55 Mio. Fr. zugunsten der Stadt und gleichviel zugunsten des neuen Staates. Der Hoheit der basellandschaftlichen Gemeinden unterliegen lt. Angaben des Amtsberichtes pro 1948 275 Mio. Fr. Vermögen der juristischen Personen (ohne Bürgergemeinden). Dem entspricht nach unsern Annahmen ein Steuerertrag zugunsten der Gesamtheit der Gemeinden von 0,96 Mio. Fr. und zugunsten des neuen Staates von 1,06 Mio. Fr. (steuerpflichtige Bürgergemeinden mit 28,45 Mio. Fr. Vermögen inbegriffen).

Wir werden bei der Zusammenstellung aller Einnahmen sehen, welches dieser beiden Systeme inbezug auf die Ertragsgrösse das Erforderliche besser trifft. Ein grosser Nachteil des letztern wird es sein, dass manche basellandschaftliche Gemeinde den Steuerkoeffizienten so hoch schrauben muss, um nur einigermassen Mittel im üblichen Rahmen zu gewinnen, dass sich juristische Personen wenn immer möglich von solchen Orten fernhalten und sich mit den Vermögensteilen, bei welchen Wahlmöglichkeiten bestehen, der Steuerhoheit gerade solcher Gemeinden unterstellen, in welchen die Mittel ohnehin reichlich fliessen.

Wie bei der Besteuerung des Ertrages der juristischen Personen, so haben wir auch bei der Kapitalbesteuerung die Frage zu prüfen, ob nicht die alleinige Erhebung einer Steuer durch den neuen Staat und die teilweise Verteilung des Ertrages an die Gemeinden für das Ganze von Vorteil wäre. Legen wir wie vorhin einen Kapitalsteuersatz von 7%o zu Grunde, so ergibt sich ein Gesamtertrag von schätzungsweise 11,02 Mio. Fr. Welcher Teil dieses Ertrages dann den Gemeinden zukommen soll, das ist eine Frage, die jederzeit je nach den Bedürfnissen von Staat und Gemeinden leicht etwas verändert beantwortet werden kann. Je nach der Wahl des Gemeindesteuersystems bei den natürlichen Personen wird der Ertrag mit Vorteil eher proportional zu den Bevölkerungsgrössen oder - beim System der progressiven Gemeindesteuer - im Sinne eines Ausgleichs der sehr unterschiedlich fliessenden Einnahmequellen an die Gemeinden verteilt.

e) Liegenschaftsgewinnsteuer.

Unsere beiden Halbkantone behandeln die Liegenschaftsgewinne steuermässig in ganz verschiedener Weise. Wie soll sich der neue Staat ihnen gegenüber verhalten?

Ein Liegenschaftsgewinn stellt einen Einkommensbestandteil dar, welcher demjenigen, der ihn realisiert, zufließt, ohne dass er irgendwelche bedeutsame Arbeit geleistet hätte. Es genügt dies allein, den Liegenschaftsgewinn - ebenso wie regelmässig fliessende Vermögenserträge - besonders stark zu besteuern. Liegenschaftsgewinne entstehen häufig als Folge von Investitionen des Staates, der Gemeinden oder Privater. Dies rechtfertigt eine angemessene Sonderbeteiligung der Gemeinwesen - und indirekt der Gemeinschaft Privater - am Gewinn. Für eine Sonderbesteuerung sprechen dazu noch verschiedene praktische Gründe: Der Staat hat, ob es eine Liegenschaftsgewinnsteuer gibt oder nicht, an jeder Liegenschaftsveräusserung mitzuwirken (Grundbuchämter). Er hat sich wegen der Handänderungssteuer allein schon um den Verkaufspreis zu kümmern. Es ist also für die Steuerverwaltung eher ein Vorteil, die steuermässigen Folgen eines Liegenschaftshandels alle miteinander sofort erledigen zu können und

nicht anlässlich einer Steuerdeklaration Daten nachprüfen zu müssen, mit welchen schon früher gearbeitet werden musste. Für den Verkäufer ist es angenehmer, die Steuerschuld, welche so oder anders mit dem Liegenschaftsgewinn verbunden ist, möglichst dann zu tilgen, wenn ihm die flüssigen Mittel gerade zur Verfügung stehen. Ein einziger Vorteil ist dem System Baselsstadts zuzuerkennen: Die zusätzliche Steuer, welche mit dem Liegenschaftsgewinn verbunden ist, ist abhängig vom Einkommen, das der Steuerpflichtige neben dem Liegenschaftsgewinn bezog. Im übrigen dürfen wir festhalten, dass das System Basellands den Besonderheiten des Liegenschaftsgewinnes bedeutend besser Rechnung tragen kann.

Entscheiden wir uns für die Veranlagungsgrundsätze und den Tarif der basellandschaftlichen Liegenschaftsgewinnsteuer; was den letztern anbetrifft, allerdings nur in seinen Grundzügen!

Beim System der Beibehaltung proportionaler Gemeindesteuern wirkt eine Wiedervereinigung an und für sich inbezug auf das Gebiet von Basel-land nicht auf eine Veränderung bei der Liegenschaftsgewinnsteuer hin. Hingegen, so scheint es dem Verfasser, ist es gerechtfertigt eine Erhöhung der Steuer vorzunehmen. Eine Steuer im dreifachen Betrag der Staatseinkommenssteuer mit Maximalsätzen von 25% bei kurzfristigem Besitz (unter 10 Jahre) und von 20% bei langfristigem Besitz (über 10 Jahre) bedeutet nicht mehr als einen spürbaren, aber bescheidenen Anteil der Gemeinwesen am Gewinn. Nach den gegenwärtigen Bestimmungen macht die Steuer oft nicht einmal den Betrag aus, der sich durch die Belastung mit einer Gemeindeeinkommenssteuer ergäbe. Dem kann durch Festsetzung eines Minimalsteuersatzes von 4% abgeholfen werden.

Die Erträge einer derartigen Liegenschaftsgewinnsteuer können wir zugunsten der verschiedenen Gemeinwesen unserer beiden Gebiete wie folgt abschätzen: Der Ertrag der Liegenschaftsgewinnsteuer im Kanton Baselland war 1948 313'000 Fr. zugunsten des Staates und ebensoviel zugunsten der Gemeinden. Infolge der vorgeschlagenen Erhöhung der Steuersätze können wir unter Verhältnissen, wie sie 1948 waren, mit 480'000 Fr. zugunsten des Staates und dem Gebiet der Landschaft und ebensoviel zugunsten der basellandschaftlichen Einwohnergemeinden rechnen.

Ein derartiger Ertrag ergab sich bei Eigentumsübertragungen von Grundstücken (welche der Handänderungssteuer unterlagen) im Werte von 26,6 Mio. Fr. Rechnen wir in Baselstadt mit dem gleichen Verhältnis zwischen dem Ertrag der Liegenschaftsgewinnsteuer und der Wertsumme der handänderungssteuerpflichtigen Eigentumsübergänge (70,4 Mio. Fr.), so können wir mit je 1,18 Mio. Fr. Ertrag der Liegenschaftsgewinnsteuer zugunsten des neuen Staates und der Stadt Basel rechnen. Dabei haben wir uns bewusst zu sein, dass das Jahr 1948 nicht das an Liegenschaftsgewinnsteuern ertragreichste Jahr war, aber dass es zusammen mit allen andern Nachkriegsjahren über einem langfristigen Durchschnitt liegen dürfte.

Halten wir im Falle einer progressiven Einkommenssteuer der Gemeinden an den obigen Minimal- und Maximalliegenschaftsgewinnsteuersätzen fest, ebenso an der allgemeinen Bestimmung der Steuersätze zwischen diesen beiden Extremen als dreifache Sätze des Einkommenssteuertarifs, so steigern sich die mutmasslichen Erträge infolge Mehrbelastung der Gewinne zwischen 3'000 und 25'000 Fr. beträchtlich. Wir dürfen in

diesem Falle mit den folgenden Erträgen rechnen:

Zugunsten des neuen Staates

aus dem Gebiet von Baselstadt:	1, 6 Mio. Fr.
aus dem Gebiet von Baselland:	0, 6 Mio. Fr.
	<u>2, 2 Mio. Fr.</u>

Zugunsten der Stadt Basel

1, 6 Mio. Fr.

Zugunsten der basellandschaftlichen Gemeinden

0, 6 Mio. Fr.

2. Erträge gemeinwirtschaftlicher Betriebe.

Bei einer Wiedervereinigung stehen die Organisatoren und das Volk vor dem Problem, wie die gemeinwirtschaftlichen Betriebe des jetzigen Kantons Baselstadt zwischen der neuen Stadt Basel und dem neuen Staat zu teilen sind. Für das Gas- und Wasserwerk, die Fernheizung, die BVB und den Schlachthof liegen die Dinge klar. Der neue Staat als Ganzes interessiert sich nicht für sie. Alles spricht dafür, sie der Stadt zu überlassen. Es ist natürlich dieser anheimgestellt, eine Wiedervereinigung zum Anlass zu nehmen, die durch diese Werke mitbedienten umliegenden Gemeinden um ihre Mitbeteiligung zu ersuchen. Nicht so klar liegen die Dinge aber gerade bei den finanzwirtschaftlich bedeutsamen Betrieben der Elektrizitätswirtschaft (Elektrizitätswerk Basel, Kraftwerk Augst, Beteiligungen an den Kraftwerken Oberhasli ($\frac{1}{6}$) und dem künftigen Kraftwerk Birsfelden ($\frac{1}{2}$), Elektra Baselland und Elektra Birseck, den beiden Kantonalbanken und bei den Betrieben im Dienste des Warenverkehrs (Rheinschiffahrtsanlagen, Industriegeleise St. Johann, Materiallagerplätze Dreispitz).

Zur Frage, was mit den Betrieben der Elektrizitätswirtschaft zu geschehen hat, ist zu bemerken, dass wohl die gegenwärtigen Installationen derart sind, dass das Gebiet von Baselstadt durch sein E. W. und seine Erzeugerwerke beliefert wird, das Gebiet Basellands durch die Elektragenossenschaften Baselland und Birseck und ihre Lieferanten. Andererseits haben wir aber erfahren, wie bedeutsam die Elektrizität als Träger einer indirekten Besteuerung sein kann. Soll nur die Stadt Basel hieraus Nutzen ziehen, während es den basellandschaftlichen Gemeinden oder dem neuen Staate unmöglich ist, sich eine ähnliche Steuerquelle zu erschliessen? Tatsächlich ist vom Ganzen her gesehen eine Lösung, bei der die Stadt über eine zusätzliche Einnahmequelle verfügt gar nicht ungünstig. Ob sie diese Quelle in einem wiedervereinigten Staat ausnützen wird oder nicht, hängt von der Gestaltung der direkten Gemeindesteuern ab. Im Falle einer proportionalen Gemeindesteuer, bei der auch die kleinsten Einkommen mit dem einheitlichen Satz und ohne besondere Vergünstigungen herangezogen werden, müsste ein Verzicht auf die indirekte "Elektrizitätssteuer" die Funktion des Ausgleichs der Mehrbelastung für die untersten Einkommensschichten ausüben. Jedenfalls ist es das Gegebene, der Stadt Basel die "Hoheit" über die "Elektrizitätssteuer" und aus diesem Grunde die baselstädtischen Betriebe der Elektrizitätswirtschaft zu überlassen.

Damit sind die finanzwirtschaftlichen Fragen in diesem Zusammenhang allerdings noch nicht restlos entschieden. Wie soll der neue Staat ein

städtisches Elektrizitätswerk steuermässig behandeln? Es ist dies eine recht heikle Frage. Entschliesst man sich für eine Besteuerung des Ertrages und des Vermögens gleich derjenigen für Genossenschaften, so wird alljährlich eine umfangreiche Tätigkeit zur Bestimmung und zur Kontrolle der Steuerfaktoren notwendig. Entschliesst man sich für eine Sonderbesteuerung (aller Elektrizitätsunternehmen, auch der basellandschaftlichen Genossenschaften) beispielsweise nach der Menge der verteilten Energie, so wird das System der Besteuerung der juristischen Personen durchlöchert. Es entsteht für private Unternehmungen die Tendenz, mit grossen Reinerträgen anstatt mit niedrigen Elektrizitätsverkaufstarifen zu arbeiten. Entscheiden wir uns deshalb für eine Besteuerung im gewohnten Sinne (die Kontrolle der Steuerfaktoren in allen Unternehmungen ist ja auch als eine Art demokratischer Kontrolle des Geschäftsgebarens zu werten), so können wir den Betrag, den die Stadt Basel unter den Gegebenheiten von 1948 an den neuen Staat abzuzweigen haben wird, auf 1 Mio. Fr. schätzen

($15,2 \cdot \frac{8}{10} \%$ von 7 Mio. Fr. ; $2,5\%$ von 46 Mio. Fr.).

Auf den ersten Blick hin scheint anlässlich einer Wiedervereinigung eine Fusion der beiden Kantonalbanken als gegeben. Sieht man aber näher zu, so erkennt man manches positive an einer Lösung, welche die baselstädtische Kantonalbank zu einer städtischen Bank Basels und nur die basellandschaftliche Kantonalbank zur Bank des neuen Kantons werden lässt. Die Wiedervereinigung soll nicht Anlass werden zur Reduktion der ohnehin nicht zu grossen Anzahl schweizerischer Banken, sie soll nicht Anlass sein zur Begründung von Grossgebilden, welche leicht die Sicht für abgelegene Gebiete verlieren. Eine gewisse Konkurrenz von unter ähnlichen günstigen Bedingungen arbeitenden Instituten könnte nur Gutes bringen. Der Stadt Basel steht ein Recht zu, von der Bank, bei der sie auch nach einer Wiedervereinigung Hauptschuldnerin sein wird, gewissermassen die Rückvergütung in Empfang zu nehmen. Halten wir aus diesen Gründen die Gewinnablieferungen der beiden jetzigen Institute der Stadt Basel einerseits, dem neuen Kanton anderseits zur Verfügung. Wie beim Elektrizitätswerk so haben wir auch hier eine Korrektur anzubringen. Der neue Staat nämlich hat keinen Grund, eine städtische Bank von der Staatssteuerpflicht zu befreien. Ihre Ablieferung wird deshalb unter den Bedingungen, wie sie 1948 herrschten, um einen gewissen Betrag geringer ausfallen, und die Steuereinnahmen des neuen Staates werden um den gleichen Betrag vermehrt fliessen. Nehmen wir auch hier wieder Besteuerungsgrundsätze an, wie wir sie für Genossenschaften im neuen Staat vorgeschlagen haben, so erreicht der obige Betrag

0,4 Mio. Fr. ($6,55 \cdot \frac{8}{10} \%$ Ertragssteuer von 4,6 Mio. Fr. ,
 $2,5\%$ Kapitalsteuer von 70,3 Mio. Fr.)

Die Anlagen, welche dem Warenverkehr in und durch unsere Rhein-stadt dienen, sind erfahrungsgemäss wenig ertragreich. Sowohl Baselland als auch Baselstadt besitzen Betriebe, welche in ihrer Natur sehr ähnlich sind. Eine verwaltungsmässige Zusammenlegung der beiden Rheinhafenanlagen Kleinhüningen und Au/Birsfelden besteht teilweise schon heute a).

a) Vereinbarung zwischen dem Kanton Baselland und Baselstadt über die Zusammenarbeit in Rheinschiff-fahrts- und Hafenangelegenheiten vom Juni 1946.

Zur Selbstverständlichkeit wird sie, wenn alle diese Anlagen in einem wiedervereinigten Kanton in der Hand des neuen Staates vereinigt sind, dienen sie doch einem Industriegebiet, das sich weit über die Stadtgrenzen hinaus erstreckt.

Das Ergebnis dieser Gedankengänge für den Finanzhaushalt nach einer Wiedervereinigung ist das folgende:

Erträge gemeinwirtschaftlicher Betriebe und davon abgeleitete Steuern

Zugunsten des neuen Staates

aus dem Gebiet von Baselstadt: 1,43 Mio. Fr.

aus dem Gebiet von Baselland: 0,6 Mio. Fr.

2,03 Mio. Fr.

Zugunsten der Stadt Basel

7,3 Mio. Fr.

3. Anteil an der eidgenössischen Wehrsteuer.

Brutto dürfen wir unter unsern Voraussetzungen mit einem Anteil des neuen Staates von gut 8 Mio. Fr. jährlich rechnen. Wieviel der neue Staat hievon den Gemeinden zukommen lassen will und nach welchem Modus ein Gemeindeanteil verteilt werden soll, sind Fragen, welche je nach Bedarf von Staat und Gemeinden so oder anders entschieden werden können. Sehen wir, ähnlich der heutigen Regelung im Kanton Baselland, eine Verteilung von $\frac{1}{3}$ nach der Grösse der Bevölkerung an der letzten Volkszählung vor, so haben wir netto mit folgenden Eingängen zu rechnen:

Zugunsten des neuen Staates ($\frac{2}{3}$ von 8,07 Mio. Fr.) aufgeteilt gemäss den Anteilen von 1948

auf das Gebiet von Baselstadt: 4,26 Mio. Fr.

auf das Gebiet von Baselland: 1,12 Mio. Fr.

5,38 Mio. Fr.

Zugunsten der Stadt Basel ($64,6\%$ von $\frac{1}{3}$ von 8,07) 1,74 Mio. Fr.

Zugunsten der basellandschaftlichen Gemeinden
($35,4\%$ von $\frac{1}{3}$ von 8,07 Mio. Fr.)

0,95 Mio. Fr.

4. Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Die Einnahmequellen eines wiedervereinigten Basel sollen so gestaltet werden, dass möglichst wenig Leute mehr an den Finanzhaushalt beizutragen haben werden als sie (unmittelbar vor der Wiedervereinigung) in ihrem Halbkanton zu leisten hatten. Dieser Grundsatz darf aber keinesfalls zu Ergebnissen führen, welche Anforderungen allgemeinerer Art unserer Zeit widersprechen. Zweifellos läge ein solcher Widerspruch vor, wenn wir uns entschlossen, die geringern Ansätze der Erbschafts- und Schenkungssteuer, diejenigen von Baselland, für den neuen Staat zu wählen.

Nur deshalb, weil der Verfasser bessere Mittel kennt, einer Ueberschätzung der irdischen Güter zu steuern und ihre gerechte Verteilung zu gewährleisten, sieht er davon ab, die Erbschafts- und Schenkungssteuer in

diesen Vorschlägen auf einen für die Schweiz neuen Boden zu stellen. Zur Andeutung einer Möglichkeit diene folgendes: Der Vermögenswert der Verstorbenen eines Jahres fällt mit Ausnahme geringer Freibeträge einer kantonalen Vermögensverwaltungsstelle zu und wird von dieser alljährlich gleichmässig unter die jungen Leute verteilt, welche in diesem bestimmten Jahre das 18., das 21. und das 24. Altersjahr vollenden. Selbstverständlich müsste durch eine entsprechende Erziehung der nützliche Gebrauch des Ererbten gewährleistet werden. Wie schon früher angedeutet wurde, erachtet es der Verfasser als noch günstiger, an Stelle dieser Teilung der Güter der Verstorbenen periodisch eine Neuverteilung unter Lebenden vorzunehmen.

Wir betrachten deshalb auch hier das Gegebene vor der Wiedervereinigung als das Gewünschte für einen neuen Staat. Innerhalb der Grenzen des Gegebenen haben wir uns aber gewiss den Anforderungen der Zeit entsprechend für die höhere Erbschaftsbesteuerung zu entscheiden. Es ist dies diejenige von Baselstadt. Gehen wir aber noch einen Schritt weiter und verlassen wir ausnahmsweise den Rahmen des Jahres 1948, so finden wir in der Ordnung und den Ansätzen der Erbschafts- und Schenkungssteuer, wie sie 1949 in Baselstadt eingeführt wurde, für den neuen Staat eine Lösung. Sie bringt für das Gebiet von Baselland eine Mehrbelastung der Erben, vor allem der wichtigsten und bis jetzt sehr niedrig besteuerten, der Nachkommen und Ehegatten, mit sich.

Die Veränderungen bei den Ansätzen und den Grundsätzen der Besteuerung im Jahre 1949 in Baselstadt waren derart, dass wir annehmen dürfen, dass sie für den Ertrag der Steuer bedeutungslos sind. Gleichgültig ob 1948 die alten oder die neuen Bestimmungen in Geltung wären, können wir aus dem Gebiete von Baselstadt, bei Verhältnissen, wie sie 1948 - mehr oder weniger zufällig - herrschen, mit einem Ertrag von 3,1 Mio. Fr., rechnen. Aus dem Gebiete des Kantons Baselland dagegen dürfen wir nahezu eine Verdoppelung der Eingänge an Erbschafts- und Schenkungssteuern als Folge der veränderten Steuergrundsätze und -ansätze erwarten, also etwa 0,6 Mio. Fr. Wenn wir die Bestimmungen über die Beteiligung der Gemeinden (Armen- und Einwohnerkassen) so übernehmen, wie sie 1948 der Kanton Baselland kannte, so dürfen wir in einem wiedervereinigten Kanton mit folgenden Steuereingängen rechnen:

Zugunsten des neuen Staates

aus dem Gebiet von Baselstadt (3/4 v. 3,1 Mio. Fr.)	2,32 Mio. Fr.
aus dem Gebiet von Baselland (3/4 v. 0,6 Mio. Fr.)	0,45 Mio. Fr.
	<u>2,77 Mio. Fr.</u>

Zugunsten der Stadt Basel	(1/4 von 3,1 Mio. Fr.)	0,78 Mio. Fr.
---------------------------	------------------------	---------------

Zugunsten der basell. Gemeinden (1/4 von 0,6 Mio. Fr.)	0,15 Mio. Fr.
--	---------------

5. Handänderungssteuer.

Die Handänderungssteuer wird anlässlich einer Wiedervereinigung geringe Probleme stellen. Die Ansätze waren 1948 in beiden Kantonen 2% vom Erwerbspreis. Wenn auch gewisse Abweichungen in den Besteuerungsgrundsätzen bestehen, so sind von ihnen doch nur ganz unwesentliche Ein-

flüsse auf den Ertrag der Steuer anzunehmen. Bei einer Beteiligung der Gemeinden, wie sie gegenwärtig Baselland kennt, können wir Erträge in den folgenden Ausmassen erwarten:

Zugunsten des neuen Staates	
aus dem Gebiet von Baselstadt:	0,70 Mio. Fr.
aus dem Gebiet von Baselland:	0,27 Mio. Fr.
	<u>0,97 Mio. Fr.</u>
Zugunsten der Stadt Basel	<u>0,70 Mio. Fr.</u>
Zugunsten der basellandschaftlichen Gemeinden	<u>0,27 Mio. Fr.</u>

6. Billetsteuer.

Die Billetsteuer wird in die finanzwirtschaftlichen Veränderungen zufolge einer Wiedervereinigung überhaupt nicht hineingezogen, sofern sie, wie dies gegenwärtig im Kanton Baselland ist, eine allein den Gemeinden zugewiesene Steuerquelle bleibt. Es besteht kein Grund, etwas anderes vorzusehen. Die Einnahmen zugunsten der Stadt Basel und zugunsten der basellandschaftlichen Gemeinden werden aus dieser Quelle in gleicher Weise weiter fliessen.

7. Salzmonopol.

Unter der irrealen Annahme, dass anlässlich einer Wiedervereinigung der Vertrag mit der AG "Vereinigte schweizerische Rheinsalinen" nicht revidiert werden wird, und dass an Stelle des Staates Baselland als Vertragspartner einfach der neue Staat tritt, so wird sich der Gesamtertrag zugunsten des neuen Staates aus dem Salzmonopol etwas höher stellen als die Summe der Erträge der beiden Halbkantone. Wohl wird sich die Zehntsalzmenge um $\frac{1}{10}$ des bisherigen Salzbedarfes Baselstadts (ohne Bedarf der chemischen Fabriken) verringern. Aber an Stelle der gegenwärtig nicht vollen Barentschädigung für nichtbezogenes Zehntsalz wird der volle Naturalgratisbezug treten. Bei der Bevölkerungsgrösse und der Verbrauchsstruktur von 1948 wird die Gratissalzmenge gerade ungefähr ausreichen, um den Bedarf des Salzfactorates eines vereinigten Basel zu decken. Entsprechend dem Mehrertrag zugunsten der beiden Basel ergäbe sich aber eine Mehrbelastung der nichtbaselerischen Salzbezüger. Mit einem gewissen Recht nähmen deshalb die vereinigten schweizerischen Rheinsalinen den Wechsel des Vertragspartners zum Anlass einer Vertragsrevision im Sinne der Verhinderung einer derartigen Mehrbelastung. Dieser Annahme gemäss veranschlagen wir den Gesamtertrag des Salzmonopols des neuen Staates gleich der Summe der Erträge in den beiden Halbkantonen. Als voraussichtliches Aufteilungsverhältnis des Ertrages auf die beiden Gebiete wählen wir, entsprechend der Bevölkerungsgrösse und der Verbrauchsstruktur, die Proportion 2.:1.

Ertrag zugunsten des neuen Staates	
aus dem Gebiet von Baselstadt:	0,68 Mio. Fr.
aus dem Gebiet von Baselland:	0,34 Mio. Fr.
	<u>1,02 Mio. Fr.</u>

8. Anteile an der eidg. Stempel- und Couponsteuer und am Ertrag des eidg. Alkoholmonopols.

Sie werden zusammengefasst dem neuen Staate zugute kommen und von einer Wiedervereinigung nur in diesem Sinne berührt.

Ertrag zugunsten des neuen Staates

entsprechend der Bevölkerungszahl Baselstadts	1,38 Mio. Fr.
entsprechend der Bevölkerungszahl Basellands	0,76 Mio. Fr.
	<u>2,14 Mio. Fr.</u>

Restliche Einnahmequellen.

Für manche der Einnahmequellen des Verzeichnisses von S. 116 ist es selbstverständlich, dass sie zugunsten des neuen Staates und seiner Gemeinden genau gleich oder in sehr ähnlicher Weise fliessen werden wie zugunsten seiner beiden Vorläufer.

Die Ansätze der Nach- und Strafsteuer, der Wirtschaftspatentgebühren und der Hundesteuern gehen wohl auseinander; aber Schwierigkeiten in der Gestaltung passender einheitlicher Tarife dürften sich kaum ergeben. Eine Notwendigkeit wird es auch in einem neuen Staate sein, die Gemeinden zur Hälfte an dem Ertrag der Hundesteuer zu beteiligen, wie dies gegenwärtig in Baselland geschieht. Staatliche Organe könnten allein auf dem Lande nur sehr schwer eine genügende Kontrolle über dieses Steuerobjekt ausüben. Durch die Gemeindebeteiligung schafft sich der Staat billige und bewährte Bundesgenossen. Eine nur hälftige Beteiligung ist der Alleinberechtigung der Gemeinden auf den Steuerertrag, wie sie Baselstadt kennt, vorzuziehen, ist doch damit weit eher eine durchgehend gleiche Steuerpraxis gewährleistet.

Die Einnahmen und Ausgaben des Arbeitsrappens, wie sie 1948 noch vorliegen und wie wir sie an die Daten des baselstädtischen Haushaltes angegliedert haben, werden bald zu fliessen aufhören. Sie geben uns aber Anlass, an einen neuen Staat die Anforderung zu stellen, er möge, falls er sich nicht in seiner Ganzheit rasch zu aussergewöhnlichen Aktionen entschliessen könnte, mindestens weitherzig sein im Gestatten solcher Kollektivselbsthilfemassnahmen, auch wenn sie gar mit einer Sondersteuer verbunden sind. Wenn wir weiter unten den Ertrag der Stadt Basel zuschreiben, so steht er stellvertretend für solche Gemeindeaktionen noch unbestimmten Zweckes.

Gleiche Weitherzigkeit ist gegenüber der Stempelsteuer am Platze. Wenn es auch kaum Kantone gibt, in welchen gewisse Gemeinden besondere Stempelsteuern erheben, so ist doch nicht einzusehen, weshalb die Stadt Basel nicht innerhalb eines wiedervereinigten Kantons ihre Stempelsteuer beibehalten könnte, falls das Stadtvolk dies wünscht.

Dasselbe gilt für die Reinigungs- und Beleuchtungssteuer. Es ist natürlich fraglich, besonders im Falle einer proportionalen Gemeindesteuer, ob zwei solche Nebensteuern (proportional zum Brandversicherungswert der Gebäude) noch empfehlenswert sind. Die Belastungsänderungen durch Weg-

lassung der Reinigungs- und Beleuchtungssteuer und entsprechend erhöhte Gemeindesteuersätze, wären ja nicht allzu gross. Besitzt die Stadt Basel das Recht auf solche Nebensteuern, so steht es nicht minder den basellandschaftlichen Gemeinden zu. Manche Bauerngemeinden kennen ja etwas, das in einer gewissen Beziehung verwandt ist, nämlich das Fronen ("Gmeinwerch") oder den geldlichen Ersatz, die Fronsteuer. Sehr erwünschte Wirkungen in den Gemeinden, die in starker baulicher Entwicklung begriffen sind, hätte eine den baselstädtischen Reinigungs- und Beleuchtungssteuern ähnliche Belastung der Hauseigentümer. Nennen wir sie Siedlungssteuer. Sie müsste einen Teil beitragen an die Aufwendungen der Gemeinde für die Reinigung, die Beleuchtung, den Unterhalt der Strassen, sowie die Verwaltung und den Unterhalt der Kanalisationsleitungen und sollte so erhoben werden, dass sich die Bebauung der vorgesehenen Gebiete so vollzieht, dass neue Strassen und Kanalisationen rasch voll benutzt werden und dass anderseits nicht wegen einzelner Gebäude Strassen und Kanalisationsleitungen unterhalten werden müssen. Neben dem Brandversicherungswert des einzelnen Gebäudes müsste also beispielsweise die Summe der Abstände von den vier nächsten Nachbargebäuden an der gleichen Strasse u. a. m. als Bemessungsgrundlage dienen. Für die Erhaltung der Geschlossenheit der Vorortgemeinden, welche durch die Zonenplanung nicht zuletzt auch aus soziologischen Gründen angestrebt wird (landwirtschaftlich benutzte Gebiete möglichst ringsum), ist dadurch schon in der (ev. langen) Periode bis zur vollen Bebauung Wirksames getan. Schätzen wir die Bevölkerung der Gemeinden Basellands, in welchen derartige Siedlungssteuern zweckmässigerweise erhoben werden, mit 50'000 ein und veranschlagen wir einen Steuerertrag von 300'000 Fr. jährlich.

Im ganzen gelangen wir so zu folgenden Ertragschätzungen bei den restlichen Einnahmequellen:

	Zugunsten (1000 Fr.)			
	Bld. Gemeinden	Stadt Basel	Neuer Staat aus BL aus BS	
Nach- und Strafsteuer	136	170	201	271
Arbeitsrappen		573		
Reinigungs-, Beleuchtungs-, Siedlungssteuer	300	1211		
Wirtschaftspatente			167	553
Anteile an Kriegsgewinnsteuer, Wehropfer, Nationalbankgewinn			249	614
Hundesteuer	32	65	32	65
Kantonale Stempelsteuer		174		
Von Betr. an Kosten der allge- meinen Staatsverwaltung			29	55
Verschiedenes			5	24
Restliche Einnahmequellen	467	2193	683	1582

C. Zusammenfassung

1. Ueberblick.

Halten wir nun die Erträge fest, welche wir in einem wiedervereinigten Kanton zugunsten der basellandschaftlichen Gemeinden, der Stadt Basel und des neuen Staates unter wirtschaftlichen Voraussetzungen, wie sie 1948 herrschten, bei einer einheitlichen Gestaltung der Einnahmequellen mit relativ wenig Abweichungen von denjenigen in den beiden Halbkantonen erwarten dürfen. Bei den vier Haupteinnahmequellen stehen uns zwei Varianten zur Verfügung: Die erste enthält die Erträge dieser Steuern für den Fall proportionaler Gemeindesteuern, die zweite hat einen einzigen Tarif für jede der Steuern zur Voraussetzung, wobei die einzelnen Gemeinden und der Staat über ein gewisses Vielfaches zu beschliessen haben.

Erträge in einem vereinigten Kanton (Mio. Fr.)

	Proportionale Gemeinde- steuer, stark progressive Staatssteuer			Progressive Staats- und Gemeindesteuer (Koeffizienten je 50%)		
	Bld. Ge- meinden	Stadt Basel	Staat Basel	Bld. Ge- meinden	Stadt Basel	Staat Basel
Einkommenssteuer	6,21	24,90	31,57	6,85	25,39	32,24
Ertragssteuer	0,41	2,95	10,01	0,83	5,60	6,43
Vermögenssteuer	3,84	13,30	6,65	2,53	5,85	8,38
Kapitalsteuer	1,34	10,40	3,95	0,96	4,55	5,51
Liegensch. gew. st.	0,48	1,18	1,63	0,60	1,60	2,20
Hauptsteuern	12,28	52,73	53,81	11,77	42,99	54,76
Ertrag gemeinwirt. Betriebe		7,30	2,03			
Wehrsteueranteil	0,95	1,74	5,38			
Erbschafts- und Schenkungssteuer	0,15	0,78	2,77			
Handänderungsst.	0,27	0,70	0,97			
Billetsteuer	0,04	1,03				
Salzmonopol			1,02			
Anteile eidg. Stempel und Couponsteuer, Alkoholmonopol			2,14			
Bedeutende Einnahmequellen	1,41	11,55	14,31	1,41	11,55	14,31
Restliche Einnahmequellen	0,47	2,19	2,26	0,47	2,19	2,26
Steuern und steuer- ähnliche Mittel	14,15	66,47	70,38	13,65	56,73	71,33
Finanzbedarf	12,89	48,96	54,27	12,89	48,96	54,27

Vergleichen wir die Versorgung mit Steuermitteln in den verschiedenen Gemeinwesen mit dem Finanzbedarf, den wir auf Seite 135 und 136 feststellten, so bemerken wir folgendes: Bei beiden Varianten stehen der Stadt Basel und dem neuen Staat überreichlich Mittel zur Verfügung. Die Mittel der basellandschaftlichen Gemeinden - mindestens, wenn wir sie gesamthaft betrachten - reichen in beiden Fällen zur Deckung ihres Finanzbedarfes aus.

Was die Stadt Basel und den neuen Staat anbelangt, so hat es offenbar keinen Sinn, derartig grosse Differenzen zwischen den Einnahmen und dem Finanzbedarf bestehen zu lassen. Wir dürfen die beiden Grössen einander anpassen, wenn auch nicht völlig angleichen. Wir haben zu bedenken, dass 1948 in der Schweiz ein wirtschaftliches Blütejahr war, wie wir es für die Zukunft wohl wünschen, aber nicht immer erwarten dürfen. Die Tendenzen der Preise waren derart, dass Rechnungsüberschüsse der Gemeinwesen auf das Ganze sehr wohlthuend waren. Im festgestellten Finanzbedarf sind keinerlei Ausgaben inbegriffen, welche der Staat und die Gemeinden sofort auf sich nehmen müssten, sobald Unterbeschäftigung einträte. Der Unterhalt und die Mehrung der Bauten im Eigentum der Gemeinwesen sind nur mit einem Minimum darin enthalten. Zum festgestellten Finanzbedarf haben wir deshalb bei den basellandschaftlichen Gemeinden etwa 1,3 Mio. Fr., bei der Stadt Basel etwa 5 Mio. Fr. und beim neuen Staat etwa 6 Mio. Fr. zuzuschlagen, um eine Versorgung mit Mitteln zu erhalten, die den Verhältnissen von 1948 entspricht. Auch wenn wir solche Zuschläge vorsehen, klaffen die überreichliche Mittelversorgung und der Finanzbedarf, in dem nun eine den Verhältnissen entsprechende Finanzvermögensvermehrung inbegriffen ist, immer noch auseinander, wenigstens, was die Stadt Basel und den neuen Staat anbetrifft. Wir können deshalb alle Gestaltungsvorschläge im Sinne einer Verbesserung und Vermehrung bei den Aufgaben und Ausgaben und im Sinne einer Erleichterung der Steuerlasten ein zweites Mal zur Diskussion stellen. Diese wird sich auf der Ausgabenseite vor allem auf die Krankenfürsorge und -versicherung, auf der Einnahmenseite auf die Tarife der Hauptsteuern bzw. die Steuereffizienten der Hauptsteuern beziehen.

2. Revision.

Sollen unsere Gemeinwesen als Gesamtheit zugunsten desjenigen, der sich in Spitalpflege begeben muss, doch Leistungen in der Grössenordnung der bisherigen übernehmen, oder sollen sie ihre Ansprüche an die Steuerzahler in vollem Umfange der Möglichkeiten zurückschrauben? So lautet praktisch unsere Hauptfrage.

Wir haben bei der Diskussion der Ausgaben für die Krankenfürsorge gefordert, dass staatliche Ausgaben für Spitäler vor allem der Erforschung und Entwicklung neuer Heilmethoden dienlich sein sollen. Andererseits haben wir es aber als selbstverständlich erachtet, dass die Ausgaben, welche wir vorsahen ungefähr entsprechend der Bevölkerungszahl der den einzelnen Spitälern zugeordneten Gebiete verteilt werden. Hier liegt also praktisch ein Widerspruch vor. Tatsache ist doch, dass die Erforschung und Entwicklung von Heilmethoden nach wie vor hauptsächlich in den eng mit der Universität verbundenen Basler Spitälern betrieben wird. Dem muss nun

angesichts der reichlich zur Verfügung stehenden Mittel Rechnung getragen werden. Ausserdem wurde zu wenig betont, dass die basellandschaftlichen Spitalbauten in ihrem heutigen Zustande nicht mehr lange genügen können. Ganz abgesehen von Aufwendungen für Um- und Neubauten, wird - selbst bei vergrösserten Patientenleistungen - der öffentliche Haushalt zugunsten des Betriebes der Spitäler im Gebiete der Landschaft mehr beitragen müssen. Es liegt auf der Hand, dass es der neue Staat sein kann und muss, welcher diese Mehrleistungen auf sich zu nehmen hat. Entsprechend mehr kann er den Spitälern Basels zur Verfügung halten. Schätzen wir demgemäss die Ausgaben des neuen Staates für seine Spitäler auf 9 Mio. Fr.

Wie soll dieser Betrag auf die einzelnen Spitäler verteilt werden? Für einen wiedervereinigten Kanton drängt sich eine Organisation der öffentlichen Spitäler auf, welche wir diejenige der Kreisspitäler für häufige Krankheiten und Geburtshilfe und des Zentralspitals für weniger häufige Krankheiten nennen können. Als Standorte für die Kreisspitäler eignen sich Liestal (Bezirke Liestal, Sissach und Waldenburg), das Bruderholz (Gemeinden des Birs- und Birsigtales) sowie die Stadt Basel (Basel, Riehen, Bettingen, Allschwil, Schönenbuch, Birsfelden). Entscheidend für den Standort des Zentralspitals ist der bevölkerungsmässige Schwerpunkt des neuen Kantons und die enge Verbindung mit der Universität. Beides liegt in Basel.

Der prädestinierte Träger der Forschung ist das Zentralspital. Halten wir ihm vorneweg 2 Mio. Fr. zur Verfügung. Für die Verteilung der Restsumme von 7 Mio. Fr. ist zunächst zu beachten, dass sich in einem wiedervereinigten Kanton das bis jetzt in den beiden Halbkantonen angewendete System der Defizitübernahme nicht mehr eignet. Eine gerechte Verteilung gewähren aber kantonale Beiträge an die einzelnen Spitäler je nach Art und je nach Anzahl der Krankenpflegetage. Zugunsten der Spitalpatienten aus Baselland werden auf diese Weise ca. 2,5 Mio. Fr., zugunsten der Patienten aus Baselstadt etwa 6,5 Mio. Fr., zur Verteilung gelangen.

Bei solchen Leistungen des öffentlichen Haushaltes werden die Basler Spitäler ihre Tarife nur um geringes erhöhen müssen und die entsprechenden Mehrleistungen der Krankenkassen wirken sich nur in geringem Umfange auf die öffentlichen Prämienbeiträge aus. Schätzen wir diese nun auf 2,7 Mio. Fr. Beziehen wir die 1,0 Mio. Fr. Beihilfe auf Grund von Spitalrechnungen weniger begüterter Basler, die 0,1 Mio. Fr., welche die Gewährung zinsloser Darlehen an Patienten ermöglichen sollen, sowie die Ausgaben für den Krankentransportdienst mit ein, so ergibt sich folgendes Bild:

Nettoausgaben des neuen Staates

9,3 Mio. Fr.

Nettoausgaben der Stadt Basel

3,7 Mio. Fr.

Beim System der progressiven Staats- und Gemeindesteuer ist die Versorgung der basellandschaftlichen Gemeinden mit Mitteln unter der Annahme eines durchschnittlichen Steuereffizienten von 50% wohl genügend; im Hinblick auf die gesamtwirtschaftliche Lage von 1948 dürfte sie aber doch etwas reichlicher sein. Zudem stellten wir fest, dass bei der Wahl dieses Steuersystems vor allem die bäuerlichen Gemeinden bei einigermaßen zumutbaren Steuereffizienten nicht genügend mit Mitteln versorgt würden, während gewisse als Wohnort der Reichen bevorzugte Gemeinden bei nur geringen Steuereffizienten sehr reichlich versorgt wären. Finanz-

ausgleichsmassnahmen zwischen dem Staat und seinen Gemeinden genügen bei diesem System nicht mehr. Es wird ein Finanzausgleich zwischen den Gemeinden notwendig. Erstes Erfordernis einer derartigen Finanzausgleichsordnung ist es, das Bewusstsein der finanziellen Unabhängigkeit der Gemeinden möglichst wenig zu stören. Eine der günstigsten Möglichkeiten ist eine Abgabe aller Gemeinden mit Steuerpflichtigen, welche bei ihrem Einkommen und Vermögen gewisse Grenzen überschreiten, und eine Verteilung (bzw. Verrechnung) des Ertrages dieser Abgabe proportional zur Bevölkerung der einzelnen Gemeinden. Es wäre eine sehr erwünschte Nebenerscheinung einer solchen Abgabe, wenn sie ein Buhlen einzelner Gemeinden um "gute Steuerkräfte" verhinderte. Zu bedenken haben wir aber, dass je nach Umfang dieser Abgabe die Eingänge an Steuern und steuerähnlichen Mitteln zugunsten der Stadt Basel, so wie die Verhältnisse gegenwärtig sind, etwas reduziert würden zugunsten der Gesamtheit der baselandschaftlichen Gemeinden. Schätzen wir diese Reduktion auf 0,5 Mio. Fr. (dies entspricht einer Abgabe von brutto etwa 3 Mio. Fr. aus Baselstadt, etwa 0,75 Mio. Fr. aus Baselland und einer zugunsten von Baselstadt verrechneten Summe von 2,5 Mio. Fr.).

Trotz der vorgesehenen beträchtlichen Erhöhung des Finanzbedarfes und einer ersten Reduktion bei den Mitteln fliessen die Steuerquellen zugunsten des neuen Staates und der Stadt Basel so reichlich, dass wir weitere Anpassungen vornehmen können. Entschliessen wir uns zu Entlastungen bei den Hauptsteuerquellen!

a) An Stelle eines Ertrages der proportionalen Gemeindesteuern von 51,55 Mio. Fr. genügt der Stadt Basel ein solcher von rund 38 Mio. Fr. Wir könnten also, wenn wir uns zu dieser einfachen Aenderung entschliessen, die proportionalen Steuersätze einheitlich um 26% reduzieren, genau so, wie dies die Stimmberechtigten Basels in einem wiedervereinigten Kanton alljährlich beschliessen könnten. Hier soll aber mehr zur Diskussion stehen als anlässlich der jährlichen Genehmigung oder Nichtgenehmigung des Steuersatzes. Vor allem liegen uns noch zwei Dinge am Herzen: Bisher haben wir bei der Einkommenssteuer für die untern Einkommensklassen progressive Steuerbeträge vorgesehen. Sehr ähnliche Belastungen der untern Einkommensklassen lassen sich aber durch die Einführung eines persönlichen Abzuges beim Einkommen erreichen, und zwar entspricht der vorgesehenen Progression ungefähr ein solcher Abzug von 1500 Fr., wenn wir mit einem Einkommenssteuersatz von 3,5% rechnen. Der Bürger, der kommunale Aufgaben und ihre finanziellen Konsequenzen mit seiner eigenen Zahlungsbereitschaft zu vergleichen hat, sieht somit denkbar einfache Verhältnisse vor sich. Das zweite, das noch zu bereinigen ist, betrifft die Armensteuer. Die Sätze, die wir bisher für die Gemeindesteuer nannten, verstanden sich immer inkl. Armensteuer. In einem Kanton mit zahlreichen Gemeinden, der teilweise noch das Prinzip der heimatlichen Armenpflege kennt, ist sie als Sondersteuer notwendig. Nur nebenbei soll hier erwähnt werden, dass eine solche Armensteuer auch in Basel unter gewissen weiteren Voraussetzungen dazu dienen könnte, die Beziehungen zwischen arm und reich enger zu gestalten. Wir halten uns bei der Regelung der Armensteuer für den neuen Kanton zweckmässigerweise an das Geltende in Baselland, mit der Ab-

weichung, dass wir von einer Besteuerung des Grundvermögens (abzüglich Schulden) der juristischen Personen absehen. Dies, um Komplikationen, wo es möglich ist, zu vermeiden. Sie sind bei der Armensteuer ohnehin gross genug. Das Kollektiv der Steuerpflichtigen zugunsten einer bestimmten Armenkasse ist auf manche Gemeinde des Kantons zerstreut (ein mehr oder weniger grosser Teil der Gemeindebürger wohnt auswärts), während von den Einwohnern der Gemeinde eine beträchtliche Anzahl nicht zugunsten der Armenkasse dieser Gemeinde, sondern derjenigen des Bürgerortes steuerpflichtig ist. Für Basel dürfen wir annehmen - dies ist für die zu erwartenden Steuererträge wichtig -, dass sich die Steuerleistungen dieser beiden Kategorien ungefähr die Waage halten. Es wohnen zwar bedeutend mehr Baselbieterbürger in der Stadt als Stadtbaslerbürger auf der Landschaft; während aber die ersten eher Leute mit bescheidenem Einkommen und Vermögen sind, handelt es sich bei den letztern eher um eine Auswahl relativ reicher Basler Bürger.

Tragen wir all dem Rechnung, so entsprechen bei dem vorgesehenen persönlichen Abzug vom Einkommen unsern Ertragsanforderungen die Sätze von 3% für Einkommen und Ertrag, sowie 6‰ für Vermögen und Kapital. Dem Finanzbedarf für das Armenwesen genügen bei gleichem Abzug vom Einkommen die Sätze 0,3% für Einkommen und 0,6‰ für Vermögen.

Die Erträge der Hauptsteuern zugunsten der Gemeinde Basel werden schätzungsweise wie folgt ausfallen:

		Einwohner- gemeinde	Armen- kasse Mio. Fr.	Zusam- men
Einkommenssteuer (712 Mio. Fr. Eink.)				
(150 Mio. Fr. Abzüge)				
3% von	562 Mio. Fr.	16,87		
Armensteuer				
0,3 % von	350 Mio. Fr. (Bürger!)		1,15	
0,15% von	212 Mio. Fr. (Ausser- kantonale)		0,23	
			<u>1,38</u>	18,25
Ertragssteuer				
3% von	73,7 Mio. Fr.	<u>2,22</u>		2,22
Vermögenssteuer				
6‰ von	1667 Mio. Fr.	10,00		
Armensteuer				
0,6‰ von	1667 Mio. Fr.		<u>1,00</u>	11,00
Kapitalsteuer				
6‰ von	1300 Mio. Fr.	<u>7,80</u>		7,80
		<u>36,89</u>	<u>2,38</u>	<u>39,27</u>

Damit stehen der Stadt Basel zusammen mit der Liegenschaftsge-
winnssteuer und den übrigen Einnahmequellen 54,19 Mio. Fr. zur Verfügung.
Entsprechend den gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen von 1948 und bei
dem revidierten Finanzbedarf von 47,66 Mio. Fr. genügt dies. Die Belastun-
gen der Steuerzahler haben sich gegenüber dem ersten Vorschlage wesent-
lich reduziert. Sie werden weiter unten mit den tatsächlichen von 1948 und
mit denjenigen anderer Varianten verglichen werden.

b) Sehr einfach gestaltet sich die Anpassung der Ergiebigkeit der Einnahme-
quellen an den Finanzbedarf im Falle progressiver Gemeinde-
steuern. An Stelle eines Ertrages von 41,39 Mio. Fr. bei einem Steuer-
koeffizienten von 50% genügt ein Ertrag der vier Hauptsteuern von 37,5 Mio.
Fr. (inkl. Armensteuer). Dem entspricht ein Steuerkoeffizient von 46%.
Auch bei diesem System wird das Baslervolk das Recht besitzen, sich jähr-
lich über den Steuerkoeffizienten und allfällige Abzüge bei den Steuerfak-
toren auszusprechen und zu entscheiden. Es besteht nicht die Meinung, dass
dies in Basel - so wie in den basellandschaftlichen Gemeinden - in einer
Versammlung der Stimmberechtigten von Angesicht zu Angesicht zu gesche-
hen hätte, wenigstens nicht unbedingt; immerhin ist aber auf zwei Dinge
hinzuweisen: Aktive und passive Teilnehmer solcher Versammlungen stehen
unter einem gesteigerten Verantwortungsbewusstsein, und zweitens, ergibt
sich in unserer Zeit die Möglichkeit wieder, tausende in einem Raume der
Rede und Gegenrede teilhaftig werden zu lassen (z. B. Mustermessegebäude
Lautsprecheranlagen!). Solche Versammlungen wirken weit über das engere
Ziel der Entscheidung über gewisse konkrete Anträge hinaus. Selbstver-
ständlich - sollte dies der Wunsch des Baslervolkes sein - liessen sich
solche Entscheidungen aber auch im geheimen schriftlichen Urnenabstim-
mungsverfahren treffen, oder sie können - in ähnlicher Weise, wie es der
Kanton Baselstadt jetzt kennt - einem Kollegium spezieller Art übertragen
sein.

c) Diese letzte Möglichkeit ist jedenfalls diejenige, welche der neue
Staat zweckmässigerweise zur jährlichen Formung seines Budgets an-
wendet, und zwar nicht nur im bisherigen Rahmen sollte das spezielle Kolle-
gium - das Parlament - auf die Einnahmen einwirken können, sondern in
einem etwas erweiterten. Gemeinde- und Staatssteuern sollen entsprechend
der gesamtwirtschaftlichen Lage verändert werden. Aenderungen bei den
Gemeindesteueransätzen werden aber kaum mit genügender Raschheit er-
folgen. Die Aufgabe der Gemeinden ist es viel eher, ein wirtschaftlich vor-
bildliches Verhalten des Staates, als Brücke, durch ihr Vorbild ins Volk
hinein zu tragen. Umso mehr Schlagfertigkeit müssen wir von derjenigen
Instanz verlangen, welche über die staatlichen Einnahmen bestimmen kann.
Eine solche Instanz ist das Parlament. Das Parlament des neuen Staates
soll die Möglichkeit besitzen, die Belastung der Bürger durch die Haupt-
steuern sehr rasch in einem gewissen Umfange zu erhöhen, anderseits aber
auch sofortige Steuerrückerstattungen zu beschliessen. Dies veranlasst
uns, auch beim System der proportionalen Gemeindesteuer mit stark pro-
gressiver Staatssteuer, für diese letztere einen Steuerkoeffizienten vorzu-
sehen, der bis zu einem gewissen Umfange durch das Parlament ohne gros-
se Diskussionen jährlich - oder nötigenfalls innerhalb eines Budgetjahres
(Steuernach- oder -rückzahlung) - variiert werden kann. Es bedeutet dies

für unser Angleichungsproblem eine sehr einfache Lösung. Dem revidierten Finanzbedarf sowie der gesamtwirtschaftlichen Lage und ihren Tendenzen entspricht ein Ertrag der vier Hauptsteuerquellen von 49 Mio. Fr. Bei der vorgesehenen Gestaltung der Hauptsteuerquellen genügt also im Falle der stark progressiven Staatssteuer ein Koeffizient von 94%.

d) Ganz Analoges gilt im Falle der progressiven Staats- und Gemeindesteuern. Nur haben wir aus rein praktischen Gründen zunächst mit 50 anstatt mit 100% Steuereingang zugunsten des neuen Staates gerechnet. Bei einem Koeffizienten von 47% dürfen wir den Ertrag der vier Hauptsteuern als den Verhältnissen entsprechend bezeichnen.

Halten wir nun das Bild fest, wie es sich nach der ersten Revision ergibt:

Beanspruchung von Steuern und steuerähnlichen Mitteln (Mio. Fr.)

	Vor der Wiedervereinigung (Verhältnisse von 1948)				Nach der Wiedervereinigung (Verhältnisse wie 1948)				
	G'den BL	Staat BL	Kant. BS	Zus.	G'den BL	Stadt Basel	neuer Staat zugunsten BS BL		Zus.
Krankenfürsorge- u. -Versicherung	0,08	0,98	10,26	11,32	0,08	3,70	6,50	2,50	12,78
Verwaltungsverm.	0,97	1,10	7,05	9,12	0,97	4,65	2,40	1,10	9,12
Primar-, Sekundar- Fortbildungsschule	1,90	1,90	5,16	8,96	1,90	2,58	2,58	1,90	8,96
Wohnbaubsubventionen	0,62	1,91	5,99	8,52	0,62	1,88	4,11	1,91	8,52
Polizei	-0,17	0,42	7,29	7,54	-0,17	6,42	0,87	0,42	7,54
Altersfürsorge- und -Versicherung	0,28	0,87	6,31	7,46	0,28	4,02	2,29	0,92	7,51
Mittelschulen	0,22	1,50	5,50	7,22	0,30	0,75	4,69	1,55	7,29
Hochschule, Museen, Bibliotheken	0,01	0,02	6,98	7,01	0,01	0,08	5,00	1,92	7,01
Nettozinlast	0,27	-0,02	5,73	5,98	0,25	5,73	-	-	5,98
Armenpflege	1,09	0,62	3,66	5,37	1,09	2,19	1,47	0,62	5,37
Strassen, Brücken	2,44	0,50	1,91	4,85	2,44	2,30	-	0,11	4,85
Steuerbezugskosten, Staatskassenverw.	0,00	0,86	2,19	3,05	0,00	0,87	1,45	0,73	3,05
Berufssch. u. -Kurse	0,15	0,49	2,11	2,75	0,15	1,13	0,98	0,49	2,75
Tiefbau. Allg. Ausg.	0,14	0,23	1,46	1,83	0,14	1,00	0,46	0,23	1,83
Kunst	0,04	0,01	1,79	1,84	0,04	1,77	0,02	0,01	1,84
Kindergärten	0,14	0,04	1,35	1,53	0,14	1,25	0,10	0,04	1,53
Kirche	0,47	0,34	0,01	0,82	0,81	-	0,01	0,00	0,82
Landwirtschaft	0,21	0,47	0,06	0,74	0,21	0,04	0,02	0,47	0,74
Hauptaufgaben	8,86	12,24	74,81	95,91	9,26	40,36	32,95	14,92	97,49
Restliche Aufgaben	3,63	4,05	15,55	23,23	3,63	7,30	8,25	4,05	23,23
Beanspruchung von Steuern u. steuerähnl. Mitteln ohne Vermö- gensvermehrung	12,49	16,29	90,36	119,14	12,89	47,66	60,17		120,72

Steuern und steuerähnliche Mittel (Mio. Fr.)

	Vor der Wiedervereinigung (Verhältnisse von 1948)				Nach der Wiedervereinigung (Verhältnisse wie 1948)				
	G'den BL	Staat BL	Kanton BS	Zus.	G'den BL	Stadt Basel	neuer Staat aus BS BL	Zus.	
I. System der proportionalen Gemeinde- und stark progressiven Staatssteuer mit Koeffizient (94 %)									
Einkommenssteuer	6,21	9,9	50,8	66,61	6,21	18,25	24,46	5,35	54,27
Ertragssteuer	0,41	2,2	12,61	15,21	0,41	2,22	8,20	1,21	12,04
Vermögenssteuer	3,84	2,30	7,93	14,24	3,84	11,00	4,60	1,65	21,09
Kapitalsteuer	1,34	0,72	3,33	5,39	1,34	7,80	3,14	0,55	12,83
Liegenschaftsgew. st.	0,32	0,31	-	0,63	0,48	1,18	1,18	0,48	3,32
Hauptsteuern	12,12	15,43	73,95	101,08	12,28	40,45	41,58	9,24	103,95
Ertr. gemeinw. Betriebe	-	0,60	8,73	9,33	-	7,30	1,43	0,60	9,33
Wehrsteueranteil	0,33	1,34	6,40	8,07	0,95	1,74	4,26	1,12	8,07
Erbschafts- und Schenkungssteuer	0,08	0,25	3,14	3,47	0,15	0,78	2,32	0,45	3,70
Handänderungssteuer	0,27	0,27	1,41	1,95	0,27	0,70	0,70	0,27	1,94
Billetsteuer	0,04	-	1,03	1,07	0,04	1,03	-	-	1,07
Salzmonopol	-	0,39	0,63	1,02	-	-	0,68	0,34	1,02
Anteile eidg. Stempel- u. Couponst., Alkoholum.	-	0,74	1,40	2,14	-	-	1,38	0,76	2,14
Bedeutende Einnahme- quellen	0,72	3,59	22,74	27,05	1,41	11,55	10,77	3,54	27,27
Restliche Einnahme- quellen	0,17	0,70	3,77	4,64	0,47	2,19	1,58	0,68	4,92
Steuern und steuer- ähnliche Mittel									
	13,01	19,72	100,46	132,77	14,16	54,19	53,93	13,46	135,74

II. System der progressiven Gemeinde- und Staatssteuer mit Koeffizienten.
(50%) (46%) (47%)

Einkommenssteuer	6,85	23,30	23,80	6,44	60,39
Ertragssteuer	0,83	5,15	5,26	0,78	12,02
Vermögenssteuer	2,53	5,38	5,50	2,38	15,79
Kapitalsteuer	0,96	4,19	4,27	0,90	10,32
Liegenschaftsgew. st.	0,60	1,60	1,60	0,60	4,40
Finanzausgleich zwisch. den Gemeinden	0,50	-0,50			
Hauptsteuern und Finanz- ausgleichsleistungen	12,27	39,12	40,43	11,10	102,92
Bedeutende Einnahme- quellen	1,41	11,55	10,77	3,54	27,27
Restl. Einnahmequellen	0,47	2,19	1,58	0,68	4,92
Steuern und steuerähnliche Mittel	14,15	52,86	52,78	15,32	135,11
					68,10

Als Ergebnis unserer Uebersichten können wir feststellen, dass die Steuern und steuerähnlichen Mittel im Vergleich zum Finanzbedarf bei beiden Steuersystemen zugunsten aller Gemeinwesen reichlich fließen. Beim neuen Staat, bei der Stadt Basel und bei der Gesamtheit der basellandschaftlichen Gemeinden ergeben sich Ueberschüsse in der Grössenordnung von 10% des Finanzbedarfes. Die Hauptsteuern sind so gestaltet, dass bei einer allfälligen Vergrösserung des Finanzbedarfes ihre Erträge relativ leicht gesteigert werden können.

In der Finanzstruktur der basellandschaftlichen Gemeinden ändert sich durch die vorgesehene Gestaltung nur wenig. Die Uebernahme der Lasten des Staates zugunsten der Kirchen durch die Gemeinden ist vor allem für die kleineren Gemeinden von Bedeutung. Diese sind aber auf der andern Seite die Hauptnutznießer der Neuverteilung des Wehrsteuerertrages. Allenfalls müsste die verteilte Summe oder der Verteilungsmodus noch verändert werden. Der Anteil der kleinen Gemeinden könnte insbesondere durch eine Verteilung gemäss der Kinderzahl gesteigert werden. Die sich entwickelnden Gemeinden erhalten neu die Möglichkeit zur Einführung einer Siedlungssteuer. Sollten sich die Mittel zu ihren Gunsten als zu knapp erweisen, so ist insbesondere an eine Verteilung des Ertrages der Kantonalbank entsprechend den öffentlichen Schulden bei der Kantonalbank zu denken. Dadurch, dass die Stadt Basel aber ein gleiches Steuersystem besitzen wird wie die Vorortsgemeinden, fallen Spannungen dahin, welche in der Vergangenheit zum Teil der Mittelknappheit bei ihnen zu Grunde lagen.

In der Stadt Basel, aber auch auf dem Lande, ergeben sich je nach Steuersystem im Vergleich zu den gewohnten etwas veränderte Belastungen der natürlichen und juristischen Personen durch die Hauptsteuern. Bevor wir die Notwendigkeit einer zweiten Revision prüfen, haben wir diese Belastungen zu untersuchen:

Einkommenssteuer (Fr.)

Eines verheirateten Steuerpflichtigen mit eigenem Haushalt, zwei Kindern und Versicherungsprämien von mehr als 300 Fr.

- (I) System der proportionalen Gemeinde- und stark progressiven Staatssteuer. Letztere mit Koeffizient.
- (II) System der progressiven Gemeinde- und Staatssteuer mit Koeffizienten.
- a) Typische Baselbietergemeinde: Gemeinde- + Armensteuer 2,5%. Abzüge wie diejenigen für die Staatssteuer. Steuerfreiheit bis 1000 Fr. steuerbares Einkommen.

- b) Gleiche Gemeinde. Wegfall der Kirchenlasten angenommen. Deshalb ist bei gleichen Kinderabzügen ein allg. Abzug von 800 Fr. möglich. Versicherungsabzug von 300 Fr. bis 10'000 Fr. Reineinkommen.
- c) Allgemeiner Abzug von 1'500 Fr., sonstige wie bei d). Gemeinde- + Armensteuer 3,3 %.
- d) Kinder- und Haushaltsabzug wie vor der Wiedervereinigung in Basel. Versicherungsabzug von 300 Fr. bis 10'000 Fr. Einkommen. Um 4 % verminderte Sätze des bisherigen baselstädtischen Tarifes.
- e) Abzüge wie bei d). Tarif gleich dem bisherigen in Baselstadt.

	Vor der Wiedervereinigung			Nach der Wiedervereinigung					
	G'de BL a)	Staat BL	Kanton BS	G'de BL b)	Stadt Basel (I) c)	neuer Staat d) (94%)	G'de BL e) (50%)	Stadt Basel (II) d) (46%)	neuer Staat e) (47%)
Reineinkommen									
2'000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
3'000	42.5	8.5	-	22.5	-	-	-	-	-
4'000	67.5	18.9	-	47.5	23.5	-	-	-	-
5'000	92.5	37.-	-	72.5	56.1	-	-	-	-
6'000	117.5	56.5	74.-	97.5	89.-	-	37.-	34.-	34.7
7'000	147.5	82.6	143.-	127.5	122.-	-	71.5	65.7	67.2
8'000	172.5	117.2	204.4	152.5	155.-	-	102.3	94.1	96.1
9'000	197.5	158.-	261.-	177.5	191.5	-	131.-	120.-	124.-
10'000	222.5	204.8	342.-	202.-	221.-	12.2	172.-	158.-	161.-
15'000	368.-	603.-	866.-	356.-	396.-	342.-	450.-	415.-	423.-
20'000	492.-	1103.-	1642.-	480.-	561.-	900.-	848.-	780.-	797.-
30'000	742	2511	3820	730	924	2544	1930	1770	1810
50'000	1242	5010	8400	1230	1550	6050	4190	3860	3940
100'000	2492	11220	18400	2480	3200	13680	9240	8500	8690
500'000	12242	61240	97500	12230	16400	72800	48700	44800	45800

Vor der Wiedervereinigung			Nach der Wiedervereinigung					
G'den BL a)	Staat BL	Kanton BS	G'den BL b)	Stadt Basel (I)	neuer Staat	G'den BL b)	Stadt Basel (II)	neuer Staat
ERTRAGSSTEUER (%)								
AG	2,2% $\frac{8}{10} e$	$\frac{9}{10} e$	2,2%	3,0%	$\frac{8}{10} e \frac{94}{100}$	$e \frac{50}{100}$	$e \frac{46}{100}$	$e \frac{47}{100}$
Vg	0,8-16%	0,5-20%			0,8-16%	1,5-11,5%	1,38-10,6%	1,41-19,8%
V	1,6-8 %	$\frac{9}{10} e$			$\frac{8}{10} e \frac{94}{100}$	$e \frac{50}{100}$	$e \frac{46}{100}$	$e \frac{47}{100}$
Gs	2,2% } 1-5 %	4,5%	2,2%	3,0%	0,5-12,5%	2,25%	2,02%	2,07%
S		-						
K	0,5-6,5%	-						
VERMÖGENSSTEUER (‰)								
(RV)								
1	-	-			-	-	-	-
3	-	-			-	-	-	-
5	1‰	-			-	2,25‰	2,07‰	2,12‰
10	1‰	1,2 ‰			-	2,25‰	2,07‰	2,12‰
20	1‰	1,4 ‰			-	2,25‰	2,07‰	2,12‰
50	4,4‰	1,93‰	4,4‰	6,6‰	0,94‰	2,5 ‰	2,3 ‰	2,35‰
100	2‰	2,46‰			1,88‰	3,0 ‰	2,76‰	2,82‰
500	3,75‰	5,6 ‰			3,76‰	4,0 ‰	3,68‰	3,76‰
1000	4‰	7,86‰			4,70‰	4,5 ‰	4,13‰	4,22‰
3000	4‰	8,8 ‰			5,64‰	5,0 ‰	4,60‰	4,70‰
u. m.								
KAPITALSTEUER (‰)								
AG								
100	1,92‰				1,80‰			
500	2,4 ‰				2,36‰			
1000	2,74‰				2,58‰			
2000	3,2 ‰				3,00‰			
Vg								
100	1,92‰		4,4‰	6,6‰		3,5‰	3,22‰	3,29‰
500	3,32‰							
1000	4 ‰							
Gs								
100	1,2 ‰							
500	2,2 ‰							
1000	2,5 ‰							
H	0,8‰	0,8 ‰	1 ‰	1 ‰	0,94‰	1 ‰	0,92‰	0,94‰
V								
S	4,4‰	n. P.	n. P.	4,4‰	6,0‰	n. P.	n. P.	n. P.
K								

AG = Aktiengesellschaften, G. m. b. H.,
Erwerbsgenossenschaften
Vg = Vereine mit wirtsch. Gesch. b.
V = Sonstige Vereine

Gs = Selbsthilfegenossenschaften
S = Stiftungen
K = Öffentlich rechtl. Körperschaften
H = Holdinggesellschaften

(RV) = Reinvermögen (1000 Fr.)

Anm. I, II, a), b) s. S. 165, 166.

Beim System der proportionalen Gemeindesteuer und der progressiven Staatssteuer ergeben sich Verhältnisse, welche unsern Anforderungen in bestmöglicher Weise entsprechen. Die untern und mittleren Schichten der natürlichen Personen des Gebietes von Baselland erfahren im Vergleich zu den Belastungen von 1948 zum Teil sehr wesentliche Erleichterungen. Es gilt dies sowohl für die Einkommensbezüger mit Einkommen bis etwa 30'000 Fr. als auch für die Vermögensbesitzer mit Vermögen bis etwa 300'000 Fr. Eine Erleichterung der Steuerlast erfahren auch die meisten juristischen Personen des Gebietes von Baselland. Ausgenommen sind hier ertragsintensive Vereine, Selbsthilfegenossenschaften, Stiftungen und öffentlich-rechtliche Körperschaften, sofern diese gleichzeitig auch kapitalreich sind. Die Bezüger kleiner Einkommen des Gebietes von Baselstadt erfahren etwas stärkere Belastungen als sie dies gewohnt sind. Es wäre ein leichtes, bei gleichem Gesamtertrag diese untern Schichten auf das gewohnte Mass zu entlasten; es widerspräche dies aber unserer Forderung nach einer grösstmöglichen Breite der an der Gemeinde interessierten Schichten. Sehr gross ist durchwegs die Mehrbelastung des fundierten Einkommens. In einer Zeit eines stabilen Geldwertes ist eine derartige Belastung des Vermögens sinnvoll. Mit einer unterschiedlichen Bewertung von Sach- und Forderungsvermögen in Zeiten veränderlichen Geldwertes können bei einer hohen Vermögenssteuer vorzügliche Wirkungen erzielt werden. Die Belastung der juristischen Personen Baselstadts vergleichen wir zweckmässigerweise nicht mit denjenigen von 1948, sondern mit denjenigen, wie sie 1949 eingeführt wurden. Es ergibt sich in diesem Falle eine relativ geringere Belastung des Ertrages fast aller juristischen Personen, dagegen eine mässige Mehrbelastung bei den kapitalreichen Gesellschaften. Für die basellandschaftlichen Gemeinden ändern sich die Verhältnisse gegenüber dem gewohnten Zustande kaum. Es stehen ihnen ungefähr diejenigen Mittel zur Verfügung, welche sie vor einer Wiedervereinigung erhoben.

Als wichtigste Tatsache bemerken wir aber beim System der progressiven Staats- und Gemeindesteuer, dass der Ertrag der Hauptsteuern zugunsten der basellandschaftlichen Gemeinden, welche weder reiche Einwohner noch gewichtige juristische Personen besitzen, selbst bei dem geringen Ausgabenvolumen, das sich diese Gemeinden angewöhnt haben und bei zumutbaren Steuerkoeffizienten (z. B. 70%), für sehr viele nicht ausreicht. Dies gilt trotz des vorgesehenen Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden. Es sollen nur zwei Beispiele genannt werden, eines aus dem Oberbaselbiet, ein zweites aus dem Unterbaselbiet: Oltingen, eine typische Bauerngemeinde, müsste die Hauptsteuern mit einem Koeffizienten von 85%, Birsfelden, die finanzschwächste Unterbaselbietergemeinde, mit einem Koeffizienten von 74% erheben. Es wurde versucht, dieses System des einheitlichen Steuertarifs für Staat und Gemeinden im Sinne einer gleichmässigen Versorgung der einzelnen Gemeinden zu verbessern, indem diesen die Freiheit gewährt wurde, für die Einkommensbezüger, welche durch den einheitlichen Tarif mit weniger als 2% belastet werden, und die Vermögensbesitzer mit weniger als 20'000 Fr. Vermögen, Steuern nach eigenen Sätzen zu erheben. Immer noch ergeben sich aber Koeffizienten von 57% für Oltingen und von 64% für Birsfelden. Auf der andern Seite gäbe es aber Gemeinden - ein Beispiel ist Arlesheim -, welche selbst ohne Benützung der Möglichkeit zur

Sonderbelastung staatssteuerfreier Schichten mit Koeffizienten von wenig über 30% auskämen. Für Birsfelden im besondern wirkte es sich verhängnisvoll aus, wenn zu allem, was Reiche ohnehin von dieser Gemeinde fernhält, noch eine grössere Steuerbelastung der Reichen im Vergleich zu Basel hinzukäme. Diese Tatsachen genügen, das System der progressiven Staats- und Gemeindesteuer mit ganz oder teilweise einheitlichem Tarif ausscheiden zu lassen. Wenn wir uns die Komplikationen, welche mit diesem System zum vorneherein schon verbunden sind, vor Augen halten - beispielsweise das Meldewesen für auswärtige Steuerpflichtige - so sollte es nicht noch sonstige Nachteile bieten, um bestehen zu können.

Es könnte in dieser Lage leicht der Schluss gezogen werden, dass die Vorteile, welche progressive Gemeindesteuern mit sich bringen, notwendigerweise ihre Gegenseite in sehr unterschiedlichen und mangelhaften Steuererträgen zugunsten einzelner Gemeinden fänden. Leicht könnte die Meinung auftreten, nur grosse Finanzausgleichsleistungen zwischen Staat und Gemeinden oder gar zwischen den Gemeinden könnten ein System der progressiven Gemeindesteuer möglich machen. Es wäre dies falsch.

Den Anforderungen inbezug auf die Erträge und die Belastungen eines Hauptsteuersystems für einen vereinigten Kanton Basel entspricht in sehr günstiger Weise das folgende Tarifsystem III.

Einkommenssteuer

Vermögenssteuer

Steuerpfl. Einkommen (1000 Fr.)	Gemeinde- steuertarif %	Staats- steuertarif %	Steuerpfl. Vermögen (1000 Fr.)	Gemeinde- steuertarif ‰	Staats- steuertarif ‰
0 - 2,5	1,0		0- 5	2,0	
2,5 - 3	1,2		5- 10	3,0	
3 - 3,5	1,4		10- 20	2,5	1,0
3,5 - 4	1,6		20- 40	3,0	1,0
4 - 4,5	1,8		40- 60	3,5	1,0
4,5 - 5	2,0		60- 80	4,0	1,0
5 - 6	2,4		80- 100	4,5	1,0
6 - 7	2,4	0,5	100- 500	5,0	} Erhöhung Verm.teile um 0,3 nach über je 50'000
7 - 8	2,4	1,0	500-1000		
8 - 9	3,0	1,0	1000-2000	500'000	} Erhöhung Fr.werden um 0,2 nach nicht be- je 50'000 steuert 10,0
9 - 10	3,5	1,0	2000 u. m.		
10 - 11	4,0	1,0			
11 - 12	4,0	1,3			
12 - 40	4,0	} Erhöhung Eink.teile um 0,3 nach üb. 40'000 je 1000			
40 - 50					
50 - 100	Fr. werden nicht best.	} Erhöhung um 0,1 nach je 1000			
100 - 200		} Erhöhung um 0,1 nach je 5000			
200 u. m.					
		20,0			

Ertragssteuer				Kapitalsteuer			
Gemeindesteuer- tarif		Staatsteuer- tarif		Gemeindesteuer- tarif		Staatssteuer- tarif	
%		%		‰		‰	
Aktiengesellschaften, G. m. b. H., Erwerbsgenossenschaften, Vereine mit wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben							
$\frac{2}{3}$ e %		$\frac{e}{3}$ %		5 ‰		2 ‰	
2 - 15,3 %		1 - 7,7 %					
Selbsthilfegenossenschaften							
3 %		1,5 %		5 ‰		2 ‰	
Vereine, Stiftungen, öffentlich-rechtliche Körperschaften							
3 %		1,5 %		wie natürliche Personen			
(Gemeindesteuerfreiheit der Vereine und Körperschaften je nach Gemeinderecht)							
Holdinggesellschaften							
-		-		1 ‰		1 ‰	

Für alle Gemeinwesen gelten einheitliche Veranlagungsgrundsätze. Die Gemeindeversammlungen haben alljährlich bei der Budgetberatung über allgemeine Veränderungen an diesen Grundtarifen zu beschliessen. Solche dürfen in Teilen von 0,1% bei der Einkommens- und Ertragssteuer und 0,2% bei der Vermögenssteuer bzw. Kapitalsteuer vorgenommen werden. Gleichzeitig haben die Versammlungen festzusetzen, wieviel % die Armensteuer von der Gemeindesteuer betragen soll. Die kantonale Legislative besitzt das Recht, die Sätze der Grundtarife für Gemeinde- und Staatssteuern bis zu $\pm 1\%$ absolut bei der Einkommens- und Ertragssteuer, bis zu $\pm 2\%$ bei der Vermögens- und Kapitalsteuer, oder bis zu $\pm 50\%$ relativ zu verändern und zwar so, dass die Steuerertragsänderungen innerhalb der Schranken von $\pm 10\%$ liegen. Sie darf von diesem Recht aber nur auf Empfehlung einer Konjunkturbeobachtungsstelle hin Gebrauch machen. Für die Staatssteuer besitzt die Legislative das Recht, allgemeine Steuerzuschläge oder -abschläge bis zu 20% zu beschliessen. Kommt ein solcher Beschluss auf Empfehlung einer Konjunkturbeobachtungsstelle zustande, so ist er dem Referendum entzogen.

Ein grosser Nachteil eines Systemes mit progressiver Gemeindesteuer ist die Notwendigkeit einer umfangreichen Meldearbeit für Grundstückseigentümer, welche ausserhalb der Gemeinde wohnen. Es gibt aber Möglichkeiten, diese doch sehr stark einzuschränken.

Eine erste besteht darin, der Belegenheitsgemeinde das Recht zu verleihen, an Stelle der Vermögenssteuer vom Grundvermögen ($\div$ proportionaler Schuldenabzug), der Einkommenssteuer vom Grundvermögensertrag und der gesonderten Armensteuern eine einheitliche Grundvermögenssteuer (ohne Schuldenabzug) für auswärtige Kantonseinwohner von 3‰ zu erheben. In der Wohngemeinde hat ein solcher Steuerpflichtiger das ge-

samte Grundvermögen und den gesamten Grundvermögensertrag aus dem Kanton zu versteuern; er darf aber Grundvermögenssteuern, welche er auswärts zu bezahlen hat, abziehen. Analoges gilt für innerkantonaies Grundvermögen juristischer Personen. Hierdurch lässt sich sogar im Vergleich zur gegenwärtigen basellandschaftlichen Regelung eine ganz bedeutende Vereinfachung erzielen.

Eine zweite Möglichkeit könnte darin bestehen, die Verflechtung des Grundbesitzes unter Nachbargemeinden festzustellen und alle Gemeinden zu verpflichten, an Stelle der Einwohner der Nachbargemeinde für Grundstücke in der eigenen die eigenen Einwohner für ihre Grundstücke in der Nachbargemeinde zu besteuern, sofern die Differenzen der Verflechtung des Grundbesitzes gewisse positive oder negative Beträge nicht übersteigen. Dadurch würde die Meldarbeit zwischen den Gemeinden oder zwischen dem Staat und den Gemeinden auf ein erträgliches Mass herabgesetzt.

Welche Erträge dürfen wir von einem derartigen Hauptsteuersystem zugunsten der verschiedenen Gemeinwesen erwarten? Setzen wir zunächst einmal - sowohl für die Stadt Basel als auch für die Gesamtheit der basellandschaftlichen Gemeinden - die Gemeindesteuergrundtarife, für den Staat Tarife ohne Zuschläge voraus, so dürfen wir bei den Verhältnissen von 1948 mit folgenden Erträgen rechnen: (Mio. Fr.)

	G'den BL	Stadt Basel	neuer Staat BS aus BL		Zu- sammen
Einkommenssteuer	6, 40	19, 80	27, 90	6, 10	60, 20
Ertragssteuer	1, 10	7, 50	3, 75	0, 56	12, 91
Vermögenssteuer	2, 54	5, 95	5, 30	2, 11	15, 90
Kapitalsteuer	1, 30	6, 40	2, 70	0, 62	11, 02
Liegenschaftsgewinnsteuer (Dreifache Sätze des Gemein- de- und Staatssteuergrund- tarifs, mindestens 4%, höch- stens 30% bei kurzfristigem, 25% bei langfristigem Besitz)	0, 60	1, 60	1, 60	0, 60	4, 40
Hauptsteuern	11, 94	41, 25	41, 25	9, 99	104, 43

Es zeigt sich also insbesondere, dass die basellandschaftlichen Gemeinden nicht ganz im genügenden Masse mit Mitteln versorgt sind, falls wir im Durchschnitt für sie die Uebnahme des unveränderten Gemeindesteuergrundtarifs voraussetzen, während die Gemeinde Basel und der neue Staat mit Hilfe des unveränderten Grundtarifs zu mehr als genügend Mitteln gelangen. Wir tun gut, wenn wir die Mittel des Staates in dieser Fülle belassen, denn Veränderungen der Konjunkturlage beeinflussen die Höhe der Staatsmittel bei keinem Hauptsteuersystem mehr als bei demjenigen mit beschränkt progressiver Gemeindesteuer mit ergänzender progressiver Staatssteuer. Hingegen dürfen wir die reichlichen Mittel, welche beim gegebenen System der Stadt Basel zur Verfügung stehen, zugunsten derjenigen basellandschaftlichen Gemeinden, welche wenige "gute Steuerkräfte" be-

sitzen, etwas reduzieren. Es geschieht dies am besten dadurch, dass an Stelle der Verteilung des Gemeindeanteiles an der Wehrsteuer gemäss der Bevölkerungszahl eine solche gemäss der Kinderzahl tritt. Die basellandschaftlichen Gemeinden erhalten hierdurch zusätzlich 0,18 Mio. Fr., während die Stadt Basel des gleichen Betrages verlustig geht. Die restlichen Einnahmequellen eingerechnet, stehen also bei unserm III. Hauptsteuersystem folgende Mittel zur Verfügung: (Mio. Fr.)

Gemeinden	Stadt Basel	neuer Staat		
		BS	aus	BL
14, 00	54, 81	53, 60		14, 21
			67, 81	

Lediglich bei den basellandschaftlichen Gemeinden übersteigen die Mittel den Finanzbedarf weniger als um 10%. Der vorgesehene, den Verhältnissen von 1948 entsprechende Ueberschuss, darf aber als genügend bezeichnet werden, wenn wir bedenken, dass die Erträge der Hauptsteuern gemäss System III von Konjunkturveränderungen weniger berührt werden als die Erträge proportionaler Gemeindesteuern. Veränderungen bei Einkommensbezüglern mit mehr als 40'000 Fr. Einkommen und Veränderungen bei Vermögensbesitzern mit mehr als 500'000 Fr. Vermögen treten nämlich überhaupt nicht oder nur ganz schwach in Erscheinung. Tatsache ist aber, dass der Einkommens- und Vermögensschwund der Reichen im konjunkturellen Niedergang eine sehr starke Komponente des allgemeinen Einkommens- und Vermögensschwundes bildet. So sehr also bei unserm System III die Erträge der Hauptsteuern zugunsten des neuen Staates von konjunkturellen Veränderungen berührt werden, so wenig tun es diejenigen zugunsten der Gemeinden.

Genau wie bei den übrigen Hauptsteuersystemen haben wir uns nun auch beim System III über die Belastungsverhältnisse klar zu werden. Für die Ertrags-, die Vermögens- und die Kapitalsteuer ist bereits eine genügende Uebersicht gegeben worden, und wir können uns damit begnügen, eine den Tabellen der Seite 166 entsprechende Zusammenstellung für die Einkommenssteuer zu liefern:

Einkommenssteuer (Fr.)

eines verheirateten Steuerpflichtigen mit eigenem Haushalt, zwei Kindern und Versicherungsprämien von mehr als 300 Fr.

Reineinkommen	G'de BL	Stadt Basel	neuer Staat	
	a) (+0, 1)	(III) b)	(100%)	(III) System des beschränkt progressiven Gemeindesteuergrundtarifs und der stark progressiven Staatssteuer mit Koeffizient.
2'000	-	-	-	a) Typische Baselbietergemeinde.
3'000	13. 2	-	-	Abzüge wie bei der Staatssteuer
4'000	24. 2	22. -	-	Steuerfreiheit bis 1000 Fr.
5'000	48. -	44. 8	-	steuerbares Einkommen.
6'000	80. -	75. 5	-	
7'000	130. -	125. -	-	

Reinein- kommen	G'de BL	Stadt Basel	neuer Staat	b) Gleiche Abzüge wie bei der Staatssteuer. Steuerfreiheit bis 2000 Fr. steuerb. Einkommen.
	a) (+0, 1)	(III) b)	(100%)	
8'000	155. -	149. -	31. -	
9'000	180. -	173. -	72. -	
10'000	254. -	246. -	82. -	
15'000	554. -	540. -	256. -	
20'000	760. -	740. -	630. -	
30'000	1170. --	1140. -	1830. -	
50'000	1640. -	1600. -	6020. -	
100'000	1640. -	1600. -	17520. -	
500'000	1640. -	1600. -	99000. -	

Vergleichen wir die verschiedenen Belastungen mit denjenigen in den beiden Halbkantonen von 1948, so stellen wir für die Einwohner des Gebietes von Baselland mit Einkommen unter 35'000 Fr. durchwegs eine Abnahme fest. Neu oder stärker als bisher werden die Einwohner des Gebietes von Baselstadt mit Einkommen bis zu 6000 Fr. belastet. Es liegt im Bereiche der Möglichkeiten der Gemeinden, durch Erhöhung der Abzüge und entsprechende Veränderung des Grundtarifes gerade die Belastungen der kleinen Einkommensbezüger nach ihrem Gutdünken zu gestalten. Bei gleichen Erträgen der Hauptsteuern besitzt also Basel die Möglichkeit, die hier vorgesehene Beteiligung der untern Schichten am Aufkommen zugunsten der Gemeinde wieder rückgängig zu machen.

Das fundierte Einkommen wird im Vergleich zum Gewohnten für die Einwohner Basellands fast durchwegs geringer belastet. Lediglich Besitzer von Vermögen mit mehr als 500'000 Fr. haben beim III. Hauptsteuersystem mehr zu leisten. Durchwegs stärker belastet werden jedoch die Vermögensbesitzer Baselstadts. Immerhin erreicht die Mehrbelastung der untern Vermögensschichten nicht den Umfang, den sie im Falle proportionaler Gemeindesteuern besitzt. Die Vermögenssteuer erreicht aber bei Vermögen bis zu etwa 150'000 Fr. doch das doppelte der gewohnten. Hier offenbart sich das Opfer, das die Einwohner Baselstadts zugunsten eines ganzen Kantons Basel zu erbringen haben. Damit findet der Zinsstrom, der sich vom Land in die Stadt ergiesst, in umgekehrter Richtung seine Ergänzung, indem wir den Strom, der sich aus der staatlichen Mittelgewinnung und Mittelverwendung ergibt und der sich per Saldo von der Stadt auf das Land hinaus bewegt, als hauptsächlich durch die baselstädtischen Grossvermögensbesitzer gespiesen auffassen.

Die direkte Ertragsbelastung ist gemäss unserem Vorschlag III für ertragsexensive Kapitalgesellschaften, Erwerbsgenossenschaften und Vereine mit wirtschaftlichen Geschäftsbetrieben der Landschaft geringer als im ehemaligen Halbkanton. Im wesentlichen erreicht sie erst für Gesellschaften mit Ertragsintensitäten über 11% ein höheres Mass. Durchwegs geringer ist sie für die Kapitalgesellschaften Baselstadts, wenn wir die

die Belastungen durch die Steuerordnung von 1949 zum Vergleich heranziehen. Für die übrigen juristischen Personen sind die Belastungen bald etwas grösser, bald auch etwas kleiner als diejenigen in den beiden Halbkantonen von 1948.

Die indirekte Belastung des Ertrages der juristischen Personen durch die Kapitalsteuer hält sich an die Gegebenheiten von Baselstadt für das Jahr 1949. Für die meisten basellandschaftlichen Gesellschaften wird sie etwas grösser als die gewohnte.

Sehr zu beachten bei unserm III. Hauptsteuersystem ist die Tatsache, dass ohne Ausgleichsleistungen die einzelnen Gemeinden relativ wenig voneinander abweichende Steuern erheben müssen, um genügend mit Mitteln versorgt zu sein. Birsfelden beispielsweise, das gegenwärtig die unteren Schichten ausserordentlich viel stärker belastet als das benachbarte Basel, kommt mit einer Veränderung am Grundsteuertarif von + 0,4% bei der Einkommens- und Ertragssteuer, von + 0,8% bei der Vermögens- und Kapitalsteuer aus.

Mit Absicht wurde auf eine multiplikative Anpassung des Steuergrundtarifes an die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden verzichtet und die additive gewählt. Es wird damit erreicht, dass das persönliche Interesse an einer ökonomischen Haushaltsführung in allen Schichten wach bleibt, und dass Gemeinden, welche stärkere Belastungen zur Anwendung bringen müssen, gute Steuerkräfte möglichst wenig fernhalten.

Fassen wir nun das Ergebnis unserer Revision zusammen: Erstens haben wir für die Aufgabe der Krankenfürsorge und -Versicherung um 1,46 Mio. Fr. mehr vorgesehen, als vor der Wiedervereinigung in beiden Halbkantonen ausgegeben wurde. Zweitens haben wir beim System proportionaler Gemeindesteuern für Basel einen allgemeinen Abzug vom Einkommen (zusätzlich zum Haushaltsabzug von 500. - und zu den Kinderabzügen von je 500. - Fr.) von 1500. - Fr. und zugleich reduzierte Sätze von 3,3% vom Einkommen, 3% vom Ertrag, sowie 6,6% vom Vermögen und 6% vom Kapital vorsehen können. Bei der ergänzenden, stark progressiven Staatssteuer erwiesen sich 94% der vollen Belastung als genügend. An Stelle des Hauptsteuersystems II, das sich als untauglich herausgestellt hat, setzten wir das Hauptsteuersystem III; an Stelle der Beteiligung der Gemeinden am Wehrsteuerertrag gemäss der Bevölkerungszahl wählten wir eine solche nach der Anzahl der Kinder im Alter von 0-14 Jahren.

Schrittweise haben wir so in enger Anlehnung an das Gegebene eine Gestaltung des Finanzhaushaltes für einen Kanton Basel erarbeitet. Sie ist bestimmt nicht revolutionär. Sie entspricht aber gewiss den Wünschen der Einwohner der Landschaft wie auch denjenigen der Stadtbasler, sofern wir das Bestehende mit dem Gewünschten identifizieren. Dies müssen wir - kleine Ausnahmen vorbehalten - tun, um nicht ins Uferlose zu geraten.

III. Die Grundsätze der Integration

Das bis jetzt Erarbeitete stellt zweierlei dar:

1. Die Aufnahme der wichtigsten Gegebenheiten, welche inbezug auf die Wiedervereinigung der Fiskal von Bedeutung sind.
2. Möglichst wirklichkeitsnahe Versuche über die Gestaltung des Finanzhaushaltes eines vereinigten Gemeinwesens.

Gewiss ist im Hinblick auf den Zweck dieser Arbeit die Auseinandersetzung auf Grund ganz konkreter Verhältnisse und an Hand von Beispielen von grösserem Wert als ein abstraktes Vorgehen. Die Modifikationen im Hinblick auf veränderte Verhältnisse dürften dem Verwaltungsmann nicht allzu schwer fallen.

Weshalb sollte aber der Versuch unterbleiben, wenigstens dort, wo es möglich ist, von der Argumentation mit Beispielen ins Allgemeine vorzustossen? Nicht nur in Basel liegen ja Bestrebungen vor, die mehr oder weniger weitgehende finanzwirtschaftliche Integration zum Ziele haben.

Baselstadt und Baselland sind zwei Staatswesen, zwei Staaten auf engem Raume, wirtschaftlich eng und ohne Schranken verbunden, aber trotzdem sehr verschiedenartig. Wir können sie rein politisch als Stadtdemokratie (mit zwei Trabanten) und als bürgerliche Demokratie kennzeichnen. In der einen finden wir in wichtigen Dingen indirekte, in der andern mehr direkte Methoden der politischen Willensbildung. Die eine zeichnet sich durch eine sehr grosse Anzahl von Berufsbeamten, sehr wenig Funktionäre im Nebenamt und freiwillige Mitarbeiter aus. Im Gegensatz dazu besitzt die andere einen eher kleinen Stab Berufsbeamter, dafür umsomehr Funktionäre im Nebenamt und freiwillige Mitarbeiter. Im einen findet sich sozusagen keine politische Untergliederung; das andere Staatswesen besteht aus 74 autonomen Gemeinden.

Wirtschaftlich ist das eine gekennzeichnet durch ein sehr grosses Gewicht des Handels, das andere durch eine relativ starke Landwirtschaft. Sehr wesentlich ist die Abhängigkeit des einen von den wirtschaftlichen Bedingungen in der weiten Welt, diejenige des andern von den Einflüssen der Natur. Das eine trägt direkt zur Ernährung des Schweizervolkes bei, das andere beinahe ausschliesslich indirekt. Im einen findet sich ein sehr hohes Einkommens- und Vermögensniveau, im andern ein relativ niedriges. Das eine zeichnet sich durch einen sehr hohen Grad der Vergesellschaftung der Produktionsweise, das andere mindestens teilweise durch einen relativ niedrigen aus. Im einen finden sich sehr viele Menschen zur Hilfe in Form persönlicher Dienstleistungen bereit, im andern tritt die finanzielle Hilfe und der Kauf von Dienstleistungen weit in den Vordergrund.

Staatswirtschaftlich finden wir im einen ein sowohl absolut als auch relativ sehr hohes Ausgabenvolumen, im andern ein relativ niedriges. Das eine kennt sozusagen nur die direkte Besteuerung, das andere eine sehr wesentliche indirekte Steuer. Die Bevölkerung des einen trägt relativ gleich-

mässig an die vom Gemeinwesen benötigten direkten Steuern bei, das andere hält sich an relativ wenige.

Eine Vereinigung der beiden Staatswesen kann und soll die politische und wirtschaftliche Verschiedenartigkeit nicht stark verändern. Sie kann und soll infolgedessen alle jene staatswirtschaftlichen Besonderheiten, die Ausdruck der politischen und soziologischen Eigenartigkeit sind, nicht stark berühren. Es ergeben sich hieraus sowohl für die Staatsaufgaben als auch für die Mittelgewinnung sehr klare Folgerungen:

A. Der neue Staat hat jede Aufgabe in demjenigen Umfange zu erfüllen, wie sie von dem Staatswesen erfüllt wurde, welches vor der Integration weniger darauf verwandte. Wir können diese Art der Integration die minimale nennen. Die (teilweise neu zu bildenden) untergeordneten Gebietskörperschaften (Gemeinden) lösen alles das, was der neue Staat nicht auf sich nimmt, der ehemalige ihres Gebietes aber als seine Angelegenheit betrachtet hatte. Es ist dies die Ergänzung der Aufgabenlösung auf den ehemaligen Stand, den wir als den gewünschten betrachten.

Diese minimale Integration mit Heranziehung der untergeordneten Gebietskörperschaften zur Ergänzung der Aufgabenlösung auf den ehemaligen Stand hat die eingehende Kenntnis der Aufgabenerfüllung vor der Integration zur Voraussetzung. Im ersten Teil haben wir uns deshalb diese Kenntnis in einer Art und Weise verschafft, wie sie sich der Organisator eines wiedervereinigten baslerischen Finanzhaushaltes zu erarbeiten hat. Wir gingen von den Elementen der durch die Parlamente genehmigten Staatsrechnungen aus und brachten sie in eine gemeinsame übersichtliche Ordnung. Eine Kontrolle nach Abschluss dieses Arbeitsganges hat in neuer Art gleichviel Ausgaben und Einnahmen wie die entsprechenden zu Grunde gelegten einzelnen Staatsrechnungen zu erzeugen. Dies ist wohl immer ein geeigneter Anfang.

Als zweites gilt es nun bei jeder einzelnen Aufgabe festzustellen, ob diese vom andern Staate ebenfalls erfüllt wird und ob sie in der Staatsrechnung ihren zahlenmässigen Niederschlag findet. Oft ist dies nicht der Fall, und es gilt zu prüfen, ob die Einwohnerschaft dieses Staatswesens tatsächlich nicht in den Genuss dieser oder jener Leistung kommt, oder ob es in diesem Staatswesen einfach eine andere öffentliche Institution ist, welche sie vermittelt. Oft geschieht dies tatsächlich in sehr ähnlicher Weise, wie der Staat eine solche Leistung vermitteln würde. Auch die Mittel werden oft auf eine Art gewonnen, welche ebensogut staatliche sein könnte. Wir haben in diesen Fällen unsere Rechnung über den engern Rahmen hinaus zu erweitern, indem Einnahmen und Ausgaben, welche solchen Leistungen derartiger Institutionen entsprechen, ebenfalls ordnungsgemäss aufnehmen. In unsern beiden Kantonen waren derartige Institutionen mit folgenden Leistungen zu berücksichtigen:

Baselland

Einwohnergemeinden	Alle ihre Leistungen
Bürgergemeinden	Ihre Fürsorgeleistungen
Kant. Feuerpolizeikasse	Alle ihre Leistungen
Kantonalbank	Verzinsung der Staatsschuld

Kant. Jagdkasse	Alle Leistungen mit Ausnahme der Versicherungsprämien
Kant. Viehseuchenkassen	Viehhandelsgebühren. Bezug und Verwendung
Verschiedene Angaben des Anhangs der Staatsrechnung	über die Form der Vermögensvermehrung und -verminderung

Baselstadt

Einwohnergemeinden	Alle ihre Leistungen
Armengut von Riehen und Bettingen	Alle Leistungen
Betriebs- und Erneuerungskonto des Kembserstau	Alle Leistungen
Kleingärten der Stadtgärtnerei	Alle Leistungen
Materiallagerplätze Dreispitz	Ablieferung des Ueberschusses an Chr. Merian'sche Stiftung
Arbeitsrappen	Alle Leistungen
Bürgerliche Armenanstalten	Fürsorgeleistungen

Noch etwas ist aber bei der Uebernahme jedes Elementes zu prüfen, nämlich, wie es sich mit den Einnahmen verhält, welche einer bestimmten Aufgabe zugeordnet werden können. Sind bei allen Unterlagen nach gleichen Prinzipien gewisse Einnahmen mit gewissen Ausgaben oder gewisse Ausgaben mit gewissen Einnahmen verrechnet worden? Sehr oft ist dies der Fall. Beide Kantone wählten zur Präsentation der Zahlen das sogenannte Bruttoprinzip. Trotzdem bestehen praktisch manche Unterschiede. Es gilt sie zu erkennen und auszumerzen. Es geschah dies sowohl auf dem Wege der Verrechnung als auch auf dem gegenteiligen, der gleichmässigen Vermehrung von Einnahmen und Ausgaben. Ausgehend von der Staatsrechnung Basellands wurden rund 1,4 Mio. Fr. verrechnet. Die grössten Verrechnungsposten waren die Rückerstattungen bei der Armenfürsorge und die Ausgaben für den Gewerbebetrieb der Strafanstalt. Daneben waren es aber zahlreiche kleinere. Ausgehend von der Staatsrechnung Baselstadts war meist das Gegenteil vorzukehren, es galt Verrechnungen rückgängig zu machen. Insbesondere figurieren in der Basler Staatsrechnung nur die Nettoerträge des Wasserwerkes und des Salzhandels, aber auch zahlreiche Bundessubventionen und ihre Weitergabe an Private Institutionen in namhaften Beträgen sind nicht in die offizielle Staatsrechnung eingestellt. Grosse Steuereingänge, z. B. die Zuschläge zur Motorfahrzeugsteuer sind wohl in der Rechnung erwähnt, in den Summen aber nicht enthalten. Wir hatten die baselstädtische Rechnung entsprechend zu erweitern. Das Resultat der in solcher Weise veränderten Angaben der offiziellen Rechnungen ergibt die notwendige Unterlage mit den vergleichbaren Angaben über den Haushalt (im eigentlichen Sinne oder in Zuordnung) der zu vereinigenden Gebietskörperschaften und ihrer autonomen Glieder. Es fehlt nur noch eine Kennzeichnung aller derjenigen Beträge, welche zwischen dem Staat und seinen Gemeinden hin und her geleistet werden. Mit ihr ist die wichtigste Vorbereitungsarbeit getan, die bei der gewählten minimalen Integration ganz besonders unerlässlich ist. 15)

Die minimale Integration mit Heranziehung der untergeordneten Gebietskörperschaften zur Ergänzung der Aufgabenlösung auf den ehemaligen Stand ist für uns die beste, keinesfalls aber die einzige Möglichkeit. Es sind sehr wohl auch andere denkbar. Insbesondere wäre es möglich zu bestimmen, wie gross unter bestimmten Bedingungen die Einnahmen sind, welche ein bestimmtes Gebiet dem neuen Staate zur Verfügung bringt, um dann die Aufgaben des neuen Staates derart zu gestalten, dass jedes Gebiet an Leistungen beziehen kann, ungefähr was es aufzubringen hat. Auch in diesem Falle könnten die untergeordneten Gebietskörperschaften die Erfüllung weiterer Aufgaben im jeweils gewünschten Masse auf sich nehmen, sodass jedes Gebiet ungefähr wie vor der Integration mit Leistungen der Gebietskörperschaften versorgt wird. Wir können diese Möglichkeit kurz als diejenige der territorialen Gleichheit von Einnahmen und Ausgaben mit Heranziehung der untergeordneten Gebietskörperschaften zur Ergänzung bezeichnen. Selbstverständlich ist auch bei diesem System jedes Gebiet bei jeder einzelnen Aufgabe gleich zu behandeln, aber die Aufgaben, welche der Staat übernimmt, können derart ausgewählt und gestaltet werden, dass praktisch das obige Ergebnis erreicht wird. Bei so krassen Unterschieden in der Ergiebigkeit der Einnahmequellen, wie sie zwischen Baselland und Baselstadt zu erwarten sind, ist jedoch eine vernünftige Lösung in diesem Sinne schwer. Sie müsste mit einer vermehrten Unterstützung speziell städtischer Einrichtungen durch den neuen Staat einerseits, mit einer Uebertragung von bisher staatlichen Aufgaben zugunsten der Landwirtschaft und zugunsten der Verkehrsverbindungen auf die Gemeinden andererseits, angestrebt werden. Auch auf der Einnahmeseite könnten natürlich entsprechende Massnahmen ergriffen werden. Zu denken ist beispielsweise an besondere Abzüge für Einwohner städtischer oder halbstädtischer Bezirke bei der Staatssteuer, aus der Erwägung heraus, dass einer vergleichbaren Lebenshaltung zwischen Stadt und Land ein etwas grösseres Einkommen in der Stadt entspricht. Eine weitere Verschiebung in der Ergiebigkeit der Einnahmequellen aus den beiden Gebieten könnte auch durch eine allgemeine Entlastung der juristischen Personen und eine entsprechende Belastung bei den natürlichen Personen bewirkt werden. Es gibt noch andere Möglichkeiten (z.B. gleiche Elektrizitätsbesteuerung auf dem Lande wie in der Stadt), es verbleiben aber relativ grosse Unterschiede in der Ergiebigkeit der Einnahmequellen, während die Möglichkeiten die Ausgaben auf die beiden Teile so zu verteilen, dass sie den ungleichen Einnahmen entsprechen, bei guten Lösungen nur in geringem Masse benützt werden sollen. Dies gilt für die beiden Basel, es gilt nicht etwa immer und überall. Ganz im Gegenteil überall dort, wo dem (leicht feststellbaren) Strom wirtschaftlicher Substanz innerhalb der Staatswirtschaft nicht ein (schwer feststellbarer) Gegenstrom aus einem Gebiet in ein anderes entspricht, dürfte die territoriale Gleichheit von Einnahmen und Ausgaben geradezu eine Voraussetzung einer Integration sein.

Der aufmerksame Leser bemerkt vielleicht, dass auf dem Wege unserer Gestaltung des Finanzhaushaltes den Staatsausgaben in einem gewissen praktischen Sinne ein Primat eingeräumt wurde. Wir haben sie in der Diskussion immer der Mittelgewinnung vorangestellt. Es geschah dies keinesfalls aus der Meinung heraus, dass sich die Staatseinnahmen immer

und überall nach den Staatsausgaben richten. Das Primat ist aber ein Ausfluss des Integrationssystemes, das wir als das gewünschte vorausgesetzt haben, und unserer ausgesprochen kurzfristigen Betrachtungsweise. Kurzfristig können wir dies in dem Sinne nennen, weil es gilt, zwei Zustände einzubeziehen, die einander unmittelbar folgen: den Ist-Zustand vor der Integration und den Soll-Zustand nach der Integration.

B. Auf Grund dieses Primates ergeben sich für die Ueberlegungen betreffend die Mittelgewinnung sehr genaue Voraussetzungen¹⁶⁾. Der Finanzbedarf jeder einzelnen Gebietskörperschaft wurde dadurch bestimmt. Was hat der Organisator der Integration zweier Finanzwirtschaften zu beachten, wenn er, von bestimmten Grössen des Finanzbedarfes ausgehend, die Einnahmequellen zu gestalten hat? Auch hier dürfen wir annehmen, dass an der gegebenen Gestaltung der Einnahmequellen die für einen vereinigten Haushalt erwünschte zu erkennen ist. Die Gegebenheiten in den beiden Gebieten sind verschieden. Die Gestaltung der Einnahmequellen hat aber eine einheitliche zu sein. Es ist also nicht möglich, das als gewünscht Vorausgesetzte vollständig, wohl aber mit einem Minimum von Abweichungen zu erfüllen. Dieses Minimum kann für Baselstadt und Baselland relativ klein gehalten werden. Ausser staatswirtschaftlichen liegen zwischen diesen beiden Gemeinwesen keine wirtschaftlichen Grenzen, welche anlässlich einer Integration dahinfielen. Die Zeiten, in welchen eine finanzwirtschaftliche Integration für Baselstadt und Baselland einen Ausfall an Zolleinnahmen an den gemeinsamen Grenzen hätte bedeuten können (wenn sie damals nicht vereinigt gewesen wären) sind verschwunden^{a)}. Die Freizügigkeit für Menschen und Mobilien hält die Verschiedenheiten bei den übrigen Einnahmequellen dauernd in einem sehr engen Bereiche. Tatsächlich finden wir einen wirklich wichtigen grundlegenden Unterschied nur bei einer Verbrauchssteuer auf einem Gut, das wohl beweglich (sogar sehr beweglich) aber an Immobilien gebunden ist, der Elektrizität. Im übrigen treffen wir eine relativ grosse Uebereinstimmung, sowohl in der Einnahmestruktur im engern Sinne als auch in der Ausgestaltung der einzelnen wichtigen Einnahmequellen.

Die Hauptwurzel, auf welcher der Baum der Finanzwirtschaft zu fassen hat, ist die allgemeine Einkommens- und Vermögenssteuer. Die hauptsächliche Mittelgewinnung durch sie ist die beste Sicherung der Mitarbeit sehr vieler am Gemeinwesen. Durch sie kommt das Opfer des Bürgers zugunsten der Gemeinschaft eindrucklich zur Geltung. Selbsttätig induziert dieses augenfällige Opfer auf wirksame Weise den persönlichen Einsatz sehr vieler Bürger zunächst zugunsten der Staatsökonomie und, in einer weiteren Induktion, zugunsten der Staatspolitik im allgemeinen. Es wäre müssig, dies festzuhalten, wenn sich nicht Möglichkeiten abzeichnen würden, die Mittel zugunsten von Staat und Gemeinden auf einfachere Weise zu gewinnen als durch die Hand möglichst vieler Bürger. Wir können hier an eine ausgedehntere Besteuerung der Elektrizität, an eine verstärkte Besteuerung aller oder einzelner juristischer Personen, an Lohnsteuern,

a) Zwischen der Trennung der beiden Basel und dem Inkrafttreten der neuen Bundesverfassung wurde neben den Strassenzöllen an den gemeinsamen Grenzen auch ein Einfuhrzoll für Mehl erhoben. Er ist aber nicht von finanzwirtschaftlicher Bedeutung, vielmehr ein Mittel im politischen Kampf zwischen den beiden Halbkantonen. (Vgl. Grieder Fritz: Die Beziehungen zwischen den beiden Halbkantonen Basel seit deren Trennung, S. 27.)

an Kapitalertragsquellensteuern oder aber auch an umfangreiche Verlagerungen der Einkommens- und Vermögenssteuerlasten von den Aermern auf die Reichern denken. Bewusst wird nur teilweise und in geringem Masse von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht.

Am allerwichtigsten ist die Beachtung der obigen Sätze bei der Gestaltung des Finanzhaushaltes der Gemeinden. Dass der Aktivbürger nicht nur alle Jahre den Voranschlag der Gemeinde zu bestimmen hat, sondern dass er sich gleichzeitig immer wieder über den Steuerfuss äussern kann, ist sehr wesentlich. Es kann sich bei einer Wiedervereinigung nicht darum handeln, die direkt-demokratische Institution der Gemeindeversammlung, wie sie die basellandschaftlichen Gemeinden besitzen, der Gemeinde Basel aufzudrängen. Es würde zwar jeden Landschäftler freuen, wenn das Basler Gemeindevolk ebenfalls in direkter Form über die Gemeindeausgaben und -einnahmen bestimmen könnte; eine Notwendigkeit für den neuen Staat ist es aber nicht. Jedenfalls aber sind in einheitlicher Weise die Anforderungen an ein Hauptsteuersystem, die mit dem Einsatz möglichst vieler zugunsten der Staatspolitik in Zusammenhang stehen, in allererster Linie einzuhalten:

1. Möglichst alle Aktivbürger haben zumindest an den Gemeindehaushalt beizutragen.
2. Die Unterschiede in den Beiträgen der Einzelnen sollen gewisse Grenzen nicht überschreiten.
3. Durch die Gemeindeversammlung oder entsprechende Stadtbaslerische Einrichtungen soll der Umfang der Mittelgewinnung jährlich variiert werden können, sodass sich die Belastungen aller Steuerpflichtigen im gleichen Sinne ändern, und dass die Unterschiede bei den Veränderungen nicht allzu gross werden.
4. Ohne allzu grosse Belastungsunterschiede sollen alle Gemeinden über ausreichende Mittel verfügen können.

Diese vier Anforderungen an die Hauptsteuern zugunsten der Gemeinden sind in bestmöglicher Weise zu erfüllen. Sie entspringen der politischen Struktur unseres Volkes. Daneben sind drei weitere einzuhalten, welche aus einer wirtschaftlichen Gegebenheit entstehen. Die Steuergrundlage soll möglichst bestimmt, d.h. im positiven oder negativen Sinne möglichst wenig dehnbar sein; sie soll gut kontrolliert werden können. Sehr schwer ist dies vor allem beim bäuerlichen Einkommen zu erfüllen, auch wenn wirksames vorgekehrt wird, die Dehnbarkeit möglichst klein und die Kontrollierbarkeit möglichst gross zu halten. Sehr wohl ist es aber beim Vermögen zu erfüllen, insbesondere dann, wenn der Wert des Grundeigentums auf einer amtlichen Schätzung fussen kann.

5. Dass dies für den Kanton Basel in einheitlicher (in einem weiten Sinne) Weise zu geschehen hat, ist unsere erste Anforderung hieraus.
6. Die zweite, welche hieraus fliesst, ist diejenige des relativ grossen Gewichtes der Vermögenssteuer,

7. und die dritte diejenige der Gewährung der Freiheit an die Gemeinden, das Gewicht der Vermögenssteuer als Gemeindesteuer (und damit auch die Gleichläufigkeit zwischen Gemeindefinnahmen und -ausgaben) noch besonders erhöhen zu dürfen. Diese letzten drei Anforderungen sind ausschliesslich solche des bürgerlichen Elementes. Sie würden sich selbstverständlich nicht rechtfertigen, wenn ihnen solche des viel stärkeren nichtbürgerlichen Elementes zuwiderlaufen würden. Die Erträge von Forderungen und Anteilpapieren haben aber leider noch lange nicht den Tiefstand erreicht, der eine steuerliche Entlastung des fundierten Einkommens rechtfertigen würde. Eine solche wird erst notwendig, wenn die Erträge die Summe aller Vermögens- und Einkommenssteuern nicht mehr erreichen.

Allen unsern Anforderungen entspricht das bestehende System proportionaler Gemeindesteuern mit fester Verbindung zwischen Einkommens- und Vermögenssteuersätzen und der Freiheit der Gemeinden in bezug auf den Schuldenabzug. Dieses basellandschaftliche Gemeindesteuersystem ist keineswegs etwa veraltet schlechthin. Es wird nur - dies ist vollkommen richtig - immer unmöglicher wegen der Konkurrenz Basels. Fällt diese dahin, d. h. erklärt sich Basel selbst zu seiner Uebernahme bereit, so kämen seine grossen Vorzüge voll zur Geltung. Basel würde sich als Gemeinde zum ersten Mal die Voraussetzung schaffen, nicht für die Beseitigung der Folgen der ungerechten Verteilung von Volkseinkommen und Volksvermögen einzuschreiten, sondern für eine gerechtere Verteilung selbst.

Wir haben uns vorgenommen, bei unsern Ueberlegungen nicht nur von rationalen Voraussetzungen auszugehen, sondern auch auf höherer Ebene das Gewünschte zu berücksichtigen (so gut wie wir es kennen können), auch wenn dieses irrational sein sollte. Als das Gewünschte betrachten wir in unserm Falle das Gegebene. Gegeben finden wir aber in Basel rein progressive Einkommens- und Vermögenssteuern. Es blieb uns also nichts anderes übrig, als gegen die tiefere Einsicht ein Hauptsteuersystem auszuarbeiten, das die Gegebenheiten Baselstadts berücksichtigt. Wenn wir dies getan haben, so haben wir auf Grund einander widersprechender Gegebenheiten zwei Grenzfälle vor uns. Leicht können wir uns dann die Lösungen vorstellen, welche zwischen diesen beiden liegen. Selbstverständlich sind auch hier die vier Anforderungen auf Grund der politischen Struktur zu beachten: Sie äussern sich konkret:

1. Durch den Beginn des Gemeindesteuergrundtarifes bei kleinen Einkommen und Vermögen.
2. Durch das relativ geringe Ausmass der Progression und durch die Begrenzung der Proportionalität.
3. Durch die Vorschriften betreffend die verbundene Variation von Einkommens-, Vermögens-, Ertrags- und Kapitalsteuersätzen.
4. Durch die additive Form der Variation.

5. Durch die Ersetzung der Freiheit in der Grundeigentumsbewertung durch die amtliche Schätzung.
6. Durch eine relativ starke Vermögenssteuer.
7. Durch die Freiheit der Gemeinden inbezug auf den Schuldenabzug.

Aus den Gegebenheiten und der vorgesehenen Gestaltung der Gemeindesteuern ergeben sich die konkreten Anforderungen an die Staatssteuern. Durch die Anforderung des genügenden Ertrages zugunsten des neuen Staates und die gewünschten (bzw. gegebenen) Belastungsverhältnisse sind sie ziemlich weitgehend bestimmt. Auch hier ist die Anforderung der Allgemeinheit, d.h. die Beteiligung möglichst vieler am Aufkommen zugunsten des neuen Staates zu beachten. Wenn auch nicht so streng wie bei der Gestaltung der Gemeindehauptsteuerquellen. Etwas weiteres kommt hinzu.

Die Staatssteuern als stark progressive Steuern sind sehr konjunktur-empfindlich. Vor allem gilt dies für die Einkommens- und Ertragssteuer. Zwar wird kaum mehr eintreten, was in den Jahren nach 1920 und 1930 geschah, eine (wenn auch in guter Absicht) künstlich geförderte Depression (Deflationspolitik!). Die Normen und die Summen der Unternehmereinkommen, sowie die Summen von Arbeits- und Kapitaleinkommen werden aber auch in Zukunft konjunkturell schwanken. Eine entsprechende zeitliche Ausdehnung des Konjunkturverlaufes vorausgesetzt, werden also die Erträge unserer Staatseinkommen- und Ertragssteuer in der Depression automatisch zurückgehen, in der Hochkonjunktur automatisch steigen. Dies ist soweit in Ordnung, und das wichtigste, was die Staatsorgane und das Volk zu tun haben, ist, eventuellen Gelüsten zur Erhöhung der Steuersätze in der Depression und zur Erniedrigung in der Hochkonjunktur nicht nachzugeben. Hingegen ist es nicht in Ordnung, dass die Wirkung der Steuerertragszu- oder -abnahme stark verzögert eintritt. Sie sollte mindestens im Falle eines Einkommensschwundes unmittelbar als Entlastung des betroffenen Wirtschaftssubjektes zur Geltung kommen. Im allgemeinen wird es genügen (besonders wenn im eidgenössischen Rahmen und etwa in Verbindung mit den AHV-Beitrügen eine Konjunkturquellensteuer erhoben wird), wenn die Institution der Steuerstundung etwas erweitert wird, in dem Sinne, dass irgend jemand, der für das laufende Jahr ein geringeres Einkommen erwartet als dasjenige, das er zu Beginn des Jahres deklariert hatte, die Steuer anstatt in Form von Geld in Form eines Kreditpapiers leisten kann, wobei dann dieses Papier samt Zinsen im nächsten Jahr fällig wird, jedoch nur im Umfange seiner Deklaration über das Einkommen des laufenden Jahres. Tritt inzwischen ein Konkurs ein, so fällt die Forderung des Staates dahin. Vielfach ist ein Einkommensschwund für ein Wirtschaftssubjekt vom Verlangen nach Investitionen begleitet. Dieses Investitionsbedürfnis im Falle eines Einkommensschwundes wird durch unser System der Steuerstundung noch wirksamer unterstützt als etwa durch das Erheben der Einkommenssteuer an der Quelle. Ein geringer Einkommensschwund bringt hier eine sehr grosse Entlastung des Wirtschaftssubjektes, dort nur eine sehr geringe. Die Wirkung konzentriert sich auf diejenigen Wirtschaftssektoren, welche zunächst von einer Depression betroffen werden, und erleichtert hier eine Umstellung.

Immerhin dürfte diese Massnahme auf kantonalem Boden allein nicht ganz genügen. Insbesondere verfügen wir damit noch nicht über eine genügend reagible Bremskraft im Falle inflationistischer Tendenzen bei Vollbeschäftigung. Die Erfahrung lehrt, dass Volksbeschlüsse über Steuererhöhungen nur äusserst langsam reifen. Es wurde deshalb ein Parlamentsbeschluss über Veränderungen bei der Steuerbelastung vorgesehen, der dem Referendum entzogen sein soll, sofern er auf Grund einer Empfehlung einer Konjunkturbeobachtungsstelle zustande kommt. Absichtlich wurde der Rahmen der Möglichkeiten solcher Parlamentsbeschlüsse weit gehalten. Jede einzelne konjunkturelle Bewegung zeigt ihre ganz bestimmten individuellen Züge. Mit einheitlichen Mehrbelastungen oder Entlastungen würden kaum jemals die bestmöglichen Wirkungen erzielt. Beigefügt soll hier noch werden, dass es zweckmässig ist, wenn durch solche Parlamentsbeschlüsse auch Fälligkeitstermine für Steuern vor- oder nachverschoben werden können.

Für die Gemeindehauptsteuern haben wir davon abgesehen, konjunkturelle Vorkehren einzubauen, welche über den Kopf der Aktivbürger hinweg getroffen werden können. Das Forum der Gemeinde soll dazu dienen, konjunkturgerechtes Verhalten auf freiwilliger Basis ins Volk hineinzutragen. Immerhin könnte im Interesse rascher Reaktion doch an eine Ermächtigung der Gemeinderäte zur Vor- oder Nachverschiebung von Fälligkeitsterminen für Gemeindesteuern gedacht werden.

Für den Staat und die Gemeinden besitzen die Einnahmequellen neben den Hauptsteuern die Funktion der Ergänzung. Der Grund, sie zu erheben, ist nur in den allerwenigsten Fällen derjenige der Ergänzung. Ganz im Gegenteil, von Ausnahmen abgesehen, (wie etwa Salz- und Elektrizitätsbesteuerung) gibt es für jede einzelne Steuer spezielle Gründe der Erhebung. Es sind dies etwa: Besondere Belastung einer bestimmten Einkommenskategorie (Liegenschaftsgewinnsteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer), Gewährleistung einer beschränkten Stabilität in den Eigentumsverhältnissen (Handänderungssteuer), Beschränkung einer nicht allgemein beliebten Erscheinung (Wirtschaftspatentgebühren, Hundesteuer), besondere Belastung einer bestimmten Kategorie des Verbrauchs (Billetsteuer), u. a.; bedeutungsvolle Mittel erhalten die Kantone als Anteile an den Bundeseinnahmequellen. Ihnen allen ist aber gemeinsam, dass sie weder einzeln noch gesamthaft den Umfang annehmen können und sollen, den die Hauptsteuerquellen innehaben. In diesem Sinne haben wir die Funktion der Ergänzung zu verstehen. Aber auch noch in einem zweiten: Die verschiedene Gestaltung der Haupteinnahmequellen zugunsten des Staates einerseits, zugunsten der Gemeinden andererseits, die laufenden Veränderungen in der Einkommens- und Vermögensstruktur, allgemeine Veränderungen in der Ausgabenstruktur des Staates einerseits, der Gemeinden andererseits, aber auch Tendenzen zu Unterschieden in der Versorgung mit Mitteln unter den Gemeinden bei mässigen Unterschieden in der Belastung der Einwohner durch die Hauptsteuern bringen es mit sich, dass es sehr angenehm ist, wenn der Kanton über gewisse Einnahmen verfügt, welche weniger das Merkmal des Opfers zugunsten einer bestimmten Gebietskörperschaft tragen. Je nach Bedarf

von Staat und Gemeinden kann die Hoheit über solche Quellen oder der Ertrag zwischen ihnen geteilt werden. Sie bilden die Domäne des Einnahmeausgleichs zwischen Staat und Gemeinden und in diesem Sinne eine Ergänzung.

Der Weg, der eingeschlagen wurde, aus den Gegebenheiten der Einnahmestruktur der beiden Halbkantone ihre Gestaltung für den neuen Kanton zu finden, ist der folgende:

1. Wir stellen den Mehr- bzw. Wenigerbedarf an Mitteln fest, welcher durch den neuen Kanton und seine Gemeinden im Vergleich zu den beiden Halbkantonen und ihren Gemeinden benötigt wird.
2. Wir durchgehen die Möglichkeiten und Argumente, einzelne Steuerquellen ergiebiger oder weniger ergiebig zu gestalten.
3. Wir suchen für jede einzelne Einnahmequelle diejenige Form, in der sie am besten als solche eines vereinigten Gemeinwesens gehalten wird. Sie soll möglichst wenig von den Formen der Vorgänger abweichen, wenigstens überall dort, wo wir die bestehenden Formen als von der Bevölkerung noch tatsächlich gewünscht betrachten dürfen. Der Ertrag soll derart sein, dass er unsern Ueberlegungen über die Einnahmestruktur (Punkt 2) annäherungsweise entspricht.
4. Das Verfahren, das wir damit eingeschlagen haben, ist ein Annäherungsverfahren. Es wäre nur Zufall, wenn die Erträge der Einnahmequellen, welche wir nun auf Grund der konkreten Formen schätzen können, in befriedigender Weise dem Finanzbedarf entsprächen. Wir können nun aber das Verfahren nach Punkt 1, 2 und 3 ohne weiteres so lange wiederholen, bis wir zum gewünschten Resultat kommen. Nicht nur dies, wir können auch die Aufgaben und die Beanspruchung von Steuermitteln durch sie im Sinne einer Mehrung oder Minderung neuen Ueberlegungen zugänglich machen. Auch hier war ja die Forderung nach gleicher Aufgabenerfüllung nicht eine absolute, sowenig wie die andern Ueberlegungen, welche zu den Resultaten der Aufgabengestaltung führten. Sie sind einer Bereinigung entsprechend den Möglichkeiten bei der Einnahmegewinnung sehr wohl zugänglich.

Wir können diesen Weg als schrittweise Integration der Einnahmequellen in Anlehnung an die gegebenen und in Berücksichtigung verschiedenster Anforderungen innerhalb der Differenzen der Gegebenheiten bezeichnen. 16)

Dieses sind die Vorschläge zum Problem der Gestaltung des Finanzhaushaltes im Falle einer Wiedervereinigung der beiden Basel. Dort, wo sie konkret sind, können sie keine allgemeine, langandauernde Bedeutung beanspruchen; dort, wo das Gewonnene längere Zeit gültig sein kann, ist es wenig konkret. Mögen sie dem Politiker oder Verwaltungsmann, der an einer Wiedervereinigung mitzuwirken hat, mögen sie der Bevölkerung von Baselstadt und Baselland, welche sich mit der Wiedervereinigung ausein-

andersetzt, Anregung sein.

Eine Wiedervereinigung bringt manches Missliche mit sich. So wie es Sitte ist, die finanziellen Leistungen zu erfassen und aufzuzeichnen, wird sich ergeben, dass die Bewohner der Stadt Basel mehr an Steuern zu leisten haben werden als ihnen in Form staatlicher Gegenleistungen wieder zu Gute kommen wird. Umgekehrt werden die Landschäftler diese oder jene Entscheidung hinnehmen müssen, welche sie allein anders getroffen hätten. Die Wiedervereinigung ist eine Angelegenheit des gegenseitigen Vertrauens. Für dieses gilt was für die Liebe:

"Die Liebe ist langmütig und freundlich,
die Liebe eifert nicht,
die Liebe treibt nicht Mutwillen,
sie blähet sich nicht,
sie stellt sich nicht ungebärdig,
sie sucht nicht das Ihre,
sie lässt sich nicht erbittern,
sie rechnet das Böse nicht zu,
sie freuet sich nicht der Ungerechtigkeit,
sie freuet sich aber der Wahrheit. " a)

a) 1. Korinther 13.

Anhang

A. Anmerkungen

1)

Beziehung zwischen dem Durchschnittseinkommen der Bevölkerung und dem Anteil des Staates am Einkommen in Form von Steuern (Rangordnung nach dem Einkommen pro Kopf der Bevölkerung).

Schweizerische Kantone				Schweizerstädte			
	Pro Kopf Eink.	Steu- ern	Steuer- anteil		Pro Kopf Eink.	Steu- ern	Steuer- anteil
	45/46 Fr.	47 Fr.	%		44 Fr.	45 Fr.	%
1 Baselstadt	2920	370	12,7	1 Bern	2780	285	10,3
2 Genf	2620	395	15,1	2 Aarau	2760	244	8,9
3 Neuenburg	2320	344	14,8	3 Basel (Kanton)	2740	314	11,5
4 Zürich	2300	348	15,2	4 Zürich	2660	336	12,6
5 Baselland	2120	218	10,3	5 Solothurn	2620	268	10,2
6 Schaffhausen	1880	278	14,7	6 Genf	2440	284	11,6
7 Solothurn	1830	284	15,6	7 Glarus	2440	210	8,6
8 Bern	1800	281	15,6	8 Schaffhausen	2410	295	12,2
9 Glarus	1770	215	12,2	9 La Chaux de F.	2360	297	12,6
10 Waadt	1690	250	14,8	10 Luzern	2300	224	9,8
11 Aargau	1680	197	11,7	11 Liestal	2300	214	9,3
12 Zug	1620	132	8,1	12 Winterthur	2200	308	14,0
13 Thurgau	1550	222	14,3	13 Zug	2160	123	5,7
14 Appenzell AR.	1470	164	11,2	14 St. Gallen	2100	240	11,4
15 Luzern	1450	187	12,9	15 Frauenfeld	2100	178	8,5
16 St. Gallen	1430	220	15,5	16 Chur	2020	230	11,4
17 Tessin	1340	218	16,3	17 Lugano	1990	213	10,7
18 Schwyz	1200	114	9,5	18 Lausanne	1840	215	11,7
19 Uri	1150	88	7,6	19 Sitten	1720	190	11,0
20 Graubünden	1060	165	15,6	20 Herisau	1500	130	8,7
21 Nidwalden	1060	87	8,1	21 Freiburg	1350	218	16,2
22 Wallis	940	165	17,5				
23 Freiburg	940	123	13,1				
24 Obwalden	630	90	14,2				
25 Appenzell IR.	570	111	19,3				

Quellen: Eidg. Wehrsteuer 3. Periode und eidg. Wehropfer 1945, Eidg. Wehrsteuer 4. Periode. In "Schweizerische Statistische Quellenwerke", H. 172 ff. 221. Finanzhaushalt von Bund, Kantonen und Städten. In "Beiträge zur Schweizerischen Statistik", H. 23. Finanzjahrbuch der Schweiz.

Einige bedeutende Länder								
	Pro Kopf		Steuer- anteil		Pro Kopf		Steuer- anteil	
	Volks- eink. 34/35 Fr.	Steu- ern 34/35 Fr.			Volks- eink. 34/35 Fr.	Steu- ern 34/35 Fr.		
1 Schweiz	1875	231	12,5	8 Neu-Seeland	823	236	29,0	
2 USA	1321	236	17,9	9 Frankreich	816	226	27,7	
3 England	1229	281	22,8	10 Ungarn	382	107	27,1	
4 Kanada	1144	185	16,2	11 Finnland	315	39	12,1	
5 Deutschland	1054	219	20,6	12 Türkei	175	32	18,1	
6 Schweden	982	146	14,8	13 Japan	159	21	13,2	
7 Australien	918	204	22,1	14 Bulgarien	156	42	26,9	

Quelle: Tax Research Foundation: Tax Systems of the World, S. 374, New York 1939.
(Umrechnungskurs: 1 Dollar = 3,06 Fr.)

Die vergleichenden Angaben der Steuern beziehen sich auf kantonale und kommunale Steuern bei den ersten beiden, auf nationale, regionale und kommunale bei der dritten Zusammenstellung. Die allgemeine Preissteigerung (zwischen 1935 und 1946 auf 161%) ist bei einem Vergleich der beiden ersten mit der dritten Zusammenstellung zu berücksichtigen, in geringerem Masse die Verschiedenartigkeit der Einkommensberechnung (Steuereinschätzung - Volkseinkommensberechnung).

2)

Lediglich eine Veränderung wurde an dieser Zusammenstellung vorgenommen: Die Nettoausgaben für "Gemeindewesen und Gemeindeverwaltung" (Nr. 11. 3. 7.) wurden nach freiem Ermessen der Tätigkeit unserer Gemeindeverwaltungen wie folgt aufgeteilt:

	Nr.	Baselland	Baselstadt (1000 Fr.)
Allgemeines. Gemeindewesen, Gemeindeverwaltung	(11. 3. 7.)	2 051	188
Sanität. Allgemeines	(2. A ₂)	25	3
Justiz. Allgemeines	(2. A)	35	2
Polizei. Direktion, Administration, Kontrollwesen	(3. A)	700	50
Militär. Allgemeines, Verschiedenes	(4. A)	10	
Erziehung, Kultur. Allgemeines, Direktion	(5. A)	10	
Kirche	(6)	5	
Fürsorge, Volkswirtschaft. Kriegswirtschaftsämter	(7. 6)	200	20
Allgemeines, Direktion	(7. A)	150	15
Vermögen im Gemeingebrauch. Allgemeines	(8. A ₂)	100	10
Löschwesen und Feuerpolizei	(9. 1)	10	
Wasserversorgung, Brunnwesen	(9. 2)	5	
Finanzwesen. Steuerbez.kosten, Kassaverw., Direktion	(10. A)	500	50
Allgemeines. Gemeindewesen, Gemeindeverwaltung	(11. 3. 7.)	301	38

3)

Die Gewinnung der Angaben in der folgenden Unterteilung aus derjenigen der offiziellen Rechnungen ist nicht ganz selbstverständlich. Eine übersichtliche Darstellung der Zusammensetzung soll späteren Vergleichen den Weg ebnen:

Nr.

Staat Baselstadt

- (1), (2) . Ausgaben des Baudepartementes für "Hochbau. Bauten" ohne die Ausgaben für "Massnahmen zur Milderung der Wohnungsnot" und für "Militärbaracken als Notwohnungen".
- . Ausgaben des Baudepartementes für "Maschinen- u. Heizungsamt. Spezielles", soweit sie nicht die Kehrrihtabfuhr betreffen.
- . Liegenschaftserwerbungen, falls sich unter diesem besondern Departement der Staatsrechnung Ausgaben finden, welche das Verwaltungsvermögen in unserm Sinne betreffen.
- . Ausgaben des Baudepartementes für "Tiefbau. Unterhalt. Badanstalten".
- (3) . Ausgaben des Baudepartementes für "Hochbau. Mobiliar" und für das Maschinen- und Heizungsamt (inkl. 1/2 Anteil an den Verwaltungspersonalausgaben), soweit sie nicht die Kehrrihtabfuhr oder "Spezielles" betreffen.
- (A) . Alle Ausgaben des Baudepartementes für "Allgemeines", welche nicht dem Vermögen im Gemeingebrauch, der Baupolizei oder dem Maschinen- und Heizungsamt zugute kommen (oft anteilmässig).
- . Ausgaben des Finanzdepartementes als "Steuern für auswärtigen Grundbesitz" und verschiedene Versicherungsprämien.
- . Die "Allgemeinen Ausgaben" für Versicherungen.
- . Ein Drittel der zusätzlichen Ausgaben für das Personal (Teuerungszulagen Pensionskassenbeiträge, usw.), soweit sie dem Personal des Baudepartementes entsprechen.
- :- Ein halber Anteil an den "Diversen Einnahmen" des Baudepartementes.
- :- Ertrag der Gebäulichkeiten.

Das Basler Baudepartement befasst sich mit allen
Verwaltungsgebäulichkeiten (inkl. Gerichte)
Schulgebäulichkeiten
Universitätsgebäulichkeiten

aber insbesondere auch mit den Gebäulichkeiten der
öffentlichen Spitäler (ohne Bürgerspital)
Gottesäcker
Bad- und Waschanstalten
Rhein- und Gartenbäder
Erziehungs- und Besserungsanstalten
Erholungsheime

Staat Baselland

- (1) . Ausgaben der Baudirektion für "Neu- und Umbauten",
 -- Einnahmen im Zusammenhang mit diesen Ausgaben.
 . Beitrag der Sanitätsdirektion für "Ausserordentliche Baukosten der Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten".
- (2) . Ausgaben der Baudirektion für "Gebäudeunterhalt".
- (3) . Ausgaben der Baudirektion für "Allgemeine Hausverwaltung",
 -- Einnahmen dieser Kontengruppe.
 . Ausgaben der Finanzdirektion für Versicherung des Staatsmobiliars.
 . Ausgaben der Erziehungsdirektion für Miete von Realschulhäusern.
- (A) . Ausgaben der "Direktion und deren Büros",
 -- Einnahmen der "Direktion" (oft anteilmässig).
 . Ausg. u. Einn. f. "Verschiedenes und Unvorhergesehenes des Hochbauwesens".
 . Ausgaben der Finanzdirektion als "Brandsteuer für die Staatsgebäude".

Die Baudirektion Baselland befasst sich neben den Verwaltungsgebäulichkeiten (im engeren Sinne) mit den

Berufsschulen (ohne hauswirtsch. Fortbildungsschulen)
ehemaligen Bezirksschulen (1948 zum letzten Mal)
verschiedenen Erziehungsanstalten und -heime
Wohnungen der Polizisten.

Basellandschaftliche Gemeinden

Die neue Art der Führung der Verwaltungsrechnungen der basellandschaftlichen Gemeinden (seit 1948) gibt uns keine Auskunft über die Mehrung und den Unterhalt des Verwaltungsvermögens in der Art, wie es die Rechnungen des basellandschaftlichen Staates und des Kantons Baselstadt tun. Sie halten mit Recht - wenigstens vom Standpunkt des Bürgers, der den Haushalt seiner Gemeinde zu kontrollieren hat, aus betrachtet - in der Verwaltungsrechnung nur die Aufwendungen für den Unterhalt des Verwaltungsimmobilienvermögens, sowie die Abschreibungen daran, fest. Sie weisen hierfür eine Beanspruchung von Steuermitteln von nur Fr. 973 000.- aus. In unserer Zusammenstellung "Der Finanzhaushalt von Baselland und Baselstadt" konnte diese Art der Rechnungsführung allein für die basellandschaftlichen Gemeinden nicht übernommen werden. Auf Grund der Vermögensrechnungen und der Sonderrechnungen über die Abschreibungen können wir aber wie folgt vorgehen:

Gebäude und Grundstücke der basellandschaftlichen Gemeinden sind am

1. Jan. 1948 mit Fr.	18 160 000.-	, am
31. Dez. 1948 " "	19 369 000.-	bewertet. Netto liegt also ein
Zuwachs an buchmässigem Wert von "	1 209 000.-	vor.

Abschreibungen an diesen Objekten sind für 958 000.- aufgezeichnet. Die aktivierten Ausgaben für diese Objekte betragen also 2 167 000.-. Hinzuzurechnen haben wir nun alle Ausgaben für den Unterhalt des Vermögens, welche nicht in die Vermögensrechnung eingingen. Abzurechnen anderseits haben wir alle Ausgaben für Objekte, welche ins Finanzvermögen gehören. So wie die Rechnungsführung gestaltet ist, lässt sich der erste Betrag zahlenmässig nicht festlegen; die Angabe des zweiten Betrages scheitert praktisch daran, dass offensichtlich noch keine einheitlichen Grundsätze in der Ausscheidung von Finanz- und Verwaltungsvermögen zur Anwendung gelangten. Immerhin können wir die Aufwendungen der basellandschaftlichen Gemeinden für den Unterhalt und die Mehrung des Verwaltungsvermögens mit 2,1 Mio. Fr. annehmen. Von einer Aufteilung nehmen wir angesichts der noch nicht einheitlichen Praxis in den einzelnen Gemeinden Abstand.

4)

Baselstadt und Baselland sind miteinander durch die "Vereinbarung über die Aufnahme von Schülern und Schülerinnen aus dem Kanton Baselland in die städtischen Schulen vom 15. 6. /5. 7. 1946" und das Abkommen betr. Primarlehrerbildung vom 16. /22. 3. 1948" verbunden. Baselstadt nimmt Schüler in die Gymnasien, die kantonale Handelsschule, die Fortbildungsklassen der Realschule, die allgemeine Gewerbeschule und die Frauenhandarbeitsschule auf, verpflichtet sich aber nicht zur Bildung neuer Klassen wegen der auswärtigen Schüler. Baselland leistet eine jährliche Pauschalsumme von Fr. 25 000 (bei rund 1400 Schülern; bei Abweichungen hievon um 10, 20, 30%, usw. soll eine entsprechende Abweichung in der Pauschalsumme eintreten). Die Vereinbarung gilt vorläufig für 10 Jahre.

Gemäss einer basellandschaftlichen Verordnung vom 13. 3. 1935 haben die Eltern der Schüler - bei den Lehrlingen die Gemeinden - ein Schulgeld an den Staat zu entrichten, das Fr. 10.- pro Halbjahr beträgt. Bei den freiwilligen Kursbesuchern der Gewerbe- und Frauenarbeitsschule reduziert es sich auf Fr. 5.- pro Halbjahr bei 1-6 Wochenstunden, auf Fr. 8.- bei 7-12 Wochenstunden.

5)

Die Nichtledigen mit Einkommen von 2000-3000 Fr. sind von der Wehrsteuer befreit; alle Einkommensbezüger mit weniger als 2000 Fr. Einkommen fehlen gleichfalls im Kollektiv der Wehrsteuerzahler. Die Eignung verschiedener Schätzungsverfahren zur Bestimmung der Anzahl Steuerpflichtiger, welche nicht Wehrsteuerzahler sind, wurde geprüft (besonders an Hand von Kull Walter, "Steuerstatistik 1944", Basel 1948, S. 42) und folgende gewählt:

Die Nichtledigen der Klasse mit 2500-3000 Fr. Einkommen schätzen wir mit 85%, diejenigen der Klasse 2000-2500 Fr. Einkommen mit 70% der bekannten Anzahl der Nichtledigen mit Einkommen von 3000-3500 Fr.. Der Rest aller Steuerpflichtiger gehört in die Klasse bis 2000 Fr. Einkommen. Innerhalb aller Klassen nehmen wir eine gleichmässige Verteilung an. Wir erhalten auf diese Weise folgende Ergänzung zur Wehrsteuerstatistik:

Stufen des reinen Ein- kommens 1000 Fr.	Baselstadt		Baselland		Schweiz	
	Steuer- pflichtige	Ein- kommen 1000 Fr.	Steuer- pflichtige	Ein- kommen 1000 Fr.	Steuer- pflichtige	Ein- kommen 1000 Fr.
2,5-3	1 099	3 020	765	2 102	33 300	91 600
2 - 2,5	903	2 030	630	1 418	27 400	61 600
0 - 2	27 957	27 957	14 694	14 694	969 788	969 788
Nichtst.zahler	29 959	33 007	16 089	18 214	1 030 488	1 122 988
Wehrst.zahler	64 041	460 286	30 311	179 873	1 139 512	6 946 255
St.pflichtige	94 000	493 293	46 400	198 087	2 170 000	8 069 243

6)

Auf Grund der Bestimmungen über Steuerfreiheit und Sozialabzüge darf angenommen werden, dass

etwa 1/6 der unbekannten Zahl der Leute mit Reinvermögen von 5 - 10 000 Fr.,
 " 1/2 " " " " " " " " " 10 - 15 000 " ,
 " 2/3 " " " " " " " " " 15 - 20 000 " ,
 " 5/6 " " " " " " " " " 20 - 25 000 " ,
 " 95% " " " " " " " " " 25 - 30 000 " ,

Wehropfer zu bezahlen hatten.

Wir kennen die Anzahl der Wehropferzahler jeder Reinvermögensklasse und können deshalb in Form von Zuschlägen schätzen wieviel Personen in jede Reinvermögensklasse gehören, welche kein Wehropfer zu bezahlen hatten.

Ihr Reinvermögen erhalten wir, indem wir mit dem mittleren Vermögen jeder Klasse multiplizieren.

Klasse Fr.	Zuschlag zur Anzahl der Wehropferzahler	mittleres Reinvermögen
5 - 10 000	500 %	7 000 Fr.
10 - 15 000	100 %	12 000 Fr.
15 - 20 000	50 %	17 000 Fr.
20 - 25 000	20 %	22 000 Fr.
25 - 30 000	5 %	27 000 Fr.

Nun verbleibt ein Rest von potentiell Steuerpflichtigen. Entsprechend den Verhältnissen, welche wir insbesondere an Hand von Kull Walter, "Steuerstatistik d. Kantons Baselstadt 1944", feststellen können, teilen wir diesen Rest wie folgt zu:

57 %	der Reinvermögensklasse	0 - 1000 Fr.	(200 Fr.)
25 %	"	1 - 2000 "	(1 400 ")
10 %	"	2 - 3000 "	(2 400 ")
5 %	"	3 - 4000 "	(3 400 ")
3 %	"	4 - 5000 "	(4 400 ")

Das Reinvermögen jeder Klasse gewinnen wir durch Multiplikation mit der in Klammern beigefügten geschätzten Klassenmitte. (Bei Annahme der obigen Vermögensverteilung innerhalb der Gesamtklasse von 0 - 5 000 Fr. und bei Annahme der obigen Klassenmittel, ergibt sich für die Gesamtklasse gerade ein Durchschnittsvermögen v. 1000 Fr.).

Wir erhalten auf diese Weise folgende Ergänzung zur Wehroferstatistik:

Stufen des reinen Vermögens 1000 Fr.	Baselstadt		Baselland		Schweiz	
	Steuer- pflichtige	Ver- mögen 1000 Fr.	Steuer- pflichtige	Ver- mögen 1000 Fr.	Steuer- pflichtige	Ver- mögen \$1000 Fr.
0 - 5	65 050	65 050	34 349	34 349	1 633 155	1 633 155
5 - 10	5 235	36 600	1 940	13 600	83 405	584 000
10 - 15	2 747	33 000	1 163	14 000	43 280	519 000
15 - 20	1 076	18 300	512	8 700	19 391	330 000
20 - 25	336	7 400	165	3 630	7 077	156 000
25 - 30	72	1 944	39	1 051	1 644	44 400
Nichtst.zahler	<u>74 516</u>	<u>162 294</u>	<u>38 168</u>	<u>75 330</u>	<u>1 787 952</u>	<u>3 266 555</u>
Wehroferzahler	19 484	1 758 688	8 232	518 438	382 048	27 636 221
St.pflichtige	94 000	1 920 000	46 400	593 966	2 170 000	30 902 776

7)

In Baselstadt verhält sich 1947 die Zahl der Personen, welche über 60 Jahre alt sind, zur Anzahl der weniger als 14-jährigen wie (22 776 : 28 089) 1 : 1,24, in Baselland dagegen wie (12 019 : 20 567) 1 : 1,71. Die eheliche Fruchtbarkeit verhielt sich im letzten halben Jahrhundert in unsern beiden Gebieten wie folgt:

Mittel der Jahre	Lebendgeborene auf 1000 verheiratete Frauen	
	Baselstadt	Baselland
1899 - 1902	231	294
1909 - 1912	154	240
1919 - 1922	110	187
1929 - 1932	87	138
1939 - 1942	93	129

Es bedeutet dies ungefähr, dass das Vermögen, das durch Erbschaft von den Eltern auf die Kinder in diesem halben Jahrhundert zweimal die Hand wechselte, im normalen Falle sich in Teile

$$\text{von } \frac{1}{\frac{0,23 \cdot 30}{2} \quad \frac{0,1 \cdot 30}{2}} = \frac{1}{5,7} \quad \text{in Baselstadt,}$$

$$\text{von } \frac{1}{\frac{0,294 \cdot 30}{2} \quad \frac{0,15 \cdot 30}{2}} = \frac{1}{9,9} \quad \text{in Baselland spaltete.}$$

8)

Auf Grund der verschiedenen Statistiken über die eidg. Kriegs- und Krisensteuern lässt sich für die Konzentration des Vermögens auf die jeweiligen Steuerzahler folgende Entwicklung feststellen:

		Konzentrationsindex nach Gini					
		1915	1925	1929	1934	1938	1945
Baselstadt	a)	6,07	5,33	5,48	3,54	3,50	3,79
	b)			3,94			
	c)						
Baselland	a)	2,41	2,32	2,60	2,15	2,51	3,13
	b)			2,28			
	c)						
Schweiz	a)	3,59	3,42	3,79	2,81	2,92	2,84
	b)			3,14			
	c)						
a) Veranlagungsgrundsätze und Steuerbefreiungsbestimmungen gemäss Normen der eidg. Kriegssteuer;							
b) Veranlagungsgrundsätze der eidg. Krisenabgabe;							
c) Veranlagungsgrundsätze nach Wehropferrecht. Konzentrationsindex für 4 Klassen der Steuerzahler mit Vermögen über 50 000 Fr., entsprechend denjenigen von b).							

9)

Ergebnisse der eidg. Wehrsteuer 3. Periode und des eidg. Wehropfers 1945. Statistische Quellenwerke der Schweiz, H. 188 S. 44-49, H. 211 S. 40-45, H. 203 S. 62-67.

10)

Vgl. 3. Mose 25. Vers 8-34 enthält die Sacheigentumsordnung. Sie unterscheidet zwischen "Land" und Häusern des Landes, Wohnhäusern der Städte mit Mauern und Grundeigentum der Leviten. Liegenschaften der Leviten sind unverkäuflich. Für alles andere Grundeigentum besteht etwas, das wir heute gesetzliches Rückkaufsrecht nennen würden. Dieses dauert ein Jahr für Häuser der Städte, bis zum nächsten Halljahr (jedes 50. Jahr ist ein Halljahr) für das übrige Grundeigentum.

Für den allergrössten Teil des Grundeigentums, d. h. für solches ausserhalb der Mauern von Städten und für die Häuser der Leviten gilt also ein kostenloser Rückfall im Halljahr. Für diesen Teil sind also die Anforderungen, die an eine gute Eigentumsordnung gestellt werden müssen, verwirklicht:

Freies Verfügungsrecht des Eigentümers über sein Gut

(Gebrauchs-, Veräusserungs-, Vernichtungsrecht) und trotzdem

Gewährleistung gleichmässiger Verteilung des Eigentums über lange Sicht.

Eine heutige Eigentumsordnung aus dem gleichen Geiste heraus und mit den gleichen günstigen Wirkungen müsste alle Formen des Privateigentums, Immobilien, Mobilien und Forderungen in eine periodische Neuverteilung einbeziehen. Sie wäre also insofern komplizierter, andererseits aber dadurch gewaltig erleichtert, dass sehr viele von uns gewohnt sind, in ihrem Vermögen alle möglichen Arten positiver und negativer Forderungen zu halten. So kann man sich heute eine periodische Neu- und Gleichverteilung ohne irgendwelche "Realteilung" einfach mittels Einführung - im Ganzen sich aufhebender - positiver und negativer Forderungen an ein "Staatliches Amt für Eigentum" denken.

11)

Die Steuerbeiträge der einzelnen Einkommensklassen ergaben sich für Baselland durch schätzungsmässige Aufteilung der Erträge der einzelnen Steuern gemäss unserer Zusammenstellung "Der Finanzhaushalt von Baselland und Baselstadt", den Angaben der Amtsberichte pro 1948 und 1949 und der "Statistik über die Staatssteuereinschätzung der Jahre 1936, 43, 45, und 47 im Kanton Baselland", sowie auf Grund der geltenden Steuergesetzesbestimmungen.

Es kamen so die folgenden Teilresultate zustande:

	Einkommensklassen				
	(1 000 Fr.)				
	0 - 5	5 - 10	10-50	50 u.m.	Total
Staats-Einkommenssteuer	775	2 000	2 950	1 360	7 085
Zuschlagsteuer	-	-	450	1 070	1 520
Gemeinde- u. Armen-Einkommensst.	1 700	2 000	1 180	420	5 300
Staats-Vermögenssteuer	268	295	549	776	1 892
Gemeinde- u. Armen-Vermögensst.	750	730	880	800	3 160
	3 493	5 025	6 009	4 426	18 957
Verteilung proportional zu den obigen Summen:					
Steuereingänge früherer Jahre	2 041	2 929	3 495	2 586	11 055
Steuern der jur. Personen					
Liegenschaftsgewinnsteuern					
Nach- und Strafsteuern					
Erbschafts- u. Schenkungssteuern					
Wehropfer, Wehrsteuer, Eidg. Kriegsgewinnsteuer					
Verteilung proportional zum Vermögen:	(187)	(183)	(220)	(200)	(790)
Handänderungssteuer	392	383	460	420	1 651
Eidg. Stempel- u. Couponsteuer					
Schweiz. Nationalbank					
Ablieferung d. Kantonalbank					
Verteilung proportional zur Anzahl der Steuerpflichtigen	(30 000)	(14 700)	(4 500)	(190)	(49 390)
Hundesteuer	609	297	91	4	999
Billetsteuer					
Salzmonopolgewinn					
Wirtschaftspatente					
Von Betrieben an Kosten d. allg. Staatsverwaltung					
Eidg. Alkoholmonopol					
ZUSAMMEN	6 533	8 634	10 055	7 436	32 662

12)

Für Baselstadt konnte die Verteilung des Ertrages der Einkommenssteuer dem Statistischen Jahrbuch (Jg. 1948) entnommen werden, und nur die übrigen Steuererträge mussten schätzungsmässig auf die einzelnen Klassen verteilt werden.

Es ergaben sich folgende Teilresultate:

	Einkommensklassen				
	(1 000 Fr.)				
	0 - 5	5 - 10	10-50	50 u.m.	Total
Einkommenssteuer	2 143	10 192	23 121	16 798	52 254
Vermögenssteuer	750	700	2 100	3 600	7 150
	<u>2 893</u>	<u>10 892</u>	<u>25 221</u>	<u>20 398</u>	<u>59 404</u>
Verteilung proportional zu den obigen Summen:					
Steuern der jur. Personen	1 222	4 602	10 650	8 600	25 074
Nach- und Strafsteuer					
Erbschafts- und Schenkungssteuer					
Wehropfer, Wehrsteuer					
Eidg. Kriegsgewinnsteuer					
Verteilung proportional zum Vermögen:					
Handänderungssteuer	(320)	(280)	(500)	(550)	(1 650)
Kantonale Stempel- u. Couponst.	1 000	890	1 570	1 730	5 196
Eidg. Stempel- und Couponsteuer					
Schweiz. Nationalbank					
Ablieferung der Kantonalbank					
Verteilung proportional zur Anzahl der Steuerpflichtigen	(49 256)	(38 795)	(14 914)	(842)	(103 811)
Hundesteuer	4 300	3 380	1 309	69	9 058
Billetsteuer					
Salzmonopolgewinn					
Wirtschaftspatentgebühren					
Von Betrieben an Kosten d. allg. Staatsverwaltung					
Verteilung proportional zum Arbeitseinkommen	(120)	(280)	(100)	(20)	(520)
Arbeitsrappen	132	308	111	22	573
Verteilung proportional zum Brandversicherungswert des Wohnraumes:	(40%)	(38%)	(20%)	(2%)	(100%)
Reinigungssteuer	485	460	242	24	1 211
Beleuchtungssteuer					
ZUSAMMEN	10 032	20 531	39 103	30 843	100 509

13)

Die Schätzungen zur Bestimmung der Anteile der einzelnen Einkommensklassen an den Ausgaben von Staat und Gemeinden gingen meist von der relativen Anzahl der Steuerpflichtigen aus. Nur selten wird aber dieser Verteiler unverändert gewählt. Die zunächst folgende Aufstellung soll zeigen, was bei der Abschätzung der einzelnen Verteiler im weitem Berücksichtigung fand:

1. VERMÖGENSVERMEHRUNG	(Nicht berücksichtigt)
2. KRANKENFÜRSORGE UND -VERSICHERUNG	(Benützung der untern Klassen der Spitäler, Krankenkassenprämienbeiträge)
3. VERWALTUNGSVERMÖGEN	(Geringe Konzentration zur Mitte)
4. PRIMAR-, SEKUNDAR-, FORTBILDUNGSSCHULE	(Kinder in öffentl. Schulen)
5. WOHNBAUSUBVENTIONEN	(Wert des Wohnraumes)
6. POLIZEI	(Anzahl der Steuerpflichtigen)
7. ALTERSFÜRSORGE UND -VERSICHERUNG	(Differenz zwischen Prämien und Versicherungsleistungen)
8. MITTELSCHULEN	(Kinderzahl in öffentlichen Mittelschulen)
9. HOCHSCHULE, ARCHIVE, MUSEEN, BIBLIOTHEKEN	(Ernährer der Hochschüler)
10. NETTOZINSLAST	(Vermögen)
11. ARMENPFLEGE	
12. STRASSEN, BRÜCKEN	(Siedungsverhältnisse)
13. STEUERBEZUGSKOSTEN	(Anzahl Steuerzahler, Kontrollarbeit)
14. BERUFSSCHULEN UND -KURSE	(Schülerzahl)
15. TIEFBAU. ALLGEMEINE AUSGABEN	(Siedungsverhältnisse)
16. AN PRIVATE IM DIENSTE DER KUNST	(Benützung der Einrichtungen)
17. KINDERGÄRTEN	(Kinderzahl in öffentlichen Kindergärten)
18. KIRCHE	(Anzahl der Steuerpflichtigen)
19. LANDWIRTSCHAFT	(Einkommensstruktur der Landwirte)
20. ÜBRIGE STAATSAUSGABEN	(Anzahl der Steuerpflichtigen)

Geschätzte Anteile (in %) der einzelnen Einkommensklassen an den Ausgaben:

Aufg. Nr.	B a s e l l a n d					B a s e l s t a d t				
	Betrag 1000 Fr.	Verteiler auf Einkommensklassen				Betrag 1000 Fr.	Verteiler auf Einkommensklassen			
		0-5 %	5-10 %	10-50 %	50 u.m. %		0-5 %	5-10 %	10-50 %	50 u.m. %
1.	3130	-	-	-	-	10230	-	-	-	-
2.	1070	70	25	5	-	10260	70	23	7	-
3.	3200	60	31,7	8	0,3	6280	45	42	12,3	0,7
4.	3800	60	31,7	8	0,3	5160	45	42	12,3	0,7
5.	2530	54	30	15	1	5990	40	38	20	2
6.	770	60,8	29,8	9,14	0,386	7316	47,5	37,5	14,4	0,812
7.	1150	98	2	-	-	6310	98	2	-	-
8.	1720	50	34,5	15	0,5	5500	40	38,5	20	1,5
9.	30	29	50	20	1	6980	23	45	30	2
10.	250	23,2	23,7	27,8	25,3	5730	16,4	20	30,3	33,3
11.	1710	100	-	-	-	3660	100	-	-	-
12.	2950	54	30	15	1	1910	40	38	20	2
13.	1359	54	30	15	1	2128	40	38	20	2
14.	640	55	36,7	8	0,3	2115	43	44	12,3	0,7
15.	367	54	30	15	1	1455	40	38	20	2
16.	46	44	40	15	1	1791	28	50	20	2
17.	181	55	36,7	8	0,3	1350	43	44	12,3	0,7
18.	815	60,8	29,8	9,14	0,386	9	47,5	37,5	14,4	0,812
19.	677	70	25	5	-	64	50	40	10	-
20.	6648	60,8	29,8	9,14	0,386	16225	47,5	37,5	14,4	0,812
Total	29910					90407				

14)

Einbezahltes Kapital der juristischen Personen von Baselstadt:
(Vgl. Statistisches Jahrbuch des Kantons Baselstadt Jg. 1948)

Aktiengesellschaften	680,55 Mio. Fr.	
Genossenschaften	63,57 " "	
Holdinggesellschaften	284,07 " "	
G. m. b. H.	1,26 " "	
Vereine, Stiftungen *	60,0 " "	* Schätzung nach Wehroferstatistik.
Insgesamt	<u>1089,45 Mio. Fr.</u>	

Das Vermögen der juristischen Personen können wir hiernach auf 1300 Mio. Fr. schätzen. Gemäss der mutmasslichen Verteilung dieses Vermögens auf die einzelnen Tarifklassen und der entsprechenden basellandschaftlichen Ansätze, dürfen wir mit einem Durchschnittssatz von 2,5 ‰ rechnen. Dies ergibt einen

Steuerertrag vom Reinvermögen von 3,25 Mio. Fr., hinzu kommt ein solcher vom nicht einbezahlten Kapital v. 0,10 " " (73 Mio. Fr. zu 1,4 ‰),
zusammen 3,35 Mio. Fr.

Vermögen der juristischen Personen von Baselland:
(Vgl. Amtsbericht des Kantons Baselland pro 1948)

Aktiengesellschaften	207,81 Mio. Fr.
Genossenschaften	48,63 " "
G. m. b. H.	0,23 " "
Vereine, Stiftungen	18,53 " "
Bürgergemeinden	28,45 " "
Insgesamt	<u>303,65 Mio. Fr.</u>

Den Ertrag der Besteuerung der juristischen Personen entnehmen wir dem Amtsbericht pro 1948. Er beträgt 1,792 Mio. Fr.

Wir teilen ihn schätzungsweise in	1,3 Mio. Fr.	Ertrags- und
	0,43 " "	Kapitalsteuern.
Hinzu kommen schätzungsweise	0,684 " "	Zuschlags-Ertrags- u.
	0,17 " "	Zuschlags-Kapitalsteu-
ern. Zusammen ergeben sich also	<u>2,584 Mio. Fr.</u>	

15)

In einem weitem Arbeitsgang gilt es für alle Staatsaufgaben die Grösse der Beanspruchung von Steuermitteln zu finden. Meist besteht dieser aus einer einfachen Subtraktion. Die Differenz zwischen den Ausgaben für einen bestimmten Zweck und den Einnahmen, welche mit diesem Zweck in einem engen innern Verhältnis stehen, muss durch Steuermittel gedeckt werden. Sie ist die Beanspruchung der Steuermittel durch diese Aufgabe.

In gewissen Fällen bedarf es aber zunächst der Entscheidung, ob eine gewisse Einnahme als Steuer zu betrachten ist, oder, ob sie mit einem Ausgabenzweck in einem innern Verhältnis steht. Es kommt in einer praktischen Arbeit nicht so sehr darauf an, die Grenze zwischen zwei derartigen Einnahmearten - bildlich ausgedrückt - besonders geradlinig zu ziehen; wichtig ist vielmehr, immer Gleiches mit Gleichem zusammen zu betrachten. Für unsern Vergleich schlagen wir sämtliche Einnahmen, welche unter Nr. 10 der Zusammenstellung über "Die Beanspruchung der Steuern und der steuerähnlichen Mittel" angeführt sind, sowie die baselstädtische Reinigungs- und Beleuchtungssteuer zur ersten, alle andern zur zweiten Gruppe. In der letztern befinden sich also insbesondere die Motorfahrzeugsteuer (in einem innern Verhältnis zu

den Ausgaben für Strassen stehend), der Militärpflichtersatz (wir betrachten ihn als Geldleistung eines Teiles der Bevölkerung zum Ausgleich der persönlichen Leistungen eines andern Teiles und verrechnen ihn mit den Militärausgaben), ebenso die Feuerwehsteuer (welche wir mit den Ausgaben für das Löschwesen verrechnen).

Im Falle der Integration der Finanzhaushalte Basellands und Baselstadts dürfen wir alle Probleme, welche dadurch auftreten, dass in einem Staate im Verhältnis zu den für einen Zweck aufgewendeten Steuermitteln in nicht ganz gleicher Weise und Grösse Einnahmen gewonnen werden wie im andern Staat, als solche sekundärer Natur betrachten. Dies gilt mit einer Ausnahme - und diese wurde besonders erwähnt - nämlich der Motorfahrzeugsteuer. Im übrigen bestehen solche Ungleichheiten vorwiegend bei den Aufgabengebieten der Gemeinden. Sie berühren schon aus diesem Grunde die Verhältnisse bei einer Wiedervereinigung nicht stark. In den restlichen Fällen, beispielsweise den Gebühren der öffentlichen Register, der Konkurs- und Betreibungsämter, liegen in Stadt und Land ähnliche Ansätze vor, welche verhältnismässig leicht einheitlich gestaltet werden können.

Ist dem auch so bei der Integration irgend zweier Länder? Wohl selten! Unsere Vereinfachung wird möglich, weil die Finanzwirtschaften Baselstadts und Basellands in dieser Beziehung so eng verwandt sind.

16)

Dieser Weg ist ebenfalls wegen der engen Verwandtschaft der Einnahmestruktur unserer beiden Gemeinwesen möglich. Differenzen lassen sich nur ausgleichen, wo jeweils Gegebenheiten bereits in enger Beziehung zueinander stehen. Ausserdem wird keine einzige wichtige Einnahmequelle durch Gemeinwesen durch eine finanzwirtschaftliche Integration schlechthin unmöglich. Dies verhält sich ganz anders bei einer Integration finanzwirtschaftlich in verschiedener Richtung entwickelter Gemeinwesen. Betrachten wir beispielsweise die Einnahmestruktur von Frankreich, Westdeutschland und der Schweiz, so finden wir vor allem sehr verschiedene Gewichte der direkten und indirekten Steuern:

Steuern pro Kopf der Bevölkerung (sFr.)

	Schweiz (1949)	Deutschland (1950)	Frankreich (1949)
Einkommens-, Vermögens-, Besitzsteuern	371. 70	217. 68	171. 95
Umsatzsteuern	98. 50	123. -	198. 92
Verbrauchssteuern	85. 55	103. 07	86. 30
Zölle	40. 20	16. 40	5. 13
Sonstige Steuern	-	77. 08	11. 11
Erträge gemeinwirtsch. Betriebe	25. 65	10. 40	17. 67
Steuern und steuerähnliche Mittel	621.60	564. 03	500. 91
(Vgl. Zusammenstellung "Steuern, steuerähnliche Einnahmen und ihre Beanspruchung // Schweiz/Westdeutschland/Frankreich//")			

Noch viel stärker als bei den zusammengefassten Finanzhaushalten dieser Länder liegt das Gewicht bei den einzelnen übergeordneten Gebietskörperschaften (Bund, Bundesrepublik, Staat) auf den indirekten Steuern. Diese sind im einzelnen sehr verschieden gestaltet. Eine finanzwirtschaftliche Integration (oder Teilintegration) dieser Länder - etwa im Zeichen vergrösserter Freizügigkeit - hätte also schon tiefergreifende Aenderungen zur Folge als bei unsern beiden Gemeinwesen.

Statistik

Nr.	Aufgaben I Steuermittel	Baselland		Baselstadt	
		S	B	S	B
<u>1</u>	Sanität		<u>1795</u>		<u>12798</u>
1	Hebammenwesen, Stillgelder		97		76
2	Massnahmen gegen übertragbare Krankheiten		64		309
3	Sanitarisches Wohnungswesen				21
4	Lebensmittelkontrolle		27		148
5	Veterinärwesen		3		8
A ₁	Allgemeines 1-5		1		154
6	Oeffentliche Badanstalten (Wannenbäder)		1		48
7	Schulärztlicher Dienst		26		270
8	Volkszahnklinik				232
9	Krankenfürsorge		1054		7858
10	Krankenversicherung		13		2404
11	Bestattungswesen		202		688
12	Sport (auch Freiluft- und Hallenbäder)		278		379
13	An Private im Dienste der Gesundheit		1		19
14	Bekämpfung der Trunksucht		12		23
A ₂	Allgemeines 1-14		15		160
<u>2</u>	Justiz		<u>1211</u>		<u>4526</u>
1	Staatsanwaltschaft, Statthalterämter		238		966
2	1 Vormundschaftsbehörde		38		633
	2 Staatliche Erziehungsanstalten				535
	3 An Private im Dienste der Jugendbetreuung				51
3	Vermessungswesen		113		234
4	Oeff. Register, Betreibung, ziv. Rechtsstreite		484		678
5	Zivilstandsamt		39		78
6	Straf-, Jugendgericht, Ueberweisungsbehörde	55 [^]			520
7	Appellationsgericht, Obergericht		84		207
8	Strafvollzug		207		483
9	Besserungsmassnahmen		2		21
A	Allgemeines		62		121
<u>3</u>	Polizei		<u>237</u>		<u>7286</u>
1	Polizeikorps		770		7316
2	Polizeigefangenschaften		21		186
3	Gebühren	868 [^]		1903 [^]	
A	Direktion, Administration, Kontrollwesen		314		1687
<u>4</u>	Militär		<u>119</u>		<u>102[^]</u>
1	Kreiskommando, Sektionschefs, Direktion		150		213
2	Militärpflichtersatz	180 [^]	21	622 [^]	151
3	Luftschutz	14 [^]			17
4	Vorunterricht		4		33
5	Zeughaus und Kriegskommissariat	1 [^]			163
6	Kaserne, militärische Einquartierung		45	77 [^]	
7	Schiessplätze		76		15
8	Beiträge an militärische - und Schiessvereine		1		4
A	Allgemeines, Verschiedenes		18		3

Nr.	Aufgaben I Steuermittel	Baselland		Baselstadt	
		S	B	S	B
<u>5</u>	Erziehung, Kultur	<u>7 616</u>		<u>24 556</u>	
1	Kindergärten	181		1 350	
2	Primar-, Sekundar-, Fortbildungsschulen	3 802		5 164	
1	Anstaltsschulen	55		95	
3	Mittelschulen	1 720		5 501	
A ₁	Schulmaterialien 2-3	313		344	
A ₂	Hausverwaltung, Diverses, Stadion St. Jakob	626		855	
4	Berufsschulen und -kurse	640		2 115	
5	Hochschule, Archive, Museen	30		6 981	
6	Anomalienbildung	12		26	
B	An Private im Dienste der				
1	Allgemeinbildung	3		35	
2	Wissenschaft	0		132	
3	Kunst	46		1 791	
4	Altertums- und Denkmalpflege	38		41	
5	Berufsbildung	30		272	
A ₃	Allgemeines, Direktion	118		255	
<u>6</u>	Kirche	<u>815</u>		<u>9</u>	
<u>7</u>	Fürsorge, Volkswirtschaft	<u>6 903</u>		<u>20 479</u>	
1	Armenpflege	1 706		3 662	
2	1 Jugendfürsorge	164		978	
	2 Stipendien	72		66	
	3 Gratisverpflegung, Krisen- und Nothilfe	13		522	
	4 Arbeitslosenfürsorge und -versicherung	108		436	
	5 Altersfürsorge und -versicherung	1 153		6 309	
	6 Wohlfahrtseinrichtungen			15	
	7 Militärfürsorge	1		41	
	8 Kleingärten			117	
	9 An Private im Dienste der Fürsorge	50		266	
3	Wohnbauschubventionierung, Wohnungswesen	2 526		5 994	
4	Förderung der Produktion				
1	Landwirtschaft	677		64	
2	Verkehr, Fremdenverkehr	40		266	
3	Handel, Börse	10		218	
4	Gewerbe, Industrie (Gewerbeinspektorat)	39		208	
5	Arbeiterschutz, Berufsberatung, Einigungsamt	92		515	
6	Arbeitsrapen			685	
5	Forstwirtschaft	65		11	
6	Kriegswirtschaftsämter	124		450	
A	Allgemeines, Direktion	63		90	
<u>8</u>	Vermögen im Gemeingebrauch	<u>3 785</u>		<u>1 211</u>	<u>6 231</u>
1	Strassen, Brücken I Reinigungssteuer	2 946		443	1 911
2	Wasserbau	154		14	
3	Kanalisation	71			545
A ₁	Allgemeines 1-3	367			1 455
4	Oeffentliche Anlagen				609
5	Baupolizei	7			79
6	Kehrichtabfuhr und -verwertung	109			716
7	Oeffentliche Beleuchtung I Beleuchtungssteuer	183		768	932
A ₂	Allgemeines 1-7	89		2	

Nr.	Aufgaben I Steuermittel	Baselland		Baselstadt	
		S	B	S	B
<u>9</u>	Löschwesen, Feuerpolizei, Wasserversorgung		<u>59</u>	<u>1 132</u>	
1	Löschwesen, Feuerpolizei		487		982
	Beiträge der Versicherungsanstalten	364		521	
	Feuerwehrsteuern	231		600	
2	Wasserversorgung, Brunnwesen		1 673		2 282
	Wasserzinse	1 506		3 274	
<u>10</u>	Finanzwesen	32 747	<u>859</u>	<u>99 252</u>	<u>2 078</u>
1	Eink. -, Verm. -, Ertrags -, Kapitalsteuer	26 931		73 955	
2	Arbeitsrapen			573	
3	Nach- und Strafsteuer	337		441	
4	Liegenschaftsgewinnsteuer	627		0	
5	Erbschafts- und Schenkungssteuer	335		3 142	
6	Handänderungssteuer	543		1 409	
7	Kantonale Stempelsteuer			174	
8	Hundesteuer	64		130	
9	Billetsteuer	43		1 034	
10	Salzmonopol	389		635	
11	Wirtschaftspatente	167		553	
12	Von Betrieben an Kosten d. allg. Verwaltung	29		55	
13	Wehropfer	29		274	
14	Wehrsteuer	1 670		6 403	
15	Eidg. Kriegsgewinnsteuer	144		204	
16	Auswanderer-Wehrbeiträge			4	
17	Eidg. Krisenabgaben			1	
18	Eidg. Stempel- und Couponsteuer	432		777	
19	Eidg. Alkoholmonopol	307		621	
20	Schweizerische Nationalbank	76		136	
A	Steuerbezugskosten, Kassaverw., Direktion	24	859		2 078
21	Erträge gemeinwirtschaftlicher Betriebe				
1	Elektrizitätswerk			6 000	
2	Kantonalbank	600		2 700	
3	Materiallagerplätze Dreispitz			30	
<u>11</u>	Allgemeines		<u>6 511</u>		<u>13 500</u>
1	Personal		281		1 039
2	Verwaltungsvermögen		3 203		6 282
3	Gesetzgebung, allgemeine Verwaltung				
1	Grosser Rat, Landrat, Gde. kommissionen		61		65
2	Regierungsrat		139		240
3	Ständerat		3		3
4	Staats-, Landeskanzlei, Regierungssekr.		82		250
5	Statistisches Amt, statistische Aufwendungen		7		195
6	Staatsarchiv				123
7	Gemeindewesen, Gemeindeverwaltung	2	2 051		188
8	Allgemeines		488	56	
4	Repräsentationskosten, vaterländische Feiern		10		47
5	Nettozinslast		250		5 728
6	Allgemeine Immobilien erträge	64		606	
<u>12</u>	Vermögenszunahme (Finanzvermögen)		<u>3 132</u>		<u>10 234</u>

2	J u s t i z	47	120	896	2 034	2 615	7 140	1
		-	-	-	-	-	-	
1	Staatsanwaltschaft	-	-	14	253	18	984	
2	Vormundschaftsbehörde I Taxen	4	22*	19*	39	38	671	
2	Staatliche Erziehungsanstalten	-	-	-	-	243	778	
3	Beiträge an Private im Dienste der Jugendbetreuung	-	-	-	-	-	51	
3	Vermessungswesen (auch Ortsplanung) I Gebühren	35*	53	77	3*	487	720	
4	Oeffentl. Register, Betreibung, Konkurs, Zivilrechtspflege	2 b)	-	509	169	1212	1891	
5	Zivilstandsamt I Gebühren	1	30	1	10	41	119	
6	Straf-, Jugendgericht, Ueberw. beh. I (Polizei-)Bussen, Entsch.	6	-	159	110	295	814	
7	Appellations-, Obergericht I Urteilsgelder, Advokaturbew. geb.	-	-	9	93	51	259	
8	Strafvollzug I Gemeindeanteile	-	14*	92	298	218	701	
9	Besserungsmassnahmen	-	-	14*	2	-	21	
A	Allgemeines	-	0	0	62	11	132	
3	P o l i z e i	180	11	755	1161	2 006	9 300	10
1	Polizeikorps (Besoldung, Entsch., Mieten, Montierung, In-	-	-	-	770	-	7 316	
2	Polizeigefangenschaften	-	-	1	22	11	198	
3	Gebühren	-	-	-	-	-	-	
1	Kontrollgebühren	21	-	275	23	770	-	
2	Motorfahrzeuggebühren	-	-	184	-	337	-	
3	Radfahrergebühren I Versicherungsprämien	-	-	139	50	224	100	
4	Schaustellungsgebühren	-	-	-	-	109	-	
5	Patenttaxen der Handelsreisenden	-	-	38	-	69	-	
6	Bewilligungsgeb. zum Tanzen, Ueberwirten, Kegeln	-	-	19	-	142	-	2
7	Kleingrenzverkehrsgebühren	-	-	38	-	175	-	
8	Uebrige Gebühren I Anteil der Gemeinden	159*	1	53	9*	168	-	8
A	Direktion, Administration (auch Wahlbüro)	-	11	8	288	-	1 687	1
4	M i l i t ä r	30	133	613	629	1 916	1 815	--
1	Kreiskommando, Direktion (auch Sektionschefs)	-	-	0	150	-	213	--
2	Militärpflichtersatz I Erhebungskosten	-	-	180	21	622	151	
3	Vorunterricht	-	-	16	20	29	62	
4	Luftschutz	-	-	15 c)	1 d)	12	29	
5	Zeughaus und Kriegskommissariat	-	-	333	332	1 056	1 219	
6	Kaserne, militärische Einquartierung	-	-	68	104 e)	188	111	
7	Schiessplätze	18 f)	27	84	-	4	19	
8	Beiträge an militärische - und Schiessvereine	8	84	-	-	-	-	
A	Allgemeines, Verschiedenes	-	4	-	1	-	4	

Nr.	Aufgaben I Einnahmequellen	B a s e l l a n d			B a s e l s t a d t		
		Gemeinden		Staat	Staat		Gemeinden
		Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.
5	E r z i e h u n g , K u l t u r	1782	4854	574	5058	2173	26717
1	Kindergärten	-	139	-	42	-	1350
2	Primar- und Sekundarschulen	*1600*	3498	2	1964*	-	4882
1	Anstaltschulen	-	-	-	55	-	95
2	Bld. Fortbildungssch., bzw. Schulen in Riechen u. Bettingen	-	g)	-	22	-	434
3	Mittelschulen I Rückvergtung der Realschulgemeinden	-	217*	*121*	1420	8	5708
A1	Schulmaterialien für 2-3	1	120*	*108*	146	-	81
1	Schreib- u. Zeichnungsmaterial I Erlös, Rückerst. d. Gden.	-	-	2	102	-	85
2	Lehrmittel	-	-	-	-	-	-
3	Handarbeitsmaterial	1	*27*	*29*	62	-	85
A	Allgemeines 1-3	-	-	-	-	8	100
A2	Hausverwaltung, Div., Stadion I Benützung von Schulhäusern	41 h)	597 i)	18	89	98	953 l)
4	Berufsschulen und -kurse	9	103 k)	41	509	153	1901
1	Allgemeine Gewerbeschule	-	59	-	99	131	860
2	Frauenarbeitschule	-	-	-	44	14	207
3	Lehrerbildung und -fortbildung	-	-	-	-	0	32
4	Handelwissenschaftliche Kurse	-	-	-	-	350	7371
5	Hochschule, Univers. anst., Archive, Museen, Bibliotheken	0	9	2	22	314	-
A3	Verschiedenes 1-6	-	6	53	250	89	-
1	Beiträge gem. Schulabkommen m. Bl, SO I Schulgelder	-	-	-	-	-	-
2	Vergütung für die Ertelung von Religionsunterricht . .	-	-	-	-	-	-
3	Bundessubventionen	-	-	-	-	-	-
1	Primar- und Sekundarschule	-	-	71	-	151	-
2	Mittelschule	-	-	-	-	200	-
3	Berufsschulen und -kurse	-	-	124	-	586	-
4	Hochschule, Archive, Museen	-	-	-	-	40	-
5	Sonstige	-	-	1	-	9	-
6	Anomalienbildung	-	-	-	12	-	-
B	Beiträge an Private im Dienste der	-	-	-	-	-	-
1	Allgemeinbildung	-	-	-	3	-	35
2	Anomalienbildung I Bundessubventionen	-	-	-	0	12	38
3	Wissenschaft	-	-	-	0	-	132
4	Kunst	-	38	-	9	-	1780
5	Altertums- und Denkmalpflege	-	m)	-	38	-	41
6	Berufsbildung I Bundessubventionen	-	n)	-	30	8	280
C	Schulbeiträge an Gemeinden	*120*	-	-	*60*	-	-
A4	Allgemeines, Direktion	-	40	0	80	1	266

6	K i r c h e	--	474	--	341	--	9	--	--
7	F ü r s o r g e u n d V o l k s w i r t s c h a f t	218	2432	993	5475	1870	22322	38	65
1	Armenpflege	-	-	-	-	-	-	-	-
2	Kantonsbürger	-	1036	-	332	-	-	-	42
3	Nichtkantonsbürger	-	76*	*64*	196	-	-	-	-
4	Wiedereingebürgerte Schweizerinnen	-	-	90	-	-	-	-	-
5	Heimgekehrte Auslandschweizer	*27*	17	-	37*	-	-	-	-
A	Beitr. v. Bürgergemeinden, Einkaufsgeb., Geb. f. Gabholz	147	-	-	-	568 r)	-	11	-
6	Allgemeines 1-5	5	173	3	148	10	742 r)	-	0
2	Beitr. an Priv. i. d. d. Armenpfl. I Schenkungen, Kirchenopfer	35*	5	-	*10*	84 r)	3575*	3	23*
1	Sonstige Fürsorge	-	-	-	-	-	-	-	-
1	Schulfürsorge (auch Anstalten u. Armenervziehungsverein)	-	58	-	54	307	1108	-	-
2	Bundessubventionen	-	-	-	-	22	-	-	-
2	Sonstige Jugendfürsorge	-	-	-	-	-	199	-	-
3	Stipendien (auch Administration)	-	26	5	32	-	66	-	-
3	Verpflegung für arme Kantonsbürger u. Konk. berechnete	-	-	-	72	-	513	-	-
4	Krisen- u. Nothilfe, Pflege f. Nichtkonkordatsberechnete	-	-	-	1	-	-	-	-
4	Arbeitslosenfürsorge I Bundessubventionen	-	-	-	13	-	9	-	-
5	Arbeitslosenversicherung	-	-	12	-	2	399	-	-
5	Altersfürsorge	-	13	15	121	2	41	-	-
6	Kantonale Altersversicherung	-	-	0	1	-	2645	-	-
7	AHV-Kantonsbeitr. gem. §105, Zweigstellen I G'de. anteil	3	*81*	*288*	1156	-	744	-	-
7	Wohlfahrtseinrichtungen	-	-	-	-	-	2920	-	-
8	Militärfürsorge	-	-	-	-	-	15	-	-
8	Kleingärten	-	-	-	1	-	41	-	-
9	Beitr. an Priv. i. d. d. Fürs., Sonstiges I B'subv.	-	-	-	-	101	218	-	-
3	Wohnbaubsubventionierung, Wohnungswesen	-	40	-	10	11	278	-	-
4	Förderung der Produktion	-	616	-	1910	197	6192	-	-
1	Landwirtschaft	-	207	12	890	-	72	0	10
2	Bundessubventionen	-	-	409	-	17	-	-	-
2	Verkehr, Fremdenverkehr	-	16	-	23	49	315	-	0
3	Handel, Börse	-	9	-	0	294	76	-	-
4	Gewerbe (auch Gewerbeinspektorat), Industrie	-	7	1	35	6	214	-	-
5	Arbeiterschutz, Berufsberatung, Arb. nachweis, Einigungsamt I Bundessubventionen	1	-	-	-	-	-	-	-
6	Arbeitsrapen (Verwaltung, Bauausg., Aktionen I B'subv.	-	50*	*31*	91	87	602	-	-
5	Forstwirtschaft	-	-	19}	-	55	740	-	-
6	Kriegswirtschaftsämter	-	-	27	91	1	2	1	11
7	Allgemeines, Direktion	-	-	12	136	29	477	-	2
		-	o)	0	64	28	118	-	-

Nr.	Aufgaben I Einnahmequellen	B a s e l l a n d			B a s e l s t a d t		
		Gemeinden		Staat	Staat		Gemeinden
		Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.
8	V e r m ö g e n i m G e m e i n g e b r a u c h	2273	4943	1691	2856	5372	9639
1	Strassen, Brücken	242	1057*	10	524	286	825
2	Landerwerb, Neubauten, Korrekturen I Privatanteile.	-	-	4	255	-	111
3	Ausbau	108	1733	91	1269	131	3123
4	Unterhalt und Reinigung	-	-	300	740	443	-
5	Reinigungssteuer	-	-	999	1358	-	-
2	Anteil am Benzinzollertrag	5	30*	109	143	130	-
3	Motorfahrzeugsteuer (inkl. Zuschläge)	-	-	*20*	-	-	-
3	Wasserbau	1793	1680	-	43	26	196*
1	Kanalisation	-	186	1	232	359	562
1	Neuanlagen, Projekte, I Dolenbeiträge	*100*	-	*150*	-	225	1660
2	Unterhalt, Abschreibung (auch Betrieb des Rheinbaus)	-	-	-	-	15	608
A1	Allgemeines 1-3 (auch Bedürfnisanlagen)	10	-	18	36	166	245
4	Beitr. an G'den f. Strassen- u. Kanalisationsausgaben	16	125	-	-	403	1070
4	Oeffentliche Anlagen	-	183	-	-	768	803
5	Baupolizei I Gebühren	-	-	1	90	303	306
6	Kehrtafeluhr und Verwertung I Erköf., Gebühren . .	-	-	-	-	-	-
7	Oefftl. Beleuchtung u. Uhrenanlage I Beleuchtungssteuer	-	-	-	-	-	-
A2	Allgemeines 1-7	-	-	-	-	-	-
9	Löschwesen, Feuerpolizei, Wasserversorgung	2559	2438	373	553	5451	4316
1	Löschwesen und Feuerpolizei	-	66	-	-	26	890
1	Feuerwehr	*30*	282	-	130*	32	154
2	Besoldung (auch Soldvergütung)	x)	-	33	-	-	-
3	Uebrigcs	-	-	11	-	-	-
4	Vorsorgemassnahmen	-	-	-	-	-	-
5	Kaminfegewesen	-	-	311	402	-	-
6	Beitrag der Gebäudeversicherungsanstalt	-	-	53	119	-	-
7	Beiträge der Mobilversicherungsanstalten	231	-	-	600	-	-
A	Feuerwehrsteuern	-	-	9	3	-	-
2	Feuerpolizeigebühren	-	-	-	4	-	-
1	Allgemeines	x)	-	-	-	-	-
1	Wasserversorgung, Brunnenwesen	*350*	2090	-	374*	-	3272
2	Betrieb, Anlagen, Abschreibungen	1506	-	-	3274	-	0
2	Wasserzinse, Brunnengebühren.	-	-	-	-	-	-

2

Nr.	Aufgaben I Einnahmequellen	B a s e l l a n d			B a s e l s t a d t				
		Gemeinden		S t a a t	S t a a t		Gemeinden		
		Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.	Einn.	Ausg.		
11	A l l g e m e i n e s	356	4909	1353	3311	6759	20074	132	317
1	Personal	-	119	-	181	-	1055	-	6
1	AHV-Arbeitgeberverpflichtungen	12	10	26	9	77	-	9	64
2	Uebrigcs	-	-	-	-	-	-	-	-
2	Verwaltungsvermögen u)	-	-	-	-	-	-	-	-
1	Erwerb und Neubauten	-	-	-	-	-	-	-	-
1	Gebäudeunterhalt	-	-	-	-	-	-	-	-
2	Mobiliar, Heizung v)	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Allgemeines (Versicherungen f. Verw. verm. usw.) . .	-	-	-	-	-	-	-	-
A	Gesetzgebung, Allgemeine Verwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-
3	Grosser Rat, Landrat, Gemeindekommissionen . . .	-	11	-	50	-	66	-	36
1	Regierungsrat	-	-	-	139	-	240	-	7
3	Ständerat	-	-	-	3	-	3	-	x-
4	Staatskanzlei, Landeskanzlei, Regierungsssekretariat	-	-	-	45	126	34	284	-
5	Statistisches Amt, statistische Aufwendungen . . .	15	22	-	-	-	2	196	-
6	Staatsarchiv	-	-	-	-	-	3	126	-
7	Gemeindewesen, Gemeindeverwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-
8	Allgemeines	-	-	-	-	-	-	-	-
4	Repräsentation, patriotische Feiern, allg. Beiträge . .	-	-	-	-	-	-	-	-
5	Verzinsung der Staatsschuld	-	-	-	-	-	-	-	-
1	Ertrag von Forderungen I Aufwand	313	586	1030	74	5240	883	34	0
2	Allgemeine Immobilienverträge	-	-	63	-	606	-	0	-
6		-	-	-	-	-	-	-	-
4	Repräsentation, patriotische Feiern, allg. Beiträge . .	-	-	-	-	-	-	-	-
5	Verzinsung der Staatsschuld	-	-	-	-	-	-	-	-
1	Ertrag von Forderungen I Aufwand	313	586	1030	74	5240	883	34	0
2	Allgemeine Immobilienverträge	-	-	63	-	606	-	0	-
6		-	-	-	-	-	-	-	-
12	Vermögensänderungen (Finanzvermögen)	1222	913	991	4432	2698	12766	336	503
1	Entnahmen und Einlagen von Fonds	-	-	100	189	-	336	-	1
2	Rückstellungen	95	291	197	2955	-	740	336	400
3	Ordentliche Amortisationen (ohne Wertverzehr) . . .	-	129	-	100	-	250	-	79
4	Ausserordentliche Amortisationen (ohne Wertverzehr) .	-	-	-	860	-	2234	-	-
5	Kauf und Verkauf von Grundstücken des Finanzvermögens	-	-	-	6	13	66	-	-
6	Erstellung von Gebäuden des Finanzvermögens	-	-	-	-	-	2717	-	-
7	Mehreinnahmen lt. offizieller Rechnung	-	493	-	327	-	6424	-	15
8	Zusatz zu Nr. 7 (Ausgleich dieser Rechnung)	1127	-	688	-	2686	-	-	7

ZUSAMMENFASSUNG							
1	Sanität	52	598			1674	14301
2	Justiz	47	120			2615	7140
3	Polizei	180	11			2006	9300
4	Militär	30	133			1916	1815
5	Erziehung, Kultur	1782	4854			2173	26717
6	Kirche	--	474			--	9
7	Fürsorge, Volkswirtschaft	218	2432			1870	22322
8	Vermögen im Gemeingebruch	2273	4943			5372	9639
9	Löscheswesen, Feuerpolizei, Wasserversorgung	2559	2438			5451	4316
10	Finanzwesen	13131	23			99732	3866
11	Allgemeines	356	4909			6759	20074
	Summe	20626	20935			129568	119501
12	Vermögensänderungen (Finanzvermögen) .	1222	913			2698	12766
	TOTAL	21849	21849			132266	132266
Für den Vergleich der Ausgabenplafonds sind die folgenden, zum Teil geschätzten Angaben noch zu berücksichtigen: Obligatorische Sach- und Dienstleistungen ohne oder nur mit geringem Entgelt (Feuerwehrendienst ohne oder nur mit geringem Sold, Fronleistungen, Gratschholz der Bürgergemeinden); Nettokapitalerträge von Fonds, Legaten und Stiftungen mit Ausgaben, Welche solche des Staates oder der Gemeinden einsetzen, in Verwaltung des Staates, der Gemeinden oder Bürgergemeinden; Ausgaben für die Kirchen und Einnahmen in entsprechender Höhe. Für eine Zusammenfassung der Angaben von Gemeinden und Staat je eines Kantons sind bei den Einnahmen und Ausgaben Finanzausgleichsleistungen in folgender Höhe abzuziehen:							
		100	100			33	27 f)
		39	39			+ 9	+ 9
		+ 474	+ 474			- 3377	+ 92

GLIEDERUNG IN PERSONAL-, SACHAUSGABEN UND BEITRÄGE

(1000 Fr.)

A u f g a b e n	B a s e l l a n d						B a s e l s t a d t					
	G e m e i n d e n			S t a a t			S t a a t			G e m e i n d e n		
	Personal- e a	Sach- e a	Beiträge e a	Personal- e a	Sach- e a	Beiträge e a	Personal- e a	Sach- e a	Beiträge e a	Personal- e a	Sach- e a	Beiträge e a
1 Sanität	120	9 361	43 116	25 46	4 14	61 1278	880 2333	416 973	376 10996			170
1 Hebammenwesen, Stillingelder		9 81	7 7			25		13	63			
2 Massn. geg. übertr. b. Krankheiten		24				58 98	42 5	16	171 426			
3 Sanitärisches Wohnungswesen								39	65 65			
4 Lebensmittelkontrolle	10	3	7	7 29	3 11	1 1	70 219	3	18 11			
5 Veterinarwesen				18 5	1 2	3 3	20 157	7 24	48			
A1 Allgemeines 1-5		1						106				
6 Öffentl. Badanst. (Wannenbad)						8	164					
7 Schulärztlicher Dienst						974	140 354	63 81				
8 Volkszahnklinik						13	73 179	50 119	7683			
9 Krankenfürsorge	30	10	40						66 2470			
10 Krankenversicherung	80	120	2				530 968	241 491				
11 Bestattungswesen	122	33 46				143	47 107	13 31	56 188			169
12 Sport						1			19			
13 An Priv. i. D. d. Gesundheit						12	138	21	23			
14 Bekämpfung der Trunksucht				14								
A2 Allgemeines 1-14												
2 Justiz	26 52	19 34	3 33	778 1800	71 204	46 30	2239 6000	375 1069	72			1
1 Staatsanwaltschaft, Statthalterämter				13 245	1 8		16 900	2 84				
2 1 Vormundschaftsbehörde		1 1	19 1	1 38	1 1		33 573	5 98				
2 Staatl. Erziehungsanstalten	3 2						143 468	100 310	51			
3 An Priv. i. D. d. Jugendbetreuung												
3 Vermessungswesen	14 20	18 33	3	70 154	7 15	3	400 600	87 120				1
4 Register, Betreibung, Zivilrechts- 2				487 963	9 19	13 13	1112 1726	100 165				
5 Zivilstandsamt	1 30			9 1	1 1		38 108	3 11				
6 Straf- und Jugendgericht				140 91	19 19		272 761	23 53				
7 Appellations-, Obergericht	6			7 70	2 23		47 237	4 22				
8 Strafvollzug			14	60 193	32 105	14	170 530	48 171	21			
9 Besserungsmassnahmen												
A Allgemeines				37	13	12	8 97	3 35				
3 Polizei	170 10	1 2	9	574 934	181 218	9	1509 8415	497 886				
1 Polizeikorps				710	60		7000	316				1
2 Polizeigefangenschaften					1 22		9 168	2 30				
3 Gebühren	170 10	1 1	9	568	179 73	9	1500	495 100				1
A Allgemeines, Kontrollwesen				6 224	2 63		1247	440				
4 Militär	30 133			299 306	304 312	10 11	1496 1416	397 378	23 22			

DER BESTAND DES VERWALTUNGSPERSONALS 1948

Baselland		Baselstadt	
Gemeinden	Staat	Staat	
1 Sanität	(1)	3	104
Leichenbegleiter, Totengräber (ca. 200)	Direktion	1	11
Schulärzte (ca. 30)	Lebensmittelspektorat	2	24
Schulzahnärzte (ca. 30)	Ortslebensmittlexperten (ca. 70)		10
			14
			9
			36
2 Justiz	--	117	363
		3	8
	Direktion		7
	Zivilstandsbeamte (39)	1	11
	Handels- u. Güterrechtsreg.	51	42
	Bezirksschreibereien (7)		39
	Amtsvormünder	1	17
	Grundbuchinspektorat	11	
	Vermessungsamt	17	38
	Strafanstalt		8
	Obergericht (6)	3	
	Strafgericht (8)	3	30
	Bezirksgerichte (42)	11	110
	Staatsanwaltschaft	3	53
	Statthalterämter	13	
	Friedensrichter (19)		
3 Polizei	ca. 10	82	624
		1	10
	Direktion	8	30
	Administration	2	1
	Passbüro	2	65
	Motorfahrzeugkontrolle	69	518
Ortspolizei (ca. 70)	Kantonspolizeikorps		
4 Militär	--	14	32
		(41)	
5 Erziehung, Kultur	186	226	1294
Primar- u. Sekundarlehrstellen		5	37
Kleinkinderschule 136	Direktion /272/		
ca. 30	Reallehrstellen	136	911
Schulpflegepräsidenten (70)	Kantonsbibliothek, -museum (2)	79	88
			205
			96
			96

ADWarte	(ca. 10)	zu	Schulinspektorat	Landwirtschaftliche Schule (11)	4	ADWarte	Gewerbe- u. Frauenarbeitsschule	21
6 Kirche	28				25			--
Sigriste	Pfarrstellen (ca. 50)	/53/						
7 Fürsorge, Volkswirtschaft	ca. 15				58			187
			Direktion		5		Departementssekretariat	8
			Lehrlingsamt		6		Gewerbeinspektorat	15
			Arbeitsamt		6		Arbeitsamt	53
Armenpflegepräs. (74)			Armensekretariat		6		Schulfürsorgeamt	7
Armenkassiere (ca. 50)			Amt f. Gewerbe u. Industrie		2		Börsenkommission	4
			Wohnungsbau		3		Wohnungsnachweis	20
Bannwarte (ca. 40)	ca. 15		Kantonsforstamt		5		Schiffahrtsamt	7
			Preiskontrolle		2		Kriegswirtschaftsamt	5
			Ausgleichskasse AHV		14		Ausgleichskasse AHV	36
			Landw. Beratungsstelle		3		Altersversicherung	32
			Abt. f. Pachtingelegenheiten		1			
			Abt. f. Liegenschaftsverkehr		3			
			Bauernhilfskasse		2			
8 Vermögen im Gemeindegebrauch					21			104
	--		Direktion (1/2)		2		Departementssekretariat (1/2)	4
			Baupolizei	ca. 4			Baupolizei	15
			Strassen- und Wasserbau	13			Kasse (1/2)	2
			Allgemeines	2			Stadtgärtnerei	5
							Stadtplanbüro	8
							Maschinen- u. Heizungsamt (1/2)	4
							Arbeitsbeschaffungsstelle (1/2)	1
							Tiefbau	65
9 Löschwesen, Feuerpolizei, Wasserversorgung	--	--			--			115
Dorffeuerwehren (ca. 5000)							Feuerwache	70
Brunnenmeister (ca. 74)							Feuerwehrkompagnieen (ca. 800)	45
							Gas- und Wasserwerk (28%)	
10 Finanzwesen	--	--			53			122
			Direktion		2		Departementssekretariat	6
			Staatskassenverwaltung	14			Staatskassenverwaltung	11
			Salzfaktorat	1			Finanzkontrolle	14
			Steuerverwaltung	34			Steuerverwaltung	91
			Steuerrekurskommission	2				

5 DIE BESOLDUNGSVERHÄLTNISSE DER STAATSBEAMTEN UND -ANGESTELLTEN 1948.

1. Gesetzliche Besoldungsverhältnisse entsprechender Kategorien von Angestellten					
B a s e l l a n d			B a s e l s t a d t		
Ausgewählte Angestelltenkat.	Anfangs- be- soldung Fr.	Dienst- alterszulagen Jah- re Fr.	Ausgewählte Angestelltenkategorien	Anfangs- be- soldung Fr.	Dienst- alterszulagen Jah- re Fr.
a) Verwaltungsbeamte und -angestellte (in Baselland auch Arbeiter)					
1 (z. B. Bürogehilfen)	2400	200 12 a)	1 (z. B. Bürogehilfen)	3600	210 8 b) 5300
5 (z. B. Kanzlisten I)	4400	300 12	5 (z. B. Aktuare, Assistenten I)	4900	205 10 6950
10 (z. B. St. vertr. d. Bez. schreibers)	7000	300 12	10 (z. B. gewis. Substitute)	6600	185 12 8800
16 (Höchstklasse; nicht benutzt)	9600	300 12	17 (z. B. Schularzt)	11200	14400
b) Lehrer					
Arbeitslehrerin	3600	100 14 c)	Arbeitslehrerin	4000	150 15 b) 6250
Primarlehrerin d)	4400-5000	150 14	Primar- u. Sekundarlehrerin	5000	150 15 7250
Primarlehrer d)	4550-5800	150 14	Primar- u. Sekundarlehrer	6200	175 16 9000
Reallehrerin d)	5200-5800	150 14	Real- u. Gymnasiallehrerin	5600	165 15 8100
Reallehrer d)	6000-7000	150 14	Real- u. Gymnasiallehrer	7200	185 16 10200
			Lehrer d. Gymnasialoberkl.	8400	180 18 11600
			Lehrerin d. Gymnasialoberkl.	6300	180 15 9000
c) Polizeikorps					
Polizeisoldat	4500	250 12 a) 6000 e)	Polizeimann	4600	237.5 8 b) 5600 f)
Polizeikorporal	6100	300 2 6400	Polizeikorporal	6500	100 5 7000
d) Wegmacher und Strassenreiniger					
Wegmacher ohne Lehre	3500	250 12 a) 5000 g)	Strassenreiniger	4080	105 8 4920
Wegmacher mit Lehre	3600	300 12 5400	Strassenwart	4800	145 8 5880
a) Vom 25. Altersjahr an steigt die Dienstalterszulage jedes 2. Jahr. b) Von der Anstellung an steigt die Dienstalterszulage jedes Jahr. c) Vom 25. Altersjahr an steigt die Dienstalterszulage jedes Jahr. d) Wert der Kompetenzen bzw. Kompetenzentschädigung von Gemein- de zu Gemeinde verschieden.					
			e) + Dienstkleidung und -wohnung f) + Dienstkleidung g) + Kleider oder Entschädigung von ca. Fr. 80. -		

2. Teuerungs-, Haushalts- und Kinderzulagen für alle Kategorien von Angestellten			
Teuerungs- zulage vom Grundlohn	Grundzulage für Angestellte mit Unterstützungspflicht	Kinder- zulage pro Kind	Teuerungs- zulage vom Grundlohn
54 %	bis 3600 Fr. Grundlohn: 480. - " 4800 " : 420. - " 6000 " : 360. - " 7200 " : 240. - " 8400 " : 120. -	180. -	39, 5 %
			Haushaltführende: 1200. - (55%) Unterstützungspflichtige Angest.: 1100-1200. - (53%) Angest. ohne Unterstützungspflicht: 1000. - (53%) Die Grund- und Teuerungszulage soll maximal 65% der gesetzlichen Besoldung erreichen.
3. Nebenleistungen zu Gunsten der Angestellten und der ehemaligen Angestellten			
Arbeitgeberleistung in die Kasse für Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversicherung der Beamten und Angestellten von 8 % des versicherten Jahresverdienstes. (Versicherter bezahlt 6 %.) (Volle Altersrentenberechtigung nach Erreichung des 65. Altersjahres: 60%, Ehegattenrente: 35%, Waisenrente: 10%; Abfindungen und Teilrenten bei Invalidität.)			
Zuschüsse in die Beamtenpensionskasse (Versicherter bezahlt 5 % des jeweiligen Verdienstes) (Volle Pensionsberechtigung nach dem 65., oder nach dem 60. Altersjahr bei mehr als 35 Dienstjahren: 80%. Abfindungen und Teilprovisionen.)			
Staatsbeiträge an Prämien für Witwen- und Waisenkasse: Besoldung Witwenrente Prämie Staatsbeitrag			
- 6000 1800 300 45%			
6 - 8000 2400 400 40%			
8 - 10000 3000 500 40%			
10000 u. m. 3600 600 40%			
(Zusatzrenten an Waisen)			
Teuerungszulagen an Pensionierte			
- mit eigenem Haushalt zus. mit mind. 1 Person: 1000. -,			
- ohne eigenen Haushalt je nach Unterstützungszulage:			
Kinderzulage pro Kind: 700. - bis 1000. -,			
Zuschlag vom Pensionsbeitrag: 28 %.			
Arbeitgeberleistungen für AHV: 2 %			
Besoldungsnachgenuss im Todesfall nur für Beamte, die vom Volk gewählt worden waren, während 3 Monaten.			
Ferien:			
1 - 10 Dienstjahre: 2 Wochen			
10 u. m. D'jahre oder vom 35. Altersjahr an: 3 Wochen			
nach dem 45. Altersjahr oder für Beamte der Klassen 13-17 vom 40. Altersjahr an: 4 Wochen			
Teuerungszulagen an Pensionierte			
sofern das Gesamteinkommen der Steuerveranlagung nicht übersteigt:			
Einkommen Zulage			
3000 960. -			
4000 840. -			
5000 720. -			
6000 600. -			
7000 480. -			
pro Waise: 25. -			
Arbeitgeberleistungen für AHV: 2 %			
Besoldungsnachgenuss im Todesfall: Differenz zwischen ehemaliger Besoldung und Rente während 6 Monaten.			
Ferien:			
1 - 5 Dienstjahre: 2 Wochen			
5 und mehr Dienstjahre oder vom 30. Altersjahr an: 3 Wochen			

STEUERN, STEUERÄHNLICHE MITTEL²⁾ UND IHRE BEANSPRUCHUNG
(Vergleichbare Zusammenstellung Schweiz / Westdeutschland / Frankreich)

6

DIE BEANSPRUCHUNG VON STEUERN UND STEUERÄHNLICHEN MITTELN (Mio. Sfr.)				(1949) SCHWEIZ (4,6 Mio. Einw.)	
BUND	KANTONE	GEMEINDEN			
1. GESUNDHEITSWESEN Gesundheitsamt Beitr. f. Kranken- u. Unfallvers. 9 16	1. GESUNDHEITSWESEN	1. GESUNDHEITSWESEN Stadärzte, Spitäler, Sanitätskorps, Baderhallen, Krankenversicherung	180	37	
2. STAATS- und RECHTSSICHERHEIT Bundes- und Versicherungsgericht 2 Justiz und Polizei 4	2. STAATS- und RECHTSSICHERHEIT Polizwesen Rechtswesen	2. STAATS- und RECHTSSICHERHEIT Polizei, Betriebs-, Zivilstands- ämter, Friedensrichter	137	29	
3. MILITAR, BESATZUNG A. Landesverteidigung 1) Verwaltung, Versicherung, Ausbil- dung, Materialunterhalt u. -ersatz 290 2) Materialbeschaffung 159	3. MILITAR, BESATZUNG A. Landesverteidigung 1) Verwaltung, Ausbildung, Mate- rialunterhalt und -ersatz 7	3. MILITAR, BESATZUNG A. Landesverteidigung 1) Militärische Einquartierung, Schliesswesen	7	4	
4. SOZIALE WOHLFAHRT AHV Fluchtlingshilfe Gebrige Fürsorge 62	4. SOZIALE WOHLFAHRT Armenfürsorge und -versicherung Arbeitslosenüds. u. -versicherung, usw.	4. SOZIALE WOHLFAHRT AHV Altersbeihilfe Armenpflege, usw.	139	110	
5. VOLKSWIRTSCHAFT Wohnungsbau 39, 11 Getreideverwaltung 66 Landwirtschaft 99 Forstwesen, Jagd, Fischerei, Kriege- wirtsch., Verkehr, Ubriges 48	5. VOLKSWIRTSCHAFT Wohnungsbau Landwirtschaft Gewerbe, Industrie, Handel, Verkehr Forstwesen Kriegswirtschaft	5. VOLKSWIRTSCHAFT Wohnbausubventionierung Arbeitsvermittlung Gewerbe, Landwirtschaft	98	70	
6. ERZIEHUNG, KULTUR, KIRCHE Unterricht, Kultur, Kunst Bibliotheken, Film E. T. H. 7, 1 8 2 Wissenschaftl. Berufliche Ausbildung 16	6. ERZIEHUNG, KULTUR, KIRCHE Primar- und Mittelschulen Berufsschulen Hochschulen Kunst und Wissenschaft Kirchen	6. ERZIEHUNG, KULTUR, KIRCHE Volksschule Berufsschulen Beiträge an Theater u. Musikvereine	263	165	
7. BAUWESEN Oberbaunspektorat (ohne Benzin- zollanteil) Direktion der Bauten 28	7. BAUWESEN Strassen-, Wasserbau Hochbau Feuerwehr	7. BAUWESEN Strassen- und Wasserbau Strassenreinigung Unterhalt u. Reinigung d. Verwaltungs- gebäude	219	187	
8. AUSWÄRTIGE VERWALTUNG	8. AUSWÄRTIGE VERWALTUNG	8. AUSWÄRTIGE VERWALTUNG	-	-	
9. SCHULDENDIENST	9. SCHULDENDIENST	9. SCHULDENDIENST	85	17	
10. ALLEGMES Allgemeine Verwaltung Statistisches Amt 1 Allgemeine Finanzverwaltung 31 Steuerverwaltung 9 Zollverwaltung 41	10. ALLEGMES Allgemeine und Finanzverwaltung 171	10. ALLEGMES Gemeindeverwaltung, Steuerverwal- tung, Stadtpräsidialämter, Stadträte	171	96	
11. VERSCHIEDENES	11. VERSCHIEDENES	11. VERSCHIEDENES	1	-	
TOTAL	TOTAL	TOTAL	1 300	715	

STEUERN UND STEUERÄHNLICHE MITTEL

1. STEUERN VOM REALEN BESITZ	1. STEUERN VOM REALEN BESITZ	1. STEUERN VOM REALEN BESITZ
2. EINKOMMENS-, VERMÖGENSSTEUERN 327	2. EINKOMMENS-, VERMÖGENSSTEUERN 730	2. EINKOMMENS-, VERMÖGENSSTEUERN 654
Wehrsteuer 106	Eink.- u. Vermögenssteuern 617	Eink.- u. Vermögenssteuern 612
Wehrpfiler 12	-- Gemeindefteile -- 15	Personalsteuern 8
Kriegsgewinnsteuer 71	Anteile an Wehrsteuer 43	Anteile an kant. Eink.- u. Verm.st. 15
Stempelabgaben auf Coupons 54	Kriegsgewinnsteuer 5	Handänderungssteuern 6
Uebrigc Stempelabgaben 17	Erbschafts- u. Schenkungssteuer 36	Ant. an kant. Erbsch.- u. Handänd. st. 3
Militärpflichtersatz 7	Handänderungssteuer 12	Feuerwehrpflichtersatz 6
Ausgleichsteuer 13	-- Gemeindefteile -- 3	3. UMSATZSTEUERN
3. UMSATZSTEUERN	Anteile an Militärpflichtersatz 8	3. VERBRAUCHSSTEUERN 9
Luxussteuer 435	4. VERBRAUCHSSTEUERN	Hundesteuern 1
Warenaufsatzsteuer 18	Benzinzollanteil 15	Vergnügungssteuern 5
4. VERBRAUCHSSTEUERN	Motorfahrzeugsteuern 45	Sonstige 3
Tabak 304	Mundesteuern 1,6	5. ZOLLE
Bier 108	Vergnügungssteuern 7,9	6. SONSTIGE STEUERN
Andere alkoholische Getränke 13	Salzregal 9,5	Steuern 663
Kaffee, Tee 41	Uebrigc Verbrauchssteuern 2,5	Gewinnablieferung kommunaler Betriebe 52
Zucker 30	5. ZOLLE	STEUERN u. STEUERÄHNLICHE MITTEL 715
Cacao, Schokolade, Süssigkeiten 2	6. SONSTIGE STEUERN	
Benzin 59	Steuern 811	
Motorfahrzeugzölle 36	Gewinnablieferung der Nationalbank 3	
5. ZOLLE	Gewinnabl. d. Kantonalbanken u. Betriebe 23	
Ergänzung der Zolleinnahmen zu den obigen, an der Grenze erhobenen, Verbrauchssteuern (=: Kantonsanteile), Zollgebühren und -bussen, Ein- und Ausfuhrgebühren.	STEUERN u. STEUERÄHNLICHE MITTEL 837	
6. SONSTIGE STEUERN	Einnahmen, welche mit Ausgaben verrechnet werden sollten (441)	
Steuern 1269	Zusammen (1278)	
Gewinnablieferung der P. I. I. 40		
STEUERN u. STEUERÄHNLICHE MITTEL 1309		
Quellen: Endg. Staatsrechnung 1949, Economic Bulletin for Europe, Heft 3, 1950, Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden 1949/50.	Bei jeder Ausgabengruppe wurden die Kostenanteile, die Beiträge und Subventionen des Bundes in Abzug gebracht. Bei den Einnahmen geschah dasselbe mit den Anteilen der Gemeinden, wenn auch nur auf Grund von Schätzungen. Quellen: Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden 1949/50; Eidg. Staatsrechnung 1949. Einzelne eigene Schätzungen.	Bei den Angaben über die Beanspruchung von Steuermitteln handelt es sich vorwiegend um Schätzungen, welche an Hand der Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung der Gemeinden Basellands und der Stadt Zürich unter Berücksichtigung der besonderen Stellung dieser Repräsentanten vorgenommen wurden. Quellen: Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Gemeinden 1949/50; Rechnung der Stadt Zürich.
a) Gewisse Einnahmen können nicht als Steuern oder steuerähnliche Mittel bezeichnet werden. Falls die Ausgaben, mit welchen sie verrechnet werden müssten, ohne ausgedehnte Spezialuntersuchungen nicht ermittelt werden können, werden sie unter "Einnahmen, welche mit Ausgaben verrechnet werden sollten" jeweils unten angeführt.		

(1950) WESTDEUTSCHLAND (47, 6 Mio. Einw.)			
DIE BEANSPRUCHUNG VON STEUERN UND STEUERAHNLICHEN MITTELN (Mio. DM.)			
BUND	LÄNDER	GEMEINDEN (April 1949 - März 1950)	
1. GESUNDHEITSWESEN	1. GESUNDHEITSWESEN	-	158
2. STAATS- und RECHTSSICHERHEIT	2. STAATS- und RECHTSSICHERHEIT	-	158
Inneres	Zuweisungen für Polizeikosten	170	198
Justiz	*170**		
3. MILITÄR, BESATZUNG	3. MILITÄR, BESATZUNG	-	-
A. Landesverteidigung			
B. Marine			
C. Ueberseesische Verteidigung			
D. Besatzungskosten			
4. SOZIALE WOHLFAHRT	4. SOZIALE WOHLFAHRT	890	583
Soziale Kriegsfolgekosten	Interessenquoten an Bundesleistungen	**750*	100
Sozialhilfe	Zusätzliche Kriegsfolge- und Soziallasten	140	483
Arbeitslosenhilfe			
Zuschüsse zur Sozialversicherung			
5. VOLKSWIRTSCHAFT	5. VOLKSWIRTSCHAFT	1 045	99
Subv. z. Förderung d. Wirtschaft	Wohnungsbau	25	99
Förderung des Wohnungsbaus	"	*1 020**	
I. aus Umstellungsgrundschulden			
Finanzhilfe Berlin			
6. ERZIEHUNG, KULTUR, KIRCHE	6. ERZIEHUNG, KULTUR, KIRCHE	300	665
	Zuweisung zur Deckung der Schul-lasten	*300**	557
7. BAUWESEN	7. BAUWESEN	480	108
8. AUSWÄRTIGE VERWALTUNG	Beschaffungs- u. Bauausgaben		495
Minist. f. Gesamtdeutsche Fragen	8. AUSWÄRTIGE VERWALTUNG	-	312
9. SCHULDENDIENST	9. SCHULDENDIENST	480	134
10. ALLGEMEINES	10. ALLGEMEINES	3 110	
	Personalausgaben	2 480	575
	Versorgungsbezüge	650	441
11. VERSCHIEDENES	11. VERSCHIEDENES	*850**	134
	Zuweisungen an G'den	*255**	347
	Zuweisungen f. Investitionen	220	336
	Darlehen für Investitionen	1 970	11
	Sonstige Ausgaben		
TOTAL	TOTAL	9 770	3 120

DIE BEANSPRUCHUNG VON STEUERN UND STEUERÄHNLICHEN MITTELN (Mia. Fr.)				
(1949) FRANKREICH (41,2 Mio. Einw.)				
STAAT	DEPARTEMENTE	GEMEINDEN		
1. GESUNDHEITSWESEN "Santé publique et population"	9	1. GESUNDHEITSWESEN "Sécurité, salubrité, santé"	10	10
2. STAATS- UND RECHTSSICHERHEIT Innere Justiz	75 65	2. STAATS- UND RECHTSSICHERHEIT Justice et police	0 0,3	23
3. MILITAR, BESATZUNG A. Landesverteidigung 1) Personal, Material, usw. 2) Investitionen B. Marine 1) Personal, Material, usw. 2) Investitionen C. Ueberseeische Verteidigung 1) Personal, Material, usw. 2) Investitionen	422 168 57 42 15 138 2	3. MILITAR, BESATZUNG	-	-
4. SOZIALE WOHLFAHRT Ehem. Frontkämpfer u. Kriegssopfer Arbeit und soziale Sicherheit	51 35 16	4. SOZIALE WOHLFAHRT "Dépenses d'assistance"	68	24
5. VOLKSWIRTSCHAFT Landwirtschaft Wirtschaftliche Angelegenheiten Industrie und Handel Handelsmarine Kriegsmarine Wiederaufbau u. Urbanisierung	120 20 7 35 7 13 17	5. VOLKSWIRTSCHAFT "abattoirs, halles et marchés"	-	2
6. ERZIEHUNG, KULTUR, KIRCHE Nationale Erziehung	115	6. ERZIEHUNG, KULTUR, KIRCHE "Enseignements, éducation physique, sports"	-	18
7. BAUWESEN Öffentliche Arbeiten, Verkehr	89	7. BAUWESEN "Voie urbaine, vicinale, rurale"	30	39
8. AUSWÄRTIGE VERWALTUNG 9. SCHULDENDIENST "Dette publique"	18 76	8. AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN 9. SCHULDENDIENST	-	-
10. ALLGEMEINES Rentenschuld (Dette viagère)	271	10. ALLGEMEINES "Administration, propriété"	13	53
11. VERSCHIEDENES Finanzdepartement Personal "France d'outre mer"	28 24 124 103	11. VERSCHIEDENES Anschaffungen, Neubauten, Rep.	26	56
Summe	2148	TOTAL	2137	TOTAL
AMORTISATIONEN INVESTITIONEN Behebung von Kriegsschäden "prêts et garanties"	1270 151 329 398			225

STEUERN UND STEUERÄHNLICHE MITTEL

1. STEUERN VOM REALEN BESITZ 2. EINKOMMENS-, VERMOGENSSTEUERN 493 Proportionale Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen (5%) 71 Progressive Einkommenssteuer 64 Gesellschaftssteuer 123 "Versements forfaitaires des employeurs et retenues à la source" 106 Ehemalige "Impôts cédulaires" 25 "Taxe d'apprentissage" 1 Kapitalertragssteuer 20 "Taxes assimilées à l'état" 20 "centimes ou précomptes pour frais d'assiette et nonvaleurs sur le montant des impôts et taxes locaux 8 Verschiedene 8 Steuerrückerstattungen -- 13 Erbschafts- und Schenkungssteuer 23 "Enregistrements" 57 3. UMSATZSTEUERN "A la production" (12,5%) 479 "A la transaction" 141 4. VERBRAUCHSSTEUERN Tabak 143 Bier Andere alkoholische Getränke 42 Benzin 62 Motorfahrzeuge - Verschiedene (Zündhölzer, usw.) 36 5. ZÖLLE 18 6. SONSTIGE STEUERN "Impôts de solidarité nationale" 9 "Confiscation des profits illicites" 4 STEUERN u. STEUERÄHNLICHE MITTEL 1427 Einnahmen, welche mit Ausgaben verrechnet werden sollten (439) "Timbre" (Patente, Dimensionsstempel, Bewilligungsgebühren) 16 Börsenoperationen 2 Domänen 12 Industrielle Betriebe 60 Diverse Erträge 87 Ausserordentl. Einnahmen 6 Fiskaleinnahmen (Budget d'invest.) 256 Zusammen (1866) Quellen: Statistiques et études financières (Budget de gestion, budget d'investissements, caisse d'amortissement); Economic Bulletin for Europe, H. 3, 1950.	1. 2. STEUERN VOM REALEN BESITZ, EINKOMMENS-, VERMOGENSSTEUERN 76 Produits des centimes ordinaires 41 Produits des centimes extraord. 16 Taxes Départementales 19 3. UMSATZSTEUERN - 4. VERBRAUCHSSTEUERN - 5. ZÖLLE - 6. SONSTIGE STEUERN - STEUERN u. STEUERÄHNLICHE MITTEL 76 Einnahmen, welche mit Ausgaben verrechnet werden sollten (69) Ertrag der Forderungen 8 Revenues ord. du patrimoine 1 Réparations, subventions et contingents des autres collectivités 44* Subventions extraordinaires 4 Regiebetriebe 0 Bewilligte Unternehmen 12 Verschiedene 12 Zusammen (145) Quelle: Statistique et Quelle: Statistiques et études financières Jg. 1950, 1951.	1., 2. STEUERN VOM REALEN BESITZ, EINKOMMENS-, VERMOGENSSTEUERN 66 Produits des centimes ordinaires 33 Produits des centimes extraord. 8 Taxes et impôts directs 25 3. UMSATZSTEUERN Taxe sur les chiffres d'affaires 72 4. VERBRAUCHSSTEUERN Taxes indirectes, droits et renumérations divers 20 5. ZÖLLE - 6. SONSTIGE STEUERN - STEUERN u. STEUERÄHNLICHE MITTEL 158 Einnahmen, welche mit Ausgaben verrechnet werden sollten (93) Revenues ordinaires du patrimoine 11 Réparations, subventions et contingents des autres collectivités 31 Subventions extraordinaires 11 Industrielle u. kommerzielle Unternehmungen 2 Verschiedene 29 Zusammen (251) Quellen: Statistiques et études financières Jg. 1950, 1951; Economic Bulletin for Europe, Heft 3 1950.																					
	Schätzungsweise können wir den Steuerertrag zu Gunsten der Departemente und der Gemeinden wie folgt aufteilen: <table><tr><th>Departemente</th><th>Gemeinden</th><th>Zusammen</th></tr><tr><td>1. Steuern vom realen Besitz</td><td>20</td><td>30</td></tr><tr><td>2. Einkommens-, Vermögenssteuer</td><td>41</td><td>40</td></tr><tr><td>3. Umsatzsteuern</td><td>5</td><td>77</td></tr><tr><td>4. Verbrauchssteuern</td><td>20</td><td>20</td></tr><tr><td>6. Sonstige Steuern</td><td>10</td><td>16</td></tr><tr><td></td><td>76</td><td>158</td></tr></table>	Departemente	Gemeinden	Zusammen	1. Steuern vom realen Besitz	20	30	2. Einkommens-, Vermögenssteuer	41	40	3. Umsatzsteuern	5	77	4. Verbrauchssteuern	20	20	6. Sonstige Steuern	10	16		76	158	
Departemente	Gemeinden	Zusammen																					
1. Steuern vom realen Besitz	20	30																					
2. Einkommens-, Vermögenssteuer	41	40																					
3. Umsatzsteuern	5	77																					
4. Verbrauchssteuern	20	20																					
6. Sonstige Steuern	10	16																					
	76	158																					

8

DURCHSCHNITTSEINKOMMEN (1944) DER WEHRSTEUERZAHLER

Erwerbsgruppen	1 = Berufseinkommen				2 = Gesamteinkommen			
	Kanton BS		Kanton BL		Schweiz		Stadt Zürich	
	1	2	1	2	1	2	1	2
Selbständigerwerbende		11 850		8 300		8 700		16 800
Landwirtschaft		7 190		6 100		6 080		7 060
Uebrige Selbständige		11 990		10 160		10 650		17 300
Industrie u. Handwerk		10 020		9 850		10 500		20 200
Handel		12 300		10 020		10 690		13 600
Bank, Versicherung		41 700		81 900		27 800		50 000
Gastgewerbe, Verkehr		9 600		7 400		7 650		9 470
Freie Berufe, Uebrige		18 050		15 600		14 310		
Unselbständigerwerbende	6 030	6 910	4 930	5 640		5 560	5 870	6 530
Direktoren	41 200	55 400	43 800	59 100	29 900	43 500	37 200	53 500
Leitende Angestellte	14 100	16 600	13 660	16 200	12 200	14 200	13 650	15 800
Uebrige Angestellte	6 040	6 630	5 990	6 520	5 700	6 180	6 050	6 500
Arbeiter	4 380	5 020	3 790	4 360	3 820	4 230	4 400	4 850
Urproduktion	4 300		2 810		2 700		4 350	
Industrie u. Handwerk	6 220		4 920		4 870		5 640	
Handel	6 070		5 400		5 440		6 250	
Bank, Versicherung	8 200		8 430		7 840		8 540	
Gastgewerbe, Verkehr	5 670		5 450		5 310		5 550	
Oeffentl. Verwaltung	6 870		5 600		6 080		6 560	
Uebrige	4 510		4 030		4 410		4 870	
Rentner, Pensionierte		8 150		7 000		7 060		8 720
Total		7 510		6 180		6 300		7 850

9 ANZAHL DER WEHRSTEUERZAHLER IN % (1945) (Basiszahlen sind unterstrichen)

Selbständigerwerbende	<u>10,1</u>	<u>18,4</u>	<u>20,6</u>	<u>11,6</u>
Landwirtschaft	2,2	45,3	42,5	3,0
Industrie u. Handwerk	47,9	34,3	32,4	48,3
Handel	28,3	8,9	12,5	27,8
Bank, Versicherung	0,9	0,1	0,23	0,5
Gastgewerbe, Verkehr	7,9	7,1	6,5	8,2
Freie Berufe, Uebrige	11,2	4,1	5,4	12,2
Unselbständigerwerbende	<u>80,8</u>	<u>76,3</u>	<u>72,4</u>	<u>80,6</u>
Landwirtschaft	1,1	0,5	0,7	0,7
Leitende Angestellte	6,4	3,2	4,1	5,5
Uebrige Angestellte	38,8	27,4	33,0	43,6
Arbeiter	53,7	68,8	62,2	50,2
Urproduktion	0,8	7,6	6,6	1,0
Industrie u. Handwerk	45,4	55,8	50,0	43,0
Handel	14,2	9,2	8,6	15,0
Bank, Versicherung	5,1	3,3	3,2	6,3
Gastgewerbe, Verkehr	13,4	9,2	11,4	14,0
Oeffentl. Verwaltung	7,6	5,2	8,5	8,3
Uebrige	13,3	9,6	11,5	12,5
Rentner, Pensionierte	8,5	4,9	6,4	7,1
Uebrige	0,6	0,4	0,6	0,7
Total	<u>100,0</u>	<u>100,0</u>	<u>100,0</u>	<u>100,0</u>

DURCHSCHNITTVERMÖGEN JE WEHRSTEUERZAHLER

(1. 1. 1945)

(Fr.)

10

Erwerbsgruppen	Kanton BS	Kanton BL	Schweiz	Stadt Zürich
Selbständigerwerbende	66 500	32 500	45 800	91 900
Landwirtschaft	34 000	23 300	30 000	58 500
Uebrige Selbständige	67 200	40 800	58 000	92 800
Industrie und Handwerk	46 800	34 000	53 000	100 400
Handel	79 000	52 000	63 300	79 600
Bank, Versicherung	430 000	357 000	307 000	704 000
Gastgewerbe, Verkehr	28 900	17 750	30 000	37 200
Freie Berufe	131 500	97 500	103 100	106 100
Unselbständigerwerbende	12 330	7 500	9 360	11 370
Direktoren	377 000	411 000	344 000	426 000
Leitende Angestellte	61 500	59 000	58 100	61 400
Uebrige Angestellte	9 000	8 880	10 130	9 200
Arbeiter	1 750	1 610	2 080	1 920
Urproduktion	5 620	1 630	3 070	6 520
Industrie, Handwerk	12 600	7 680	8 110	9 370
Handel	14 200	8 030	12 300	10 900
Bank, Versicherung	25 700	20 400	24 800	30 000
Gastgewerbe, Verkehr	7 100	7 160	7 520	5 990
Oeffentliche Verwaltung	9 400	7 500	11 130	10 850
Unterricht, Seelsorge, soziale Fürsorge	30 600	19 800	22 600	31 600
Rentner, Pensionierte	121 700	103 100	119 600	147 000
Total	27 400	17 100	24 300	30 700

Es handelt sich bei den obigen Angaben um die Quotienten aus dem Reinvermögen der Wehropferzahler jeder Branche oder Schicht. Das Vermögen der nicht wehropferpflichtigen Wehrsteuerzahler ging somit nicht in die Rechnung ein (weil die Wehropferstatistik dies nicht gegliedert nach Branchen und Schichten ausweist). Würde es einbezogen, so ergäben sich geringe Erhöhungen der einzelnen Durchschnitte. Das Bild, welches uns die obige Zusammenstellung vermittelt, würde aber in den Grundzügen nicht verändert.

VERMÖGENSNIVEAU UND GEWOGENE MITTLERE ABWEICHUNG

11

(1. 1. 1945)

Kantone	Vermögen (nach WO-Recht) (Mio. Fr.)	Potentiell Steuer- pflichtige	Vermögens- niveau (Fr.)	gewogene mittlere Abweich.g vom Verm.- niveau	Beziehung zwischen Niveau und Abweich.g
	a)	b)	c)	d)	e)
Baselstadt	1921,5	94 000	20 400	80,6 %	t
Zürich	6914,2	364 500	18 970	78,6 %	o
Glarus	317,0	17 280	18 370	81,6 %	t
Genf	1874,5	103 200	18 150	76,6 %	o
Thurgau	1102,3	69 300	15 910	81,9 %	t
Zug	283,1	18 100	15 640	80,8 %	t
Schaffhausen	412,9	26 900	15 350	79,9 %	t
Waadt	2580,7	177 700	14 520	80,7 %	t
Bern	5231,3	368 000	14 210	79,6 %	t
Neuenburg	852,3	61 850	13 800	78,3 %	t
Aargau	1674,4	127 000	13 200	80,2 %	o
Baselland	594,0	46 400	12 800	77,6 %	t
Appenzell AR.	284,3	22 300	12 760	82,4 %	o
Luzern	1226,8	100 700	12 190	79,8 %	o
Solothurn	857,7	73 600	11 660	80,2 %	o
St. Gallen	1632,9	142 000	11 500	80,0 %	o
Nidwalden	96,8	8 490	11 400	82,0 %	o
Graubünden	666,4	64 500	10 340	77,6 %	t
Tessin	815,8	87 300	9 350	72,5 %	t
Fribourg	646,6	70 100	9 240	79,4 %	t
Schwyz	278,8	31 920	8 740	75,7 %	t
Obwalden	73,9	9 560	7 720	76,5 %	t
Uri	92,3	13 630	6 760	71,0 %	t
Appenzell IR.	39,6	6 160	6 420	74,2 %	t
Wallis	425,7	72 500	5 870	69,5 %	t
Schweiz	30914,3	2 170 000	14 200	79,5 %	17 · t 8 · o

- a) Beim Vermögen ist das nach Wehropferrecht veranlagte Vermögen der Wehropferzahler sowie das nach Wehropferrecht geschätzte Vermögen aller potentiell Steuerpflichtigen, welche nicht Wehropferzahler sind, inbegriffen (Schätzungsgrundsätze vgl. Anm. 6).
- b) Errechnet nach der Anzahl der Jugendlichen, der verheirateten Frauen, der Gesamtbevölkerung von 1941 und der Bevölkerungszunahme zwischen 1941 und 1945.
- c) Alles Vermögen (nicht nur das steuerzahlende) bezogen auf alle potentiell Steuerpflichtigen.
- d) Die gewogene mittlere Abweichung ist ein relativ grobes, aber rasch zu berechnendes Streuungsmass.
- e) t = tendenzgemäss, einem überdurchschnittlichen Vermögensniveau entspricht eine überdurchschnittliche Abweichung, einem unterdurchschnittlichen Vermögensniveau eine unterdurchschnittliche relative Abweichung.
o = gegenteilig.

12

VERTEILUNG DES EINKOMMENS (ø 1943/44)

Stufen des reinen Ein- kommens (1000 Fr.)	Baselstadt		Baselland		Schweiz	
	Steuer- pflichtige	Ein- kommen 1000 Fr.	Steuer- pflichtige	Ein- kommen 1000 Fr.	Steuer- pflichtige	Ein- kommen 1000 Fr.
bis 2	27 957	27 957	14 694	14 694	969 788	969 788
2-5	29 192	100 334	17 888	58 886	669 302	2 192 556
5-10	28 980	196 840	11 411	75 728	425 898	2 836 864
10-20	5 676	74 703	1 852	23 763	81 488	1 057 618
20-50	1 740	50 321	448	12 774	19 368	552 399
50-100	342	22 988	71	4 906	3 043	203 283
über 100	113	20 150	36	7 336	1 113	256 735
Zusammen	94 000	493 293	46 400	198 087	2 170 000	8 069 243
	%	%	%	%	%	%
bis 2	29,7	5,66	31,6	7,40	44,6	12,0
2-5	31,0	20,39	38,5	28,20	30,8	27,2
5-10	30,8	39,99	24,6	38,2	19,6	35,1
10-20	6,04	15,15	3,99	11,99	3,76	13,1
20-50	1,85	10,20	0,965	6,45	0,892	6,85
50-100	0,364	4,65	0,153	2,48	0,140	2,52
über 100	0,120	4,08	0,075	3,70	0,0513	3,18
Zusammen	(100)	(100)	(100)	(100)	(100)	(100)

13

VERTEILUNG DES VERMOGENS (am 1. 1. 1945)

Stufen des reinen Vermögens 1000 Fr.	Steuer- pflichtige		Steuer- pflichtige		Steuer- pflichtige	
	Ein- mögen 1000 Fr.	Ein- mögen 1000 Fr.	Ein- mögen 1000 Fr.	Ein- mögen 1000 Fr.	Ver- mögen 1000 Fr.	Ver- mögen 1000 Fr.
bis 5	65 050	65 050	34 349	34 349	1 633 155	1 633 155
5-10	6 282	43 743	2 328	16 252	100 086	692 603
10-25	10 739	164 653	4 853	75 790	187 197	2 955 065
25-50	5 133	178 574	2 629	90 561	121 476	4 236 760
50-100	3 331	230 143	1 362	92 437	72 652	4 995 955
100-200	1 857	258 589	556	75 867	33 372	4 571 120
200-500	1 086	338 366	226	68 628	16 239	4 859 645
500-1000	326	223 678	63	43 914	3 911	2 667 309
1000-5000	186	329 192	37	95 970	1 820	3 230 449
über 5000	10	88 994	1		92	1 060 715
Zusammen	94 000	1 920 982	46 400	593 768	2 170 000	30 902 776
	%	%	%	%	%	%
bis 5	69,2	3,39	74,0	5,78	75,4	5,29
5-10	6,68	2,28	5,02	2,74	4,61	2,24
10-25	11,42	8,56	10,49	12,78	8,65	9,55
25-50	5,45	9,30	5,67	15,29	5,60	13,70
50-100	3,54	12,02	2,94	15,55	3,35	16,17
100-200	1,97	13,50	1,19	12,78	1,54	14,80
200-500	1,154	17,61	0,488	11,57	0,749	15,70
500-1000	0,346	11,62	0,136	7,40	0,182	8,64
1000-5000	0,198	17,10	0,0798		0,084	10,45
über 5000	0,0162	4,62	0,00216	16,16	0,00424	3,43
Zusammen	(100)	(100)	(100)	(100)	(100)	(100)

VERMÖGENSVERTEILUNG DER JURISTISCHEN PERSONEN IN DER ERSTEN HÄLFTE
DES 20. JAHRHUNDERTS

14

AKTIENGESELLSCHAFTEN (auch KDT.-AG. und G. m. b. H.)												
Stufen (1 000 Fr.)	1915 A ₁₅ V ₁₅		1921 A ₂₁ V ₂₁		1929 A ₂₉ V ₂₉		1934 A ₃₄ V ₃₄		1938 A ₃₈ V ₃₈		1945 A ₄₅ V ₄₅	
Baselstadt												
bis 50	24		24		196		523		744		446	
50-100	25		35		97		155		198		243	
100-500	48		86		193		265		263		248	
500-1 000	27		40		75		97		87		69	
1 000-5 000	29		44		65		84		78		76	
5 000-10 000	13		12		19		17		15		11	
10 000-50 000	4		11		19		21		19		9	
über 50 000	1	57	2	237	3	383	5	648	3	449	4	496
Zusammen	171	429	254	679	667	1151	1167	1465	1407	1252	1106	1078
Baselland												
bis 50	7		8		16		59		83		74	
50-100	5		5		13		16		37		32	
100-500	16		30		31		47		68		72	
500-1 000	3		6		12		14		32		22	
1 000-5 000	2		11		13		19		25		28	
10 000-50 000	1		-		2		2		2		4	
10 000-50 000	-		1		1		2		3		2	
über 50 000	-		-		-		-		-		-	
Zusammen	34	23,7	61	43,9	88	78,2	159	104,4	250	140,2	234	151,7
Schweiz												
bis 50	2161		2662		5058		8226		10102		5874	
50-100	829		959		1641		2206		2849		2987	
100-500	1389		1758		2484		3468		3472		3561	
500-1 000	365		566		827		1090		1022		805	
1 000-5 000	367		584		777		880		803		858	
5 000-10 000	70		101		137		140		123		147	
10 000-50 000	42		72		114		1 00		99		105	
über 50 000	4	267	19	1694	28	2601	26	2468	23	2172	21	2081
Zusammen	5221	3893	6721	6053	11066	8992	16136	8690	18493	8172	14358	8504
A ₁₅ Anzahl Gesellschaften jeder Stufe (Aktienkapital) V ₁₅ Aktienkapital + Reserven (Stufe über 50 000 nur Aktienkapital) in Mio. Fr. A ₂₁ , A ₂₉ Anzahl Gesellschaften jeder Stufe (Aktienkapital + Reserven) V ₂₁ , V ₂₉ Aktienkapital + Reserven in Mio. Fr. A ₃₄ , A ₃₈ Anzahl Gesellschaften jeder Stufe (einbezahltes Kapital + Reserven) V ₃₄ , V ₃₈ Einbezahltes Kapital + Reserven in Mio. Fr. A ₄₅ , A Anzahl Gesellschaften jeder Stufe (Reinvermögen) V ₄₅ Reinvermögen in Mio. Fr.												

A15	Anzahl Genossenschaften (ohne Versicherungsgenossenschaften) jeder Stufe (Genossenschaftskapital)
V15	Genossenschaftskapital + Reserven in Mio. Fr.
A21, A29, A34, A38	Anzahl Genossenschaften jeder Stufe (Genossensch.kapital + Reserven)
V21, V29, V34, V38	Genossenschaftskapital + Reserven in Mio. Fr.
A45	Anzahl Genossenschaften jeder Stufe (Reinvermögen)
V45	Reinvermögen in Mio. Fr.

Literatur und Quellen

- Amtsberichte des Kantons Baselland.
Amtskalender des Kantons Baselland.
Basellandschaftliche Kantonalbank, Geschäftsberichte.
Basler Kantonalbank Jahresberichte.
- Belmont Albert Die Trennung des Kantons Basel in die Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft und die rechtlichen Grundlagen ihrer Wiedervereinigung, Diss. Basel 1940.
- Billeter Ernesto P. Die Messung der Einkommenskonzentration, eine statistische Studie mit besonderer Berücksichtigung der Einkommensverteilung im Kanton Baselstadt, Diss. Basel 1946.
- Brugger E. Industrielle Betriebe des Kantons Baselstadt, Diss. Genf 1935.
- Bücher K. Basels Staatseinnahmen und Steuerverteilung 1879-1887 tabellarisch dargestellt, Basel 1888.
- Basels Staatshaushalt während der Jahre 1885-1888, Basel 1889.
- Bulletin Economic for Europe (insbesondere "Changes in the Structure of Taxation in Europe", Heft 3, 1950).
- Buser René Die Trennung des Kantons Basel im Spiegel der Staatsfinanzen, Diss. Basel 1943.
- Chronik des Kantons Baselland, Sonderausgabe durch die Schweiz. Industriebibliothek, Zürich 1947.
- Dalcher P. Die Finanzlage des Kantons Baselstadt. In Mitteilungen des Statistischen Amtes Baselstadt 1923 Nr. 43.
- Dreispietz 50 Jahre -. Jubiläumsschrift der Verwaltung der öffentlichen Materiallagerplätze Dreispitz, Basel 1951.
- Eidg. Kriegssteuer Statistik der ersten eidg. Kriegssteuer (1915), Bern 1920;
- Statistik der neuen ausserordentlichen eidg. Kriegssteuer
1. Steuerperiode (1921-1924), Bern 1926,
2. Steuerperiode (1925-1928), Bern 1931,
3. Steuerperiode (1929-1932), Bern 1935.
- Eidg. Krisenabgabe Ergebnisse
1. Periode (1934-1935), Stat. Quellenwerke der Schweiz, Heft 77,
2. Periode (1936-1937), Stat. Quellenwerke der Schweiz, Heft 88,
3. Periode (1938-1939), Stat. Quellenwerke der Schweiz, Heft 98.
- Eidg. Wehropfer 1940 Ergebnisse Stat. Quellenwerke der Schweiz, H. 106-130, 135, 141.
- Eidg. Wehrsteuer 3. Periode und eidg. Wehropfer 1945, Ergebnisse, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Hefte 172-222.
- Eidg. Wehrsteuer 4. Periode, Ergebnisse, Statistische Quellenwerke d. Schweiz, H. 221.
- Elektrizitätswerk Basel Jahresberichte.
- Finanzen und Steuern von Bund, Kantonen und Städten 1949/50, Beiträge zur Schweizerischen Statistik, Heft 24.
- Finanzjahrbuch der Schweiz.

- Fischer Boris Die Einwirkungen der Wirtschaftskonjunktur auf den Staatshaushalt des Kantons Baselstadt in den Jahren 1923-1934, Diss. Basel 1937.
- Frey Emil Der Kanton Baselland historisch, geographisch - statistisch geschildert. In Historisch-geographisch statistisches Gemälde der Schweiz, Heft 11.
- Frey Gustav Adolf Auf dem Wege zum Kanton Basel, Liestal 1927.
- Das politische Gleichgewicht im Kanton Basel, Rheinfelden 1936.
- Geering Traugott Die wirtschaftlichen Kräfte Basels. In "Basel ein Stadtbuch", Basel 1932.
- Gesetzessammlung von Baselland Bd. 19 (1943-1948), Liestal 1948.
Sammelband sämtlicher Gesetze und Erlasse, Liestal 1949.
- Grieder Fritz Die Beziehungen zwischen den beiden Halbkantonen Basel seit deren Trennung. Neujahrsblatt der Gesellschaft zur Förderung des Guten und Gemeinnützigen, Basel 1952.
- Die wirtschaftliche Seite der Wiedervereinigung unter besonderer Berücksichtigung der Vororte, Liestal 1928.
- Grieder Willy Der Staatshaushalt von Baselland 1833-1923, Diss. Zürich 1926.
- Grossmann Eugen Gesetzmässigkeiten auf dem Gebiete der öffentlichen Finanzen, Zürich 1946.
- Gschwind Hugo Zur Frage der Wiedervereinigung der beiden Halbkantone Baselstadt und Baselland. In "Schweizer Rundschau" Heft 11 1948.
- Haitz Wilhelm Der Finanzhaushalt des Kantons Baselstadt, Diss. Basel 1950.
- Higy C. Kantons- und Gemeindefinanzen. In "Die Schweiz", Jahrbuch 1935 der Neuen Helvetischen Gesellschaft.
- Jakob Werner Entwicklung, Begriff und Besteuerung des Einkommens nach basellandschaftlichem Staatssteuerrecht, Diss. Basel 1945.
- Jenny O. H. Die Entwicklung der direkten Hauptsteuern des Kantons Baselstadt 1904-1920. In "Mitteilungen des Statistischen Amtes Baselstadt" Nr. 3 1922.
- Industrie und Wirtschaft in den Kantonen Baselstadt und Baselland, Basel 1936.
- Joneli Hans Der Finanzhaushalt der grossen (basellandschaftlichen) Einwohnergemeinden in den Jahren 1929-1931. Beilage zum Bericht des Regierungsrates an den Landrat betreffend das Vorortersproblem und die Staatshilfe an die Gemeinden.
- Jselin Felix Baselstädtische Finanz- und Steuerpolitik, Basel 1947.
- Kull Walter Die Staatseinnahmen des Kantons Baselstadt 1928-1948, Basel 1948.
- Steuerstatistik 1944, Basel 1948.
- Die Verflechtung der Wohnbevölkerung der Kantone Baselstadt und Baselland. In "Wirtschaft und Verwaltung" Juli/Sept. 1945.
- Laubscher Otto Grundlagen und Vorschläge zu einer Revision des Steuerwesens und zum Finanzausgleich in Baselland, Liestal 1946.
- Ludwig Alfred Die Finanzpolitik der Basler Konservativen von 1833-1914, Weinfelden 1946.

- Mangold Fritz Basels Staatseinnahmen und Steuerverteilung (1888-1903). In "Mitteilungen des Statistischen Amtes Baselstadt" Nr. 3 1905.
- Basel als Wohnort. In "Basel, ein Stadtbuch", Basel 1932.
- Niederhauser Rudolf Das Finanzwesen des Kantons Baselstadt, Basel 1937.
- Pfeil Paul Der Finanzhaushalt des Kantons Baselland 1893-1922, Basel 1925.
- Rechnungen der Armengüter der baselstädtischen Gemeinden.
- Rechnungen der Bürgergemeinden Basellands.
- Rechnungen der Einwohnergemeinden Basellands.
- Sammlung der Gesetze und Beschlüsse für den Kanton Baselstadt, Bd. 1-41.
- Schanz G. Die Steuern der Schweiz in ihrer Entwicklung seit Beginn des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1890.
- Schönberg Gustav Finanzverhältnisse der Stadt Basel im 14. und 15. Jahrhundert, Tübingen 1879.
- Staatsrechnungen des Kantons Baselland.
- Staatsrechnungen des Kantons Baselstadt.
- Statistik über die Staatssteuereinschätzung der Jahre 1936, 1943, 1945 und 1947 im Kanton Baselland, Liestal 1949.
- Statistiques et études financières, Monatszeitschrift des französischen Finanzministeriums, besonders Jg. 1949 und 1950.
- Statistisches Jahrbuch des Kantons Baselstadt.
- Statistisches Jahrbuch der Schweiz.
- Statistische Veröffentlichungen des Kantons Baselland (1944-46) Heft 4, Liestal 1947.
- Steiger und Higy Finanzhaushalt der Schweiz, Bd. 1 Bund, Kantone, Gemeinden 1913-1933, Bern 1934.
- Steuerbelastung in der Schweiz 1945. Statistische Quellenwerke der Schweiz H. 156.
- Steuergesetzesrevision, Bericht der kleinen Expertenkommission für die -, Liestal 1946.
- Steuern der Schweiz, fortlaufend bearbeitete Sammlung der eidg. Steuerverwaltung.
- Stöcklin Walter Die Stellung der Basler Vorortsgemeinden in der grosstädtischen Agglomeration, Diss. Basel 1928.
- Studer Walter Einführung in das Gesetz über die direkten Steuern des Kantons Baselstadt vom 22. 12. 1949, Basel 1950.
- Trüdinger P./Arnold W. Regionalplan von Baselland und Baselstadt. Hg. v. der Baudirektion Baselland 1947.
- Verfassungsentwurf für einen wiedervereinigten Kanton Basel, Basel 1930.
- Verwaltungsberichte des Bürgerrates an den weitem Bürgerrat der Bürgergemeinde Basel.
- Vischer Max Vom Verfahren zur Herbeiführung der Wiedervereinigung der beiden Halbkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. In "Schweiz. Juristen-Ztg." 34. Jg. 1937/38.
- Weber K. Entstehung und Entwicklung des Kantons Basellandschaft 1798-1932. In "Geschichte der Landschaft Basel und des Kantons Basellandschaft", Liestal 1932.

- Weber K. Zum Kampf um Baselland, Zürich 1936.
- Weisskopf Ernst Der Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden im Kanton Baselland, Staatswissenschaftliche Studien, Weinfelden 1942.
- Wiedervereinigung , die - der beiden Basel (mit einem Verfassungs- und Budgetentwurf, hg. vom Verband zur Wiedervereinigung der beiden Basel, Basel 1932.
- Wiesendanger Albert. Die steuerpolitische Gesinnung des Basler Volkes, Diss. Zürich 1937.
- Wirtschaft und Statistik. Moantszeitschrift des (deutschen) Statistischen Bundesamtes. Insbesondere
Herrmann Kurt: Die Finanzen der Gemeinden im Rechnungsjahr 1949/50, Jg. 3, H. 1, S. 4-8;
Mengert Friedrich: Finanzstatistische Kennziffern im kommunalen Haushalt, Jg. 2, H. 9, S. 331-334, Jg. 3, H. 3, S. 369* ff.
- Zahner P. Die Entwicklung der Finanzen des Kantons Baselstadt 1922-28. Anhang des Statistischen Jahrbuches von Baselstadt Jg. 1928.

LEBENS LAUF.

Ich, Hans Jakob Stöcklin, Bürger von Benken (Baselland) wurde am 5. Juni 1924 als Sohn von Ernst Stöcklin in Basel geboren. Mein Vater übt in Bottmingen das Amt eines Primarlehrers aus.

Die Vorbildung zum Hochschulstudium erhielt ich am Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasium in Basel. Sie wurde im Frühling 1943 mit der Maturität (Typus C) abgeschlossen. Anschliessend begann ich mit den Studien an der Universität Basel. Diese dauerten zunächst, unterbrochen durch aktiven Militärdienst, bis Mai 1947. Nach einem Semester an der Universität Bern immatrikulierte ich mich im Mai 1948 neuerdings an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel und beschloss hier meine Studien mit dem Doktorexamen im Dezember 1952.

Die Herren Dozenten, deren Vorlesungen ich besuchte, oder an deren Uebungen ich teilgenommen habe, sind die folgenden:

Salin, Wagner, Furlan, Simonius, Ruck, Jaspers, Sieber, Amonn, Haab, von Finckenstein, Staehelin, Brogle, Bonjour, Lewald, König, Vöchting, Meng, Germann, Ostrowski, Schmalenbach, Jaeger, Renfer, Kellenberger, Pauli.

Die Dissertation entstand unter der Leitung von Herrn Prof. Dr. E. Salin.

